3

JAHRE

ZIONISTISCHE BEWEGUNG IN DEUTSCHLAND

BERICHT AN DEN XXV. DELEGIERTENTAG DER ZVFD.

SONDERDRUCK

Nr. 1629
Ingest. am 4.6.1936

BERICHT
DER ZIONISTISCHEN VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND
AN DEN
XXV. DELEGIERTENTAG IN BERLIN
2. – 4. FEBRUAR 1936

fd 159

VERLAG DER JÜDISCHEN RUNDSCHAU GMBH.
BERLIN 1936

Copyright by Verlag Jüdische Rundschau, Berlin 1936
Verantwortlich: Dr. Walter Groß, Berlin W 30, für die Anzeigen H. Finn, Berlin-Tempelhof
Auflage 2000 · Druck: Siegfried Scholem, Berlin-Schöneberg

DS 40
.A505
1936

14763

Die Zionistische Vereinigung für Deutschland kann ihren Bericht dem XXV. Delegiertentage nicht unterbreiten, ohne eine allgemeine Betrachtung des Zeitraumes vorausgehen zu lassen, der seit dem XXIV. Delegiertentage zu Frankfurt am Main im September 1932 verstrichen ist. Dieser Abschnitt von knapp 3½ Jahren begreift Ereignisse von besonderer Bedeutung in sich. Der vollkommene Zusammenbruch aller bis dahin geltenden und gültigen Formen der Existenz der Judenheit in Deutschland, die tatsächliche und förmliche Aufhebung der Emanzipation, das Zutagetreten der Judenfrage in ihrer schärfsten nur denkbaren Ausprägung hat das gesamte Gefüge des Judentums in Deutschland bis in seine Grundfesten erschüttert. Es ist die Aufgabe dieser Einleitung. darzutun, wie seit der Wende des Jahres 1932/33 die jüdische Gemeinschaft in diesem Lande sich entwickelt hat, wie diese Entwicklung von der zionistischen Bewegung durch die Entfaltung aller jener Tätigkeiten beeinflußt wurde, über die weiter unten gesondert Bericht erstattet wird. und wie die Bewegung insgesamt die geschichtliche Verantwortung begriffen hat, die sie seit jener Zeit mit doppeltem Gewicht auf sich lasten fühlt.

I.

Wir müssen zu Beginn einen kurzen Rückblick auf die Zeit werfen, in der der XXIV. Delegiertentag stattgefunden hat. Die Atmosphäre jenes September 1932 war charakterisiert durch Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Oeffentlichkeit, von deren Ausgang wir auch unser jüdisches Schicksal abhängig fühlten. Wohl wenige Epochen lassen so deutlich erkennen, wie jene, daß die Geschicke unseres Volkes,

solange es in der Zerstreuung lebt, nicht von seinem eigenen Willen abhängen, sondern von den Entscheidungen fremder Gewalten. Der heftige Machtkampf, der damals zwischen den beiden Hauptströmungen des neuen deutschen Nationalismus ausgetragen wurde, der historisch-monarchisch orientierten Gruppen, die im wesentlichen eine Restauration des Vorkriegs-Deutschland erstrebten, und der nationalsozialistischen Bewegung, die die von ihr zum politischen Bewußtsein erweckten Massen zu neuen Zielen staatlichen Lebens führen wollte, barg in sich auch die Entscheidung darüber, inwieweit die Juden aus ihrer bis dahin behaupteten Stellung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zurückzudrängen waren. Denn daß eine solche Zurückdrängung an sich erfolgen sollte, zumindest hinsichtlich ihres Einflusses im politischen und kulturellen Leben, das erschien bereits damals beiden streitenden Richtungen als erforderlich.

Der von der nationalsozialistischen Bewegung vertretene Antisemitismus fand als Gesinnung schlechtweg weit über die Reihen der Wählerschaft der NSDAP. hinaus ein Echo. Unter den Wirkungen einer im Letzten die nationalen Wünsche nicht befriedigenden Außenpolitik, einer wirtschaftlichen Krisis ungeahnten Ausmaßes, der Ruinierung des bürgerlichen Mittelstandes und der zunehmenden Schwächung der wissenschaftlichen und sittlichen Ueberzeugungen des liberalen Zeitalters, bis dahin der geistigen Grundlage des gesamten Staats- und Gesellschaftsbaues, fühlten diejenigen politischen Parteien, die bis dahin in wechselnden Koalitionen die Staatsmacht in Händen gehalten, den Boden unter ihren Füßen schwinden. Auch sie, die prinzipiell die Emanzipation der Juden billigten und deren assimilatorische Entwicklung guthießen, gaben der antisemitischen Volksstimmung nach, oder wagten jedenfalls nicht, ihr so entgegenzutreten, wie es ihren Grundsätzen hätte entsprechen müssen. Die Juden empfanden mit wachsender Beklemmung, daß keine politische Richtung dem Vorwurf der Judenfreundschaft mehr sich aussetzen wollte. Sie fühlten sich verlassen von denen, deren Macht solange den erstrebten Prozeß einer allmählichen Verwischung jüdischer Sonderart

gefördert hatte, angegriffen von einem ständig sich vergrößernden Teile *des* Volkes, mit dem in immer engere Verbindung zu treten sie so aufrichtig gewünscht, und in dieser gefährdeten Lage nicht allein isoliert, sondern auch ohne inneren Zusammenhang untereinander, ohne Geschlossenheit des eigenen, doch so bedrängten Kreises, ohne Organisation, ohne Führung.

In dieser Situation trat der Frankfurter Delegiertentag zusammen. Die an ihm teilnahmen oder seine Verhandlungen verfolgten, empfanden lebhaft den Kontrast zum XXIII. Delegiertentage, auf dem zu Ende des Jahres 1929 in Jena die allgemeine Aufmerksamkeit fast völlig den inneren Auseinandersetzungen hatte gewidmet werden können, die die zionistische Bewegung seit den Araberunruhen des August 1929 erfüllten. Der Blickpunkt war in Frankfurt nach einer ganz anderen Seite hin verschoben. Die Tagung des Jahres 1932 hatte die Aufgabe, inmitten der allgemeinen Ratlosigkeit und Schwäche den Juden Deutschlands die zionistische Antwort auf die Judenfrage zu verkünden. Diese Antwort der repräsentativen Versammlung des Zionismus sollte sie zu klarer Erkenntnis ihrer wirklichen Lage und von dort aus zur Entfaltung jüdischen Willens führen. Die Zeit verlange, so führte *Kurt Blumenfeld* in seinem Referat aus, daß die Juden *sich der Führung der jüdisch-nationalen Idee anvertrauten*, da die Epoche versunken sei, in der man die Idee eines nur privaten, für das öffentliche Leben unbedeutenden Judentums vertreten konnte. Die Resolution des Delegiertentages aber rief ihnen mit mahnenden Worten zu,

> „daß das Judentum die Kraft zur Selbstbehauptung nur dann finden könne, wenn es sich frei und selbstbewußt zur jüdischen Art, zum jüdischen Schicksal, zu seinem geistigen Erbe und zu seiner nationalen Aufgabe — Palästina — bekenne".

II.

Es war eine Mahnung in zwölfter Stunde. Die Berufung des vom Führer der NSDAP. geleiteten Reichskabinetts am 29. Januar und der Ausgang der Reichstagswahl am 5. März

1933 eröffneten die nationale Erhebung des deutschen Volkes, aus der nach wenigen Monaten die nationalsozialistische Bewegung als die den revolutionären Umwandlungsprozeß des deutschen Lebens allein und ausschließlich bestimmende Macht hervorging. Damit war die weitere Zukunft der Judenheit in Deutschland in ihre Hand gegeben.

Niemand konnte daran zweifeln, daß der Nationalsozialismus seine Auffassung des Judenproblems vermittelst entschiedener Anwendung der Staatsmacht in Deutschland durchzusetzen entschlossen war. Das Bewußtsein dessen mußte innerhalb kürzester Frist das Weltbild der übergroßen Mehrheit der Juden völlig erschüttern. Diejenige Form des deutschen Staates, unter deren Geltung sie am politischen Leben den stärksten Anteil während ihrer ganzen Geschichte hatten nehmen dürfen, die den Akt der Emanzipation vollendet hatte, der sie mit betonter Loyalität gefolgt waren, war zerbrochen. Ganz andere, wie es ihnen schien, völlig neue Auffassungen vom Wesen des Staates griffen Platz. Die gesellschaftlichen Beziehungen zu Nichtjuden erfuhren allenthalben die Einwirkung einer ausgesprochenen Judengegnerschaft. Die Leistungen der Juden im deutschen Kulturleben, bis dahin vorwiegend unabhängig vom Gesichtspunkt der Abstammung ihrer Urheber beurteilt, von den Juden selber als Beweis und Unterpfand ihrer dauernden unlöslichen Verknüpfung mit dem Deutschtum betrachtet, verfielen dem Verdammungsurteil der siegreichen Revolution. Das ganze Heimatbewußtsein, mit dem sie bis dahin auf Deutschland geblickt hatten, geriet ins Wanken. Eine Gruppe von mehr als einer halben Million Menschen fühlte den Grund, auf dem sie bisher vermeintlich fest gestanden hatte, von unterirdischen Beben durchzittert und Stück um Stück absinken. Nirgendwo bot sich ein Halt, nirgendwo eine Hoffnung; die Judenheit Deutschlands fühlte sich aus einer Welt, die ihr seit 1½ Jahrhunderten alles gewesen war, mit einem entsetzlichen Druck ins leere Nichts hinausgestoßen.

Noch im Laufe des Monats März ergingen vorläufige Vertretungsverbote gegen die jüdischen Rechtsanwälte; am

1. April 1933 wurde, von der NSDAP. zentral geleitet, eine allgemeine Boykottaktion durchgeführt. Auch die es bis dahin verborgen oder nicht gerne erwähnt hatten, ja selbst getaufte Juden und deren Nachkommen wurden in aller Oeffentlichkeit als Juden gekennzeichnet. Was ehedem als bloßes, oftmals nicht mehr für vollwichtig genommenes Glaubensbekenntnis, als das Privateste eines Menschen schlechthin gegolten hatte, erschien plötzlich vor aller Welt als entscheidendes Merkmal, als nationale Zugehörigkeit bzw. Andersartigkeit, und noch dazu als Zugehörigkeit zu einem Volkstum, das als minderwertig und dem deutschen Volksleben schädlich allerorten angeprangert wurde.

Zu Anfang April eröffnete das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums die längere Reihe der Gesetze, die insgesamt den Anteil der Juden an der öffentlichen Verwaltung, den akademischen Berufen und dem darauf vorbereitenden Hochschulstudium empfindlich beschnitten. Nur Frontkämpfer und solche, die schon vor dem Kriege ihren Beruf ausgeübt hatten, durften in ihm verbleiben. Aus den Universitäten, aus den Redaktionen der Zeitungen, aus Film- und Theaterwesen, aus allen Gebieten geistigen Schaffens wurden die Juden entfernt. Der Staat, der im Rasseprinzip seine geistige Grundlage sah, erachtete sie nicht mehr für berechtigt, das Kulturgut des deutschen Volkes mit zu verwalten.

Hinzu trat in vielen Fällen als Folge der Boykottaktion und in erklärlicher Auswirkung der Erkenntnis, daß Antisemitismus nunmehr gewissermaßen Staatsmaxime sei, eine ernste Schädigung jüdischer Interessen in der freien Wirtschaft, da jüdischen Unternehmungen nicht nur öffentliche Aufträge entzogen wurden, sondern auch, besonders in den kleineren Städten, breite Käuferschichten verloren gingen.

Schlimmer aber als diese Tatsachen, deren Tragweite im ersten Moment noch nicht immer zutreffend abgeschätzt werden konnte, war die allgemeine Atmosphäre, das Wahrnehmen der geistigen Tendenzen, die in der neuen Judenpolitik sich offenbarten, war der Zusammenbruch aller aus

dem Zeitalter der Assimilation überlieferten Werte, die ersichtliche Nutzlosigkeit jeglichen Ressentiments, die tiefe Depression, die sich der Judenheit bemächtigte. Ihre bis dahin anerkannten Führer waren so ratlos wie die Geführten, oft vom Wirbelwind der Geschichte noch stärker benommen, in ihren Hoffnungen noch tiefer enttäuscht.

III.

In diesen Wochen des furchtbaren Sturzes aus den Höhen lange festgehaltener Ideale und optimistischer Ansichten in die Tiefen gänzlicher Verzweiflung hat der Zionismus den Juden in Deutschland Trost, Aufrichtung und moralischen Halt gebracht. Aus jener heute schon berühmten Reihe von Leitartikeln der „*Jüdischen Rundschau*", deren Ueberschriften „Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck!", „Jasagen zum Judentum" u. a. zu Parolen wurden, sprach der Zionismus zu einer zusammengebrochenen Welt sein erlösendes und befreiendes Wort: ein Wort, das die Juden aus dumpfem Brüten über die Vergangenheit, aus der Gefahr des Haftenbleibens in unfruchtbarem Ressentiment oder gar des Sichverlierens in neue Illusionen herausführte und das Bewußtsein in ihnen erweckte, es könne aus einer wahren und rückhaltlos ernstlichen Besinnung auf die Geschichte ein neues Verständnis der Gegenwart, eine neue jüdische Gesinnung und ein bis dahin kaum gekannter Wille, das Schicksal zu meistern, erwachsen. Vor allem die Aufsätze der „Jüdischen Rundschau" haben den Juden in ihrer schwersten Stunde die Kraft verliehen, die äußere Fügung zu ertragen, ihnen den Mut gegeben, zu einem Werk des Neubaus zu schreiten, und ihnen jene unbedingte Liebe zum historischen Volkstum wieder eingepflanzt, die sie so lange beharrlich zu ertöten versucht, die nun aber, wie in allen großen Krisen unserer Geschichte, als die einzig belebende, in eine hellere Zukunft weisende Macht erkennbar wurde. Die Juden haben dieses Wort verstanden; sie erfaßten durch diese Sprache der „Jüdischen Rundschau" zum ersten Male, daß der Zionismus ihnen allen etwas zu sagen habe, und sie begriffen, daß die

Grundlagen ihrer geistigen und moralischen Existenz als Juden einer Erneuerung und Befestigung bedürften. Der Leserkreis des Blattes verbreiterte sich in früher unvorstellbarer Weise; eine starke Welle der Bereitwilligkeit zum Umdenken, zum Umlernen, zur Aufnahme neuer Vorstellungen und Ziele ging durch die Judenheit.

Hätte ihr der Zionismus in jenem Frühjahr 1933 nicht mehr bringen können als diesen Trost, der in der Hinlenkung zum jüdischen Geschichtsbewußtsein und der daraus herrührenden Verpflichtung für die Zukunft enthalten war, so hätte allein dieses ihn in die erste Reihe der das jüdische Leben bestimmenden Mächte gestellt. Daß er zur Entscheidungsmacht vor allen anderen Mächten wurde, verdankte er seiner eigenen, jahrzehntelang ohne Rücksicht auf Anfeindung und Gleichgültigkeit vollbrachten Arbeit für die Heimstätte des jüdischen Volkes in *Palästina*, die bereits begonnen hatte, Früchte zu tragen. So konnte er nicht nur den seelischen Bedürfnissen entgegenkommen, sondern auch dem durch die Revolution in Deutschland verursachten Verlangen nach Bereitstellung von Auswanderungsmöglichkeiten Rechnung tragen.

Denn *Auswanderung* war die erste Folgerung, die in breiten Schichten der Judenheit aus der völligen Veränderung ihrer bisherigen Lebensbedingungen gezogen wurde.

Diese Auswanderung erstreckte sich zuerst auf bestimmte, nach Herkunft oder Gesinnung begrenzte Kreise. Eine starke Rückwanderungsbewegung von Ostjuden in die ost- und südosteuropäischen Herkunftsländer setzte sehr rasch ein. Daß eine große Anzahl alter Zionisten, die zum Teil seit längerer Frist schon ihre Auswanderung nach Palästina vorbereitet hatten, diese nun beschleunigt durchführte, war begreiflich. Während diese beiden Gruppen aber von den Verhältnissen, die sie im Lande des Wanderungszieles vorfinden würden, schon bestimmte Vorstellungen hatten, sei es auf Grund früherer Kenntnis, sei es dank gründlicher geistiger Vorbereitung, waren die anderen, zahlenmäßig bedeutenderen Teile der Auswanderungsbewegung in ihrer ersten Phase, die etwa bis in den Herbst 1933 hineinreicht, vor allem dadurch

charakterisiert, daß erstens ihr Auswanderungsbedürfnis als reiner Reflex auf die Revolution sich geltend machte, die Absicht des Verlassens der bisherigen Heimat mit keiner ostjüdischen oder zionistischen Tradition in Beziehung stand, und zweitens ihre Vorstellungen über ihre Einordnung im Lande des Wanderungszieles mehr oder weniger unklar waren.

Beide Erscheinungen waren sehr verständlich. Ihr gemeinsames Auftreten führte anfangs zu überstürzten Abreisen ins Ausland und zu einer Inanspruchnahme der Beratung des Palästina-Amtes und sonstiger Stellen, deren Umfang erst nach Ueberwindung größter organisatorischer Schwierigkeiten zu bewältigen war.

Indessen war dieses eben die Aufgabe, die vor der jüdischen Gemeinschaft sich erhob: für eine verantwortungsbewußte und sachgemäße Beratung aller entschieden oder möglicherweise Auswanderungswilligen Sorge zu tragen. Die Abwanderung in die Nachbarländer des Deutschen Reiches, von Vielen damals irrigerweise für aussichtsreich gehalten und als schon geographisch nächstliegendes Auskunftsmittel ergriffen, hat nur in seltenen Fällen einer derartigen Beratung sich erfreuen können. Sie war erklärlichermaßen nicht mit der Plötzlichkeit zu schaffen, mit der die Revolution und das Auswanderungsbedürfnis gekommen waren; dennoch trägt ihr Nichtvorhandensein bzw. später Tätigkeitsbeginn erhebliche Schuld an der Fehlleitung dieses ganzen Emigrationsstromes, von dem bekanntlich nur ein sehr kleiner Teil in Holland, Frankreich und den anderen europäischen Staaten sich in den Organismus des dortigen Wirtschaftslebens hat einfügen können.

Anders lag es mit der Auswanderung nach Palästina, der *Alijah*. Für ihre Betreuung bestand bereits das *Palästina-Amt der Jewish Agency for Palestine* und wiewohl die nun einsetzende Massenfrequenz die höchsten Anforderungen an rasche Erweiterung und Befestigung seines organisatorischen Rahmens stellte, gelang es doch, im wesentlichen so aufklärend, beratend, helfend, wenn es ging, und auch abweisend, wenn es sein mußte, zu wirken, wie es bei diesen Heer-

scharen von Besuchern irgend geschehen konnte; Besuchern, die sehr oft vom Zionismus noch nie etwas gehört, über die elementarsten Tatsachen Palästinas in manchmal geradezu verblüffender Unwissenheit gelebt hatten.

Ueber die wirksame Hilfe, die das Palästina-Amt, in der öffentlichen Meinung der Juden sehr rasch als jüdische Behörde anerkannt, in Verbindung mit dem Alijah-Department der Exekutive der Jewish Agency durch Bereitstellung und Verteilung von Arbeiterzertifikaten, bald auch der Uebersiedlung von Kapitalisten durch die verschiedenen Transferabkommen mit den dirigierenden Stellen der deutschen Wirtschaftspolitik der jüdischen Gesamtheit geleistet hat, wird im einzelnen gesondert berichtet. Im Rahmen dieser allgemeinen Einleitung muß vor allem die Bedeutung der Tatsache unterstrichen werden, daß in dem Moment, in dem größere Teile der Judenheit in Deutschland sich zur Auswanderung entschlossen und Erez Israel in den Kreis der hierfür in Betracht kommenden Länder einbezogen, die Zionistische Organisation in Gestalt des Palästina-Amtes bereits ein Organ besaß, das sofort in Tätigkeit treten und die Formung der Auswanderung zu einer Alijah mit immer sorgfältiger ausgebildeten Methoden der Beratung und Auslese durchführen konnte. Sodann war es von unschätzbarer Bedeutung, daß die Entwicklung des Jischuw in Palästina es bereits gestattete, nicht nur Menschen aufzunehmen, sondern durch bestimmte Zusicherungen betreffend Aufnahme deutscher Exportgüter auch einen wenigstens teilweisen Transfer jüdischen Kapitals zu ermöglichen. Nicht nur sittliche Stärkung, sondern auch praktische Hilfe konnte der Zionismus bringen; „Jüdische Rundschau" und Palästina-Amt verkörperten gemeinsam die Kraft der nationaljüdischen Bewegung.

Der Drang nach Auswanderung war am stärksten naturgemäß bei der *Jugend*. Hier war die Zahl derer, die aus ihren bisherigen Positionen im Wirtschaftsleben durch den Druck der neuen Verhältnisse am ehesten herausgeschleudert wurden, oder die die Möglichkeit eines Fortkommens im bisherigen Beruf schwinden sahen, und auch derer, die am

tiefsten den zionistischen Ruf zur Umkehr begriffen, am größten. Das alte bürgerliche Ideal des sozialen Aufstieges durch Arbeit in Handel und akademischen Berufen, längst zweifelhaft geworden, büßte seinen Wert zusehends ganz ein. Das Ideal des dem Boden verbundenen, seinem Volke als Pionier dienenden Handarbeiters, das Hochbild des Chaluz in Erez Israel, eroberte die Herzen der Jugend. Referendare, Studenten, junge Kaufleute gingen zur Hachscharah; der *Hechaluz* entwickelte sich zur machtvollsten Vereinigung jüdischer Jugend. Er war nicht nur Umschichtungsverband in beruflich-technischem Sinne, sondern erstrebte von Anfang an auch eine geistige Umformung seiner Mitglieder, die sie befähigen sollte, in Palästina ein Leben aus nationalem Idealismus zu führen und den klassischen Gedanken der Chaluziuth, wie ihn Trumpeldor und Andere geprägt, zu verwirklichen.

Die gleiche Tendenz erfaßte die jüngeren Jahrgänge, die in den Hechaluz noch nicht eintreten konnten, aber den Weg zu ihm und durch seine Schule als ihren Lebensweg erkannten. Die zionistischen *Jugendbünde* der verschiedenen Richtungen nahmen einen starken Aufschwung; sie orientierten sich eindeutig auf Hachscharah und Alijah, knüpften darüber hinaus immer festere Beziehungen zu bestimmten Siedlungen der nationalen Arbeiterschaft Palästinas an, die für Arbeit und Ansiedlung ihrer Alijah-Kibbuzim fortgesetzt größere Bedeutung gewinnen.

Die allgemeine Auflockerung der jüdischen öffentlichen Meinung blieb auf die Jugend natürlich nicht beschränkt. Die vernehmbare Sprache der Ereignisse, die allen sich aufdrängende Besinnung, die Deutung, die die „Jüdische Rundschau" dem Erlebnis des Tages gab, das Faktum des sich so glücklich entwickelnden Aufbauwerkes in Palästina, alles dieses trug in seiner Vereinigung dazu bei, daß nun auch die politische Idee des Zionismus einer neuen Betrachtung unterzogen wurde. Die Lektüre der Schriften Pinskers und Herzls, der Besuch zionistischer Versammlungen, in denen ihr Gedankengut erklärt wurde, ließ viele Menschen ihren

bisherigen Weg in — oder besser gesagt: neben dem Judentum als Irrweg erkennen. Die einfachen Wahrheiten vom nationalen Charakter der jüdischen Gemeinschaft, von der Existenz der Judenfrage, der Möglichkeit ihrer Lösung durch Begründung eines autonomen Nationalheims im Lande unserer Väter, dargelegt mit jener wunderbaren Klarheit der Sprache, die vornehmlich dem Stifter des politischen Zionismus eigen war, die Ergebnisse der jahrzehntelangen Arbeiten aller zionistischen Denker begannen sich endlich durchzusetzen. Ueberall erhielten die *Zionistischen Ortsgruppen* Zuwachs an Mitgliedern, überall wurden neue gegründet. Der Irrtum der assimilatorischen Lehre war offenbar; Rückkehr und Bekenntnis zum Judentum aber heißt Zionismus. und in jeder Stadt, in jeder Gemeinde gab es Menschen, die freimütig ihren einstigen Irrtum zugaben und sich begeistert der nationalen Arbeit in der Zionistischen Organisation zur Verfügung stellten.

Die Rosch-Haschanah-Kampagne des *Keren Kajemeth Lejisrael* im September 1933 traf auf eine so allgemeine und vorbehaltlose Gebefreudigkeit. offenbarte in so greifbarer Weise den gänzlichen Stimmungsumschwung, daß man eine fortschreitende Zionisierung der gesamten Judenheit in Deutschland erwarten konnte.

IV

Das jüdische Leben in Deutschland entwickelte sich seit dem Frühjahr 1933 nicht nur im Sinne zunehmender Annäherung an zionistische Gedanken und palästinensische Wirklichkeit, also nicht allein einer Stärkung der Zionistischen Organisation. Es entwickelte sich auch im Sinne einer umfassenden Formung seiner selbst durch Ausbildung *zentraler Institutionen und Autoritäten*.

Als der Zionismus vor 4 Jahrzehnten in Mittel- und Westeuropa auftrat, konnte dort von einem jüdischen Leben gar nicht gesprochen werden. Die Pflege jüdischer Interessen war im Zeitalter der Assimilation dem Pietätsempfinden

und der Verwaltungsroutine einzelner Persönlichkeiten oder kleinerer Kreise überlassen, die dazu vor allem durch das Ansehen berechtigt erschienen, das sie in der allgemeinen Oeffentlichkeit, d. h. jenseits des jüdischen Bezirkes, genossen. Die großen Scharen der Gemeindemitglieder nahmen an jüdischen Angelegenheiten, abgesehen von den gelegentlichen Hilfsaktionen für das Ostjudentum und einem mehr oder weniger seltenen Synagogenbesuch, kaum Anteil. Wer in sich eine Neigung oder Fähigkeit zu politischer Wirksamkeit empfand, und das waren nicht Wenige, strebte danach, im Leben des Mehrheitsvolkes ein Feld für sie zu erringen. Obwohl im Zuge der Binnenwanderung die Gemeinden in den Großstädten an Zahl dauernd wuchsen, von der Enge des Raumes und Beschränktheit des Gesichtskreises, wie sie der kleinstädtischen Kehilla freilich eigentümlich waren, in den Großgemeinden nichts hätte zu spüren sein brauchen, erschien eine Bemühung um jüdische Ziele als kleinlich und vermochte an äußeren Ehren nichts zu bieten, was den sichtbaren Lorbeeren hätte gleichkommen können, die damals in der allgemeinen Welt für Juden zu erwerben waren. Sehr langsam hat der Zionismus diesen Zustand verändert. Indem er die Juden durch Darlegung seiner Ansichten und Wünsche zu einer Erörterung brachte, indem er mit Zähigkeit diese Diskussion der Judenfrage immer wieder aufnahm und die Teilnahme seiner jüdischen Gegner an ihr immer wieder herbeizuführen verstand, trug er wesentlich zur Schaffung eines jüdischen Lebens überhaupt bei. Das Für und Wider der Debatten um den Zionismus begann immer breitere Kreise der Judenheit zu interessieren; und obschon eine recht verstandene Assimilation ja völlige Abkehr von der Teilnahme an jüdischen Dingen verlangt hätte — der Kampfruf des Zionismus war so unüberhörbar, daß er die assimilatorischen Kreise zu aktiver Gegnerschaft zwang und sie damit, wider ihren eigenen Willen, in den jüdischen Bereich zurückführte.

Die äußere Entwicklung der Judenfrage in Deutschland seit Ende des Weltkrieges hat dann im Verein mit der zionistischen Bemühung zu einer stärkeren Anteilnahme der Juden an der Verwaltung ihrer Gemeinden und Landesverbände geführt. Das jüdische Leben begann sich zu demokratisieren; auch Gegner der zionistischen Gemeindepolitik begannen einzusehen, daß die Leitung der Gemeinden nicht dauernd in den Händen der Honoratiorenfamilien verbleiben könne, sondern daß die Massen der Gemeindeangehörigen durch das Organ der verschiedenen Parteien sie bestimmen müßten. Das Gemeindeleben erfuhr derart eine gewisse Politisierung; und gegen hartnäckige Widerstände drang langsam die von den Zionisten verfochtene Auffassung vor, daß die Gemeinde nicht auf die Ordnung der religiösen Dinge, also des Gottesdienstes, dann noch des sogen. Religionsunterrichtes und der Wohltätigkeit sich beschränken dürfe, sondern daß Geschichte und Notwendigkeit der Gegenwart gleichermaßen ihr die Pflicht auferlegen, ihren Angehörigen in allen Bezirken des Lebens Rat und Hilfe zu gewähren; daß sie aus der nach dem Willen nichtjüdischer Emanzipatoren gestalteten „Kultusgemeinde" wieder in eine jüdischer Tradition entsprechende „Volksgemeinde" sich verwandeln müsse.

Darüber hinaus hatte die zionistische Bewegung in Deutschland seit langem den Zusammenschluß der Landesverbände zu einem einheitlichen Reichsverband jüdischer Gemeinden gefordert; diese Forderung entsprach dem Wunsche nach Zusammenfassung aller jüdischen Kräfte, nach Organisierung des Volkes, nach Schaffung einer für alle Juden verbindlichen Autorität, die schon im ersten Punkte des Baseler Programms erhoben war, deren Erfüllung für die Erneuerung unserer weitgehender Auflösung anheimgefallenen Volksgruppe eine unerläßliche Notwendigkeit darstellt.

Alle diese, aus der zionistischen Idee abgeleiteten, von der Zionistischen Organisation vertretenen Tendenzen wurden unter der Wirkung der Verhältnisse, die die Machtergreifung des Nationalsozialismus schuf, in ihrer geschichtlichen Notwendigkeit auch von den Gruppen der Judenheit begriffen und anerkannt, die sie bis dahin entschieden abgelehnt oder nur als teilweise berechtigt angesehen hatten. Ein

eindrucksvoller Prozeß der *organisatorischen Nationalisierung* setzte ein.

Die neuen Aufgabenkreise machten eine erhebliche Vergrößerung des bis dahin bestehenden Apparates unabweisbar. Da sie ihre Existenz einer staatlichen Gesetzgebung verdankten, die die jüdische Gemeinschaft in Deutschland zu einer geschlossenen nationalen Gruppe machte, wurden die jüdischen Instanzen, bisherige und neu entstandene, ipso facto nationaljüdisch; wobei die bis dahin, und teilweise noch weiter, gepflegte Gesinnung ihrer leitenden Menschen zwar nicht selten merkwürdig dazu kontrastierte, die Beurteilung des geschichtlichen Ranges der Gesamterscheinung aber dadurch nicht abgeschwächt werden kann.

Ermöglichung der Berufsausbildung, insbesondere Berufsumschichtung, und der Auswanderung, Ausdehnung des Darlehnskassenwesens, Gründung neuer und Erweiterung bestehender jüdischer Schulen, Maßnahmen zur Durchführung eines Programms der Erwachsenenbildung, schließlich Schaffung des organisatorischen Rahmens dieser ganzen Tätigkeiten und — last not least — ihre Finanzierung: alles das mußte geleistet werden. Ohne entschlossene Zentralisierung aller Kräfte war nichts zu erreichen; so kam es bereits im Mai 1933 zur Gründung des *„Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau"*, in dem alle jüdisch-politischen Organisationen zu gemeinsamer Arbeit sich vereinigten. Von der schmalen Basis aus, die ihm die schon früher bestehende *„Zentralwohlfahrtsstelle"* anfangs bieten konnte, wurde er mit Hilfe der Mittel ausländischer Sammlungen, insbesondere des British Central Fund for German Jews, aber auch eigener Finanzaktionen innerhalb der Judenheit Deutschlands, in Kürze zur leitenden Instanz der gesamten sozialpolitischen Arbeit. Ohne den Zentralausschuß wären das ganze große Hachscharahwerk, die Alijah und das jüdische Schulwesen niemals zu dem geworden, was sie heute sind. Mannigfache Kritik im Einzelnen muß diese grundsätzliche Erkenntnis dennoch gelten lassen.

Mit der formalen Aufgabe der Finanzierung und der inhaltlichen des Aufbaues einer modernen sozialpolitischen Praxis war jedoch das Tätigkeitsfeld, in dem eine neue jüdische Autorität sich zu bewähren hatte, noch nicht ausgefüllt. Die überall auftretende Notwendigkeit, mit den Behörden des Staates in Verbindung zu treten, wie auch das Bedürfnis, Inhalt und Ziel des Schul- und Bildungswesens von einer sachverständigen Körperschaft festsetzen zu lassen, schließlich der Wunsch nach einheitlicher Führung der Judenheit überhaupt legten die Schaffung eines Organes nahe, das als ihre oberste Autorität angesehen werden konnte. Als solches Organ entstand nach Ueberwindung vielfacher Schwierigkeiten im September des Jahres 1933 die *„Reichsvertretung der Juden in Deutschland"*.

Schon der Name deutet an, daß bei der Begründung vor allem der Wunsch maßgebend gewesen war, eine repräsentative Stelle für Verhandlungen mit Regierung und Behörden zu errichten. Dabei war ihr jedoch von Anfang an auch die Funktion zugedacht, nach innen hin alle Kräfte zu vereinigen und in dem gesamten Prozeß der kulturellen und sozialpolitischen Neuordnung als höchste richtungweisende Instanz zu wirken. In Verfolg dessen wurden die Richtlinien für das jüdische Schulwesen von einem Ausschuß der Reichsvertretung ausgearbeitet, seine Betreuung ihrer Schulabteilung anvertraut. Die Mittelstelle für Erwachsenenbildung entstand unter ihrer Aegide, ebenso das Instrument der Vermögensliquidation, die „Gesellschaft zur Förderung wirtschaftlicher Interessen von in Deutschland wohnhaften oder wohnhaft gewesenen Juden" (FWJ), und es stellte nur den organischen Abschluß des Ganzen dar, daß im Frühjahr 1935 der „Zentralausschuß" in die Verwaltung der Reichsvertretung als „Wirtschafts- und Sozial-Abteilung" eingegliedert wurde.

Die Reichsvertretung entbehrt bis heute eines regulären demokratischen Unterbaues. Ihre höchste Körperschaft, der Präsidialausschuß, ist weder aus Wahlen hervorgegangen, an denen alle Juden nach ihrer politischen Gliederung hätten teilnehmen können, noch beruht er auf einem föderativen Zu-

sammenschluß der Landesverbände; vom Beirat gilt das Gleiche. Die Reichsvertretung ist zustande gekommen durch freiwillige Vereinbarung aller bis 1933 vorhandenen konstituierten Gewalten des jüdischen Lebens: der weltanschaulichen Organisationen, der Landesverbände, der Großgemeinden. Da im Drange der revolutionären Zeitläufte des Frühjahrs und Sommers 1933 umständliche parlamentarische oder formaljuristische Prozeduren undurchführbar waren, die Begründung einer obersten Vertretung aber ein dringendes Bedürfnis, so haben alle Faktoren, die irgend eine gesellschaftliche Kraft in der Judenheit Deutschlands darstellten, entschlossen gehandelt und sich für berechtigt gehalten, im Wege politischer Absprachen untereinander die neue Vertretung einzusetzen. Sie war als überparteilich gedacht, wiewohl in der personellen Zusammensetzung ihrer Gremien, des Präsidialausschusses wie des Beirates, kein irgend vertretbarer Anspruch einer Partei übergangen wurde. Sie sollte auch Persönlichkeiten heranziehen, die, keiner Partei angehörig, dennoch der jüdischen Gesamtheit von Wert sein konnten; auch sollten die Parteien nach Möglichkeit neue, durch die Erinnerung an alte Kämpfe nicht belastete Männer delegieren. Insgesamt hat der Präsidialausschuß, wie er damals gebildet wurde, ziemlich rasch die nötige Autorität in der öffentlichen Meinung der Judenheit gefunden und damit das Vorgehen seiner Urheber gerechtfertigt: er verkörperte die Schicksalsgemeinschaft aller Teile unseres Volkes, sein Zustandekommen galt mit Recht als ein Beweis, daß die Zeichen der Welt verstanden worden waren, und der Bestand der Reichsvertretung hat zweifellos auch im Sinne der Durchsetzung bestimmter moralischer und disziplinärer Forderungen, im Sinne der Innehaltung jüdischer Solidarität, erzieherisch gewirkt.

Dieses ganze Werk der Schaffung der zentralen Institutionen ist unter tätiger Mitwirkung der Zionistischen Vereinigung für Deutschland aufgebaut worden. Es entsprach den Grundsätzen des Zionismus, und in Würdigung der Bedeutung, die ihre Existenz und Arbeit schlechthin für eine

Umgestaltung der Judenheit Deutschlands im nationalen Sinne würde haben müssen, hat die ZVfD. in der Bemessung ihrer personalpolitischen Ansprüche stets besondere Mäßigung an den Tag gelegt. Ohnehin war der Aufbau der Verwaltungskörpers ohne stärkste Heranziehung zionistischer Kräfte gar nicht möglich, und es ist uns eine besondere Genugtuung, daß eine Anzahl unserer Gesinnungsgenossen, die schon vor 1933 für jüdische Sozialpolitik gearbeitet hat, nun den Wirkungskreis fand, der ihrer Leistungsmöglichkeit angemessen war; ebenso, daß Schulabteilung und Erwachsenenbildung von Menschen aufgebaut wurden, die aus der zionistischen Bewegung hervorgegangen sind. Ungeachtet häufiger Reibungen in der Kooperation mit Nichtzionisten konnte Wertvolles geleistet werden; ganz gewiß würde ohne den Einsatz unserer Menschen in die Arbeit der Reichsvertretung die Palästinavorbereitung in Deutschland unseren zionistischen Ansprüchen erheblich weniger genügt haben, als dies heute der Fall ist.

Der Prozeß der organisatorischen Nationalisierung beschränkte sich nicht auf die Begründung der oben erwähnten Zentralinstitutionen. Schon im Sommer 1933 erfolgte in Berlin mit Genehmigung des zuständigen Reichsministeriums die Gründung eines *Jüdischen Kulturbundes*, der insbesondere zur Pflege der Bühnenkunst und Musik jüdische Künstler mit jüdischem Publikum zusammenführen sollte. Die Grundsätze des neuen Staates, auf dem Gebiet von Kunst und Wissenschaft hinsichtlich der Absonderung des deutschen vom jüdischen Bereich mit besonderer Strenge gehandhabt, führten bald zu großem Wachstum des Kulturbundes; ähnliche Gründungen erfolgten nach und nach in anderen Städten, so daß 1935 die Gründung eines „Reichsverbandes der jüdischen Kulturbünde in Deutschland" vollzogen werden konnte.

Es liegt auf der Hand, daß die Juden eher imstande waren, den Umkreis ihres Eigenlebens organisatorisch abzustecken, als ihn inhaltlich mit eigenem Kulturgut zu erfüllen. Vor die Notwendigkeit gestellt, das von außen her neu ge-

schaffene Eigenleben von innen her wertvoll zu machen, begannen sie, das Kulturproblem des assimilierten Judentums, uns Zionisten seit langem bekannt, erst zu entdecken. Rückgewinnung der verlorengegangenen jüdischen Kultur aber ist nur durch ernsthafte Anstrengung möglich; und auch der Wille zum Judesein ist noch nicht dieses selber. So begann eine, noch lange nicht abgeschlossene Periode des Studiums: des Sichversenkens in die Geschichte unseres Volkes, des Hebräischlernens, des sich Vertrautmachens mit dem großen Komplex der jüdischen Ueberlieferung, von dessen Ausdehnung die Meisten nie etwas geahnt hatten. Allenthalben wurden Lehrhäuser, Volkshochschulen, Kurse, Seminare, Schulungswochen und dergleichen eingerichtet. Die jüdischen Zeitungen stellten sich weitgehend in den Dienst dieser Volksbildungsbemühungen. Trotzdem ist der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, daß der in praxi dabei entstandene höchst umfangreiche Vortragsbetrieb keine besonders nachhaltigen Wirkungen erzielt, und daß wahrhafte Hinwendung zur jüdischen Geisteswelt letztlich doch nur in eigener, unter Umständen auch einsamer Bemühung des Einzelmenschen erfolgen kann. Um so dankbarer mag die Judenheit dem Unternehmen sein, dessen verlegerisches Werk den reichen Stoff der Quellen ihr in vorbildlicher Weise zugänglich macht: dem Schocken-Verlag, wiederum Gründung eines Zionisten.

Wie unvollkommen in dieser Hinsicht aber auch alles noch sein möge: die Judenheit Deutschlands hat doch die Notwendigkeiten erkannt. Uebersieht man außerdem, was mit der Begründung der Zentralinstitutionen geleistet wurde, so wird man ihr das Zeugnis nicht versagen dürfen, daß sie in den neuen Rahmen sich geschickt und den neuen Aufgaben nach Kräften gerecht zu werden sich bemüht hat. Der Zionismus konnte diese Nationalisierung nur begrüßen und fördern; beseitigte sie doch den Zustand der Anarchie im jüdischen Leben und schuf damit die erste Voraussetzung zur Hinlenkung aller seiner Kräfte auf die Aufgabe Palästina.

V.

Daß nach diesen Entwicklungen des Frühjahrs und Sommers 1933 im Herbst jenes Jahres die Ausdehnungsbewegung des Zionismus erlahmte und dann längere Zeit nur ein langsames Tempo behielt, erscheint auf den ersten Anblick hin überraschend. Dennoch ermöglicht eine nähere Betrachtung sehr bald die Erkenntnis mehrerer Ursachen.

Zum Ersten erwies sich die Erschütterung der Judenheit als doch nicht so tiefgehend, wie man zu Anfang angenommen hatte. Indem die revolutionäre Bewegung abebbte und in die Bahnen gesetzlicher Entwicklung überging, damit auch die Auswirkungen der auf die Juden bezüglichen Gesetzgebung übersehbarer wurden, machte sich in weiten Kreisen der Judenheit ein gewisses Bedürfnis nach Ruhe geltend; die Gesetzgebung hatte im Wesentlichen nur Angehörige akademischer Berufe betroffen. man glaubte, daß ihr politischer Wille die Ausgliederung der Juden lediglich aus dem politischen und kulturellen Leben Deutschlands sich zum Ziele setzte, und war bereit, sich dem Gewünschten zu fügen, wofern man nur in dem äußerlich eingeschränkten Bereich des eigenen Lebens die alten Inhalte, Denkweisen und Ueberzeugungen weiterhin bewahren und pflegen konnte.

Wir mußten mit Bedauern beobachten, wie sehr bei vielen Juden das Erlebnis des März/April 1933 an der Oberfläche haften geblieben war, wie wenig es tiefere Schichten erreicht und berührt hatte. Eigentlich erst jetzt, nachdem das Zeitalter der Emanzipation endgültig der Vergangenheit angehörte, konnten wir recht erkennen, wie nachhaltig es den Charakter der Judenheit in Deutschland geprägt hatte. Alle Gedanken, die ihre Geschichte seit etwa 1780 beeinflußt hatten, erlebten noch einmal in einer Welt, die zusehends in ein „postassimilatorisches Ghetto" sich verwandelte, eine gespenstisch anmutende Nachblüte. Eine Vergangenheit, deren schwere Fehler doch von einem Impetus herrührten, dem man einstige Größe nicht absprechen kann, irritierte noch einmal mit ihrem unwirklichen Schein die späten Nach-

kommen, denen aufgegeben ist, ein neues inneres Gesetz des Lebens sich zu erobern.

So fand sich der Zionismus wider Erwarten neuerlich in die Notwendigkeit versetzt, mit einer widerstrebenden Judenheit eine geistige Auseinandersetzung zu führen. Die Juden widerstrebten mit den verschiedensten Argumenten, mit Hilfe der verschiedensten Formen, durch die sie das Verlorene zurückzugewinnen versuchten.

Der *„Reichsbund jüdischer Frontsoldaten"* (RJF.), bis dahin ein kameradschaftlicher Zusammenschluß zur Pflege soldatischer Erinnerungen, dem vielfach auch Zionisten angehörten, und der vor 1933 in der innerjüdischen Politik keine sehr erhebliche Rolle gespielt hatte, erwachte plötzlich zu politischer Aktivität. Die Tatsache, daß der Nationalsozialismus aus dem Erlebnis der deutschen Volksgemeinschaft in den Schützengräben der Front sich herschrieb und aus ihm das deutsche Staatsleben neu gestalten wollte, verleitete ihn zu der Annahme, daß er, der Bund der *jüdischen* Frontkämpfer, die von 1914 bis 1918 dieser Volksgemeinschaft sich zugehörig gefühlt hatten, auch jetzt von ihr nicht ausgeschlossen bleiben könnte. Der Zionismus weiß, daß jede neue Form der Judenfrage die ihr gemäße Art der Assimilation und neue Illusionsbildung erzeugt: wir waren kaum überrascht, wohl aber fühlten wir uns seltsam berührt, als Gedankengut und Sprache einer Umwelt, die durch ihre Rassentheorie und -Praxis sich vom Judentum schroff trennte, in den jüdischen Bereich übertragen wurden. Durch Uebernahme des Führerprinzips in die eigene Organisation versuchte der RJF. sich den Veränderungen in der deutschen Oeffentlichkeit anzupassen und als gleichartig zu erscheinen. Der Frontkämpferparagraph in der Nichtariergesetzgebung rettete offensichtlich viele Existenzen, wenn auch vielfach nur vorläufig. Zwar war er schon in den Gesetzentwürfen des NS.-Juristenbundes vom Februar 1933 vorgesehen, aber durch seine Agitation verstand es der RJF., durch Angliederung von Alt-Soldaten-, -Förderer- und Sportbünden seine Organisation erheblich zu vergrößern und sein politisches

Gewicht zu verstärken. Der Glaube, der RJF. könne vermöge seines spezifischen Charakters die durch das Dritte Reich eingeleitete Ausgliederung der Juden, wenigstens für eine traditions- und gesinnungsmäßige besonders qualifizierte Minderheit, rückgängig machen oder doch wenigstens aufhalten, hat lange Zeit hindurch eine gewisse Herrschaft zu behaupten vermocht; und es gab nicht Wenige, die aus der anfänglichen Erschütterung und Nachdenklichkeit bald wieder in das gewohnte Fahrwasser des Opportunismus zurückglitten.

Im *„Central-Verein der Juden in Deutschland"* (C. V.) war die Erkenntnis, daß man lange einen falschen Weg gegangen sei, am Anfang der Revolution am deutlichsten. Er war ja viele Jahrzehnte hindurch die maßgebende, einflußreichste Organisation der Juden gewesen; die gedankliche und politische Umwälzung in Deutschland mußte ihn am stärksten treffen. So hat er bei der Begründung des Zentralausschusses und der Reichsvertretung seine Hand zur Zusammenarbeit mit den Zionisten besonders bereitwillig geboten. Er begann, für unser Aufbauwerk in Palästina Verständnis zu gewinnen und in den Gemeinden und Zentralinstanzen unseren Wünschen nach Förderung der Hachscharah und Alijah entgegenzukommen. Seine Zeitung richtete eine regelmäßige Palästinaberichterstattung ein und schenkte den Vorgängen und Problemen innerhalb der zionistischen Bewegung eine steigende (wenn auch nicht immer ganz verständnisvolle) Beachtung. Die antizionistische Gesinnung von einst erfuhr erhebliche Milderungen. Die Rechtsberatungstätigkeit seiner Syndikate, infolge der neuen Nichtariergesetzgebung auch weiterhin in Anspruch genommen, übte er nunmehr im Auftrage der Reichsvertretung aus. Das Recht zu ihrer Inanspruchnahme konnte nicht mehr von dem Nachweis irgendeiner Gesinnung abhängig gemacht werden.

Im Grunde war die Gesinnungsbasis seiner Existenz brüchig und hinfällig geworden, damit seine Lebensberechtigung überhaupt problematisch. Indessen vermögen offenbar selbst Revolutionen nicht immer Verbände zu beseitigen, die

infolge der Langjährigkeit ihres Bestandes eine gewisse traditionelle Sympathie und Resonanz erworben haben und an deren Aufrechterhaltung ein großer bürokratischer Apparat lebhaft interessiert ist. So blieb die Organisation des C. V., wiewohl führende Persönlichkeiten der alten Aera sich zurückzogen und neue an ihre Stelle traten, als solche intakt. Darüber hinaus wurden eine Zeitlang entschiedene Versuche unternommen, auch geistig soviel als möglich von dem alten Bestande zu retten und in Verbindung mit gewissen Elementen der zionistischen Gedankenwelt (Notwendigkeit einer Aenderung der jüdischen Berufsstruktur, Anerkennung Palästinas als Einwanderungszentrum und einer gesamtjüdischen Bedeutung des Aufbauwerkes) als neue „C. V.-Gesinnung" zu präsentieren. Man hoffte damit dem wahren, politischen Zionismus seine Ueberzeugungskraft weitgehend nehmen zu können. Diese Versuche einer neuerlichen, in der C. V.-Zeitung oftmals zu recht spitzen Formulierungen vorgetriebenen Abgrenzung vom Zionismus gipfelten dann in der Verkündung einer „Zweiten Emanzipation" als Zieles der in Deutschland zu verbleiben gewillten Juden; den Zionisten wurde das Recht zur Mitbestimmung der jüdischen Angelegenheiten in Deutschland abgesprochen, ihre Bewegung als reine Auswanderungsbewegung dargestellt, die nur an Palästina interessiert sei. Man propagierte eine Kooperation von C. V. und ZVfD. auf Grundlage einer solchen, ganz einseitig vom C. V. vorgenommenen „Arbeitsteilung".

Alles dieses war um so gefährlicher, als auch in manchen Kreisen der Jugend, zum Teil aus anderen Motiven, Widerstände gegen die Annahme des Zionismus sich geltend machten, die ihre schließlich doch notwendige Entscheidung für Palästina bedauerlich verzögerten und ihre Entwicklung zu geistiger und willensmäßiger Klarheit unnötig aufhielten. Die „Werkleute", ein aus dem ehemaligen deutsch-jüdischen Wanderbund „Kameraden" hervorgegangener Bund, gingen in alter Form zur zionistischen Jugendbewegung über, ähnlich später der „Jüdische Pfadfinderbund Deutschlands" (JPD.) durch Fusion mit dem Makkabi-Hazair, noch zuletzt,

Ende 1935, der „Verband Jüdischer Jugendvereine Deutschlands". Doch dieses, sowie die oben erwähnte allgemeine Stärkung der bereits bestehenden zionistischen Jugendbünde verdeutlichen nur die eine Linie der Entwicklung. Die andere Linie führte zur Gründung des *„Bundes Deutsch-Jüdischer Jugend" (BDJJ.)*, der durch Aufsaugung bestehender C. V.-Jugendgruppen, neutraler Jugendvereine, Eintritt von Juden, die bis dahin noch vereinzelt in deutschen Bünden gewesen waren, aber auch durch Neugründungen und Erfassung von Jugendlichen aus assimilatorischem Milieu in kurzer Zeit einen erheblichen Aufschwung nahm.

Die kurze Geschichte des *„Schwarzen Fähnleins"*, des Bundes, der am leidenschaftlichsten der deutschen Jugend gleichzuwerden trachtete, und der durch den Austritt einer größeren Führergruppe aus der jüdischen Religionsgemeinschaft ein unrühmliches Ende fand, darf hier übergangen werden, wiewohl sie lehrt, daß Flucht aus dem Judentum zu keiner Zeit völlig unmöglich ist. Die Tendenzen, die das S. F. beseelt hatten, spielten aber auch bei der Gründung und in dem weiteren Verhalten des BDJJ. eine gewisse Rolle. Man würde fehl gehen, wollte man nicht auch die gefühlsmäßig echten Gründe anerkennen, die seine antizionistische Haltung bestimmten. Der zionistische Weg der Jugend, der Weg nach Palästina, erschien als zeitgemäß, durch die Verhältnisse vorgeschrieben; daß manche Gruppen ihn deshalb aus dem jugendbewegten Geiste einer Rebellion gegen die Ordnungen der Welt verwarfen, daß sie gegen den — an sich törichten — Vorwurf eines konjunkturbedingten Gesinnungswandels besonders empfindlich waren, gereichte ihnen nicht zur Unehre. Auch darf zugestanden werden, daß der Vorsatz einer Umschichtung zur Landwirtschaft mit dem Ziele ihrer Ausübung in Deutschland einer ehrlichen Abkehr von den bürgerlichen Lebensidealen der älteren Generation entsprang.

Indem aber der Bund dieses Ziel der Ueberführung der Jugend in die Landwirtschaft unter den gegebenen Umständen für möglich erachtete und mit seiner Erreichung die Hoffnung auf eine „Zweite Emanzipation" verband, machte er

sich des schweren Fehlers einer mangelnden Einsicht in den Charakter der Judenfrage schuldig. Sehr bald mußte er erkennen, daß er Hoffnungen auf ein unerreichbares Ziel erweckt habe; er sah sich genötigt, die Parole der Berufsumschichtung fallen zu lassen, und befindet sich seitdem auf einem dauernden Rückzuge. Freilich hat seine längere Zeit vertretene Haltung, man müßte durch Bremsen der Hachscharahbewegung und Lenkung des Nachwuchses in kaufmännische Lehrstellen die Positionen der Judenheit in Deutschland zu stützen suchen — dies leichtfertigerweise verbrämt durch das ganz anderen Zeiten erreichbare Ideal einer „Königlichen Kaufmannschaft" — so manche Berufswahl ihre natürliche Richtung vorerst verfehlen lassen.

Schließlich machte sich überhaupt, auch außerhalb der erwähnten Organisationen, der Wunsch geltend, soviel als möglich von den bisherigen Vorstellungen festzuhalten und sich in dem neuen, formal jüdischen Bereich mit einem möglichst geringen Quantum an jüdischen Inhalten zu begnügen.

Haben wir in alledem den ersten Grund für die Verlangsamung des zionistischen Vormarsches entdeckt, so lag der zweite darin beschlossen, daß die äußere Entwicklung der jüdischen Situation in Deutschland von vielen Juden mißdeutet wurde. Das neue Regime vollzog die Entfernung der Juden aus allen Positionen, die in irgend etwas eine Beeinflussung des politischen und kulturellen Lebens ermöglichen konnten, mit kompromißloser Radikalität, erklärte jedoch die Uebertragung des Rasseprinzips auf das Gebiet der freien Wirtschaft für unzulässig (z. B. in verschiedenen Verlautbarungen des Reichsinnenministers Dr. Frick im Februar 1937). Obgleich dem ungeachtet die zunehmende Durchdringung des gesamten Lebens mit nationalsozialistischem Geiste doch eine dauernde Schmälerung der wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeit der Juden mit sich brachte, verbreitete sich bei Vielen die Ueberzeugung, daß die große Masse der Juden ihrem Erwerb ungehindert weiter würde nachgehen können, und daß zumindest die ältere Generation, vielleicht auch Teile der Jugend, an Auswanderung nicht zu denken

brauchten. Diese Meinung, schon als solche nicht unbestritten, verdichtete sich dann zu der Ansicht, daß der Zionismus zwar für die Auswanderung nach Palästina Nützliches leiste, zu den Grundfragen der jüdischen Existenz aber nichts Wesentliches zu sagen habe, ja deren fortgesetzte Aufrollung durch ihn lästig und überhaupt nur seiner doktrinären Haltung zuzuschreiben sei.

VI.

Solcherart war das Widerstreben beschaffen, um dessen Beseitigung die zionistische Propaganda sich bemühen mußte. Ihre Aufgabe war schwierig, da die Kraft der intellektuellen Argumentation allein — wie immer — nicht ausreichte, um der zionistischen Idee den Weg zu bahnen. Von um so größerer Bedeutung war es, daß Menschen in ihr wirkten, die imstande waren, die moralische Seite der zionistischen Forderung deutlich hervortreten zu lassen, Größe und Schönheit des Binjan Haarez aus eigenem Erleben zu schildern, und durch eine — natürlich auch weiterhin notwendige — Analyse der politischen Entwicklung die geschichtliche Tragweite des Augenblicks bewußt zu machen.

Unsere *Propaganda* vermochte gegenüber dem RJF. zu zeigen, daß bei allem Respekt vor der idealen Bedeutung des Fronterlebnisses für die Vertretung der Judenheit gegenüber der deutschen Umwelt andere Maßstäbe gelten müssen, ja, daß seine ständige Berufung auf Privilegien des Frontkämpferstandes unter den aktuellen Bedingungen manchmal einer Verletzung der jüdischen Solidaritätspflicht nahekommt. Dem Centralverein konnte sie sagen, daß man aus dem Ideengebäude des Zionismus nicht Einzelteile herausgreifen, vor allen Dingen nicht das jüdische Werk in Palästina ohne seine motorische Kraft, die zionistische Bewegung, verstehen und anerkennen kann. Dem BDJJ. hielt sie entgegen, daß er die idealistische Einsatzbereitschaft einer Jugend an Bemühungen sich verbrauchen lasse, die durch objektive Unerreichbarkeit der Ziele fruchtlos bleiben müssen. Alle aber konnte sie an die Pflicht mahnen, der Trägheit des Herzens nicht nachzugeben und zu begreifen, daß Palästina vornehmster Ziel-

punkt jüdischer Arbeit auch dann sein muß, wenn äußere Notwendigkeit es nicht Allen als letzte Zuflucht aufdrängt.

Durch den starken Einsatz der zionistischen Aufklärung, die im Jahre 1934 in zahllosen Versammlungen und Zirkeln unablässig durchgeführt wurde, konnte das in der ersten Hälfte des Jahres 1933 Errungene immerhin festgehalten und, wenn auch nur Schritt für Schritt, erweitert werden.

Die Gestaltung der äußeren Lage der Judenheit seit Anfang des Jahres 1935 stellte mit schonungsloser Deutlichkeit unter Beweis, daß die zionistische Propaganda die Auffassungen der Gegenseite mit Recht als ideologische Wunschträume bekämpft hatte. Erlasse der Staatspolizei, die Anfang März 1935 bekannt wurden, verboten eine „Propaganda für das Verbleiben der Juden in Deutschland" und erklärten die auf Berufsumschichtung und Auswanderung nach Palästina gerichtete Tätigkeit der zionistischen Jugendbünde als im Interesse der nationalsozialistischen Staatsführung gelegen. Die Gesetze über den Aufbau der neuen deutschen Wehrmacht vom April 1935 machten allen Hoffnungen, es werde durch Zulassung der Juden zum Heeresdienst die letzte Möglichkeit, ihre Verbundenheit mit dem deutschen Staate zu dokumentieren, erhalten bleiben, ein Ende. Die Nürnberger Gesetze vom September 1935 setzten den Schlußpunkt unter den begonnenen Dissimilationsprozeß: die Reichsbürgerschaft wurde den Juden aberkannt, das Connubium mit Nichtjuden als Rassenschande unter Strafe gestellt.

Die Judenfrage in Deutschland hatte damit die erste Phase ihrer Entwicklung, in der sie lediglich zu einer Ausschaltung der Juden aus Politik und kultureller Betätigung, sowie teilweise aus den freien Berufen, noch nicht aber grundsätzlich aus der Wirtschaft geführt hatte, vollendet; sie war in die zweite Phase eingetreten, in der eine fortschreitende Verringerung der jüdischen Bevölkerungszahl das deutlich bekundete Ziel der Staatsführung wurde, auf das die Arbeit der Judenheit in Deutschland sich einstellen muß. Die Reichsvertretung zog aus dieser Notwendigkeit die Konsequenzen. In ihrem Septemberprogramm, das alle politischen

Spitzenorganisationen, Gemeinden und Gemeindeverbände unterschrieben, bekannte sie sich feierlich zum Keren Hajessod, forderte alle Gemeinden zu seiner tatkräftigen Unterstützung auf und empfahl ihnen diejenige personelle und organisatorische Umgestaltung, die die Verhältnisse erfordern. Damit wurde die Notwendigkeit gerechter Beteiligung der Zionisten an der Gemeindearbeit endlich autoritativ anerkannt; in Verfolg dessen gelang es, in der Berliner Gemeinde, der politischen Schlüsselposition auch zu den anderen Gemeinden, ein Kompromiß zu schließen, nach dem die Hälfte der Sitze des Gemeindevorstandes zionistischen Vertretern eingeräumt und die Führung der wichtigsten Dezernate ihnen anvertraut werden soll. Die Judenfrage ist nicht mehr allein die Frage einer Abgrenzung jüdischer Tätigkeit innerhalb Deutschlands; in ihrem Vordergrund steht die Frage des Zeitmaßes, in dem die nach Alter, Beruf und Vermögen auswanderungsfähigen Teile der Judenheit Deutschland verlassen können. Die Bestimmung dieses Zeitmaßes ist abhängig von den Möglichkeiten, die innerhalb Deutschlands für Liquidation des Besitzes, berufliche Vorbereitung und Transfer des Vermögens gegeben, sowie denen, die im Auslande für Aufnahme und Einordnung des Wanderungsstromes eröffnet werden. Angesichts der völligen Aussichtslosigkeit einer Wanderung in europäische Länder sowie der engen Begrenztheit der Chancen, die in Uebersee sich bieten, werden die gesammelten Anstrengungen der Judenheit zum ganz überwiegenden Teile der Vorbereitung auf Erez Israel und der Erweiterung seiner Fassungskraft gewidmet werden müssen.

VII.

Unter allen hier geschilderten Umständen ist die Frage nach dem *Charakter der zionistischen Bewegung* von höchster Bedeutung. Die Antwort hierauf muß ausführlich alle Veränderungen in Betracht ziehen, die sie seit der Revolution erfahren hat. Diese Veränderungen griffen tief ein und haben die ZVfD. völlig umgeformt.

Die *Organisation* erhielt unaufhörlich neuen Zuzug an Mitgliedern: die Ortsgruppen wuchsen beträchtlich, die alten Schranken, die sie bis dahin fast überall von der deutsch-jüdischen Gesellschaft isoliert hatten, verschwanden. Zahlreiche Gruppen wurden neu gegründet: zum ersten Male eigentlich glückte es, in den Mittel- und Kleingemeinden wirklich Fuß zu fassen. Die alte Führerschicht, großenteils aus der Altherrenschaft des Kartells Jüdischer Verbindungen (KJV.) hervorgegangen, schmolz durch die starke Alijahbewegung rasch dahin; jüngere Kräfte, aus dem ehemaligen „Blauweiß" und der jungen Generation des KJV., aber auch Menschen, die auf keine zionistische Tradition zurückblicken konnten, traten an ihre Stelle. Diese Verjüngung der die Arbeit tragenden Schicht hat sich als nutzbringend erwiesen, an vielen Orten, besonders in Berlin, eine den gewandelten Verhältnissen entsprechend dimensionierte Arbeit überhaupt erst ermöglicht. Der Umfang der Arbeit nahm, nicht zuletzt durch die wachsende Bedeutung des Palästina-Amtes, außerordentlich zu. Der Aufbau seiner Zweigstellenorganisation und des Vertrauensmännernetzes vollzog sich in enger Anlehnung an die Zionistischen Ortsgruppen. Deren Apparat erwies sich überall sehr bald als in seiner bisherigen Gestalt nicht leistungsfähig genug: besonders in den Großstädten konnte das Maß der Arbeit, das für die Ortsgruppe selber, die Palästinaberatung, die Hachscharah, die Fonds durchgeführt werden mußte, mit ehrenamtlichen Kräften alleine nicht mehr bewältigt werden. Die zahlreichen neuen Arbeitsgemeinschaften und Ortsgruppen in der Provinz verlangten zudem nach regelmäßiger Betreuung und Unterstützung. Es mußten hauptamtliche Kräfte für alle diese Aufgaben zur Verfügung stehen: die Schaffung bzw. Neubelebung der Gruppenverbände der ZVfD. durch Errichtung von Sekretariaten entsprach einem dringenden Bedürfnis.

Das *geistige Gesicht* der zionistischen Organisation veränderte sich womöglich noch stärker. Waren ehedem eine gewisse Palästinafremdheit und die Vergeblichkeit aller Versuche, in der Pflege des Hebräischen das Anfangsstadium

zu überwinden, geradezu Kennzeichen des Zionismus in Deutschland, so verkehrte sich dieses fast mit einem Schlage in das Gegenteil. Die Alijah und die Touristik, die Tätigkeit der Hitachduth Olej Germania und der Deutschen Abteilung der Jewish Agency, die Schlichim des Hechaluz und die Korrespondenz mit Verwandten und Freunden, die bereits nach „drüben" gegangen waren, schufen eine früher ungeahnte *Palästinanähe*. Die Erlernung des *Hebräischen* wurde mit ungewöhnlichem Eifer begonnen; Lehrbücher erschienen in großer Anzahl, Chugim und Sichoth in hebräischer Sprache wurden ständige Erscheinungen in zionistischen Veranstaltungskalendern.

Freilich: nun der Zionismus eine *Massenbewegung* geworden war, das Gros der alten Zionisten zudem durch Alijah ausschied, konnte das einstige Niveau seiner politischen Bildung nicht behauptet werden. Die Massen der neuen Anhänger und Mitglieder hatten nicht mehr, wie einst die Studenten vor 1933, die Zeit, ihren zionistischen Willen durch ausgedehntes wissenschaftliches Studium der Judenfrage auch verstandesmäßig zu begründen. Der Zionismus verlor sein stark theoretisches Gepräge; aber damit ging er nicht nur — was kaum bedauert werden konnte — einer gewissen Lebensfremdheit verlustig, die ihm früher oftmals angehaftet hatte, sondern auch der geistigen Reife, deren eine politische Bewegung nicht entraten kann. Die Leitung der ZVfD. war bemüht, durch Veranstaltung mehrtägiger Seminare der Gruppenverbände, zentraler Schulungswochen, wie überhaupt durch energische Forcierung der sogenannten *Schulungsarbeit* in den Ortsgruppen dem abzuhelfen und ein tieferes Verständnis für das Wesen des Zionismus zu erwecken; ein Bemühen, dem ein Erfolg nicht versagt geblieben ist.

Sicher kam ein nicht geringer Teil der neuen Zionisten unter den Druck äußerer Verhältnisse zu uns. Aber es ist nicht die Schuld des Zionismus, daß erst katastrophale Zuspitzung der von ihm lange erkannten Judenfrage die Juden veranlaßt, sich ihm anzuschließen. Ihm obliegt es dann, die

Gesinnung seiner Anhänger aus der Sphäre einer halb mißmutig vollzogenen Anpassung an das Diktat äußerer Notwendigkeit zur Höhe klarer Erkenntnis der geschichtlichen Forderung und freudiger Bejahung des Palästinawerkes zu führen. Auch aus Zwang kann Freiheit entstehen.

VIII.

Fragen wir danach, was der Zionismus als Ziel seines Wirkens innerhalb der Judenheit Deutschlands betrachtet, so ist die Antwort mit der voraufgegangenen Darstellung gutenteils bereits gegeben. Wiederholungen sind unnötig; einige wenige Bemerkungen sollen jedoch die historische Rückschau abschließen.

Man könnte fragen, ob nicht auch ohne zionistische Bewegung und Organisation die Judenheit in Deutschland unter dem Drucke der äußeren Verhältnisse sich nach der Richtung entwickelt hätte, in der wir sie heute begriffen finden. Wir glauben, diese Frage entschieden verneinen zu müssen. Gewiß trifft es zu, daß Faktoren außerhalb unseres eigenen Machtbereiches erheblich zu der zionistischen Orientierung beigetragen haben. Aber ob die Juden Deutschlands 1933 aus tiefstem Niederbruch sich wieder hätten erheben können ohne den Zuspruch der „Jüdischen Rundschau", ob sie dann vor der Gefahr territorialistischer Illusionen, zielloser Auswanderung à tout prix und planloser „Wohltätigkeit" bewahrt geblieben wären ohne die zionistische Propaganda, die sie über das Wesen der Judenfrage aufklärte, ob sie einen neuen seelischen Ankergrund gefunden hätten ohne die zionistische Organisation, die sie wieder in den Zusammenhang der jüdischen Geschichte einordnet, muß stark bezweifelt werden. Daß weiterhin Palästina eine zionistisch *gänzlich* unvorbereitete Einwanderung aus Deutschland mit wirklicher Bereitwilligkeit empfangen hätte, ist unwahrscheinlich; und daß es allemal in diesen 3½ Jahren, die unser Bericht überschaut, der stärksten Anstrengungen des Zionismus bedurft hat, um falsche Parolen als solche zu enthüllen, Fehlleitung von Energien zu verhindern, ja, die Judenheit vor Selbst-

zufriedenheit und unangebrachtem Ruhebedürfnis zu behüten, steht fest. Noch die letzten Vorkommnisse, die unnatürliche Verbindung der Agudas Jisroel mit dem RJF. zur Förderung des Keren Hajischuw, erwachsen aus blinder Feindschaft gegen das *zionistische* Palästina, wie auch die mit einer deutlichen Spitze gegen die Palästina-Arbeit von liberalen Kreisen versuchte Ideologisierung der Jüdischen Winterhilfe zeigen deutlich, daß es keine „Zwangsläufigkeit" in dem angedeuteten Sinne gibt. Im Gegenteil dürfen wir behaupten, daß nationale Gesinnung und Palästinafreundschaft, so sehr sie von außen den Juden nahegelegt wurden, innerlich sie nur soweit ergriffen haben, wie die Kraft der zionistischen Bewegung bei dem Versuch reichte, sie zu dieser Haltung und Gesinnung durch moralischen Appell und geistige Ueberzeugung zu führen.

Diese Kraft weiterhin zu stärken, muß deshalb oberste Richtschnur der nächsten Arbeitsperiode sein. Es gehört dazu auch der Wille, die bisher vorbildlich durchgeführte Einigkeit innerhalb der ZVfD. aufrecht zu erhalten und alle Störungsmomente, die insbesondere der Geschlossenheit der zionistischen Vertretung gegenüber dem Gesamtjudentum Abbruch tun, auszuschalten. Nur eine geeinte und geschlossene zionistische Bewegung kann der Judenheit Wege weisen.

Die ZVfD. hat dies in der Berichtsperiode in hohem Grade vermocht. Die Führung des jüdischen Volkes durch den Zionismus ist unsere alte, auf Theodor Herzl zurückgehende Vorstellung. Auch in Zeiten, in denen die ZVfD. organisatorisch weit schwächer war als gegenwärtig, war sie immer erfüllt von dem Willen, das jüdische Leben durch zionistische Gedanken zu formen, und hat an ihrem Vermögen hierzu niemals gezweifelt. In diesem Sinne hat der Zionismus vom ersten Tage seines Auftretens an den *Führungsanspruch* gegenüber der jüdischen Welt erhoben. Wenn die ZVfD. ihn seit Mai 1935 in Form einer politischen Aktion gegenüber Zentralinstanzen und Gemeinden besonders zur Geltung brachte, so aus dem Gefühl, daß sie eine Verantwortung für das Ganze der jüdischen Arbeit in Deutschland

nicht tragen kann, wenn sie an der Bestimmung ihres Gesamtplanes und ihrer Durchführung im Einzelnen nur unzureichend teilhat.

Die Zionistische Vereinigung für Deutschland steht vor einer Aufgabe, wie sie in ähnlichem Umfange im ganzen Ablauf der jüdischen Geschichte nur selten sich erhoben hat. In allen Fällen, die als Parallele herangezogen werden könnten war das jüdische Volk auf fremde Mächte angewiesen, in deren Belieben es stand, ihm durch Duldung eine vorläufige Heimat zu gewähren. Dank der zionistischen Arbeit hat heute ein entschlossener Versuch zur Selbsthilfe alle Aussicht auf Gelingen; die Möglichkeit der Einwanderung nach Erez Israel, ja die Entwicklung eines jüdischen Gemeinwesens in ihm, ist völkerrechtlich anerkannt. Dieses Gemeinwesen wird aber trotz Balfour-Deklaration und Mandat seine erstrebte Gestalt nie annehmen, wenn die jüdische Einwanderung Palästina lediglich als äußere Zuflucht für Einzelmenschen betrachtet, sondern nur dann, wenn sie von nationaler Gesinnung erfüllt ist und opferwillig im Dienste der Allgemeinheit sich bewährt. Darum haben wir nicht aufgehört und werden nicht aufhören, in zionistischer Arbeit letztlich immer wieder eine Erziehungsarbeit zu sehen. Je ernster und wahrhaftiger wir die Aufgabe dieser Arbeit nehmen, desto sicherer werden wir vor dem Urteil der Geschichte bestehen.

Die Kraft zu diesem schweren Werke aber verleiht uns das Bewußtsein, daß — um ein Wort Kurt Blumenfelds aufzunehmen — die Juden „ein unerhörtes Glücksgefühl erwartet, wenn sie alle mit Willen Kinder des jüdischen Volkes werden".

ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND

ÄUSSERES

Der Primat der Außenpolitik, der für jede politische Bewegung gilt, hat zur Folge, daß das gesamte Leben der politischen Organisation in all' seinen Teilgebieten danach zu beurteilen ist, in welchem Umfange der Zweck der politischen Organisation durch die von ihr getroffenen, nach außen wirkenden Maßnahmen gefördert oder gestört wird. Daraus ergibt sich, daß ein Teilbericht über die Arbeit des Außenressorts entweder die gesamte Geschichte der Bewegung in dem betreffenden Abschnitt behandeln muß, oder nur einen vorwiegend pragmatischen Ueberblick über eine Reihe von zweckgebundenen Maßnahmen und Veranstaltungen geben kann. Nach diesem Maßstabe muß die folgende Uebersicht in dem, was sie bringt, und in dem, was sie wegläßt, gewertet werden.

Beziehungen der ZVfD. zur zionistischen Bewegung außerhalb Deutschlands

Alsbald nach dem Frankfurter Delegiertentag vom Herbst 1932 mußten die politischen Ereignisse in Deutschland zu einer beträchtlichen Unterbrechung der Beziehungen zwischen der ZVfD. und der zionistischen Gesamtorganisation führen. Dies ergab sich nicht nur aus dem Gebot äußerster Zurückhaltung, sondern auch aus der Unterbrechung persönlicher Beziehungen, der durch die Abwanderung führender Menschen der zionistischen Bewegung verursacht war.

Am XVIII. Zionisten-Kongreß in Prag 1933 nahmen die Zionisten aus Deutschland nicht teil, weil infolge des Wegfalls der Schekelaktion eine statutenmäßig durchführbare Wahl zum Kongreß nicht möglich war. Die ZVfD. entsandte zum Prager Kongreß nur *Dr. Martin Rosenblüth* als Beobachter und *Dr. Robert Weltsch* als Korrespondenten der „Jüdischen Rundschau". Trotz dieses Fernbleibens von den Beratungen des Kongresses ergab es

sich, daß die Verhandlungen für die weitere Arbeit der Zionisten in Deutschland von erheblicher Bedeutung waren. Das Referat von *Arthur Ruppin* entwickelte erstmalig Gedanken über eine planvolle jüdische Auswanderung aus Deutschland, die noch heute in ihren Grundzügen als richtunggebend angesehen werden müssen.

Wichtig war vor allem, daß auf dem Prager Kongreß das mit einer zahlenmäßig ins Gewicht fallenden jüdischen Auswanderung aus Deutschland verbundene Problem *des Vermögenstransfers durch Waren-Export* zu einer zwar nicht befriedigenden Lösung gelangte, daß aber diese erste Auseinandersetzung in der Zionistischen Organisation damals wenigstens keine unüberwindlichen Hindernisse für die weitere Zukunft schuf. Vor allem war und bleibt wichtig, daß die Zionistische Organisation sich von jeder Solidarisierung mit der Emigranten- und Boykottpolitik fernhielt. Bereits im Juni/Juli 1933 hatte die ZVfD. Verhandlungen mit den deutschen Regierungsstellen begonnen, um den ersten Transfererlaß zu erwirken.

Wenngleich einer der Prager Beschlüsse der Zionistischen Exekutive untersagte, sich an einer Transferabmachung zu beteiligen (ein Beschluß, der erst vom Luzerner Kongreß 1935 aufgehoben wurde), war es doch möglich, kurz nach dem Prager Kongreß die organisatorischen Voraussetzungen für den Transfer durch Gründung der *Palästina-Treuhandstelle* einerseits, der *Haavara* andererseits zu schaffen. Es darf hervorgehoben werden, daß es dem selbständigen Vorgehen der ZVfD. zu danken ist, wenn durch die Schaffung der bekannten Transfermöglichkeiten die Wanderungsbewegung der Juden aus Deutschland nach Palästina eine erhebliche Ausdehnung und Erleichterung erfuhr. Sie hat damit bewiesen, daß nur der Zionismus imstande ist, die Behandlung der Judenfrage aus einer Atmosphäre unfruchtbarer Proklamationen herauszuheben und Wege einer konstruktiven Hilfe zu finden. Der Kontakt mit der Zionistischen Organisation und ihren Problemen wurde vom Ende des Jahres 1933 an durch eine Reihe von Besuchen führender Zionisten wieder enger gestaltet. Insbesondere haben die Besuche des früheren Vorsitzenden der ZVfD., *Kurt Blumenfeld*, dazu beigetragen, den Zionismus mit den Problemen der Gesamtbewegung wieder in Kontakt zu bringen. In gleicher Richtung wirkten die Besuche von *Werner Senator* (Anfang 1934) und *Georg Landauer* (Anfang 1935), sowie die kurzen Besuche, die uns die Mitglieder der Exekutive, *Ben Gurion* und *Kaplan*, abstatteten. Nach dem Luzerner Kongreß hatten wir die Freude, *Miss Szold* in Berlin begrüßen zu können, wobei wir ihr den Dank für ihre segensreiche Tätigkeit, insbesondere für die Kinder- und

Jugendalijah, abstatten konnten. Schließlich begrüßten wir auch *Dr. Martin Rosenblüth*, den Leiter des Londoner Büros für die Ansiedlung von Juden aus Deutschland in Palästina, bei der Jubiläumskundgebung des Keren Hajessod im November 1935. Mehrere Reisen, die von Berlin nach Palästina und London unternommen wurden, vermittelten den Kontakt mit der Zionistischen Exekutive und den führenden jüdischen Kolonisationsgesellschaften (Ica und Pica).

Auch die Reisen, die unsere Gesinnungsgenossen *Dr. Kreutzberger* und *Adler-Rudel* in Angelegenheiten des Zentralausschusses ausführten, dienten der zionistischen Information.

Von besonderer Wichtigkeit in der Berichtsperiode bleibt die Teilnahme unserer Delegation am XIX. Zionistenkongreß in Luzern (August 1935). Diese Aktion wurde bereits Ende 1934 durch informatorische Schritte bei den zuständigen deutschen Behörden vorbereitet, so daß Anfang Februar 1935 ein Brief des Reichsinnenministeriums vorlag, welcher die Teilnahme inländischer Zionisten am XIX. Zionistenkongreß für unbedenklich erklärte.

Unsere Delegation, der als Delegierte:

Adler, Alexander; Adler-Rudel, Salomon; Blumenfeld, Kurt; Cohn, Benno; Eisner, Isi; Friedenthal, Hans; Gärtner, Hans; Gerson, Hermann; Gruenewald, Max; Herz, Rudi; Hirsch, Edith; Hirsch, Salli; Hoffmann, Jakob; Kreutzberger, Max; Landauer, Georg; Loebenstein, Fritz; Lubinski, Georg; May, Otto; Meyer, Franz; Michaelis, Eugen; Moses, Siegfried; Orbach, Seew; Pinner, Walter; Pomeranz, Hans; Rabau, Alfred; Rabin, Israel; Schattner, Mordechai; Schocken, Salman; Stern, Eva; Traub, Michael; Tschertok, Selig; Tuchler, Kurt; Wiener, Arnold; Wolfsberg, Oskar;

und als Ersatzdelegierte:

Feuerring, Isaac; Neuberger, Josef; Frankenstein, Betty; Ascher, Elieser; Barth, Lazarus; Lehrfreund, Ludwig; Orenstein, Mordechai; Intriligator, David; Lux, Walter; Wurm, Schalom; Zuntz, Tilly; Ratzkowski, Kurt; Kupferberg, Alfred; Lewy, Harry; Koczower, Philipp; Zobel, Lucy; Bamberger, J.; Weißmann, Georg; Unger, Naftali; Blum, Salomon; Tänzer, Paul; Weinreich, Erich; Burg, Josef; Lewinsohn, Kurt; Weinberg, Schaul; Goldstein, Georg; Weiß, Josef; Schloßberg, David; Kraus, Mosche; Michaelis, Adolf; Seligmann, Hans; Scharf, Felix; Wallbach, Gerhard;

angehörten, hat sich an den Arbeiten des Luzerner Kongresses

intensiv beteiligt, und der Erfolg, der in der offiziellen Anerkennung des Transfers und in der Aufrechterhaltung und weiteren Finanzierung der „Deutschen Abteilung" bei der Exekutive der Jewish Agency liegt, ist durch die intensive Arbeit der Delegation erzielt werden.

Die Beziehungen zum Zionismus in den außerdeutschen Ländern blieben auf diese offiziellen Anlässe nicht begrenzt. Im Rahmen der Arbeit des Palästina-Amtes hatten die damit beauftragten Gesinnungsgenossen (*Alexander Adler* und *Willi Preis*, später auch *Arthur Rau*) Gelegenheit, mit den Zionistischen Organisationen in Holland und Belgien, in Paris, Warschau, Krakau und Lemberg zu verhandeln.

Die in der Berichtsperiode neukonstituierte Gruppe Allgemeiner Zionisten nahm an den beiden Krakauer Konferenzen im Sommer 1934 und 1935 teil, unser Gesinnungsgenosse *Benno Cohn* besuchte Ende 1934 die Landeskonferenz der Zionisten in der CSR. in Mährisch-Ostrau.

Naturgemäß waren die Beziehungen zu den palästinensischen Instanzen durch eine Reihe von Reisen am engsten.

Dadurch, daß eine Reihe bisher in unserer Arbeit führend tätiger Zionisten Anfang 1933 nach Palästina gingen und dort wichtige Arbeitsgebiete übernahmen, waren diese Beziehungen für uns besonders leicht herzustellen und praktisch auszuwerten.

Georg Landauer übernahm das Generalsekretariat des Jerusalemer Büros für die Ansiedlung von Juden aus Deutschland in Palästina. *Werner Senator* wurde 1933 wieder in die Exekutive der Jewish Agency gewählt und arbeitete auch in der „Deutschen Abteilung" mit. *Kurt Blumenfeld* gewann durch seine Bemühungen um die „Kidmah" große Resonanz in den Kreisen der in der Hitachduth Olej Germania vereinigten Zionisten aus Deutschland. *Alfred Landsberg* und *Herbert Foerder* waren die Gründer der Rasco (Rural and Suburban Settlement Company) und widmeten sich besonders den Fragen der landwirtschaftlichen Mittelstandskolonisation. Es wäre jedoch falsch, nur die Mitarbeit an offiziellen oder sonst organisatorisch wichtigen Funktionen positiv zu werten und dabei zu vergessen, daß die praktische Leistung und zionistische Bewährung gerade derjenigen Gesinnungsgenossen, die sich — obwohl bisher Akademiker — entschlossen der Landwirtschaft zuwandten, erzieherisch und moralisch von allerhöchstem Wert ist.

Daß sich die ZVfD. bemüht hat, die sich aus ihrer Arbeitserfahrung ergebenden Gesichtspunkte den deutschen Regierungsstellen in geeigneter Weise vorzutragen, versteht sich von selbst.

Beziehungen der ZVfD. zu den jüdisch-politischen Organisationen in Deutschland

Daß sich als Ziel der zionistischen Politik die Schaffung einer aktionsfähigen Gesamtvertretung der Juden in Deutschland ergab, ist in der allgemeinen Einleitung dargestellt worden. Als Partner erwiesen sich hierbei in erster Linie der „C.-V." und der „RJF."

Mit dem „C.-V.", dessen organisatorisches Eigenleben nach der politischen Umwälzung stark eingeschränkt war, und dessen Tätigkeit im wesentlichen auf die wirtschaftlich-juristischen Beratungsstellen sich erstreckte, ergaben sich in der Berichtszeit kaum grundsätzliche Verhandlungen oder Auseinandersetzungen. Anders entwickelte sich das Verhältnis zum RJF. Dieser erwachte zu politischer Aktivität und gewann eine nicht unbeträchtliche Basis innerhalb der jüngeren Generation dadurch, daß er in den zur Aufnahme der bisher in den neutralen Sportorganisationen tätigen jüdischen Sportler bestimmten Sportverbänden eine Konkurrenz zum Makkabi schuf.

Die bis 1933 — zumindest theoretisch — aufrechterhaltene jüdisch-politische Neutralität wich einer betont antizionistischen Haltung, die vor allem von dem Bundesorgan „Schild" stark unterstrichen wurde. Diese Tendenz griff auch gelegentlich auf Kreise des C.-V. über und fand ihren literarischen Ausdruck in der im Herbst 1934 erschienenen Druckschrift „Wille und Weg der deutschen Juden". Diese Tendenz zwang die ZVfD. zur organisatorischen Abgrenzung gegen den RJF.; am 6. Juni 1934 beschloß der Geschäftsführende Ausschuß der ZVfD.:

> „Die Zugehörigkeit zur Zionistischen Vereinigung für Deutschland ist mit der Zugehörigkeit zum Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und seinen Sportgruppen unvereinbar."

Die politische Entwicklung im Jahre 1935 (Ausschluß der Juden vom aktiven Heeresdienst und Nürnberger Gesetze) zwangen dem RJF. eine stärkere Zurückhaltung in der innerjüdischen Auseinandersetzung auf. Während er sich bis dahin als die Repräsentanz der in Deutschland verbleibenden und verbleibenwollenden Juden deklarierte, mußte er der sich immer stärker bemerkbar machenden Auswanderungstendenz allmählich Rechnung tragen.

Einen Sonderfall in dieser Beziehung bildete das Abkommen des RJF. mit der Agudas Jisroel, das durch den Beitritt führender Mitglieder der Bundesleitung des RJF. zum Komitee für den religiösen Aufbau Palästinas gekennzeichnet wurde. Zweifellos

lag diesem Abkommen die (falsche) Auffassung zugrunde, daß durch diese Partnerschaft der Jugend des RJF. ein Weg zur Erlangung von Zertifikaten eröffnet würde. Die tatsächliche Sachlage ist durch die Erklärung des Palästina-Amtes in Nr. 98 der „Jüdischen Rundschau" vom 6. Dezember 1935 klargestellt worden, derzufolge

> „... nur solche Bewerber von der Palästina-Zentrale der Agudas Jisroel vorgeschlagen und vom Palästina-Amt Berlin im Rahmen der vorbezeichneten Quote bestätigt werden können, die in jeder Beziehung, gemäß ihrer jüdischen Gesinnung, ihrer Lebenshaltung und ihres Bildungsganges auf dem Boden der Agudah stehen. Bewerber, die diesen Voraussetzungen nicht genügen, können auch nicht durch organisatorische Maßnahmen oder finanzielle Leistungen an den Keren-Hajischuw eine andere Behandlung ihrer Gesuche erwarten."

Schließlich war es notwendig, die Beziehungen zur *„Staatszionistischen Organisation"* zu klären, die durch den Stil ihres Auftretens keine Gewähr für Innehaltung der zionistischen Disziplin bot. Der Geschäftsführende Ausschuß beschloß am 6. Juni 1935:

> „Die Zugehörigkeit zur ZVfD. ist mit der Zugehörigkeit der Staatszionistischen Organisation unvereinbar."

Beziehungen zu den allgemeinen Institutionen der Judenheit in Deutschland

Die bereits im Frühjahr 1933 bestehende „alte" Reichsvertretung, ein Ausschuß der Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Landesverbände, erwies sich in ihrer personellen Zusammensetzung und ihrem organisatorischen Aufbau als arbeitsunfähig. Im Sommer 1933 setzten dann, ausgehend von einem Kreise jüdischer Persönlichkeiten in Essen (*Dr. Hirschland, Rabbiner Dr. Hahn*) Bemühungen ein, eine neue Vertretung zu schaffen. Zu der ersten Besprechung in Essen war die ZVfD. nicht eingeladen worden. Sie erhielt briefliche Mitteilung, daß man ihr in einem zwanzigköpfigen Ausschuß der großen jüdischen Organisationen zwei Mitglieder zuzugestehen beabsichtige. Dieses Ansinnen hat die ZVfD. selbstverständlich von sich gewiesen und hat auch eine zweite Sitzung in Essen nicht beschickt, da von zwanzig zur Teilnahme aufgeforderten Persönlichkeiten wiederum nur zwei ihrer eigenen Kreise angehörten. Diese feste Haltung hat dann dazu geführt, daß Mitte September 1933 eine größere Konferenz nach

Berlin einberufen wurde. Auf dieser Konferenz versuchte der Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, die Zustimmung aller großen Organisationen dazu zu finden, daß er, der Berliner Gemeindevorstand selbst, die Funktionen einer Reichsvertretung übernähme. Es gelang, dieses zu verhindern und auf der gleichen Konferenz die Reichsvertretung zu konstituieren. An ihre Spitze trat Rabbiner *Leo Baeck*, zum Geschäftsführenden Vorsitzenden wurde *Otto Hirsch* gewählt.

Der Präsidialausschuß bestand außer den Herren Baeck und Hirsch aus Herrn *Siegfried Moses* als stellvertretendem Vorsitzenden und den Herren *Callmann* (Köln, C.-V.), *Seligsohn* (Liberaler), *Landenberger* (Nürnberg, RJF.), *Stahl* (Berliner Gemeinde), *Hoffmann* (Frankfurt, Misrachi und Gemeinde-Orthodoxie) und *Meyer* (Zionist). Die ZVfD. war also in diesem mit dem Präsidenten neunköpfigen Ausschuß durch drei Mitglieder (Moses, Hoffmann, Meyer) vertreten.

Anfang 1935 wurde der bis dahin relativ selbständige *„Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau"* in die Reichsvertretung eingegliedert. Die innere Entwicklung der Judenheit in Deutschland, über die in der Einleitung zusammenhängend berichtet worden ist, erhielt einen neuen Anstoß durch die in einer Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses der ZVfD. mit den maßgeblichen Trägern der Arbeit der Gruppenverbände und großen Ortsgruppen am 31. März vorbereitete Erklärung der *Arbeitstagung der ZVfD. vom 5. Mai 1935* in Berlin:

I.

„Die zionistische Bewegung in Deutschland erhebt den Anspruch, das gesamte jüdische Leben in Deutschland entscheidend zu beeinflussen. Die sachliche Führung gebührt dem Zionismus auf allen Lebensgebieten, auf denen die zionistische Initiative den deutschen Juden neue Wege zu konstruktivem Aufbau und systematischer Hilfsarbeit gewiesen hat: in der Frage der jüdischen Schule, der Berufs- und Wirtschaftspolitik, der Förderung des Palästina-Aufbaus und der Auswanderung.

Der Zionismus kann sich jedoch bei der gegenwärtigen Gesamtlage der Juden in Deutschland nicht darauf beschränken, einzelne Sachgebiete zu betreuen, sondern muß verlangen, daß die zionistischen Erkenntnisse als Grundlage einer Neugestaltung des gesamten jüdischen Lebens dienen.

II.

Die Arbeitstagung der Zionistischen Vereinigung für Deutschland beschließt: Wir Zionisten fordern eine personelle und

organisatorische Umgestaltung der zentralen und örtlichen Instanzen der Juden in Deutschland, die den Zionisten den ihnen zustehenden Einfluß auf die Gestaltung der jüdischen Arbeit in Deutschland verschafft und sichert. Der Geschäftsführende Ausschuß wird beauftragt, die zur Realisierung dieser Forderungen notwendigen Aktionen einzuleiten und für ihre Durchführung Sorge zu tragen."

Dieser Erklärung folgten Auseinandersetzungen in den Gremien der Reichsvertretung, die einen gewissen Abschluß in der programmatischen *Erklärung der Reichsvertretung vom 22. September 1935* fanden, die von sämtlichen Spitzenverbänden der Judenheit in Deutschland mit unterschrieben wurden:

I.

1. Das eigene jüdische Schulwerk muß der Erziehung der Jugend zu religiös gefestigten, aufrechten Juden dienen, die aus bewußter Verbundenheit mit der jüdischen Gemeinschaft, aus der Arbeit an jüdischer Gegenwart und dem Glauben an jüdische Zukunft die Kraft schöpft, den schweren Anforderungen zu entsprechen, die das Leben an sie stellen wird. Ueber die Wissensvermittlung hinaus muß die jüdische Schule der planvollen Vorbereitung für den künftigen Beruf dienen. Mit Rücksicht auf die Auswanderungsfähigkeit, insbesondere nach Palästina, wird dabei die Hinführung zu handarbeitenden Berufen und das Erlernen der hebräischen Sprache im Vordergrunde stehen. Die Erziehung und berufliche Ausbildung der weiblichen Jugend muß darauf hinzielen, sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben als Erhalterin der Familie und als Mutter der künftigen Generation vorzubereiten.

   Ein eigenständiger Kulturaufbau muß den kunst- und kulturschaffenden Juden Betätigungsmöglichkeiten geben und dem kulturellen Eigenleben der Juden in Deutschland dienen.
2. Dem gesteigerten Auswanderungsbedürfnis ist mit einer großzügigen Planung zu entsprechen, die vor allem Palästina, aber auch alle anderen in Frage kommenden Länder einbezieht und besonders der Jugend gilt. Hierzu gehört die Sorge für die Vermehrung der Auswanderungsmöglichkeiten, Ausbildung in für die Auswanderung geeigneten Berufen, insbesondere Landwirtschaft und Handwerk, die Schaffung von Möglichkeiten zur Mobilisierung und Liquidierung des Vermögens wirtschaftlich Selbständiger, die Erweiterung bestehender und die Schaffung neuer Transfermöglichkeiten.

3. Die Erhaltung und Betreuung der Hilfsbedürftigen, der Kranken und der Alten muß in Ergänzung der staatlichen Fürsorge durch weiteren systematischen Ausbau der von den Gemeinden getragenen jüdischen Wohlfahrtspflege sichergestellt werden.
4. Diesen vielfältigen und schwierigen Aufgaben ist eine verarmte Gemeinschaft nicht gewachsen. Die Reichsvertretung wird mit allen Mitteln versuchen, die wirtschaftliche Kraft der Juden dadurch zu sichern, daß die vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten erhalten bleiben. Die wirtschaftlich Schwachen sind durch weitere Ausgestaltung wirtschaftlicher Hilfsmaßnahmen wie Arbeitsnachweise, Wirtschaftsberatung, sowie Personal- und Realkredithilfe zu stärken.
5. Kraft in der Gegenwart und Hoffnung für die Zukunft gibt das lebensvolle Fortschreiten im Aufbau des jüdischen Palästinas. Um das Judentum in Deutschland noch mehr als bisher in diese Entwicklung hineinzustellen, tritt die Reichsvertretung als solche dem Jüdischen Aufbauwerk e. V. (Keren Hajessod) bei und fordert die jüdischen Gemeinden und Verbände nachdrücklichst auf, ihrem Beispiel zu folgen. Die Reichsvertretung erklärt sich bereit, die organisatorische Verbindung der Körperschaften der Judenheit in Deutschland mit dem Aufbauwerk in Palästina herzustellen.

II.

Einem im Präsidialausschusse der Reichsvertretung gestellten Antrag entsprechend, werden Reichsvertretung, Landesverbände und Gemeinden ersucht, unverzüglich in enger Zusammenarbeit die organisatorischen und personellen Maßnahmen zu treffen, die in den jüdischen Körperschaften erforderlich sind, um eine kraftvolle und konsequente Durchführung des neuen Arbeitsprogramms durch alle jüdischen Instanzen sicherzustellen.

Die Durchsetzung der in der zweiten Resolution aufgestellten Forderung erwies sich als schwieriger, als anfänglich angenommen werden durfte. Bisher ist das Prinzip der Gleichberechtigung der Zionisten in den Gemeindevertretungen vorbehaltlos nur in Stuttgart und im Oberrat der württembergischen Israeliten durchgesetzt; sodann in Beuthen und mit gewissen Einschränkungen in Breslau. In Berlin hingegen ist — trotz einem Abkommen vom Dezember 1935, welches das Fifty/Fifty-Prinzip für die Zusammensetzung des Gemeindevorstandes uneingeschränkt anerkannte — eine endgültige Einigung noch nicht erzielt, weil eine wesentliche Voraussetzung des Inkrafttretens der Vereinbarung von der Gegenseite nicht erfüllt werden konnte.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß auch die rückhaltlose Erfüllung der Dezember-Vereinbarung für die zionistische Seite kein restlos begrüßenswertes Ergebnis gewesen wäre, weil innerhalb der zionistischen Gemeindevertretung bis heute die Schwierigkeiten nicht beseitigt werden konnten, die durch die im Jahre 1933 erfolgte Spaltung in zwei zionistische Gemeindefraktionen bedingt war. Solange neben der Zionistischen Fraktion, die sich als die Vertretung der ZVfD. in der Berliner Gemeinde empfindet, noch die Fraktion des Jüdischen Volksbundes besteht, der auch Persönlichkeiten angehören, die außerhalb der ZVfD. stehen und gegen diese einen scharfen Kampf führen, kann von einer einheitlichen schlagkräftigen zionistischen Gemeindepolitik keine Rede sein. An dieser Beurteilung kann auch das Abkommen nichts ändern, das seit dem Sommer 1935 wenigstens ein taktisches Zusammengehen der beiden Fraktionen herbeizuführen suchte. Die Tatsache, daß auf Grund der Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden zionistischen Gruppen im Mai 1934 die Verlängerung der Legislaturperiode der derzeit amtierenden Gemeindekörperschaften beschlossen werden konnte, hat sich für die Weiterentwicklung der innerjüdischen Verhältnisse in Deutschland unheilvoll ausgewirkt. Nur der Uneinigkeit der Zionisten verdankten die Berliner Gemeindeliberalen die Erhaltung einer Machtposition, die sie oftmals gegen die Politik der Reichsvertretung geltend zu machen versuchten. Auch der Dualismus zwischen dem Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden und der Reichsvertretung ist durch diese Umstände bis heute aufrechterhalten worden.

Es ist die Aufgabe des Delegiertentages, durch eine grundsätzliche Neuordnung der zionistischen Gemeindepolitik auch die Berliner Situation ein für allemal zu klären.

Personalia

Vorsitzender der ZVfD. wurde nach dem Weggang von Kurt Blumenfeld *Dr. Siegfried Moses;* als Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses wählte der auf dem Frankfurter Delegiertentag eingesetzte Landesvorstand die Herren:

Alexander Adler, Lazarus Barth, Alfred Berger, Isaac Feuering, Georg Landauer, Georg Lubinski, Siegfried Moses, Martin Rosenblüth, Heinrich Strauß, Oskar Wolfsberg.

Infolge der Alijah wurden nacheinander die Herren Walter Czaczkes, Arthur Rau, Salli Hirsch, Kurt Tuchler, Hans Friedenthal, Alfred Lehmann, S. Adler-Rudel, Max Kreutzberger, Isi Eisner aus dem Kreise der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Landesvorstandes in den G.-A. berufen, die z. T. infolge Uebersiedlung nach Palästina inzwischen bereits wieder ausgeschieden sind. Dem Delegiertentag wird ein Entwurf zur Statutenänderung vorliegen, der ein Kooptationsrecht vorsieht.

Von den 54 Mitgliedern des in Frankfurt gewählten *Landesvorstandes:*

Salli Hirsch (Berlin), Georg Wollstein (Berlin), Elias Strauß (München), Harry Epstein (Duisburg), Sigmar Ginsburg (Königsberg), Max Jacobsohn (Breslau), Moritz Bileski (Berlin), Alfred Landsberg (Wiesbaden), Meinhold Nußbaum (Nürnberg), Georg Halpern (Berlin), Alfred Klee (Berlin), Salman Schocken (Berlin), Hugo Schachtel (Breslau), Margarete Turnowsky (Berlin), Max Soloweitschik (Berlin), Max Kollenscher (Berlin), Aron Sandler (Berlin), Martin Ascher (Berlin), Gustav Krojanker (Berlin), Max Tischler (Berlin), Edgar Marx (Hamburg), Hermann Lelewer (Berlin), Harry Bein (Düsseldorf), Fritz Löbenstein (Leipzig), Hermann Kugelmann (Kassel), Erwin Mansbach (Essen), Etienne Basch (Berlin), Kurt Daugilajcki (Königsberg), Walter Deutschmann (Oppeln), Siegfried Kanowitz (Berlin), Alfred Kupferberg (Hamburg), Fritz Löwenstein (Berlin), Knrt Löwenstein (Frankfurt), Fritz Naftali (Berlin), Fritz Noack (Gotha), Aenne Pomeranz (Frankfurt), Michael Traub (Berlin), Selig Tschertok (Berlin), Josef Wahl (Berlin), Richard Wolfheim (Erfurt), Georg Pape (Berlin), Josef Marcus (Düsseldorf), Dr. J. Bamberger (Nürnberg), Prof. Fraenkel (Kiel), Dr. Grünfeld (Würzburg), Rudi Herz (Gehringshof), Rabbiner Dr. Hoffmann (Frankfurt), Eugen Michaelis (Hamburg), Rudolf Möller (Hamburg), Israel Rabin (Breslau), Jenny Blumenfeld (Berlin), Margarete Flörsheim (Hamburg), Irma Levy (Breslau)

befinden sich noch 12 in Deutschland, außerdem 20 Ersatzmitglieder.

Nach dem Weggang von Georg Landauer übernahm zunächst *Dr. Albert Kramer* (Köln) gemeinsam mit *Benno Cohn* (Berlin) die Geschäftsführung, in die am 1. Januar 1934 Dr. *Franz Meyer* (Breslau) eintrat. Nach Ausscheiden von Dr. Kramer am 1. September 1934 werden die äußeren Angelegenheiten der ZVfD. und des Palästina-Amts von Dr. Franz Meyer, die inneren Ressorts der ZVfD. (Organisation, Propaganda, Erziehung) von Benno Cohn betreut.

PROPAGANDA

Die zionistische Propaganda hatte sich dem veränderten Bild des Judentums in Deutschland anzupassen. In den Versammlun-

gen saßen nicht mehr die Menschen der vergangenen Zeit, deren einziges jüdisches Erlebnis der Antisemitismus war, den sie nicht tiefer verstehen konnten oder wollten, sondern durch die Fügung des Schicksals und den Zusammenbruch ihrer illusionären Welt erschütterte Massen. Aufgabe unserer Propaganda war es, das Judenerlebnis dieser Menschen, das sie bedrückte, zu läutern, ihnen die Gesetzmäßigkeit der Judenfrage zu zeigen und den tiefen Sinn ihres Judeseins zu erschließen. In den Jahren 1933/34 hat die große Herzlsche Konzeption von Judenfrage und zionistischer Antwort in unserer Propaganda ihre Auferstehung erlebt. Die Einleitung zum „Judenstaat" gewann eine unerwartete Aktualität. Die ZVfD. hat es sich in ihrer Propaganda nicht leicht gemacht. Es wäre einfach gewesen, die aufgewühlten Massen mit leeren Schlagworten und Zukunftsversprechungen zu berauschen. Die Tradition der zionistischen Bewegung in Deutschland erlaubte dies nicht. Propaganda war ihr niemals nur Agitation, sondern stets *Massenerziehung* im vollen Sinne des Wortes. Sie hat deshalb stets einen „schweren" Zionismus verkündet, — den Zionismus der Tat und der Arbeit gegenüber dem der Deklarationen und Proklamationen.

Selbstverständlich spielte Erez Israel in der Propaganda eine große Rolle. Aber nicht die glückliche Insel der Prosperität war Inhalt der Darstellungen, sondern das Aufbauwerk mit allen seinen Problemen und Nöten. So übten vor allem seit Mitte 1934 unsere Propagandisten in großen Versammlungen rückhaltlose Kritik an den Schäden, die gerade die Zeit der Konjunktur mit sich brachte und dem oberflächlichen Beschauer nicht sichtbar wurden, an der Landflucht, der Bodenspekulation, und forderten gestaltendes Eingreifen konstruktiver Kräfte. Diese Propaganda hat gewiß stärkere zionistische Wirkungen gehabt als die Schönfärberei von Touristenberichten, die nicht immer verhindert werden konnte. Mit starker Anteilnahme nahmen auch große Versammlungen eingehende Berichte über schwierige Fragen des Palästina-Aufbaus entgegen. Die Erfahrungen lehren, daß von solchen Veranstaltungen eine starke erzieherische Wirkung ausgehen kann. In welcher Weise Palästina in die Propaganda eingeführt wurde, beweist etwa der Aufbau der Palästina-Wochen, die zu Beginn des Jahres 1935 in Berlin und zwölf großen Städten des Reiches durchgeführt wurden.

In dem wechselvollen Ablauf der Jahre 1933 bis 1935 veränderten sich auch die Inhalte und Wege zionistischer Propaganda vielfach. Im Jahre 1933 sprach vor allem die „Jüdische Rundschau" zu den Juden Deutschlands. Die Reihe großer Leitartikel

Palästina-Woche

der Zionistischen Vereinigung für Deutschland

Veranstaltungen in Berlin:

Sonntag, den 3. Februar, 11½ Uhr, im großen Saal der Philharmonie, Bernburger Straße 22

Größe und Gefahr der Stunde

Kundgebung zum Erwerb der Hule-Konzession
Es sprechen: **MARTIN BUBER / Dr. GEORG LANDAUER**
Rezitation: **MEINHART MAUR / SPRECHCHÖRE**

Dienstag, den 5. Februar, 20½ Uhr, im großen Saal des Brüdervereins, Kurfürstenstraße 115-116

Selbsthilfe und Solidarität

Bericht des Leiters der deutschen Abteilung der Jewish Agency in Palästina **Dr. GEORG LANDAUER**

Donnerstag, den 7. Februar, 20½ Uhr, im großen Saal des Logenhauses, Kleiststraße 10

Die Zukunft Erez Israels

Palästina 1900—1935—1950 / **Dr. MICHAEL TRAUB**

Sonnabend, den 9. Februar, 20½ Uhr, in der Sing-Akademie, Am Festungsgraben 2

Zion — Zwei Jahrtausende jüdischer Sehnsucht

Ein Oneg Schabbat: **Rabbiner Dr. JOACHIM PRINZ**
Kantor BENJAMIN BESTIMT
EDITH HERRNSTADT-OETTINGEN
CHEMJA WINAWER mit seinen 30 jüdischen Sängern

Sonntag, den 10. Februar, 11½ Uhr, im Atrium, Kaiserallee (Ecke Berliner Straße) Makkabi-Sportschau

Der 2. Makkabiah entgegen

Dr. HANS FRIEDENTHAL
„Der Weg der jüdischen Jugend nach Erez Israel"
Rückblick und Ausschau / Vorführungen, Tänze, Chöre
Orchester der Jüdischen Künstlerhilfe

Karten für diese Veranstaltungen

Meinekestr. 10; BZV-HEIM, Kantstr. 54; Atlantic-Expreß, Friedrichstr. 100 (S-Bahn Friedrichstraße); bei Finder, Alte Schönhauser Straße 54; Deutschland-Palästina, Kurfürstendamm 224, Ecke Meinekestraße; Konditorei Hansa, Flensburger Str. 19; Buchhandlung Kedem, Dahlmannstr. 8; Buchhandlung Lippmann, Trautenaustr. 16; Heppner, Inselstr. 8.

BERLINER ZIONISTISCHE VEREINIGUNG

Programm der Palästina-Woche 1935 (Inserat in der Jüd. Rundschau)

hat Tausende von Menschen aufgerüttelt und ihnen den Weg zu freudiger Bejahung ihres Judeseins gewiesen. Diese erste Wirkung war in der Versammlungs-Propaganda auszubauen und zu ausgesprochen zionistischer Beeinflussung zu verdichten. Im Herbst 1933 begannen die gegnerischen Organisationen sich wieder zu rühren. Nachdem ihre alten Ideologien unverwendbar geworden waren, trat die Assimilation mit neuen Parolen auf, die alte Anschauungen in neuem Gewande nur schlecht verbargen. Aufgabe der zionistischen Propaganda in diesem Stadium der innerjüdischen Entwicklung war es, die Trugbilder der neuen Assimilation zu enthüllen, ihre innere Unhaltbarkeit aufzuzeigen und in dieser Auseinandersetzung die zionistische Idee immer neu von den verschiedensten Seiten her zu entwickeln. Das Jahr 1934 war infolgedessen reich an innerjüdischen Diskussionen. Die zionistische Propaganda hatte sich mit dem „soldatischen Menschen" zu befassen, den der Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten als Erziehungsbild entwickelt hatte, mit dem „Jasagen zum Judentum", das die dem zionistischen Arsenal entlehnte Parole weiter Schichten wurde, aber die Anzeichen des Opportunismus auf der Stirn trug. Von Anfang 1935 an ergab sich die Notwendigkeit, gegen eine Propaganda aufzutreten, die liebevoll den Palästina-Aufbau akzeptierte, den Zionismus aber als schädlich und dem Aufbauwerk abträglich ablehnte. So kleidete sich der Antizionismus neuzeitlich in das Gewand der Palästina-Liebe und mußte auf seine wahren Hintergründe überprüft werden. Als im weiteren Verlauf des Jahres 1935 auf die Nürnberger Gesetze hin aufs neue tiefe Erschütterung und Unsicherheit die Juden überkam, ergab sich die Notwendigkeit, zu ihnen nicht mehr nur anklagend und vorwurfsvoll zu sprechen, wie dies in der Illusionsperiode des Jahres 1934 erforderlich gewesen war, sondern tröstend und aufrichtend; von neuem nahm die Deutung des Judenschicksals, die Verkündung der Botschaft des Zionismus und der Darstellung Palästinas als der jüdischen Aufgabe den weitesten Raum in der zionistischen Propaganda ein.

In allen Stadien zielte die Propaganda nicht nur auf die Erweckung der Seelen, sondern immer auch auf die Gewinnung der Menschen für die Zionistische Organisation als der Vorform des neuen jüdischen Gemeinwesens ab.

Bei aller Selbstkritik darf die ZVfD. von sich sagen, daß sie in ihrer Propaganda das Ihrige getan hat, um die jüdische Volksgruppe in Deutschland dem Zionismus und der Zionistischen Organisation zu gewinnen. Daß Juden, soweit sie nur verstehen wollten, uns verstanden und die Notwendigkeit der

Organisierung ihrer Kräfte in der ZVfD. erkannt haben, beweist das Wachstum der ZVfD. und der anderen Organisationen unserer Bewegung. Trotzdem aber muß heute gesagt werden, daß stärker als die zionistische Idee die Kunde von Palästina, der Zufluchtsstätte, verstanden wurde. Die vielen Zehntausende von Menschen, die seit dem Jahre 1933 in jene großen Massenveranstaltungen strömten, die die zionistische Bewegung in Deutschland früher nicht gekannt hat, waren gewiß erschüttert und aufgerüttelt durch die zionistische Idee, aber in ihrer Mehrheit wollten sie vor allem von Palästina hören, sich von Auswanderungs- und Einwanderungsmöglichkeiten berichten lassen. Deshalb haben die nichtzionistischen Organisationen auch immer wieder die Erfolge der zionistischen Propaganda mit dem Hinweis schmälern wollen, daß nicht die Liebe zum jüdischen Volk und zum zionistischen Gedanken, sondern das eigene Interesse den größten Teil der neuen Mitglieder in die ZVfD. geführt habe. Dieser Vorwurf übersieht, daß in Zeiten sozialer Katastrophen „Interessen" übermächtig sind. An sie anzuknüpfen, das Interesse zu läutern und auf die zionistische Idee auszurichten, stand gerade im Vordergrunde der propagandistischen Bemühungen der ZVfD. Berichte über Palästina wurden daher immer wieder der Anlaß, zu zeigen, daß der bisherige Aufbau Palästinas das Werk des Zionismus und der Zionistischen Organisation gewesen ist und Palästina nur mit ihm und durch sie zur Heimstätte des jüdischen Volkes werden kann. So gab es eine ständige Spannung zwischen Redner und Publikum; beide wollten Verschiedenes. Sie ist auch heute noch nicht beseitigt.

Wichtige Dienste der Massenerziehung leisteten die der Zionistischen Vereinigung für Deutschland angeschlossenen Organisationen. Dem *Makkabi* fiel vor allem in den Jahren 1933 und 1934 die Aufgabe zu, dem RJF., der in einer eigenen Sportorganisation seinen Nachwuchs sichern und durch sie seine Ideologie auch in die jüdische Jugend hineintragen wollte, organisatorisch und propagandistisch entgegenzutreten. Er war der Prellbock dieser neuen Assimilation und hat sich seiner Aufgabe durchaus gewachsen gezeigt. Der *Hechaluz*, der zu einer Massenbewegung angewachsen war, wirkte in starkem Maße schon durch seine bloße Existenz. In den Schlichim aus Erez Israel, die als Führer des Hechaluz nach Deutschland gekommen waren, lernten die Juden Deutschlands den Typus des neuen palästinensischen Arbeitsmenschen kennen und tiefer das Wesen unserer Renaissance-Bewegung verstehen. Im Gegensatz zu Makkabi und Hechaluz ist der Misrachi seiner besonderen Aufgabe, das gesetzestreue Ju-

den um zu gewinnen, nicht gewachsen gewesen, weil die Abwanderung seiner leitenden Schichten ihn besonders schwer betroffen hatte. Erst in jüngster Zeit hat der *Brith Chaluzim Datiim* mit stärkerer Propaganda eingesetzt, die hoffentlich Versäumtes nachholen wird. Auch die *Wizo* hat — ebenfalls als Folge der Uebersiedlung ihrer führenden Persönlichkeiten — propagandistisch nicht das leisten können, was ihre Aufgabe unter den jüdischen Frauen Deutschlands gewesen wäre.

Diese hier kurz skizzierten Inhalte der Massen- und Einzelpropaganda in vielfältigster Form darzustellen, war das Bestreben der ZVfD. Während 1933 die Säle, in denen zionistische Redner sprachen, durchweg überfüllt waren und großenteils nicht ausreichten, um die Masse der Menschen zu fassen, die an ihnen teilzunehmen wünschten, stellte sich in der Folgezeit eine gewisse Versammlungsmüdigkeit ein, die allerdings in den einzelnen Monaten und in den verschiedenen Teilen des Reichs verschieden groß war. Aber auch in den letzten beiden Jahren konnten vor allem die Redner der Zentrale bei den Veranstaltungen im Reiche noch große Anziehungskraft auf die jüdischen Massen ausüben. Dabei hat sich ein besonderer Stil der großen Versammlungen herausgebildet, die immer stärker zu einem Gemeinschaftserlebnis wurden. Eine Umrahmung der Reden durch Sprechchöre, hebräische Chorgesänge der Jugendbünde, das gemeinsame Singen der Hatikwah, schließlich eine würdige Dekoration der Säle mit den blau-weißen Farben und Spruchbändern, die Herzl-Worte und andere zionistische Parolen verkündeten, schufen eine Atmosphäre, in der die Menschen empfänglicher für das Wort des Redners wurden. Der zentralen Propaganda der ZVfD. standen in erster Reihe Rabbiner Dr. Joachim Prinz, der insbesondere im Jahre 1933 der wirksamste Verkünder der zionistischen Idee war, in den Jahren 1934 und 1935 auch die Herren Dr. Schloßberg, Dr. Traub, Dr. Meyer und zuletzt Dr. Friedenthal zur Verfügung. Die Propaganda wurde immer wieder reich befruchtet durch die Mitwirkung von Kurt Blumenfeld, Jerusalem, der während seines viermaligen Aufenthalts in Deutschland in allen größeren Städten sprach. In der Palästina-Woche 1935 wirkten neben den Genannten Dr. Georg Landauer, Jerusalem, und Dr. Siegfried Kanowitz, Tel-Awiw, mit, deren Wirksamkeit die enge Verbindung der zionistischen Bewegung in Deutschland mit ihren Olim in Erez Israel eindrucksvoll bezeugte.

Wieviel Versammlungen mit den erwähnten zentralen Propagandisten und der sehr großen Zahl von Rednern der Gruppenverbände in der Berichtsperiode durchgeführt wurden, läßt sich

heute nicht genau sagen. In den letzten beiden Jahren ist die Propaganda durch das gesprochene Wort insofern differenziert worden, als die großen Versammlungen sparsamer angesetzt wurden und an ihre Stelle die Beeinflussung kleinerer Kreise durch *Zirkel*veranstaltungen, die leichter zu wirklicher Auseinandersetzung und fruchtbarer Diskussion führen, stärker in den Vordergrund geschoben wurde. Es zeigt sich auch mehr und mehr, daß in vielen Orten nach Zusammenkünften in kleineren Gruppen ein viel lebhafterer Wunsch besteht, als nach Massenkundgebungen.

Die ZVfD. war unaufhörlich bestrebt, die Form der mündlichen Propaganda abwechslungsreicher zu gestalten, wobei sie von der Berliner Zionistischen Vereinigung tatkräftig unterstützt wurde. Die Form kontradiktorischer Behandlung von Themen, die die Veranstaltungen wesentlich zu beleben geeignet war, wurde immer mehr verfeinert. Während es noch 1933 möglich war, kontradiktorische Auseinandersetzungen mit den nichtzionistischen Organisationen herbeizuführen, waren später diese nicht mehr bereit, ihre Menschen zu solchen Auseinandersetzungen, bei denen sie ja nichts zu gewinnen hatten, zur Verfügung zu stellen. So wurde unter anderem versucht, durch zionistische Referenten selbst Für und Wider unserer Argumentation darzustellen, eine Bemühung, die bis ins Letzte deshalb nicht gelingen konnte, weil die Darstellung nichtzionistischer Gedanken durch Zionisten fast mit Notwendigkeit zu einer, wenn auch ungewollten Verzerrung führen mußte. Als glücklicher erwiesen sich dagegen die Versuche, andere Stoffkreise unserer Propaganda kontradiktorisch zu behandeln. Es sei hier an besonders gelungene Veranstaltungen in Form von Zwei- und Dreigesprächen („Juden — Araber — Engländer", „Drei Städte wachsen", „Wir bauen eine Kolonie" und anderes) erinnert. Die „Gesprochene Zeitung" erfreute sich einer immer stärkeren Beliebtheit bei den Veranstaltungsbesuchern.

An dieser Stelle muß festgestellt werden, daß es in den letzten Jahren nicht gelungen ist, frühere Versuche szenischer Darstellung der zionistischen Propaganda in fruchtbarer Weise fortzuführen. Der zunächst sehr wirksame Typus der Sprechchöre — hier sei der von Joachim Prinz verfaßte und von Berthold Goldschmidt vertonte Sprechchor „Makkabäer — einst und jetzt" erwähnt — erwies sich in der letzten Zeit als kaum entwicklungsfähig, zumal es vor allem an literarischen Talenten fehlte, die den zionistischen Ansprüchen gerecht werden können. Aus diesem Grunde konnte auch, was sehr bedauert werden muß, dem erfolgreichen Lehrstück der Barak-Truppe „Die einzige Lösung" in der Berichts-

periode nichts Gleichwertiges an die Seite gestellt werden. Eine der ältesten Erfahrungen der Massenpropaganda besagt, daß selbst die glücklichste mündliche Darstellung nicht so deutlich und wirksam sein kann wie eine Darstellung durch das *Bild*. Hier ist in erster Reihe der große *Tonfilm des Keren Hajessod „Land der Verheißung"* zu erwähnen, der in Berlin zur Welt-Uraufführung gebracht und noch in der großen Schekelaktion 5694/95 eingesetzt werden konnte. Der Film hat im großen und ganzen verdientermaßen eine sehr gute Aufnahme gefunden; bot er doch seit sehr langer Zeit das erste wirklichkeitsgetreue und künstlerischen Ansprüchen genügende Bild vom Leben Palästinas. Freilich kann er der Neigung der Zuschauer, Palästina als Land zu bejahen und die bewegende Kraft seiner Erneuerung, den Zionismus, zu übersehen, auch Vorschub leisten. So mußte in einführenden Reden immer wieder darauf hingewiesen werden, daß alles, was der Film zeige, das Werk des Zionismus und der Zionistischen Organisation ist. Der Film wurde bisher in 40 Städten mit 140 240 Gemeindemitgliedern 39 919 Zuschauern vorgeführt, wobei auch in diesen Orten noch keineswegs alle Möglichkeiten erschöpft sind. — Bis zum Erscheinen des Tonfilms wurde durch Vorführung von Bildstreifen des KKL mit begleitenden Vorträgen und durch Einsatz einiger Amateur-Schmalfilme ein wenn auch naturgemäß unzulänglicher Ersatz zu schaffen versucht.

Stärkste Wirkung hat die bildliche Darstellung der zionistischen Bestrebungen und Arbeitsergebnisse erzielen können, wie sie in der großen *Palästina-Ausstellung* gegeben wurde. Die Ausstellung, die allein in Berlin über 20 000 Besucher anziehen konnte und auch in Hamburg und Leipzig vorgeführt wurde, ist von der Berliner Zionistischen Vereinigung vorbildlich vorbereitet und später etwas verkleinert als „Palästina-Schau" in 18 Städten von der ZVfD. mit großem Erfolg gezeigt worden.

Ein neuartiges Propagandamittel, das durch eine glückliche Verbindung von Bild und Text sich Zugang in weiteste Kreise verschaffen konnte, war der von der ZVfD. herausgebrachte *„Palästina-Kalender"* auf das Jahr 5696, dessen Idee und Ausführung Dr. Joachim Prinz zu danken ist. Im übrigen hat es aber an geeigneter Propagandaliteratur gefehlt, ein Mangel, der bei der Werbung solcher Menschen, die an die Darstellung politischer Gedankengänge mit höheren intellektuellen Ansprüchen herangehen, sich merklich fühlbar gemacht hat. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß eine auf die Gewinnung breiter Volksmassen abzielende Propaganda literarischer Hilfsmittel heute nur in geringerem Umfang bedarf als in früherer Zeit, wie die

Tatsache beweist, daß zahlreiche Flugblätter und kleinere Broschüren, die von der ZVfD. für einzelne Aktionen herausgegeben wurden, ohne nennenswerte Wirkung blieben.

Obwohl die hier dargestellte zionistische Propaganda gegenüber der Zeit vor 1933 eine viel stärkere Intensität erhalten und einen viel größeren Personenkreis erreicht hat, stellte es sich schon zu Anfang der Berichtsperiode heraus, daß der letztlich gewünschte Erfolg, die Beitrittserklärung zur Zionistischen Organisation, durch sie allein in den meisten Fällen zwangsläufig nicht zu erreichen war. Die psychologischen Widerstände gegen die von der ZVfD. geforderte Organisierung mußten daher durch eine beharrlich betriebene individuelle Propaganda überwunden werden. Diesem Zwecke dienten mehrere über die Berichtsperiode verteilte Werbeaktionen, in denen versucht wurde, durch planmäßige Werbearbeit den gesamten in Betracht kommenden Menschenkreis zu erreichen. Als besonders wirksam hat sich die *organisierte* Werbeaktion erwiesen, in der durch einen möglichst großen Kreis von Mitarbeitern der Ortsgruppe auf Grund vorbereiteten Adressenmaterials alle Gemeindemitglieder in ihren Wohnungen aufgesucht wurden, eine Form, die nach dem Vorbild der KKL-Aktionen in der Schekelaktion 5694/95 in größtem Maßstabe zur Anwendung kam. Ein Spezialfall dieser Besuchsaktionen stellt die Nachbarschaftswerbung dar, in der organisierte Zionisten die in ihrem Haus oder in ihrer Straße wohnenden Juden besuchten. Die ZVfD. hat weiterhin stärksten Nachdruck darauf gelegt, daß zwischen den besonderen Aktionen die Werbearbeit nicht ruhte, vielmehr, wenn auch in lockerer Form, möglichst intensiv betrieben wurde. Sie betrachtete es als wesentlichen Teil der Erziehungsarbeit, in den Zionisten das dauernde Bedürfnis nach Vergrößerung ihrer Organisation wachzurufen und sie zu veranlassen, vor allem in ihrem Freundes- und Verwandtenkreis fortgesetzt zu werben. Für diese Werbung „Von Mund zu Mund" hat sie die Mitarbeiter der Ortsgruppen mit wirksamen Werbeblocks, die neben den Beitrittserklärungen zur Ortsgruppe auch Werbematerial für den KKL und die „Jüdische Rundschau" enthielten, ausgerüstet.

In Zukunft wird die zionistische Propaganda weiter nach neuen Wegen suchen müssen, um fernerhin das Ihrige zum Durchsetzen der zionistischen Idee im Judentum Deutschlands zu leisten. Elastische Anpassung an die sich dauernd verändernden Bedingungen im Inhaltlichen, erfindungsreiche Variationen im Formalen können die Ueberzeugungskraft der bleibenden Wahrheiten des zionistischen Gedankengutes in nachhaltiger Weise verstärken.

ORGANISATION

Es ist einleitend bereits angedeutet worden, vor welche Fülle von Aufgaben das Jahr 1933 die ZVfD. auch in organisatorischer Hinsicht gestellt und in welchem Ausmaß sich ihr Gesicht auch in dieser Beziehung hin gewandelt hat. Durch eine Gegenüberstellung der Organisation von heute mit der „alten" ZVfD. soll diese Wandlung deutlich gemacht werden.

Die ZVfD. baute sich früher im wesentlichen auf zwei Kraftzentren auf: der Zentrale in Berlin und der Ortsgruppe im Reich. Zentrale und Ortsgruppen standen in regelmäßigem Kontakt miteinander. Die Fühlungnahme des in Berlin amtierenden Geschäftsführenden Ausschusses mit den verantwortlichen Mitarbeitern im Reich wurde durch die regelmäßigen Zusammenkünfte des Landesvorstandes gewährleistet. Die nicht allzu große Zahl von Ortsgruppen und der im allgemeinen kontinuierliche Gang der Geschäfte ließen eine weitreichende Zentralisierung der Arbeit in Berlin zu. In einigen Bezirken gab es zwar „Gruppenverbände", das heißt regionale, zwischen Berliner Leitung und Ortsgruppen eingeschaltete Zusammenfassungen. Diese Gruppenverbände haben sich aber im wesentlichen auf die Abhaltung von Tagungen beschränkt und sonst nur wenig Ansätze zur Entwicklung zusätzlicher Arbeitskräfte neben der Zentrale und neben den ihnen angeschlossenen Ortsgruppen gezeigt. Eine beharrlich betriebene Arbeit, die sich systematisch auf alle Plätze des Bezirks erstreckt hätte, wurde von ihnen nicht oder kaum geleistet, entsprach auch nicht den früheren Bedingungen.

Das Wachstum der ZVfD., über das noch zu berichten ist, machte demgegenüber eine grundlegende Neuformung und Durchbildung der Organisation notwendig.

Arbeitstagungen

Der Landesvorstand, der im Januar 1933 nach dem Frankfurter Delegiertentag noch einmal zusammengekommen war, wurde bereits durch die ersten Alijahwellen in seinem Bestand dezimiert, der größte Teil seiner Mitglieder und sogar der Ersatzmitglieder übersiedelte schon 1933 nach Palästina, so daß diese wertvolle Institution der Verfassung der ZVfD. für die weitere Arbeit völlig ausfiel. In gewisser Weise wurde in der Folgezeit dadurch ein, wenn auch nicht vollkommener, Ersatz geschaffen, daß durch zahlreiche Tagungen in Berlin und in der Provinz Geschäftsführung und Geschäftsführender Ausschuß der ZVfD. die Verbindung zur Bewegung und Information der Mit-

arbeiter im Reich herzustellen bemüht waren und auf diesen Tagungen auch der Beratung aller Fragen der Arbeiten mit ihren verantwortlichen Trägern größter Raum eingeräumt wurde. In erster Reihe sind die drei großen *Arbeitstagungen* der ZVfD. in Berlin zu nennen, die im Dezember 1933 und im Mai 1934, beide in Anwesenheit von Kurt Blumenfeld, und im Mai 1935 unter Teilnahme von Ben Gurion und Blumenfeld durchgeführt wurden. Jede dieser zentralen Arbeitstagungen vereinte 300—400 Gesinnungsgenossen, die sich durch ihre Arbeit zur Teilnahme an den zentralen Tagungen legitimiert hatten und von ihren Gruppen entsandt wurden. Auf jeder der drei Tagungen stand die Beratung wesentlicher Fragen der Arbeit im Vordergrund.

Gruppenverbände

Schon in den ersten Monaten der Neuregelung jüdischen Lebens in Deutschland erwies es sich als unmöglich, durch eine straff zentralisierte Leitung in Berlin die zionistische Durchdringung der gesamten Judenheit Deutschlands herbeizuführen, die im Jahre 1933 auf nicht weniger als 1450 Gemeinden — unter ihnen etwa 500 mit über 100 Seelen — verteilt war. Damit ergab sich die Notwendigkeit einer zweckmäßigen Arbeitsteilung, die nur in einer wohlerwogenen Verbindung von Zentralisation und Dezentralisation gefunden werden konnte und die nun den Gruppenverbänden neue Aufgaben und neue Wirkungsmöglichkeiten zuwies: soweit diese schon bestanden, waren sie zu reaktivieren, für die übrigen Bezirke mußten sie neu geschaffen werden. In einer Arbeitssitzung vom 1. Okt. 1933 wurde diese Neuregelung beschlossen und ihre Verwirklichung in Angriff genommen. Die Zentrale wollte sich in der Folge bewußt mehr und mehr darauf beschränken, die Bewegung zu führen, die großen Richtlinien der Arbeit festzulegen, Parolen auszugeben und wesentliches Material zu beschaffen. Diese Richtlinien der Zentrale durchzuführen und den gesamten Komplex zionistischer Arbeit in ihrem Bezirk gemeinschaftlich mit den Ortsgruppen zu leisten, wurde Aufgabe der Gruppenverbände neuen Stils, wobei allerdings die Zentrale von Anbeginn darauf bedacht war, den unmittelbaren Kontakt zu den Ortsgruppen nicht zu verlieren, ja, ihn nach Möglichkeit noch zu verstärken.

Der Umbau der Organisation konnte nur schrittweise verwirklicht werden. Solange die Gruppenverbände sich noch nicht zu wirksamen Organen der Arbeit entwickelt hatten, war die Vorstellung der Arbeitsteilung, die zu ihrer Neubelebung geführt hatte, nicht voll durchführbar. Hinzu kam, daß der Fortgang

des wesentlichen Teils der alten Führer der zionistischen Bewegung auch im Gefüge der Organisation eine Lücke aufgerissen hatte, die so schnell nicht geschlossen werden konnte und die allmähliche Heranbildung eines Führernachwuchses notwendig machte. Erst mit der im Sommer 1935 erfolgten Bildung des Gruppenverbandes Bayern, die äußere Gründe so lange hinausgeschoben hatten, war der äußere Prozeß der Umformung beendet. Die Zentrale kann sich heute auf folgende zwölf Gruppenverbände stützen:

Baden — Württemberg — Pfalz mit dem Sitz in Mannheim,
Bayern mit dem Sitz in Nürnberg,
Brandenburg — Grenzmark mit dem Sitz in Berlin,
Frankfurt a. M. — Kassel mit dem Sitz in Frankfurt a. M.,
Hannover — Nordhessen mit dem Sitz in Hannover,
Mitteldeutschland mit dem Sitz in Leipzig,
Niederschlesien mit dem Sitz in Breslau,
Nordwestdeutschland mit dem Sitz in Hamburg,
Oberschlesien mit dem Sitz in Beuthen
Ostpreußen mit dem Sitz in Königsberg (Büro in Stettin)
Pommern mit dem Sitz in Stettin,
Rheinland — Westfalen mit dem Sitz in Düsseldorf.

Die Entwicklung der Gruppenverbände, deren größter Ende 1935 noch fast 70 000 Juden zu betreuen hatte, während der kleinste weniger als 5000 Juden umfaßt, ist notwendig ganz verschiedene Wege gegangen. Darüber folgen unten Sonderberichte, denen grundsätzlich folgendes vorausgeschickt sei:

Die Zentrale war bestrebt, mit der unaufhörlich wachsenden Zahl der Aufgaben dadurch Schritt zu halten, daß sie die Entwicklung der Gruppenverbände zu immer selbständigeren Trägern zionistischer Arbeit nachhaltig förderte. Während zu Beginn der Berichtsperiode die Arbeit ausschließlich auf den beamteten Leitern bzw. Sekretären der Gruppenverbände lag, konnte im Zuge der Entwicklung in den größeren Verbänden eine Differenzierung vorgenommen werden. Heute wird ein gut Teil der Arbeit von den Gruppenverbandsvorständen — diese bestehen aus besonders aktiven Mitarbeitern der Ortsgruppe am Vorort des Verbandes — und den erweiterten Leitungen, zu denen auch die Vorsitzenden der größeren Ortsgruppen des Bezirks gehören, geleistet. In regelmäßigen Abständen sind engere wie erweiterte Leitungen der Gruppenverbände zu Beratungen, häufig auch zur Entgegennahme von Informationen durch einen Vertreter der Zentrale zusammengetreten. Fast alle Gruppenverbände hielten ferner regelmäßig zweimal im Jahr Gruppenverbandstagungen ab, die alle Träger zionistischen Lebens des Verbandes, auch den Hechaluz und den Makkabi, die Wizo und die Jugendbünde, vereinten und neben den Arbeitstagungen ein zweites wesentliches Bindeglied zwischen Zentrale und Ortsgruppen darstellen konnten. Daß die Gruppenverbände auch für Schulungs- und Erziehungsarbeit wichtig geworden sind, wird an anderer Stelle des Berichtes ausgeführt. Im letzten Jahr wurde versucht, durch eine Unterteilung der großen Gruppenverbände in Bezirke, die selbstverständlich im engsten Zusammengang mit der Gruppenverbandsleitung bleiben, die Arbeitskräfte der Mitarbeiter noch weiter auszuwerten, eine Entwicklung, die noch nicht abgeschlossen ist und endgültig noch nicht gewürdigt werden kann.

Es darf in diesem Bericht nicht verschwiegen werden, daß die notwendige und wünschenswerte Erweiterung der Gruppenverbandsarbeit durch die absolut ungenügende Finanzierung entscheidend gehemmt war. Die Mittel, mit denen die ZVfD. die Verbände subventionieren konnte, waren begrenzt. Infolgedessen war es leider unmöglich, den Sekretären Arbeitsbedingungen zu schaffen, die ihnen vor allem durch Ausgestaltung ihrer Büros wesentliche Entlastung gewähren konnten. Das Problem bedarf in nächster Zukunft der Lösung, die wohl nur durch stärkere Heranziehung der Ortsgruppen zu den Budgets der Gruppenverbände geschaffen werden kann.

Erst dann wird auch die Inangriffnahme der Bearbeitung eines weiteren Problems möglich sein, das von der Zentrale wie von den betroffenen Menschen gleichermaßen schmerzlich empfunden wird: die Arbeit in kleinen und kleinsten Orten, vor allem den Landgemeinden, deren Zahl noch heute in die Hunderte geht. Auf sie konnte sich in der Berichtsperiode, die, wie auch aus den folgenden Berichten hervorgeht, im wesentlichen der Sorge um die Erhaltung und Erweiterung der bestehenden und der Gründung neuer lebensfähiger Ortsgruppen gewidmet war, die Tätigkeit der Gruppenverbände nur unzureichend und unsystematisch erstrecken. Die ZVfD. hat keinen Zweifel daran, daß der Auflösungsprozeß in den kleinen Gemeinden, der diese Arbeit als immer unergiebiger erscheinen läßt, sie nicht von der Pflicht befreien kann, auch diese Gemeinden mit zu betreuen. Dankenswerte Versuche einzelner Ortsgruppen, die aus eigener Initiative die in ihrer Umgebung gelegenen Landgemeinden bearbeitet haben, müssen in Zukunft systematisiert werden; vor allem sind aber durch die Gruppenverbände Wege zu suchen, stärkeren Kontakt als bisher auch zu den kleinen Gemeinden ihres Bezirks zu finden.

Organisation der Zentrale und Beamtenschaft

Naturgemäß bedingte die Vielfalt der Aufgaben auch den Ausbau der Zentrale der ZVfD. selbst. In erster Reihe war hier das zentrale Ressort für Organisation und Propaganda unter Leitung von *Benno Cohn* am Werke, zu dessen Unterstützung im Laufe der Entwicklung neu begründete Dezernate hinzutraten: das Tarbuthdezernat für hebräische Arbeit, das Dezernat für Bearbeitung von Schulangelegenheiten und eine eigene Pressestelle, die die jüdische Presse Deutschlands fortlaufend mit Nachrichten und kurzen Artikeln zu versehen hatte. In jüngster Zeit wurde das Bildungsdezernat aufgebaut, dessen Tätigkeit im Bericht über das Erziehungswesen geschildert wird. Neben diesen neuen Dezernaten setzten die Dezernate für Zionistensteuer und für Finanzen, denen entsprechende neue Aufgaben erwuchsen, ihre Arbeit fort.

Im ganzen kann festgestellt werden, daß die Zahl der Menschen, die die Arbeit in der Zentrale selbst bewältigen, relativ gering ist. Für das Reich stehen ihr heute 11 hauptamtliche Gruppenverbandsleiter bzw. -sekretäre zur Seite. Eine große Zahl von Sitzungen und Besprechungen zwischen der Geschäftsführung und diesen zionistischen Beamten im Reich dienten der Beratung und Klärung sowie der Herstellung engsten Kontaktes in allen wesentlichen Fragen.

Die Entwicklung brachte es mit sich, daß in der Berichtsperiode die Beamtenschaft der zionistischen Bewegung sich gegenüber früheren Jahren vergrößert hat. In ihr steht der Bewegung ein Kreis von Menschen zur Verfügung, die unserer Sache unter weitgehender Hintanstellung ihrer persönlichen Interessen dienen. Eine Anzahl von ihnen ist seit langem zur Alijah reif, hat diese aber mit Rücksicht auf die zionistischen Notwendigkeiten auf Verlangen der Bewegung zurückgestellt, weil es nach der Abwanderung der letzten Jahre nur noch einen recht spärlichen Nachwuchs an geeigneten Kräften für diesen Pflichtenkreis gibt. Selbstverständlich bringt das Wachstum des Apparates die Gefahr einer Bürokratisierung mit sich. Der Aufbau eines großen und geordneten Bürobetriebes war unerläßlich. Wenn es auch nicht immer geglückt ist, die hierdurch bedingten Fehlerquellen zu vermeiden, so war es das Bestreben der Zentrale, diese soweit wie möglich auszuschließen, wobei sie erfreulicherweise durch die ständige produktive Kritik der Mitarbeiter im Reiche unterstützt wurde, auf die sie auch fernerhin rechnet.

Eine „Verbeamtung" unserer Organisation ist noch nicht zu verspüren. Glücklicherweise konnten viele Tausende von neuen

Kräften zur ehrenamtlichen Mitarbeit gewonnen werden. Sie bildeten eine natürliche Gegenwirkung gegen eine solche Gefahr.

Wachstum der ZVfD.

Nach den Ausführungen über die Funktion der Gruppenverbände im Rahmen der Gesamtorganisation wird verständlich, daß die Entwicklung der ZVfD. durch Neubegründung von Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften in den letzten Jahren zu erheblichem Teil auf die Tätigkeit der Gruppenverbände zurückzuführen ist. In den letzten Monaten hat die ZVfD. mit Bedacht von dem in den Statuten vorgesehenen Recht der Bestätigung neuer Gruppen sparsam Gebrauch gemacht, weil sie der Ansicht war, daß nur solchen Gruppen das Recht, sich als eine der ZVfD. zugehörige Zionistische Ortsgruppe bezeichnen zu können, zuerkannt werden soll, die in mehrmonatlicher Arbeit ihre Lebensfähigkeit erwiesen hatten. Trotzdem hat sich die Zahl der Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften in der Berichtsperiode um mehr als das Zweieinhalbfache, auf 135 Ortsgruppen, 75 Arbeitsgemeinschaften und 100 Stützpunkte vermehrt. Nach einer gewissen Stagnation in der zweiten Hälfte 1934 und den ersten Monaten des Jahres 1935 hat im letzten halben Jahr die ZVfD. allein 16 Ortsgruppen und 9 Arbeitsgemeinschaften neu begründen können. Es ist nicht anzunehmen, daß die zahlenmäßige Ausweitung in dem gleichen Tempo vorwärtsschreiten wird. Die Liquidation der kleinen Gemeinden, die schon jetzt einen erheblichen Umfang hat, setzt dem Expansionsdrang der ZVfD. hinsichtlich der Schaffung neuer Gruppen eine natürliche Grenze. In den letzten zwei Jahren mußten etwa 20 Arbeitsgemeinschaften nach oft kurzer Arbeitszeit ihre Tätigkeit wieder einstellen, weil die Mitglieder entweder nach Palästina übergesiedelt oder in die Großstädte verzogen sind.

Das Anwachsen der Mitgliederzahlen der Ortsgruppen läßt sich für die letzten drei Jahre bis ins Einzelne nicht belegen. Die unaufhörlichen Veränderungen, der Zuwachs neuer, der durch Alijah und Binnenwanderung bedingte Fortgang alter Mitglieder, lassen Zahlenangaben — für welchen Zeitpunkt auch immer — stets als überholt und unrichtig erscheinen. Zudem hat eine große Zahl von Ortsgruppen, allen voran die Berliner Zionistische Vereinigung, an die Aufstellung ihrer Mitgliederzahlen einen strengen Maßstab angelegt, und nur diejenigen Menschen berücksichtigt, die entweder ihren Beitragsverpflichtungen regelmäßig nachkommen oder aber auf einen entsprechenden Antrag hin formal von

der Verpflichtung zur Zahlung des Mitgliedsbeitrages entbunden worden sind. Nur unter diesen Voraussetzungen kann die Zahl der der ZVfD. angeschlossenen Mitglieder, die am 31. Dezember 1935 etwa 22 500 betrug, richtig gewürdigt werden. Ende 1932 hatte die ZVfD. etwa 10 000 Mitglieder, von denen in der Berichtsperiode nach den Erhebungen der ZVfD. mehr als 7000 zur Alijah gegangen sind. Berücksichtigt man die in der Zwischenzeit von der ZVfD. neu organisierten und ebenfalls bereits zur Alijah gegangenen Menschen, so kann festgestellt werden, daß die Gesamtzahl neuer Menschen, die sich in der Berichtsperiode der ZVfD. angeschlossen haben, mit 25 000 eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist.

Ein vollständiges Bild vom Eindringen der gesamten zionistischen Bewegung in die jüdische Volksgruppe Deutschlands muß außerdem die ebenfalls nach Zehntausenden zählenden neuen Mitglieder des Makkabi, des Hechaluz, der Wizo und der Jugendbünde sowie deren Olim berücksichtigen. Als Symptom mag die vor dem XIX. Kongreß durchgeführte, noch an anderer Stelle des Berichtes erwähnte *Schekel-Aktion* gelten, die allein für das Jahr 5695 57 202 Schekel-Zahler erfassen konnte, d. h. — da verläßliche Kontrollen ergaben, daß in diesem Jahr im allgemeinen ein Schekel nur je Familie gezahlt wurde — etwa ein Drittel des gesamten Judentums in Deutschland erreichte.

Die ZVfD. war, wie in diesem Zusammenhang erwähnt werden muß, bemüht, die von den zionistischen Verbänden neu gewonnenen Zionisten den Ortsgruppen geschlossen einzugliedern. Diese Bemühungen haben vollen Erfolg, wie festzustellen ist, noch nicht gehabt, so daß unter der oben angegebenen Mitgliederzahl der ZVfD. sich heute kaum mehr als 5000 in Doppelmitgliedschaft organisierte Zionisten befinden.

Ortsgruppen

In der Berichtsperiode sind neben der Zentrale und den Gruppenverbänden auch die Ortsgruppen vor neue Aufgaben gestellt worden, die ihre Struktur völlig verändert haben. Die Zionistische Ortsgruppe der früheren Zeit begann zwar bereits vor der Neuordnung des jüdischen Lebens ihr Gesicht zu wandeln; ihre neue Prägung hat sie aber erst in den letzten Jahren erhalten. Als Gesinnungs- und Bekenntnisgemeinschaft entstanden, mußte sie anfänglich ihre einzige Aufgabe darin erblicken, zionistische Gesinnung weiter zu verbreiten. In gleicher Weise, wie die Aufgabe des Zionismus sich von der Weckung und Verbreitung von

Gesinnung und Erkenntnis zur schaffenden Verwirklichung hin entwickelte, hat sich auch der Charakter der Zionistischen Ortsgruppe geändert. Die Entwicklung in diesem Stadium der Verwirklichung führte aber zu einer starken Differenzierung und Aufteilung der einzelnen zionistischen Arbeitsgebiete auf die mit ihnen entstehenden Sonderorganisationen, vor allem den Hechaluz, den Makkabi, die Wizo und die Jugendbünde. In den letzten Jahren hat diese Aufgabenteilung dann in manchen Orten die Ortsgruppe nur noch zu einer Art zionistischen Dachverbands gestempelt, während die einzelnen Gebiete der Arbeit den Verbänden fast ausschließlich zugewiesen waren.

Dieser Entwicklung hat die ZVfD. in der Berichtsperiode einen Riegel vorzuschieben sich bemüht. Von der Grundkonzeption ausgehend, daß die Zionistische Ortsgruppe — entsprechend der Idee und Konstruktion der Zionistischen Organisation, wie sie von Herzl geschaffen wurde — der zentrale Faktor, die Keimzelle des gesamten zionistischen Lebens am Ort sein müsse, die alle Juden umfaßt, welche im Zionismus ihren nationalen Willen bekennen, versuchte sie, die Menschen, die aus ihrer Interessenrichtung in den letzten drei Jahren den Weg zum Zionismus durch die Sonderverbände und in diese fanden, den Ortsgruppen einzugliedern. Durch Einbeziehung der die Sonderverbände führenden Menschen in den Kreis der verantwortlichen Träger der Ortsgruppenarbeit war sie bestrebt, der Ortsgruppe und ihrem Vorstand den Platz als oberste Instanz der zionistischen Bewegung am Ort anzuweisen. Anfängliche Erfolge in manchen großen Ortsgruppen — die kleinen und mittleren scheiden hierfür im allgemeinen schon deshalb aus, weil die Praxis allein dort bereits zum gewünschten Ergebnis führt — sind wie erwähnt gegeben, das Ziel selbst ist aber noch nicht erreicht. Schon für die nächste Zeit sind daher neue Anstrengungen zur Eingliederung der Mitglieder der Verbände in die Ortsgruppen geplant.

Die ZVfD. war weiter bemüht, noch in einem anderen Sinn in den Prozeß der inneren Umformung der Ortsgruppen fördernd einzugreifen, ihn herbeizuführen, wo es nottat, und zu beschleunigen, wo die Entwicklung über Ansätze nicht hinauskam.

Zahlreiche Aktionen der Zentrale ließen die Notwendigkeit erkennen, für eine sorgfältige und kontinuierliche Bearbeitung der Sachgebiete in den großen und mittleren Gruppen zu sorgen und mit den Menschen, die im Vorstand die Ressorts verwalten, unmittelbare Verbindung aufzunehmen. Die leitenden Persönlichkeiten der Ortsgruppen, die selbstverständlich keineswegs übergangen werden sollten und demgemäß ständig informiert wurden,

waren in der Regel mit Arbeit derart belastet, daß häufig der notwendige rasche Fortgang der Aktionen nicht gewährleistet war. Deshalb hat die ZVfD. vor einem Jahr den Versuch des Aufbaus einer ihr unmittelbar unterstellten *„ehrenamtlichen Mitarbeiterschaft"* gemacht, wobei die in gleicher Richtung liegenden Bemühungen der Berliner Zionistischen Vereinigung wertvolle Fingerzeige gaben: diejenigen Gesinnungsgenossen, die die Werbearbeit, die Tarbutharbeit und das Amt des Schriftführers betreuten, wurden nicht nur vom Ortsgruppenvorstand bestellt, sondern auf dessen Vorschlag von der ZVfD. bestätigt und zur gewissenhaften Ausführung des von ihnen übernommenen Amtes verpflichtet. Der Versuch hat sich, wie schon jetzt gesagt werden darf, durchaus bewährt. Die Intensivierung der hebräischen Arbeit, über die das Tarbuth-Dezernat gesondert Bericht erstattet, der gute Fortgang der Werbearbeit, die ebenfalls noch an anderer Stelle behandelt wird, sind nicht zuletzt auf die ständige direkte Zusammenarbeit mit der Berliner Zentrale zurückzuführen. Durch die Einrichtung einer *Zentralkartothek*, die durch alle zwei Monate erfolgende Berichte der Ortsgruppen über Inhalt und Erfolge der Arbeit, durch vierteljährlich eingehende statistische Berichte über Abgang und Zugang von Mitgliedern auf dem Laufenden gehalten wird, ist eine ständige Leitung und Unterstützung der Ortsgruppen durch die Zentrale über die Tätigkeit der Gruppenverbände hinaus überhaupt erst möglich geworden.

Die innere Auflockerung der Ortsgruppe, die aus Gründen der Erziehungsarbeit methodisch zweckmäßig war, durch Bildung besonderer Schulungskreise und Arbeitsgemeinschaften wurde auch organisatorisch bedeutungsvoll. Denn auf ihrem Unterbau begannen sich sogenannte *Intensivkreise* zu bilden, die ihre Menschen nicht nur unterrichteten, sondern zu unmittelbarer zionistischer Tätigkeit in höherem Grade führen sollen, als von der Gesamtheit der Mitglieder einer Massenorganisation erwartet werden kann. Diese Intensivkreise, die in besonderem Maße die Arbeit der Organisation tragen und — bei deren dauerndem Wachstum — ein unentbehrliches Element der Verbindung zwischen Vorstand und Gesamtmitgliedschaft darstellen, verkörpern ein früher in der Zionistischen Organisation unbekanntes Prinzip, das der Stufung. Der Intensivkreis soll nicht durch Vorrechte, sondern dadurch charakterisiert sein, daß seine Menschen eine *Verpflichtung* zur erhöhten Leistung in sich spüren und auch förmlich auf sich nehmen. Diese Verpflichtung eines Mitarbeiterkreises, dessen Menschen sich in der Arbeit bereits durch besonderes Verantwortungsgefühl bewährt haben, führt gedanklich über den bis-

herigen, auf Freiwilligkeit beruhenden Zustand hinaus und steigert dadurch den „staatlichen" Charakter der Organisation; sie begreift in sich die Idee eines Dienstes an der nationalen Gemeinschaft, den diese nicht nur — wie bisher — wünschen, sondern fordern darf.

Die Entwicklung dieser Intensivkreise ist zur Zeit im Gange. Ihre Ansätze reichen noch in die Zeit vor der Umwälzung zurück, in der Dr. Erwin Mansbach, Essen, in der Arbeitskommission des Frankfurter Delegiertentags die Idee vertrat, in jeder Ortsgruppe einen besonderen „Gdud Awodah" zu bilden. Ihre Verwirklichung ist bis zu einem gewissen Grade ein Generationenproblem, indem der Gedanke der Verpflichtung vor allem den Menschen eigen ist, die aus der bündischen Jugendbewegung des Zionismus hervorgegangen sind. Soweit schon bisher Intensivkreise bestehen, haben sie sich bei der Durchführung größerer Aktionen und ähnlicher Aufgaben auch besonders bewährt. Die Schlagkraft der Arbeit der Organisation erscheint in hohem Maße abhängig davon, ob es gelingen wird, diese Entwicklung organisch weiterzuführen und überall Intensivkreise zu bilden, die durch ihren erhöhten Einsatz die Nachteile ausgleichen, die durch die dauernde Alijah-Bewegung entstehen.

ZVfD. und Verbände

Die ZVfD. war schließlich auf die Herstellung engsten Kontaktes zwischen ihr und den großen Organisationen der Bewegung bedacht, nicht nur an den Orten, an denen diese Verbände arbeiten, sondern auch und vor allem in der Zentrale selbst. Die hier und da auftretenden Spannungen zwischen verschiedenen Gruppen konnten durch die Autorität der ZVfD. beseitigt und durch fruchtbaren Kontakt häufig die Schlagkraft der gesamten Bewegung verstärkt werden.

Ein Schulfall hierfür war die Schekel-Aktion, in der zum ersten Male nach einheitlichem Plan unter der Leitung der ZVfD. sämtliche Glieder der Bewegung an die Bewältigung einer einzigen Aufgabe eingesetzt wurden. Wenn die Schekel-Aktion für die Jahre 5694/95 schließlich mit einem Ergebnis von 100 837 Schekalim abgeschlossen werden konnte, so ist das nicht nur auf das Eindringen zionistischer Gedankengänge und Forderungen in die Judenheit Deutschlands, sondern vor allem auf das planvolle und einheitliche Zusammenarbeiten der ZVfD. mit den Verbänden der Bewegung zurückzuführen. Aehnlich hat auch die Rosch-Haschanah-Aktion 5696 des Keren Kajemeth Lejisrael die

Wirkungsmöglichkeiten aufgezeigt, die uns gegeben sind, wenn die gesamte Bewegung auf ein Ziel ausgerichtet und von einer Zentrale geleitet an die Arbeit geht. Durch eine verstärkte Zusammenarbeit muß der organisatorische Unterbau für die Durchsetzung unserer Forderungen an das Judentum in Deutschland und unsere Arbeit für den Aufbau Palästinas noch weiter gefestigt werden.

Die Einheitlichkeit der Bewegung auch hinsichtlich enger Zusammenarbeit mit den nationalen Fonds zu schaffen, war eine stete Sorge der ZVfD. In ihrer Propaganda und Erziehungsarbeit nahmen Keren Kajemeth Lejisrael und Keren Hajessod einen großen Raum ein, wie auf der anderen Seite die Fonds, vor allem naturgemäß der KKL mit den Massen seiner Anhänger, Schrittmacher der ZVfD. gewesen sind. Teilweise ist das schon darauf zurückzuführen, daß in der Beamtenschaft im Reich häufige Personalunion gegeben war. Auch auf den Tagungen der ZVfD., der Gruppenverbände und Bezirke wurden die Probleme der Fonds stets ausführlich behandelt.

*

Das Bild der erneuerten Organisation der ZVfD., das dieser Teil des Berichts zu zeichnen versuchte und durch hundert Einzelzüge verfeinert werden könnte, läßt auch in der durch den beschränkten Raum bedingten Darstellung erkennen, daß die zionistische Bewegung sich in Deutschland eine einheitliche Organisation geschaffen hat, die als Träger und Gestalter zionistischen Lebens und zionistischer Arbeit in ihren vielfältigen Verzweigungen gekennzeichnet werden darf. Seit Jahren besteht in der von Theodor Herzl geschaffenen Zionistischen Organisation stärkstes Bedürfnis nach Erneuerung und — als deren Vorstufe — organisatorischer Reform, ein Problem, dem der XIX. Zionisten-Kongreß große Aufmerksamkeit gewidmet hat, ohne es einer als befriedigend empfundenen Lösung zuführen zu können. Die ZVfD. glaubt, durch die Arbeit auch dieser drei Jahre in Fortführung ihrer alten Tradition einen nicht unwesentlichen Beitrag zum Problem des Aufbaus der Zionistischen Organisation geleistet zu haben.

FINANZEN

Der Finanzkommission des Delegiertentages wird durch den Finanzausschuß der ZVfD. eine detaillierte Rechnungslegung gegeben werden.

Die Finanzgebarung ist in der Berichtsperiode auf der Ausgabenseite entscheidend durch das außerordentliche Anwachsen der Aufgaben bestimmt worden, die die Zentrale übernehmen mußte. Eine den Erfordernissen entsprechende Arbeit machte einen starken Ausbau der Propaganda und des organisatorischen Apparats notwendig.

Die zionistischen Gruppen im Reiche, die früher ihre Arbeit mühelos ohne Inanspruchnahme zentraler Geldmittel leisten konnten, waren nicht imstande, die für ihre eigenen Aufgaben benötigten Gelder in vollem Umfang selbst aufzubringen. Der Neuaufbau der Gruppenverbände durch Einrichtung hauptamtlicher *Sekretariate* erforderte eine mehr oder minder starke Subventionierung durch die ZVfD.; deren Finanzverwaltung wurde auf diese Weise entsprechend dem Fortschritt des Ausbaus der Gruppenverbands-Organisation auf der Ausgabenseite mit Beträgen belastet, die von zirka 2000 RM. im zweiten Halbjahr 1933 auf fast 18 000 RM. im Jahre 1934 und zirka 22 000 RM. im Jahre 1935 gestiegen sind. Den zionistischen *Jugendbünden*, insbesondere dem Hechaluz und dem Brith Chaluzim Datiim, die die umfassenden Aufgaben der Hachscharah übernahmen, konnte nicht zugemutet werden, auch deren Finanzierung aus eigenen Kräften durchzuführen. Um zu vermeiden, daß Sonderaktionen die laufende Sammelarbeit der nationalen Fonds störten, entschloß sich das Finanzdezernat der ZVfD., den Bünden laufende Subventionen zu bewilligen, die je nach zahlenmäßiger Bedeutung und Arbeitsgebieten verschieden hoch bemessen wurden. Im Monatsdurchschnitt haben die Subventionen in der Berichtsperiode zirka 3000 RM. betragen.

Die großen *Arbeitstagungen*, die die ZVfD. in der Berichtsperiode dreimal veranstaltet hat, erforderten an Reisezuschüssen, Saalkosten und dergl. insgesamt 3325 RM. Die *Schulungs-* und *Informationsarbeit* der ZVfD., die bekanntlich zu ganz neuen Methoden überging, haben ebenfalls die Aufwendung erheblicher Mittel notwendig gemacht. Die beiden zentralen *Schulungswochen* in Lehnitz 1934 und 1935 kosteten 3000 RM., die *ZVfD.-Blätter* seit ihrer Drucklegung 4400 RM.

Zur Aufbringung der insgesamt erforderlichen Mittel war nach wie vor die *Zionistensteuer* das wesentliche Instrument. Wie-

wohl der umfangreiche Stamm verläßlicher Zahler, der vor 1933 bestanden hat, zum ganz überwiegenden Teil Deutschland verlassen hat, und die ehedem nicht ganz geringe Anzahl von Zionisten, die regelmäßig beträchtliche Sonderspenden gaben, vollkommen weggefallen ist, ist es dennoch gelungen, die Erträge der Zionistensteuer zu vergrößern und dieses Finanzinstrument der ZVfD. zu verstärken. Auf gleichem Wege wird in Zukunft weitergeschritten werden müssen.

ERZIEHUNGSARBEIT

Der Zionismus in Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten seiner Entwicklung die Erziehung seiner Menschen stets als ein besonders wichtiges und zentrales Problem betrachtet. Immer auf grundlegende Erneuerung des jüdischen Lebens gerichtet, kam es ihm darauf an, seine Menschen nicht nur zu einer neuen politischen Meinung zu bringen, sondern sie durch Erkenntnis, Lernen und Leben zu verwandeln. Diese Tradition auch unter den veränderten Bedingungen fortzusetzen und weiter zu entwickeln, war eine der wichtigsten Aufgaben. Sie war um so bedeutungsvoller geworden, als sich die Struktur der Mitgliedschaft entscheidend verändert hatte. Aus der Gruppe von Intelligenzlern, die unser Zionismus im wesentlichen vorher gewesen war, wurde eine Massenbewegung. In die zionistischen Organisationen strömten Juden, die von der sie persönlich treffenden sozialen Judennot getrieben, zum Zionismus kamen, nicht „von der Idee her". Die Aufgabe unserer Erziehung war es, aus der schweren Erschütterung, die diese Menschen erlebt hatten, eine echte zionistische Entscheidung herzuleiten. Auch nach 1933 kamen zu uns sehr viele Menschen der alten Intelligenzschicht, aber der überwiegende Teil bestand aus Menschen, die bisher keine über das Erwerbsleben hinausgehenden ernsthaften geistigen Interessen gekannt hatten. Unsere Erziehungsaufgabe war um so schwerer, als der „Bildungsverfall", eine Erscheinung des jüngsten europäischen Lebens, auch das Judentum in Deutschland ergriffen hatte. In unseren Ortsgruppenversammlungen und -veranstaltungen sitzen Hunderte von Menschen, die das „Bildungserlebnis" niemals gehabt haben. Sie mit der zionistischen Gedankenwelt zu verbinden, war nicht einfach. Hierzu kam, daß unseren neuen Zionisten sehr oft der jüdische Fundus völlig fehlte. Ein großer Teil von ihnen war

jüdischen Zusammenhängen gänzlich entfremdet, und sie hatten einen weiten Weg zum Judentum und zum Zionismus zurückzulegen.

Die Funktionen, die unserem Erziehungswesen zukamen, waren in dieser Arbeitsperiode vielleicht noch bedeutsamer als in den früheren Jahrzehnten. Ein großer Teil unserer Mitglieder sind die künftigen Bürger des neuen Gemeinwesens in Erez Israel. Wir wissen, wie gering die erziehende und menschenbildende Kraft des heutigen Jischuw ist, der seit der neuen Masseneinwanderung in einen kulturell und zionistisch chaotischen Zustand geraten ist. Gerade die mittelständischen Schichten zu echten Zionisten zu erziehen, die das sehr komplizierte palästinensische Leben verstehen und zu jener kämpfenden Minderheit stoßen, die heute der zionistische Kreis in Palästina geworden ist, war eine wichtige Aufgabe. Weiter hatte unsere Erziehung der Zionistischen Organisation, die ihre leitende Schicht in den Jahren 1933 und 1934 im wesentlichen durch Auswanderung verloren hatte, eine neue Elite zu schaffen. Je mehr wir expansive Arbeit leisten mußten, um einen großen Teil der Juden für uns zu gewinnen, um so stärker mußte unsere intensive Arbeit sein. Eine Bewegung mit einer großen Peripherie kann lebendig nur dann wirken, wenn sie einen starken Kern hat.

Was die ZVfD. den neuen Menschen zu übermitteln hatte, unterschied sich nicht wesentlich von dem Bildungsgut der vergangenen Zeit. Wir bemühten uns, die neu zu uns Gekommenen in die tieferen Zusammenhänge des jüdischen Lebens einzuführen. Wir hatten ihnen die Gesetzmäßigkeit des jüdischen Daseins in der Golah zu zeigen und diese Erkenntnis anschaulich zu machen durch eine möglichst eingehende Darstellung der jüdischen Situation in der ganzen Welt. Gerade den Juden in Deutschland, die angesichts ihres Schicksals den Blick für die jüdische Welt draußen zu verlieren neigten und sich als die Achse des jüdischen Volkes fühlten, zeigten wir, wie die Juden in den Staaten des Ostens und des Westens lebten.

Eine große Rolle spielte wie früher die *zionistische Geschichte*. Wir lehrten nicht nur ihre Fakten, ihre Chronik, sondern die Entwicklung ihrer Probleme. Wir aktualisierten die zionistische Geschichte, indem wir zeigten, wie auch heute noch die gleichen großen Probleme das jüdische Leben und unsere Bewegung beherrschen. Wir brachten die zionistische Geschichte in eine immer engere Verbindung mit der Geschichte des Palästina-Aufbaus und der Alijoth.

Einen großen Raum nahm die *Palästinakunde* ein. Sie wurde durch Geschichte der Alijah und ihrer Kolonisation stark historisch fundiert. Sie zielt für die ganz neuen Menschen auf Uebermittlung der elementaren Tatsachen, für die uns schon enger Verbundenen auf eine Erkenntnis der komplizierteren Zusammenhänge des Aufbaus und seiner Problematik ab. Wir glauben, daß diejenigen Olim, die in den letzten Jahren durch unsere Erziehungsarbeit gegangen sind, nicht außerhalb des Jischuw und abseits seiner Entwicklung stehen, sondern in ihrer Mehrzahl dem schweren palästinensischen Leben auch innerlich gewachsen sein werden. Es ist sehr schwierig, die Menschen auf die recht verschlungene Palästinawirklichkeit vorzubereiten. Der Lernende macht sich sehr leicht ein schiefes und einseitiges Bild vom palästinensischen Leben zurecht und ist dann im Lande enttäuscht. Wir bemühen uns in den letzten Jahren, allenthalben eine realistische Darstellung Palästinas zu geben, die großen Schwierigkeiten des Lebens und der Einordnung anschaulich herauszustellen und den Einwanderer auf ein hartes Leben vorzubereiten, das viele unerfreuliche Seiten hat. Trotzdem ist die Wirkung begrenzt, weil der Lernende unwillkürlich andere Wunschbilder produziert.

Unbefriedigend war die allgemeine *judaistische* Erziehung. Es gab zwar in den meisten Gruppen Kurse in jüdischer Geschichte, aber sie führten im allgemeinen nur zu einer oberflächlichen Verbindung mit dem historischen Stoff. Wir empfinden dies als schweren Mangel, wir sehen aber nicht mehr die Menschen, die wahrhaft Lehrer der jüdischen Geschichte sein können. Vielleicht ist auch die Hast unseres Lebens, das provisorischen Charakter trägt, ein Grund dafür, daß „ruhige Bildung" wenig Raum bei uns hat.

Unter der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit leidet naturgemäß die gesamte Arbeit. In ein bis zwei Jahren mußten gleichsam in Schnellkursen die Menschen mit einem großen Stoff vertraut gemacht werden. Erschließt sich der tiefere Sinn einer Gedankenwelt erst nach längerer Versenkung in den Stoff, so brach unsere Arbeit oft gerade in dem Augenblick ab, wo die ersten Früchte sichtbar wurden.

Unsere Erziehungsarbeit hat jetzt eine Intensität erreicht, die kaum noch gesteigert werden kann. Die gesamte Organisation, alle ihre Verbände stehen im Zeichen ernster Bildungsbemühung. In fast allen Ortsgruppen, Makkabi-Vereinen, Snifim des Hechaluz usw. wird ständig Schulungsarbeit geleistet. Mit welchen Mitteln arbeiten wir? Das dauernde Heranströmen neuer Menschen nötigte uns immer stärker dazu, unsere Bildungsarbeit zu differenzieren.

Den Neuen haben wir die elementaren Tatsachen und Zusammenhänge, den älteren Zionisten die komplizierteren Faktoren des jüdischen Daseins zu vermitteln. Wir bemühten uns seit Anfang 1934, eine Stufenfolge unserer Arbeit zu entwickeln. Der großen Masse und den Neuen vermitteln wir in Schulungskursen der Ortsgruppen die Elemente der „Zionistischen Wissenschaft". Den Gruppenverbänden weisen wir die Aufgabe zu, in eigenen Seminaren einen engeren Kreis ihrer besten Mitarbeiter weiterzubilden. Die Krönung findet dieser Aufbau in dem zentralen Schulungsseminar in *Lehnitz* bei Berlin, das die 50 bis 70 wertvollsten Mitarbeiter alljährlich für eine Bildungswoche zusammenfaßt. Die großen Ortsgruppen haben größere Lehrhäuser und Lehrstätten, in denen der breiten Masse Bildungsmöglichkeiten erschlossen werden. Zur Veranschaulichung diene das Programm der Bialik-Lehrstätte der Berliner Zionistischen Vereinigung aus dem Winter 1935/36. (Siehe Seite 76/77.)

Der alte Zionismus hatte in seinen studentischen Organisationen Erziehungsgemeinschaften vorbildlicher Art, in denen eine Generation nach der anderen zionistisch erzogen wurde. In ihnen wuchs ein großer Teil der Führerschicht des deutschen Zionismus heran. Das Wesentliche dieser Erziehungswirkung entsprang der zionistischen Gemeinschaft, in denen die jungen Menschen, meist unbeschwert von wirtschaftlichen Sorgen, jahrelang lebten. Das KJV. hat als Erziehungsgemeinschaft zu bestehen aufgehört. Einen Ersatz hat es naturgemäß nicht finden können, und damit ist ein sehr wichtiges Aktivum unseres Erziehungswesens fortgefallen. Wir bemühen uns, Ersatz zu schaffen. Wir bauten in den letzten beiden Jahren überall eine große Zahl von Arbeitsgemeinschaften auf, in denen Menschen nicht nur Vorträge hörten, sondern miteinander arbeiteten und lernten und hierdurch zu enger Gesinnungsgemeinschaft verbunden wurden. Es gehört vielleicht zu den erfreulichsten Erfolgen unserer schwierigen Arbeit, daß es heute wieder eine Anzahl von lebendigen Kreisen gibt, in denen ein echtes zionistisches Leben pulsiert. Die Erziehungswirkung solcher Kreise ist naturgemäß viel größer als jeder noch so gute Lehrbetrieb. Die Seminare, in denen die Menschen, wenn auch immer nur für einige Tage miteinander leben und arbeiten, haben in der gleichen Richtung gewirkt.

Leider ist die *Selbstarbeit* der Zionisten in den Hintergrund getreten. Früher las man außerordentlich viel, jetzt hört man mehr und läßt sich den Stoff durch den Vortragenden präparieren. Dies ist eines der Symptome des Bildungsverfalls. Organisato-

rische Mittel richten hier wenig aus. Wir haben, ut aliquid fiat, einer größeren Anzahl von Ortsgruppen zionistische Normal-Bibliotheken vermittelt, deren Preis durch zentrale Beschaffung relativ sehr niedrig gehalten werden konnte.

Ueberall aber haben wir es mit Menschen zu tun, denen die Voraussetzungen zur Selbstarbeit fehlen. Die Nachfrage nach Materialien aller Art ist außerordentlich groß. Der Hechaluz hat durch seine Veröffentlichungen die wichtigeren Teile der hebräischen Publizistik erschlossen. Die ZVfD. hat leider an Broschüren und Büchern sehr wenig herausgebracht. In dem Aufbau eines guten Buchverlages sehen wir eine wichtige Aufgabe für die Zukunft. Seit 1934 hat sie allerdings in den *ZVfD.-Blättern* ein Informationsmittel geschaffen, das nach anspruchslosen Anfängen immer besser geworden ist. Die Blätter sind nur für den internen Mitarbeiterkreis bestimmt. Sie enthalten interessantes Material aus allen Gebieten des zionistischen und jüdischen Lebens. Insbesondere haben wir zuletzt in ihnen die Fragen des Vorderen Orients und die des jüdischen Lebens in anderen Ländern dargestellt. Die Blätter entwickeln sich immer mehr zur Zeitschrift, obwohl sie von dem Ideal einer zionistischen Zeitschrift noch weit entfernt sind.

Dem lebhaften Bedürfnis nach Material trägt die ZVfD. seit November 1935 durch Herausgabe der *„Zionistischen Bildungskurse"* Rechnung. In jeder Woche erscheinen etwa vier Referate, in jedem Monat zudem zwei aktuelle Vorträge. Die Neueinrichtung ist freudig begrüßt worden. Da nur noch wenige Ortsgruppen Menschen haben, die aus Eigenem schöpfen können, ist hier Material in vortragsfertiger Form bereitgestellt worden, dessen Weitergabe an die Hörer nicht schwierig ist. Wir haben lange gezögert, bis wir uns zu dieser Methode der Materialübermittlung entschlossen haben. Die unaufhörliche Abwanderung gerade der alten Zionisten, die lehren und referieren können, hat aber diesen Weg notwendig gemacht.

In der nächsten Etappe unserer Arbeit streben wir eine *Vereinheitlichung* unseres ganzen Bildungswesens an. Wir planen den Aufbau eines *Systems* der zionistischen Erziehung, das von den elementaren Tatsachen und Zusammenhängen zu den schwierigeren übergeht und in stufenweisem Aufbau zu einer wirklich genauen Kenntnis der jüdischen Welt und der Palästinawirklichkeit führen soll. Mit dieser Frage wird sich auch der XXV. Delegiertentag zu befassen haben.

SCHULDEZERNAT

Das Schuldezernat hat im Frühjahr 1933 seine Arbeit begonnen. Seine Versuche, die zionistisch organisierten oder orientierten jüdischen Lehrkräfte zu sammeln, um den Aufbau des neuen jüdischen Schulwesens von Anfang an zionistisch beeinflussen zu können, führten jedoch zu keinem vollen Erfolg, da eine große Zahl gerade der fähigsten Lehrer bald zur Alijah ging und die aus dem allgemeinen Schuldienst ausscheidenden jüdischen Lehrkräfte auf Drängen der nichtzionistischen Verbände in großem Umfange herangezogen wurden. Aus der Erkenntnis heraus, daß die Frage der zukünftigen Gestaltung der jüdischen Schule eine der wichtigsten Fragen der Zukunft des deutschen Zionismus ist, wurde das Dezernat Oktober 1935 wieder besetzt und begann erneut seine Tätigkeit. Das jüdische Schulwesen in Deutschland hat seit Ostern 1933 quantitativ eine außerordentliche Erweiterung erfahren. Schon heute gibt es kaum eine jüdische Gemeinde, in der nicht eine jüdische Schule besteht. Wenn auch im Augenblick die Zahlen nicht genau festliegen, so ist es sicherlich nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß im gegenwärtigen Augenblick 60—70 % der schulpflichtigen jüdischen Jugend Deutschlands jüdische Schulen besuchen. Nach den Nürnberger Gesetzen aber wird bis Ostern 1936 nicht nur der größere Teil, sondern die gesamte schulpflichtige jüdische Jugend sich in jüdischen Schulen befinden. Auch die innere Entwicklung des jüdischen Schulwesens hat bereits in den vergangenen 2½ Jahren mehrere Phasen durchgemacht. Von dem chaotischen Beginn bis zu den ersten Richtlinien der Reichsvertretung ist eine Entwicklung sichtbar, in der die stärkere Unterstreichung des wirklich jüdischen Inhalts unserer Schulen erkennbar wird. Besonders die Schulen, die von der Reichsvertretung gegründet worden sind und die ausschließlich Schulen der *Provinz* sind, zeigen Ansätze zu einer wirklichen Erfüllung mit jüdischen Inhalten, wenn sie auch noch keineswegs allen Anforderungen entsprechen, die wir Zionisten an den Aufbau der jüdischen Schule stellen. Besonders ungünstig liegen bisher die Verhältnisse in *Berlin*, wo die Schulen in ihrer großen Mehrzahl von der Gemeinde getragen werden, der Gemeinde, die bisher noch ganz unter liberaler Führung stand und auch in den Fragen der Schule sich bis in die letzte Zeit noch weitgehend unseren Forderungen verschlossen hat. Die Entwicklung der letzten Monate hat sicherlich einen großen Teil auch der bisher gegnerischen Kräfte unseren Argumenten zugänglicher gemacht. Es bestehen keine großen Hemmungen mehr. Programme,

Richtlinien und Leitsätze aufzustellen, denen auch wir zustimmen können. Aber die letzten Jahre haben gerade auf dem Gebiete der Schule gezeigt, daß alle Leitsätze tot sind, wenn es nicht Menschen gibt, die imstande sind, sie in eine lebendige Wirklichkeit umzusetzen. Hier liegt das entscheidende Problem der jüdischen Schule. Die jüdische *Lehrerschaft* ist in ihrer Mehrzahl noch nicht fähig, unsere Forderung nach einer Durchdringung der jüdischen Schule mit lebendigem jüdischen Inhalt wirklich in die Tat umzusetzen. Zu einem großen Teil ist sie jüdisch wenig vorgebildet, nur ein ganz kleiner Teil ist mit dem Zionismus verbunden, so daß man heute sagen kann, daß wichtiger als Lehrpläne und Programme die *Beeinflussung* und *Weiterbildung* der *jüdischen Lehrerschaft* einerseits und die *Ausbildung* der *zukünftigen Lehrer* andererseits ist. Diese Frage kann von dem Schuldezernat der ZVfD. nur zu einem kleinen Teil gelöst werden, zum anderen, größeren Teile ist sie eine politische Frage, da viel davon abhängt, welche Menschen in den entscheidenden Gremien der Gemeinden sitzen und von daher die Lehrerbildung inhaltlich und budgetmäßig beeinflussen können. Trotzdem liegt auch hier für uns der wichtigste Punkt, an dem wir einsetzen müssen: die *zionistische Erfassung und Organisierung der Lehrer*. Neben dieser Aufgabe wird sich das Schuldezernat trotz der eben genannten Einschränkungen und Begrenzungen auch mit der *Ausarbeitung von Lehrplänen und Richtlinien* befassen, um vor allem den Zionisten in der Provinz Material und Hilfsmöglichkeiten für ihre Arbeit zu geben, andererseits aber auch aktiv durch eigene Vorschläge an dem Zustandekommen neuer Richtlinien und Schulprogramme mitzuwirken, die für das gesamte jüdische Schulwesen verbindlich werden sollen.

Natürlich ist die bisherige Tätigkeit des Dezernats begrenzt gewesen, zumal es aus personellen Schwierigkeiten heraus noch nicht mit voller Kraft arbeiten konnte. Die Aufgabe der zionistischen Erfassung der Lehrerschaft ist bisher nur in Berlin begonnen worden. Dort haben einige von uns organisierte *Lehrerveranstaltungen* stattgefunden, die gut besucht waren und im ganzen Anklang gefunden haben. Man spürt bereits in der jüdischen Lehrerschaft Berlins, daß die ZVfD. entschlossen ist, eine Initiative in diesen Fragen zu ergreifen, und ist zu einem Teil gewillt, dieser Initiative zu folgen. Neben einer solchen mehr extensiven Arbeit wird unsere Aufgabe darin bestehen, in kleineren Zirkeln eine intensivere Arbeit durchzuführen, die der Schulung und Weiterbildung der Lehrer dienen soll. Eine ähnliche Arbeit wollen wir auch in der Provinz durchführen. Wir haben uns mit

den wichtigsten Bezirken in Verbindung gesetzt und hoffen, daß es noch im Laufe des Winters überall möglich sein wird, mit unserer Hilfe in den einzelnen Bezirken ähnliche Lehrerveranstaltungen zu organisieren. Unser Ziel ist, zum Ende des Winters eine *zentrale zionistische Lehrertagung* in Deutschland einzuberufen, die unserer ganzen weiteren Arbeit wesentliche Antriebe geben kann.

TARBUTH-DEZERNAT

Als zu Beginn des Jahres 1933 von einem Tage zum andern ein ungeheures Bedürfnis nach hebräischem Unterricht sich geltend machte, entstanden allerorten Sprachkurse für Erwachsene. Die Schülerzahl wuchs zusehends und umfaßte bald Tausende. Die Nachfrage nach Lernmöglichkeiten war so stark, daß gar keine Zeit dazu blieb, die Kurse auf ihre pädagogische Zuverlässigkeit hin zu prüfen. Alles drängte zu den Sprachkursen, ganz gleich, ob sie von irgendwelchen Privatpersonen eingerichtet oder von berufener Seite geleitet waren. Keine Instanz befaßte sich mit der Organisierung der hebräischen Arbeit in Deutschland.

Da die meisten um jene Zeit für ihre Auswanderung nach Palästina Hebräisch lernten, ergab es sich bald von selbst, daß die *Zionistischen Ortsgruppen* die Sorge für diese hebräische Arbeit übernahmen; doch konnte dies damals nur eine ganz provisorische Maßnahme sein, da jede Ortsgruppe mit einer solchen Fülle von Tagesaufgaben belastet wurde, daß die Sorge für die hebräische Arbeit nur nebenbei übernommen werden konnte. Die Mängel einer solchen Behandlung der hebräischen Arbeit zeigten sich denn auch sehr bald. Es mangelte an pädagogisch geschulten Kräften, es fehlte an geeigneten Lehrbüchern, es gab kein einheitliches Lehrprogramm. Jeder Lehrer hatte sein eigenes „System", bei dem die Schüler die Leidtragenden waren. Auch die von den Gemeinden unterhaltenen Sprachkurse entsprachen nicht den Bedürfnissen der Zeit, da sie von früher her für ein langfristiges Studium vorgesehen waren, das die künftigen Olim nun nicht mehr durchführen konnten, und zudem in der Hauptsache die Bibel und ähnliche Lehrstoffe behandelten, hingegen die für die Auswanderer besonders wichtigen Sprechübungen und die neuhebräische Literatur, Presse usw. vernachlässigten.

Immer dringender wurde die Notwendigkeit, eine *zentrale Instanz* für die Organisierung und Leitung der hebräischen Kulturarbeit unserer Ortsgruppen zu schaffen, um diesen Ueber-

LEHRSTÄTTE CH. N. BIALIK
DER BERLINER ZIONISTISCHEN VEREINIGUNG

מכון ח׳ נ׳ ביאליק
ע״י ההסתדרות הציונית בברלין

LEHRPLAN FÜR DAS ARBEITSJAHR 1935/1936

Kursus	Thema	Dozent	Zeit und Ort	Preis
I. Eine Einführung in den Gesamtablauf der jüdischen Geschichte (mit Lichtbildern) **Jüdische Geschichte im Bilde der Zeit 1. Zyklus: Antike**	1. Die Geschichte des vorderen Orients und ihre Dokumente 2. Kulturgeschichtliche Funde und Ausgrabungen 3. Die Religion des alten Israel (Götter, Altäre, Tempel, Symbole usw.)	Rabbiner Dr. Joachim Prinz	Mittwoch 30. 10. 35. 13. 11. 35. 27. 11. 35. Logenhaus Kleiststraße 10	3 Abende für Mitglieder der BZV RM —.90 für Nichtmitglieder RM 1.50 Einzelabende RM —.75
II. Jüdische Geschichte im Bilde der Zeit 2. Zyklus: Mittelalter	1. Die Judengasse 2. Das mittelalterliche Buch als Spiegel der Geschichte 3. Der Jude des Mittelalters wie die Welt ihn sah	Rabbiner Dr. Joachim Prinz	Dezember (genaue Termine werden noch bekanntgegeben) Logenhaus Kleiststraße 10	3 Abende für Mitglieder der BZV RM —.90 für Nichtmitgl. RM 1.50 Einzelabende RM —.75
III. Jüdische Geschichte im Bilde der Zeit 3. Zyklus Ghetto-dämmerung	1. Dokumente der Emanzipation 2. Begegnungen und Ereignisse 3. Bücher, die jüdische Geschichte machen	Rabbiner Dr. Joachim Prinz	Januar (genaue Termine werden noch bekanntgegeben) Logenhaus Kleiststraße 10	3 Abende für Mitglieder der BZV RM —.90 für Nichtmitgl. RM 1.50 Einzelabende RM —.75
IV. Jahrhunderte der Erschütterung	1. Von Pompejus bis Titus 2. Die jüdische Tragödie in Spanien 3. Von den Anfängen der jüdischen Kolonisation in Polen bis Chmielnitzki 4. Von der Emanzipation bis zur Neuregelung	Rabbiner Dr. Max Nußbaum Dr. Abraham Heschel Dr. M. Wischnitzer Rabbiner Dr. Max Wiener	Montag 4. 11. 35. 11. 11. 35. 25. 11. 35. 2. 12. 35. BZV-Heim Kantstraße 54	4 Abende für Mitglieder der BZV RM 1.— für Nichtmitgl. RM 1.20 Einzelabende RM — 40
V. Makkabäer — die Geschichte einer jüdischen Dynastie	1. Von der Begegnung mit dem Griechentum bis zum Fürsten Simon 2. Zusammenstoß mit Rom u. Untergang durch Herodes 3. Tat und Idee in der makkabäischen Geschichtsepoche	Rabbiner Dr. Max Nußbaum	Mittwoch 4. 12. 35. 11. 12. 35. 18. 12. 35. BZV-Heim Kantstraße 54	3 Abende für Mitglieder der BZV RM —.75 für Nichtmitgl. RM —.90 Einzelabende RM —.40
VI. Kulturgeschichte der Juden in Ost-Europa	1. Das Mittelalter 2. Die Renaissance u. Neuzeit 3. Aufklärung und Chassidismus 4. Die jüdische Renaissance	Dr. Ch. Borodianski	Dienstag 28. 1. 36. 4. 2. 36 11. 2. 36. 18. 2. 36. Meinekestr. 10	4 Abende für Mitglieder der BZV RM 1.— f. Nichtmitglied RM 1.20 Einzelabende RM —.40
VII. Politische Geschichte des Zionismus	1. Vorgeschichte d. Zionismus 2. Der Herzlsche Zionismus 3. Polit. u. prakt. Zionismus 4. Die Periode der Verwirklichung 5. Geschichte des thoratreuen Zionismus	Dr. David Schloßberg Isi Eisner	Mittwoch 4. 12. 35. 18. 12. 35. 1. 1. 36. 15. 1. 36. 29. 1. 36. BZV-Heim Landsberger Straße 87	5 Abende für Mitglieder der BZV RM 1.25 für Nichtmitglieder RM 1.50 Einzelabende RM — 40
VIII. Palästina — Geschichte des Landes	1. Vorgeschichte 2. Die jüdische nationale Geschichte auf eigen Boden 3. Arabische Eroberung und Kreuzzüge 4. Unter der türkischen Herrschaft 5. Etappen in der Entstehung des Jischuw 6. Ergebnisse der jüdischen Kolonisation	Rabbiner Dr. Max Wiener Dr. Moses Goldmann Jizchak ben Aharon	Dienstag 14. 1. 36. 21. 1. 36. 28. 1. 36. 4. 2. 36 11. 2. 36. 18. 2. 36. BZV-Heim Rosenthaler Straße 44	6 Abende für Mitglieder der BZV RM 1.50 f. Nichtmitglied RM 1.80 Einzelabende RM — 40

Donnerstag-Vortragsreihe

im Brüdervereinshaus, Kurfürstenstraße 115-116, jeweils 20¼ Uhr pünktlich, für Hörer der Lehrstätte Ch. N. Bialik, RM 2.– (an der Abendkasse nur Einzelkarten für RM 1.–)

I. Unsere religiöse Situation heute	1. Abend: Dreigespräch Unsere religiöse Situation 2. Abend Die religiöse Situation in Palästina 3. Abend Dreigespräch: Religiöse Erziehung 4. Abend Religiöse Verwirklichung	Heinrich Lemmle Ignaz Maybaum Bertha Badt-Strauss Isi Eisner Alexand. Altmann Paul Eppstein M. Swarsensky Leo Baeck	17. 10. 35. 31. 10. 35. 7. 11. 35 21. 11. 35.	s. o.
II. Eigenwelt und Umwelt im Werk jüdischer Gestalter	1. Abend Jakob Wassermann und Franz Rosenzweig 2. Abend. Theodor Herzl und Achad Haam	Ludwig Feuchtwanger Robert Weltsch	5. 12. 35 12. 12. 35.	s. o.
III. Jüdische Kultur heute	1. Abend: Gibt es heute eine jüdische Kultur? 2. Abend: Sprache als kulturtragendes Element 3. Abend: Kunst als Kulturschöpfung 4. Abend. Gesellschaftliche Voraussetzungen jüdischer Kultur	Max Wiener Max Nußbaum Leo Hirsch S. Adler-Rudel	9. 1. 36. 23. 1. 36 6. 2. 36. 20. 2. 36.	s. o.

Morgenfeiern

im Theater in der Kommandantenstraße (Termine werden noch bekanntgegeben)
Mendelssohn (150. Todestag) • Anski (15. Todestag) • Scholem Alechem (20. Todestag)
Die Donnerstag-Vortragsreihe und die Morgenfeiern werden gemeinsam mit dem **Jüdischen Lehrhaus** durchgeführt

Sämtl. Vortragsabende der „Lehrstätte Ch. N. Bialik" beginnen um 20,30 Uhr.

Aenderungen im Programm vorbehalten.

Kursus	Thema	Dozent	Zeit und Ort	Preis
IX. Das öffentliche Leben in Palästina	1. Idee und Wirklichkeit der Knesseth Israel 2. Probleme der städtischen Selbstverwaltung 3. Erziehungswesen 4. Kulturelles Leben 5. Der soziale Aufbau des Jischuw 6. Die Wirtschaftsorganisationen	S. Tschertok Schalom Wurm Jizchak ben Aharon	Dienstag 5. 11. 35 12. 11. 35. 19. 11. 35. 26. 11. 35. 3. 12. 35. 10. 12. 35. BZV-Heim Kantstraße 54	6 Abende für Mitglieder der BZV RM 1.50 für Nichtmitglieder RM 1.80 Einzelabende RM —.40
X. Aerztliches über das Leben in Palästina	1. Der Säugling, seine Ernährung und Wartung 2. Das Kind, seine Pflege und Erziehung 3. Der Erwachsene, seine körperliche und seelische Eingewöhnung 4. Erste Selbsthilfe bei bedrohlichen Erkrankungen 5. Selbsthilfe bei Unfällen	Aerztegesellschaft für Palästina der BZV	Mittwoch 8. 1. 36. 15. 1. 36. 22. 1. 36 29. 1. 36. 5. 2. 36. BZV-Heim Kantstraße 54	5 Abende für Mitglieder der BZV RM 1.25 für Nichtmitglieder RM 1.50 Einzelabende RM —.40
XI. Der Orient	1. Die arabischen Staaten 2. Die arabischen Staaten 3. Europa im Orient 4. Die politisch. Strömungen	Dr. Edgar Rosen Jizchak ben Aharon	Donnerstag 31. 10. 35. 7. 11. 35. 14. 11. 35. 21. 11. 35 BZV-Heim Kantstraße 54	4 Abende für Mitglieder der BZV RM 1.— für Nichtmitgl. RM 1.20 Einzelabende RM — 40
XII. Die Juden in den neuen Ländern	1. Entstehung des amerikanischen Judentums 2. Die Judenfrage in Amerika 3. Die Lage der Juden in den Britischen Dominions und Süd-Amerika	Dr. Arthur Prinz	Donnerstag 7. 11. 35. 14. 11. 35. 21. 11. 35. Meinekestr. 10	3 Abende f. Mitgl. d. BZV RM —.75 für Nichtmitgl RM —.90 Einzelabende RM —.40
XIII. Jüdische Religion	1. Die religiöse Welt der Bibel 2. Die religiöse Welt des Talmud 3. Die jüdische Religionsphilosophie des Mittelalters 4. Das Weltbild der jüdischen Mystik 5. Der moderne Rationalismus in der Religion	Rabbiner Dr. Max Wiener Rabb. Dr. Alex. Altmann Rabbiner Dr. Max Wiener Rabb. Dr. Alex. Altmann Rabbiner Dr. Max Wiener	Dienstag 18. 2. 36. 25. 2. 36. 3. 3. 36. 10. 3. 36. 17. 3. 36. BZV-Heim Rosenthaler Straße 44	5 Abende für Mitglieder der BZV RM 1.25 für Nichtmitglieder RM 1.50 Einzelabende RM —.40
XIV. Hebräisches Leben unserer Zeit	1. Anfänge der hebräischen Bewegung 2. Der Kampf um die hebräische Schule 3. Literatur, Presse, Theater 4. Triebkräfte des hebräischen Schaffens	Dr. S. Kaléko	Montag 6. 1. 36. 13. 1. 36. 20. 1. 36. 27. 1. 36. BZV-Heim Kantstraße 54	4 Abende für Mitglieder der BZV RM 1.— für Nichtmitgl. RM 1.20 Einzelabende RM —.40
XV. Das Kind in der jüdischen Literatur	Von der Vorklassik bis zur Gegenwart	Dr. Ch. Borodianski	Montag 25. 11. 35 2. 12. 35. 9. 12. 35. 16. 12. 35. Meinekestr. 10	4 Abende für Mitglieder der BZV RM 1.— f. Nichtmitglied. RM 1.20 Einzelabende RM —.40
XVI. Jüdische Musik der Gegenwart	1. Merkmale der jüdischen Musik 2. Engel, Krein, Weprik 3. Milhaud, Bloch, Sternberg, Schalit, Adler 4. Das palästinensische Volkslied	Arno Nadel Dr. Hans Nathan	Donnerstag 9. 1. 36. 16. 1. 36. 23. 1. 36. 30. 1. 36. BZV-Heim Kantstraße 54	4 Abende f. Mitgl. d. BZV RM 1.— für Nichtmitgl. RM 1.20 Einzelabende RM —.40

Arbeitsgemeinschaften

Hebräisches Bibel-Seminar	Dr. Ch. Borodianski	Sonnabend, 19 Uhr, im BZV-Heim Kantstr. 54	Ganzsemestr. monatlich RM 1.50
Hebräisches Mischna-Seminar	Dr. S. Masé	Mittwoch, 20,30 Uhr, Joachimsthaler Str. 13 Beginn: 6. 11. 35.	Ganzsemestr. monatlich RM 2.—
Hebräisches Literatur-Seminar von Bialik bis Lamdan	Dr. S. Kaléko	Mittwoch, 19,30 Uhr, BZV-Heim Kantstraße 54 Beginn am 6. 11. 35.	Ganzsemestr. monatlich RM 1.50
Die Etymologie der hebräischen Sprache	Dr. M. Broser	Sonnabend, 19–20,30 Uhr Kantstr. 54	Ganzsemestr. monatlich RM 1.50
Einführung in die jiddische Sprache und Literatur 1. Quellen zur Kulturgeschichte der Juden im XIII. Jahrhundert 2. Scholem Alejchem „Das Messerl", Studien zur Psychologie des jüdischen Kindes	Dr. Ch. Borodianski	Sonnabend, 17,30 Uhr, BZV-Heim, Kantstr. 54 Beginn: 16. 11. 35.	Ganzsemestr. monatlich RM 1.50
Zionismus — gelernt am XIX. Kongreß Seminaristische Uebungen unter Verwendung von Protokollen, Berichten und Bildmaterial	R.-A. Benno Cohn	12., 19., 26. 11. 1935 und 3. 12. 1935 20.30 Uhr Joachimsthaler Straße 13	Für Mitglieder der BZV RM 1.— f. Nichtmitglied. RM 1.20
Die klassischen Werke des Zionismus Rom und Jerusalem. Autoemanzipation. Der Judenstaat Arbeitsgemeinschaft mit Quellenstudium	R.-A. Kurt Lewinsohn	Sonnabend, 17,30 Uhr, im BZV-Heim, Kantstr. 54 Sechs Abende ab 2. 11. 35.	Für Mitglieder der BZV RM 1.50 f. Nichtmitglied. RM 1.80

Sekretariat: **Kulturabteilung der BZV, W 15, Meinekestraße 10**
Telephon: J 1 Bismarck 7165, App. 44

Vorverkaufsstellen ab 14. Oktober 1935: Buchhandlung Salles, Grenadierstr. 30; Heim der BZV, Kantstr. 54; Konditorei Hansa, NW 87, Flensburger Str. 19; Anzeigenannahme der Jüdischen Rundschau, Meinekestr. 10

gungs-Zuständen ein Ende zu bereiten. Die hebräische Arbeit der EZV. führte durch straffe Organisierung aus ihnen heraus und bot die Basis, auf der im Frühjahr 1935 bei der ZVfD. ein eigenes Tarbuth-Dezernat errichtet wurde.

Die ersten Aufgaben, die sich das Tarbuth-Dezernat zu Beginn seiner Tätigkeit setzte, waren zunächst:

1. Organisatorische Erfassung und Ausbau des hebräischen Unterrichts.
2. Schaffung von hebräischen Fortbildungsmöglichkeiten, die zur Hebraisierung der Ortsgruppen führen sollten.

Zur Verwirklichung von Punkt 1 wurden folgende Schritte unternommen: Durch ein an alle Ortsgruppen gerichtetes Rundschreiben im April 1935 wurde die Einsetzung von *Tarbuth-Leitern* von jeder Ortsgruppe gefordert und gleichzeitig Instruktionen für deren Tätigkeit gegeben (z. B. Uebernahme der Sorge für die Hebraisierung der Gruppen-Mitglieder, Gründung und Ausbau von Kursen und „Chugim iwriim", Auswahl geeigneter Lehrkräfte, Berichterstattung an das Tarbuth-Dezernat in Berlin usw.). Ein zu gleicher Zeit versandter Fragebogen verschaffte dem Tarbuth-Dezernat bald Klarheit über den Umfang der in Deutschland bestehenden hebräischen Sprachkurse, der zur Verfügung stehenden Lehrkräfte, der Schülerzahl, Lehrbücher, Chugim usw.

Nach den eingegangenen Informationen bestand ein großer Mangel an geschulten und geeigneten Lehrern, da viele Lehrkräfte ausgewandert waren, andererseits aber die Schülerzahl immer weiter wuchs. Aus zahlreichen Mittel- und Kleinstädten kam die Bitte um Vermittlung hebräischer Lehrer. Die Heranziehung von Lehrern aus Palästina oder anderen Ländern war aus verschiedenen Gründen nicht möglich. Das Tarbuth-Dezernat versuchte daher, durch Erfassung der in Deutschland verfügbaren Lehrkräfte den Mangel zu beheben. Pressenotizen forderten die Hebräischlehrer auf, sich dem Tarbuth-Dezernat für die hebräische Arbeit in der Provinz zur Verfügung zu stellen. Es meldete sich eine Anzahl von Lehrern, aber nur ein winziger Bruchteil entsprach den gestellten Forderungen. Von den brauchbaren Kräften wurden einige in Ortsgruppen vermittelt; so gelang es beispielsweise, etwa 15 größere Ortsgruppen (wie Wiesbaden, Heidelberg, Beuthen, Stuttgart u. a. m.) mit Lehrern zu versorgen, auch konnten einige Wanderlehrer vermittelt werden, die die hebräische Arbeit für einige kleinere Gemeinden leisteten. Nichtsdestoweniger besteht nach wie vor ein großer Mangel an geeigneten und pädagogisch geschulten Kräften.

Das Tarbuth-Dezernat richtete daher an die *Schulabteilung der Reichsvertretung* ein Memorandum, in dem es auf diesen Mangel hinwies und die Schaffung eines *Lehrer-Seminars zur Schulung hebräischer Lehrkräfte* für den Erwachsenen-Unterricht forderte. Nach längeren Verhandlungen wurde dieser Forderung stattgegeben, und in den nächsten Tagen bereits wird dieser Lehrer-Fortbildungskursus eröffnet werden, in dem etwa 30 Lehrer, die bereits hebräischen Unterricht erteilt haben, in 5—6 Monaten eine Schulung durchmachen sollen. Dieser Stamm von Lehrern wird dann auf die verschiedenen Ortsgruppen im Reiche aufgeteilt werden, um so wenigstens eine kleine Abhilfe zu schaffen. Natürlich ist diese kurzfristige Schulung nur eine Notstandsmaßnahme; die nächste Aufgabe wird es sein, ein richtiges Lehrer-Seminar mit einer gründlichen Ausbildungsmöglichkeit während zweier bis dreier Jahre als ständiges Ausbildungs-Institut für hebräische Lehrer ins Leben zu rufen.

Da eine große Anzahl der hebräisch Unterrichtenden Zufalls-Lehrer waren, die einer pädagogischen Erfahrung entbehrten, ergab sich die Notwendigkeit, ihnen von Zeit zu Zeit sowohl mündlich als auch schriftlich pädagogische Ratschläge, die sich auf *Methodik und Didaktik des hebräischen Erwachsenen-Unterrichts* bezogen, zu erteilen. Alle Informationen und Hinweise wurden von der Lehrerschaft des Reiches mit Dank entgegengenommen. Diese Ratschläge und pädagogischen Hinweise durch die Herausgabe von „Pädagogischen Blättern" auszubauen, wird ebenfalls eine der nächsten Aufgaben des Tarbuth-Dezernats sein.

Um einen direkten Kontakt mit den Hebräischlehrern im Reiche zu schaffen, wurden bei den Gruppenverbandstagungen eigens *Lehrerkonferenzen* in den verschiedenen Bezirken einberufen, die unter Leitung des Tarbuth-Dezernats in folgenden Orten abgehalten wurden: Jugenheim (für den Bezirk Baden-Württemberg), Blankenese (Bez. Nordwest), Königsberg (Bez. Ostpreußen) u. a. m. Es wurde ferner versucht, „Waadej Morim", *ständige Lehrer-Komitees* zu schaffen, die gemeinsam mit den Tarbuth-Leitern der verschiedenen Gruppen für die hebräische Arbeit Sorge tragen sollten. Auch Wochenend-Lehrer-Tagungen wurden vom Tarbuth-Dezernat aus angeregt und von einigen Bezirken durchgeführt. Die nächste wichtige Aufgabe auf diesem Gebiet ist die Einberufung einer *Lehrerkonferenz*, an der sich alle hebräischen Lehrer Deutschlands beteiligen sollen.

Die Uneinheitlichkeit, die z. T. auch jetzt noch bezüglich des *Lehrprogramms* innerhalb der hebräischen Lehrerschaft herrscht, stellte das Tarbuth-Dezernat vor die Notwendigkeit, ein einheit-

liches Lehrprogramm auszuarbeiten. Dieses Programm, das von einer Kommission bereits angenommen worden ist, enthält den Lehrstoff für das erste Lern-Halbjahr. (Ein Programm für das zweite Halbjahr ist vorgesehen.) Dieses Mindest-Programm wird eine Gewähr dafür bieten, daß ein Schüler, der unsere Kurse ein Halbjahr lang besucht, dort Sprachkenntnisse erwirbt, die es ihm ermöglichen, sowohl in Palästina als auch hier Anschluß an das hebräische Leben (Presse, Literatur usw.) zu finden, und, darauf basierend, tiefer in die hebräische Sprache einzudringen. Dieses Programm, das detailliert den Stoff (Vokabelschatz, Grammatik, Gespräche und Lektüre-Hinweise) enthält, ist auf Anregung des Tarbuth-Dezernats auch vom *Palästina-Amt* als Grundlage für die *hebräische Sprach-Prüfung von Zertifikatsanwärtern* genommen worden. Als ausreichend werden nunmehr vom Palästina-Amt nur noch die Sprachkenntnisse Derjenigen angesehen, die zumindest den in jenem Lehrprogramm zusammengefaßten Stoff beherrschen.

Zur Durchführung von Punkt 2 der vom Tarbuth-Dezernat vorgesehenen Aufgaben war es zunächst nötig, die Ueberzeugung durchdringen zu lassen, daß Hebräischlernen nicht lediglich eine Sache der Palästinawanderer darstellt, sondern auch den in der *Golah* Verbleibenden die einzige Möglichkeit bietet, den Anschluß an jüdisches Kulturleben zu finden. Diese Ansicht konnte sich in vielen Kreisen Geltung verschaffen, und bald wurde es nötig, auch Möglichkeiten für die *Fortbildung* der erworbenen Sprachkenntnisse zu schaffen. Diesem Zwecke dienen die vom Tarbuth-Dezernat angeregten Einrichtungen der *„Chugim iwriim"*, denen zur Aufgabe gemacht wurde, Ssichoth zu veranstalten, „Hebräisch sprechende Zeitungen" (Itonim m'dabrim) zu organisieren, Hebräische Abende (K'schafim), Bibel-, Literatur- und Zeitungskurse abzuhalten, um eine hebräische Atmosphäre und eine Fortbildungsmöglichkeit für die Hebräischlernenden zu schaffen, und so die Ortsgruppen allmählich zu hebraisieren. In besonderen Rundschreiben wurde die Organisierung und Ausgestaltung der Chugim Iwriim (Programme, Literatur-Hinweise, Anregungen von Jubiläumsveranstaltungen usw.) vom Tarbuth-Dezernat aus gefördert.

Es gelang in einer ganzen Anzahl von Ortsgruppen, derartige Chugim iwriim ins Leben zu rufen. Auch unsere Anregung, bei jeder zionistischen Veranstaltung „Chamischa Regaim Iwrith" (fünf Minuten Hebräisch) einzuführen, fand Zustimmung. Zu erwähnen ist auch die Einschaltung eines hebräischen Teiles innerhalb der Gruppenverbandsseminare wie: Abhaltung hebräischer Vorträge, Arbeitsgemeinschaften für hebräische Literatur und Bibel (Jugendheim, Lehnitz, Blankenese).

Zur Ausgestaltung und Vertiefung der hebräischen Arbeit im Reiche wurde vom Tarbuth-Dezernat die Veranstaltung hebräischer Kulturtage, sogenannter *„Jemej Tarbuth"* angeregt. Diese „Kulturtage", die in den verschiedenen Ortsgruppen 2—3 Tage lang abgehalten werden sollen, werden öffentliche hebräische Veranstaltungen, Ssichoth, Lehrerberatungen, Jugendveranstaltungen und künstlerische Darbietungen bringen. Insgesamt muß das Bestreben dahin gehen, die hebräische Arbeit aus der Sphäre des reinen Unterrichtsbetriebes herauszulösen und sie zu einer *hebräischen Bewegung* zu entwickeln, die wenigstens einen gewissen Teil des jüdischen und zionistischen Lebens völlig zu hebraisieren imstande ist. Dann wird auch die Bemühung allgemeiner werden, das Hebräische nicht bloß als Verständigungsmittel und Gebrauchs-, sondern auch als Kultursprache zu pflegen, als den Schlüssel, der das Tor zu den Geistesschätzen vergangener Jahrhunderte der jüdischen Geschichte öffnet. Nur dann vermag die hebräische Arbeit einer zionistischen Organisation letztlich einen zionistischen Sinn zu gewinnen, wenn sie die Erneuerung des nationalen Geistes durch Vertiefung in die großen Zeugnisse seiner Vergangenheit fördert.

Die in den ersten sechs Monaten seines Bestehens vom Tarbuth-Dezernat geleistete Arbeit (eine regelmäßige Tätigkeit setzte erst im August 1935 ein), kann nur als Auftakt zu einer noch zu leistenden umfangreichen Tätigkeit gewertet werden. Um den bevorstehenden Aufgaben in vollem Umfange gerecht werden zu können, bedarf es einer unterstützenden Mitarbeit aller zionistischen Kreise, insbesondere der hebräischen Lehrerschaft, deren Einfluß auf das hebräische Leben in Deutschland in Zusammenarbeit mit dem Tarbuth-Dezernat außerordentlich nutzbar gemacht werden könnte.

BERLINER ZIONISTISCHE VEREINIGUNG UND GRUPPENVERBÄNDE

Nachstehend folgen nunmehr die Berichte über die Arbeit der Berliner Zionistischen Vereinigung und der Gruppenverbände im einzelnen. Sie veranschaulichen den Stand der zionistischen Bemühungen in den verschiedenen Landesteilen und ergänzen den Bericht der Zentrale.

Berliner Zionistische Vereinigung

Organisation

Der Hauptvorstand stand vor 3 Jahren vor einem organisatorisch außerordentlich schwierigen Problem. Die BZV war eine unter vielen zionistischen Organisationen und Verbänden in Berlin. Weder die zionistische Propaganda noch die praktische zionistische Arbeit waren irgendwie von ihr beeinflußt. Die Mitgliedschaft in der BZV trug einen durchaus unverbindlichen Charakter. Die Reorganisation erfolgte aus der Erkenntnis heraus, daß bei aller Anerkennung der zionistischen Erfolge der Gruppen und Verbände nur eine zentrale weitverzweigte Ortsgruppe eine zionistische Kraft in Berlin zu schaffen vermag. Die Mitgliedschaft in der BZV mußte verbindlichen Charakter annehmen, die ganze Organisation zu einem arbeitenden Organismus umgestaltet werden.

Die BZV wurde zunächst in 17 lokale Bezirke aufgeteilt. An die Spitze der Bezirke stellten sich Zionisten, die bereit waren, den größten Teil ihrer zionistischen Aktivität ihrem Bezirke zu widmen. Es wurde versucht, diese Bezirke nach einem einheitlichen Plan arbeiten zu lassen und ihnen möglichst viele zionistische Aufgaben zu stellen.

Im Herbst 1934 wurde infolge der Vergrößerung des Mitgliederbestandes eine Neueinteilung in 11 Bezirke und 28 Gruppen vorgenommen. Daneben besteht noch die Arbeitsgemeinschaft Ivria (aus Mitgliedern jüdischer Rudervereine) und die Photoamateurgruppe „Tmunah". Im Frühjahr 1935 entstand die „Aerztegesellschaft für Palästina der Berliner Zionistischen Vereinigung", deren Ziel die hygienische Vorbereitung der Einwanderer für Palästina und eine Verbindung der jüdischen Aerzteschaft in Deutschland mit dem Gesundheitswesen in Palästina ist.

Aus prinzipiellen Gründen wurde die Mitgliedschaft ohne Beitrag abgeschafft. Nicht die Minderbemittelten, sondern die Uninteressierten werden davon betroffen. Im Zusammenhang mit dem System der Beitragsleistung wurde im April 1934 der Mitgliedsausweis der BZV eingeführt.

Der organisatorische Aufbau der BZV wurde wesentlich gefördert durch die verwaltungsmäßige *Zusammenlegung der Büros der BZV* und der Berliner Sammelstelle des *Keren Kajemeth Lejisrael*. Aus der Tatsache, daß die beiden Stellen mit gleichen Mitteln

denselben Menschenkreis zu bearbeiten hatten, wurden weitgehende organisatorische Konsequenzen gezogen. Es wurde für beide Stellen ein gemeinsamer Leiter bestellt, einheitliche Karteien wurden angelegt und die Funktionen so verteilt, daß die BZV die Propaganda betreibt und die Organisation aufbaut, während der KKL diese Propaganda und Organisation finanziell auszuwerten versucht.

Die Leitung der BZV sieht in der zionistischen Ortsgruppe die örtliche organisatorische und politische *Repräsentantin des Zionismus* und hat in ihrer Arbeit die Meinung vertreten, daß der Anschluß an die zionistische Bewegung mit der Mitgliedschaft in einer Ortsgruppe der ZVfD. beginnen muß. Auf Vorschlag des Hauptvorstandes der BZV haben die Berliner zionistischen Jugendbünde beschlossen, für ihre erwachsenen Mitglieder (vom 18. Lebensjahr ab) die Mitgliedschaft in der BZV für obligatorisch zu erklären. Die Eingliederung der erwachsenen Mitglieder der Bünde in die BZV ist augenblicklich noch im Gange. Die korporative Zugehörigkeit von Verbänden zur BZV hat der Hauptvorstand bei Beginn seiner Tätigkeit abgeschafft, um der Zugehörigkeit zur Ortsgruppe einen persönlich-verbindlichen Charakter zu geben. Die gewünschte wirkliche Kooperation der Verbände mit der BZV hat sich jedoch nicht in dem erhofften Sinne entwickelt.

Am 27. Januar 1935 fand die *III. Berliner Zionistische Stadtkonferenz* statt. Die Konferenz wurde durch gewählte Vertreter aller Gruppen der BZV, ferner durch Vertreter der Berliner Zentralen der Zionistischen Organisation und Jugendverbände beschickt. Die Stadtkonferenz nahm den Bericht des Hauptvorstandes für die Jahre 1933/34 entgegen, legte die Richtlinien für die künftige Arbeit fest, arbeitete ein neues Statut der BZV aus und wählte einen neuen Hauptvorstand, dem die Herren: *Benno Cohn, Kurt Lewinsohn, Adolf Locker, Adolf Michaelis, Alfred Rabau, Leo Scherek, Michael Traub, Selig Tschertok, Hugo Wolffermann* angehören. Das neue Statut macht die Stadtkonferenz zur obersten Instanz der BZV an Stelle einer aus allgemeinen proportionalen Wahlen hervorgehenden Vertreterversammlung.

Die Garantie für die Durchsetzung seiner Pläne sah der Hauptvorstand in einer möglichst großen Zahl arbeitsbereiter Mitarbeiter. Er bildete die sogenannte *Mitarbeiterorganisation*. In jeder Gruppe wurde die Mitarbeit je eines Zionisten für Keren Kajemeth Lejisrael, Werbung, Tarbuth und Schriftführung gesichert. In jeder Gruppe wurde ferner ein Arbeitskreis aus allen Mitarbeitern der Gruppe und einer Anzahl aktiver Zionisten gebildet. Der Arbeitskreis dient der Besprechung organisatorischer

Fragen und der intensiven Schulung seiner Mitglieder. Mit dem Anwachsen der Mitgliederzahl und der Zahl der Gruppen mußte man zur Vergrößerung der Mitarbeiterorganisation bei gleichzeitiger Festigung ihrer organisatorischen Form schreiten. So entstand im September 1935 die neue Mitarbeiterorganisation der BZV, der „*Chug Pnimi*". Mitglied des Chug Pnimi kann nur der Zionist sein, der von seinem Gruppenleiter hierzu vorgeschlagen wird und der sich dem Hauptvorstand der BZV gegenüber schriftlich verpflichtet, an allen Aktionen der BZV teilzunehmen, unbedingte Disziplin zu halten und Hebräisch zu lernen. Der Chug Pnimi wird durch ein besonderes Informationsrundschreiben über die Arbeit der BZV laufend informiert. Es finden ferner Lehrgänge statt, in denen die Mitglieder in wichtige zionistische Arbeitsgebiete eingeführt werden. Gegenwärtig zählt der Chug Pnimi 335 Mitglieder; von voller Bewährung dieser Institution kann freilich im Augenblick noch nicht gesprochen werden.

Werbung

Die Werbung der BZV bediente sich vielfältiger Mittel. Im Jahre 1933 hat die BZV 320, im Jahre 1934 290, im Jahre 1935 304 Versammlungen und Kundgebungen veranstaltet. Hierin sind die kulturellen Veranstaltungen der Kulturabteilung und die Zusammenkünfte der Aktivkreise nicht inbegriffen.

Im Mittelpunkt der Werbung im Jahre 1934 stand die *Palästina-Ausstellung*. Das außerordentlich starke Bedürfnis nach Wissen über Palästina bot Veranlassung, die Information durch Vorträge und Beratungsstellen durch eine lebendige, anschauliche Darstellung des Aufbauwerkes in Palästina zu ergänzen. Vom 4. bis 10. Februar fand in allen Räumen des Logenhauses, Kleiststraße 10, die Palästina-Ausstellung der BZV „*Erez Israel — das Land der Juden*" statt. Es kann wohl ohne Uebertreibung gesagt werden, daß die Palästina-Ausstellung die größte zionistische Propaganda-Aktion gewesen ist, die je in Deutschland unternommen wurde. In monatelanger Vorbereitung wurde ein imposantes Bild zionistischer Leistung geschaffen. Riesenphotos, Montagen, Modelle, statistische Bilder und Diagramme, Bücher, Zeitungen, Dokumente, Plakate haben all' das verlebendigt, wovon die zionistischen Referenten jahrelang gesprochen haben.

Das Interesse der jüdischen Oeffentlichkeit für diese Ausstellung war außergewöhnlich. Die Eröffnungsfeier fand unter Teilnahme maßgebender Persönlichkeiten des jüdischen Lebens statt. In acht Tagen besuchten über 20 000 Personen die Ausstellung. Außerdem haben fast alle jüdischen Schulen Führungen durch die Ausstellung veranstaltet.

1935 stand im Mittelpunkt der Werbung die *Palästina-Woche*, die in fünf imposanten Kundgebungen in den größten Sälen Berlins über 7000 Menschen vereinigte. Das Echo dieser Woche war der Erfolg der unmittelbar nach der Palästina-Woche einsetzenden Mitgliederwerbeaktion, die in allen Bezirksgruppen der BZV nach intensiver organisatorischer und argumentativer Vorbereitung durchgeführt wurde. Im Herbst 1935 hat die Mitgliedschaft des Chug Pnimi wiederum eine Werbeaktion durchgeführt, wobei sie die für die Bezirksgruppen festgesetzten Kontingente erreicht hat.

Die intensive Werbetätigkeit der vergangenen Jahre und das Vorhandensein einer einsatzbereiten Mitarbeiterorganisation kamen der BZV bei der Durchführung der *Schekel-Aktion 5695* zugute. In einer Reihe von Aktionen, worunter besonders die sogenannte Nachbarschaftsaktion erwähnenswert ist, bei der alle Mitglieder der BZV ihren jüdischen Nachbar besucht haben, hat die BZV 25 417 Schekalim in Berlin aufgebracht. Die Schekel-Aktion war nicht nur eine Sammlung von Beiträgen, sondern eine zionistische Werbeaktion größten Stils. In Versammlungen, bei den Zehntausenden von Besuchen, die in der Aktion durchgeführt wurden, in Flugblättern und Rundschreiben wurde für die Idee der großen einheitlichen zionistischen Bewegung geworben. Eine besondere Note brachte in die zionistische Propaganda der Palästina-Tonfilm „*Land der Verheißung*". Es fanden 23 Vorführungen vor 17 750 Zuschauern statt.

Junggruppen

Vor die Aufgabe gestellt, angesichts der nahezu vollständigen Auswanderung der alten „gelernten" Zionisten in kurzer Frist eine tragende Schicht der Bewegung herauszubilden, wurde beschlossen, eine altersmäßig einheitliche Schicht im Alter von 18—25 Jahren herauszuheben und den Versuch einer intensiven zionistischen Erfassung und Bildung zu machen. Das Ende des jungen KJV legte den Gedanken nahe, auf einer anderen, nichtakademischen Basis das für die Entwicklung des Zionismus in Deutschland ausschlaggebende Erziehungswerk fortzusetzen.

Im Juli 1933 wurden vier Junggruppen gebildet. Die Führer der Gruppen waren einige junge Zionisten aus den Bezirken der BZV und aus dem KJV. Gegenwärtig gibt es in Berlin 13 Junggruppen mit 590 Mitgliedern. Die Führung liegt in den Händen eines Waad, dem die BZV ein besonderes Büro zur Verfügung

gestellt hat. Die bisherige Entwicklung der Junggruppen gibt noch keine Möglichkeit, ein abschließendes Urteil über sie zu fällen. Die Junggruppen wurden natürlich bald nach ihrer Gründung mit allen brennenden Problemen der jungen Generation konfrontiert. Die Funktion, die ihnen zugedacht war: Schaffung einer Schicht gebildeter, disziplinierter und einsatzbereiter Träger der Bewegung — wurde sehr schnell durch die Uebermacht des Chaluz-Gedankens in den Hintergrund gedrängt. Zionistische Bildung, Hachscharah und Alijah wurde zum Ziel und Inhalt der Junggruppenarbeit. Nach anfänglichen Mißverständnissen stellten die Junggruppen eine enge Verbindung mit dem Hechaluz her. Ein Vertreter der Junggruppen hat Sitz und Stimme im Merkas Hechaluz. 210 Chawerim sind auf Hachscharah, 80 bereits in Erez Israel. Die Junggruppen bilden heute einen aktiven, immer einsatzbereiten Teil der BZV. Mit ihrer Hilfe gelang es, in den letzten Jahren eine Reihe von großen Aktionen, insbesondere auch für den KKL, durchzuführen.

Keren Kajemeth Lejisrael

In den Bedingungen, die der allgemeine Stimmungsumschwung zugunsten des Zionismus geschaffen hat, war es das Bestreben des KKL-Ressorts, den KKL zur organisierten jüdischen Massen-Spende für die Erlösung des Bodens Israels zu machen. Die Aufmerksamkeit wurde auf die Vergrößerung des Mitarbeiterstabes und die Verteilung von KKL-Büchsen konzentriert. Die Berliner zionistischen Jugendorganisationen und der Hechaluz haben ein besonderes Verantwortungsbewußtsein und eine außerordentliche Arbeitsbereitschaft dem KKL gegenüber bewiesen. Dreimal jährlich beteiligten sich 1200 Mitarbeiter aus den Jugendbünden an den Sammelaktionen des KKL. Mit ihrer Hilfe war es möglich, regelmäßig 15 000 Adressen binnen kurzer Zeit zu bearbeiten.

Die BZV setzte die ganze Kraft ihrer Organisation ein, um die KKL-Arbeit über den Kreis der zionistischen Jugend hinaus zur ersten selbstverständlichen Pflicht jedes organisierten Zionisten zu machen. Die Purim-Peßach-Aktion des Jahres 5695 wurde auf der Basis der allgemeinen Arbeitsverpflichtung der Mitglieder des BZV durchgeführt. Zum ersten Male wurde somit der Versuch unternommen, das Kardinalproblem der KKL-Arbeit: die Mitarbeiterfrage, auf großzügige Weise zu lösen. Die Mitglieder der BZV wurden verpflichtet, in einem Zeitraume von fünf Wochen einen Betrag von 5 RM. in ihrem Bekanntenkreise aufzubringen. Schon der erste Versuch zeigte, daß der eingeschlagene Weg richtig war. Bei der Rosch Haschanah-Aktion 5696 wurde erneut die-

selbe Methode angewandt, mit dem Erfolg, daß nicht weniger als 2800 Mitglieder der BZV gesammelt haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es schon in der nächsten Zukunft möglich sein wird, auf diese Weise mehrere tausend neue Mitglieder aus den Reihen der BZV in den Dienst des KKL zu stellen.

Der Berliner KKL befindet sich in stetiger Aufwärtsentwicklung. Das Jahr 5694 erbrachte gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung von 91 %, das Jahr 5695 wiederum eine Steigerung von 42 % gegenüber dem Vorjahre. In den ersten drei Monaten des Jahres 5696 wurden allein schon mehr als zwei Drittel des vorjährigen Ergebnisses erzielt.

Kulturarbeit

Kulturpolitische Erwägungen waren für die Schaffung eines eigenen zionistischen Instrumentes für Kulturarbeit maßgebend. Die Kulturabteilung der BZV entstand im Mai 1933. Sie organisierte zunächst hebräische Unterrichtskurse. Vom Mai 1933 bis Februar 1936 sind insgesamt 225 Kurse durchgeführt worden. Gegenwärtig bestehen 88 Kurse mit 32 Lehrern und 1350 Schülern. Es wurde der Versuch unternommen, die gesamte hebräische Arbeit der zionistischen Organisationen in Berlin bei der Kulturabteilung der BZV zu zentralisieren. Es wurde eine Uebereinkunft getroffen, wonach kein Lehrer in einer zionistischen Organisation unterrichten darf, der nicht auf seine Befähigung durch einen speziellen Dezernenten der Kulturabteilung geprüft worden ist. Auf Grund dieses Uebereinkommens hat die Kulturabteilung mehrere Kurse für die Berliner Makkabivereine und die Frauenarbeitsgemeinschaft für Palästina eingerichtet. Es wurde ein spezieller Fonds geschaffen, mit dessen Hilfe die Kulturabteilung die Hebraisierung der Berliner zionistischen Jugendorganisationen in Angriff nimmt. Es wurden Ende Dezember 1935 12 Spezialkurse begründet. Die Gründung weiterer 10 Jugendkurse steht unmittelbar bevor (die Jugendkurse sind in der obenangegebenen Zahl der bestehenden Kurse *nicht* inbegriffen). In den Jugendkursen lernen zur Zeit 240 Schüler. Es ist mit den Jugendbünden vereinbart worden, daß die Jugendkurse der BZV straff durchgeführt werden. Nachdem die Organisation dieser Kurse abgeschlossen sein wird, werden die Jugendbünde von sich aus den regelmäßigen Besuch der Kurse überwachen und nötigenfalls mit der Bundesdisziplin eingreifen. Das Ziel der neuen Organisation ist die Schaffung ausreichender Möglichkeiten für die Durchführung des hundertprozentigen obligatorischen hebräischen Unterrichts in *allen* zionistischen Jugendbünden Berlin. Die intensive hebräische Un-

terrichtstätigkeit in den Kursen der BZV, in der Lehranstalt der Gemeinde und in Privatstunden hat — trotz der Abwanderung — einen großen Kreis hebraisierter Zionisten geschaffen. In vier verschiedenen Stadtteilen kommen einmal wöchentlich regelmäßig Chugim Iwriim zusammen, in denen Ssichoth und hebräische Vorträge stattfinden. Bei zahlreichen Gelegenheiten hat die Kulturabteilung rein hebräische Veranstaltungen in großen Sälen durchgeführt, Bialik-Gedenkfeiern, Chanukkahfeiern, Purimfeiern, Tschernichowski-Abende, Mendele-Abende u. dgl. m.

Die Kulturabteilung hat ihre besondere Aufmerksamkeit der Gestaltung jüdischer Feste gewidmet. In erster Reihe versuchte sie den palästinensischen Gedanken des *Oneg Schabbath* im Leben unserer Bezirksgruppen zu verwirklichen. Bei der Armut an kulturellen Kräften keine leichte Aufgabe, wenn nicht unter dem neuen Namen die altgewohnte Unterhaltung geboten werden soll. Die Kulturabteilung steht selbst ihren Versuchen kritisch gegenüber. Sie befindet sich im allerersten Stadium des Versuches und der Kräftesammlung.

Die Lehrstätte Ch. N. Bialik

Im Oktober 1933 gründete die Kulturabteilung das Zionistische Seminar, das der zionistischen Schulung dienen sollte. Im Rahmen dieses Seminars fanden zehn Kurse statt, die insgesamt von 1200 Hörern besucht waren. Im Oktober 1934 wurde das Zionistische Seminar zu der *„Lehrstätte Ch. N. Bialik"* umgestaltet. Nach den ersten Versuchen des Zionistischen Seminars hat die BZV, der hierbei die Mitarbeit von Joachim Prinz besonders zugute kam, eine Stätte geschaffen, die zu einer allgemein-jüdischen Bildungsinstitution unter zionistischer Führung geworden ist. Der Gründung der Lehrstätte wurde von nichtzionistischer Seite und auch von einigen Zionisten heftig widersprochen. Zuweilen hatte es den Anschein, als ob die Lehrstätte Ch. N. Bialik zum politischen Kampfobjekt werden sollte. Es gelang schließlich nach langen Verhandlungen die Existenz der Lehrstätte zu sichern.

Die Lehrstätte steht im 2. Semester. Im 1. Semester wurden 9 Kurse und 2 Arbeitsgemeinschaften durchgeführt. Das gegenwärtige Semester bringt 19 Kurse und 9 Arbeitsgemeinschaften. Im 1. Semester wurden 809 Hörerkarten ausgegeben. Im laufenden Semester sind 1707 Hörerkarten (Hörerkarte bedeutet Belegung eines ganzen Kurses) und 382 Einzelkarten ausgegeben worden. Ihrem Umfange nach ist die Lehrstätte eines der größten jüdischen Bildungsinstitute für Erwachsene in Deutschland.

Neben ihrer Lehrtätigkeit hat sich die Lehrstätte der Erfassung der jüdischen Lehrer gewidmet. Sie veranstaltete Vorträge über pädagogische Themen, eine Lehrmittelausstellung und eine Arbeitsgemeinschaft der Lehrer in hebräischer Sprache über das Schulwerk in Palästina. Sämtliche Veranstaltungen fanden bei der jüdischen Lehrerschaft in Berlin stärksten Anklang.

Es bestehen sodann in der BZV zwei *Kinderspielkreise*, in denen die Jüngsten in jüdischem Sinne erzogen werden. Die Kinderspielkreise sind in den Heimen der BZV untergebracht.

Als Mittelpunkt zionistischen Lebens bestehen in Berlin *sechs Heime*, die von den Bezirksgruppen, hebräischen Kursen, Jugendbünden, der Lehrstätte, Frauengruppen, Kindergruppen stark frequentiert werden.

Auf Bitten der Universitätsbibliothek Jerusalem hat die BZV im Oktober 1933 eine Büchersammlung für die Universitätsbibliothek eingeleitet. Diese Sammlung hatte einen außergewöhnlichen Erfolg und entwickelte sich unter Leitung von Herrn *Ernst Hoffmann* zu einer selbständigen zionistischen Institution *(Zentralsammelstelle der Universitätsbibliothek Jerusalem)*.

In den Jahren 1933/34 hat die BZV umfangreiche Aktionen für die Beschaffung von Kleidung für die Olim des Hechaluz und für die Verbesserung der Einrichtung und Verpflegung in den Chaluzheimen durchgeführt. Gegenwärtig ist die *Chaluzhilfe* gemeinsames Tätigkeitsgebiet der BZV und der Frauenarbeitsgemeinschaft für Palästina.

Der große Aufschwung der Arbeit der BZV ist nicht zuletzt der hingebungsvollen Arbeit zu danken, die *Selig Tschertok* als ihr Generalsekretär geleistet hat. Als Assistenten für die verschiedenen Arbeitszweige stehen ihm im Büro die Herren *Herbert Friedenthal, Erwin Pollak* und *Dr. Leo Reichenberg* zur Seite.

Baden, Württemberg, Pfalz

Als der Zionistische Gruppenverband Baden-Württemberg-Pfalz im Juli 1933 gegründet wurde, bedeutete das nicht die Zusammenfassung einer großen Zahl lebendiger zionistischer Zentren zu einem selbständigen Organismus, der durch die Eigengesetzlichkeit seines zionistischen Lebens neue Energien hätte entfalten können. In diesem großen Gebiet mit mehr als 40 000 Juden gab es nur eine ganz geringe Zahl von Ortsgruppen, die alle stärkstens unter der Abwanderung ihrer führenden Menschen litten. Die Mehrzahl der jüdischen Gemeinden mit mehreren hundert, einige

darunter mit mehr als tausend Seelen, waren vom Zionismus ebenso wenig erfaßt wie das flache Land mit seinen großen Judengemeinden (z. B. in Hohenzollern und im badischen Oberland). Von einem „Gruppenverband" zu sprechen war mehr die Vorwegnahme eines Zustandes, den es zu erreichen galt, als der organisatorische Ausdruck der bestehenden zionistischen Situation. In den 2½ Jahren der Berichtsperiode ging es darum, durch Gründung lebensfähiger Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften das Fundament für die Arbeit eines Gruppenverbandes zu legen, der diesen Namen wirklich verdient. Es muß hervorgehoben werden, daß dieses Ziel nicht hätte erreicht werden können ohne die vorherige systematische Durchdringung des gesamten Gebietes durch die Bezirksarbeit des KKL, dessen Stützpunkte an fast allen Orten die Keimzellen der heutigen Ortsgruppen waren. Das wird besonders deutlich in der Pfalz, wo im Verlauf des Jahres 1935 sich aus den KKL-Stützpunkten fünf Ortsgruppen und zwei Arbeitsgemeinschaften entwickelt haben.

Die Arbeit des Gruppenverbandes mußte von der Tatsache der geographischen und strukturellen Dreiteilung des Bezirks ausgehen. In der *Pfalz* gibt es einige eng beieinander liegende Gemeinden mit je 600—700 Juden und eine große Zahl von Klein- und Kleinstgemeinden. Sie alle bilden einen in sich abgeschlossenen Bezirk mit stark ausgeprägtem Sonderbewußtsein, das sich einer Einwirkung von außen entgegenstellt. Nachdem im Verlauf des Jahres 1935 an allen wichtigen Plätzen Ortsgruppen gegründet worden sind, konnte man Ende des Jahres daran gehen, für die Pfalz ein gemeinsames Arbeitsprogramm aufzustellen, dessen Durchführung durch straffe Zentralisierung der organisatorischen Arbeit und durch Austausch der zur Verfügung stehenden Kräfte ermöglicht wurde. Die Masse der westjüdischen Gemeindemitglieder konnte freilich auch durch diese intensive Arbeit nur sehr unzureichend erfaßt werden. In den meisten Ortsgruppen wird die Arbeit von der — in keinem besonderen Bund organisierten — Jugend getragen. In *Baden* konzentriert sich das jüdische Leben in den beiden Großgemeinden *Karlsruhe* und *Mannheim*, die zahlreichen Mittelgemeinden haben miteinander kaum einen Konnex, so daß es keinen Ansatzpunkt für eine gemeinsame und darum systematische zionistische Erfassung dieser Gegend gibt. In Mannheim hat der Zionismus — nicht zuletzt durch die Tätigkeit von Rabbiner *Dr. Grünewald* — eine starke Position. Etwa 1100 Mitglieder der knapp 6000 Juden zählenden Gemeinde sind zionistisch organisiert. In Karlsruhe, einer Beamtenstadt, deren Konservativismus sich auch in der Haltung der dortigen Juden zeigt,

gelingt es nur sehr allmählich, in westjüdische Kreise einzudringen.

Der erste Versuch, einen Teil des Gruppenverbandsgebietes organisatorisch aufzuteilen, wurde auf dem Stuttgarter Gruppenverbandstag vom November 1934 für *Württemberg* unternommen. Im Gegensatz zu der äußerst schwierigen zionistischen Situation in den mittleren und kleineren Gemeinden Württembergs, in denen eine Jahrhunderte alte Verbundenheit mit dem Wohnort und seinen Menschen den Assimilationsprozeß vertieft hatte, war es in *Stuttgart* und *Heilbronn* gelungen, zionistische Energiezentren zu schaffen, von denen aus auch die zionistische Arbeit auf dem flachen Lande intensiviert werden sollte. Der Gruppenverbandstag teilte Württemberg in drei Unterbezirke mit den „Vororten" Heilbronn, Stuttgart und Göppingen, denen die Erfassung der Kleingemeinden ihres Bezirks zur Aufgabe gemacht wurde. Wegen der größeren Dringlichkeit, die Vororte selbst zu konsolidieren, ist diese Tätigkeit jedoch (mit Ausnahme der Gegend um Heilbronn) in ihren Anfängen steckengeblieben. Die auf dem Stuttgarter Gruppenverbandstag ausgegebene Parole „Bearbeitung der Kleingemeinden" erwies sich schon darum als verfehlt, weil bisher die Mehrzahl selbst der größeren Orte zionistisch noch nicht erfaßt war.

Hier einzusetzen, war die Aufgabe des erst am 1. Januar 1935 mit eigenem Büro errichteten Gruppenverbands-Sekretariats, das *Dr. Kurt Lieht* übernahm und von diesem Tage an die Gruppenverbandsarbeit gemeinsam mit dem Vorsitzenden, *Dr. Julius Steinfeld*, bestimmte. Erst von diesem Datum an liegen auch genaue Zahlen vor:

Zahl der Ortsgruppen:	am 1. 1. 35: 7;	am 1. 1. 36: 19
Zahl der Arbeitsgemeinschaften	am 1. 1. 35: 0;	am 1. 1. 36: 5
Insgesamt:	am 1. 1. 35: 7;	am 1. 1. 36: **24**

Diese Zahlen sind das Ergebnis einer intensiven Propagandatätigkeit, die entweder vom Gruppenverband ausging oder doch von ihm kontrolliert wurde. Durch diese Tätigkeit ist der Gruppenverband im Laufe des vergangenen Jahres im Bewußtsein der in ihm zusammengeschlossenen Zionisten zu einem Organ geworden, das für alle Fragen des zionistischen Lebens zuständig ist. Mehrere Gruppenverbandstage (in Karlsruhe, Stuttgart und Mannheim) und zwei regionale Schulungsseminare in Jugenheim haben dazu beigetragen, dieses Bewußtsein zu vertiefen. Der Gruppenverband

ist darum jetzt vor die Aufgabe gestellt, stärker als in der abgelaufenen Periode, in der das Fundament gelegt wurde, das innere zionistische und allgemein-jüdische Leben seines Bereiches zu beeinflussen. Das gilt insbesondere für das Gebiet der Gemeindepolitik.

In Stuttgart konnte bei der Ende 1935 durchgeführten Umgestaltung des Gemeindevorstandes das Fifty-Fifty-Prinzip verwirklicht werden. In Baden und in der Pfalz sind dagegen die gemeindepolitischen Verhältnisse seit 1933 im wesentlichen unverändert geblieben. Einer diesbezüglichen Initiative steht die Schwierigkeit entgegen, daß das Gebiet des Gruppenverbandes drei verschiedenen deutschen Ländern mit verschiedener Gesetzgebung über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Gemeinden angehört.

Wegen der Verschiedenartigkeit der äußeren Bedingungen ist es auch schwierig, ein einheitliches Bild von der gegenwärtigen zionistischen Situation im Gruppenverband zu zeichnen: der Einfluß auf die Gemeindepolitik ist, mit Ausnahme von Württemberg, gering, während kulturell das öffentlich jüdische Leben in den meisten Orten vom Zionismus nicht nur beeinflußt, sondern geradezu getragen wird. Der Zionismus stößt in seiner Werbearbeit oft auf geistige Trägheit, noch häufiger auf Anhänglichkeit an Organisationen, denen man sich heute zwar weltanschaulich nicht mehr verbunden weiß, von denen sich abzuwenden man aber doch für treulos hält. Organisierter weltanschaulicher Widerstand ist kaum vorhanden, weder von seiten des RJF noch von seiten der Agudas Jisroel.

Bayern

Der *bayrische Gruppenverband* konnte seine Arbeit erst Mitte 1935 aufnehmen. Nach einem Provisorium ist der Sitz des Sekretariats, mit dessen Führung *Dr. Hans Capell* betraut wurde, nunmehr Nürnberg. Der Bericht kann sich daher nur über eine geringe Zeit erstrecken.

Die Judenheit in Bayern ist zwar zahlenmäßig relativ bedeutsam, sie ist aber über das ganze Land zerstreut und in zahllosen kleinen und kleinsten Gemeinden organisiert. In dem ganzen zum Gruppenverband Bayern gehörigen Gebiet gibt es nur 36 Gemeinden über 100 Seelen, nur in fünf Gemeinden leben mehr als 1000 Juden.

Der *religiös-konservative* Einschlag unter der bayerischen Judenheit ist außerordentlich stark. Die zahlenmäßige Verteilung

auf dem Lande und die soziologische Schichtung begünstigen das. Durch die starke Konzentration im Großhandel sind große Teile der jüdischen Bevölkerung wirtschaftlich nicht von der tagtäglichen Arbeitsleistung und der Tageskasse abhängig. Die Folge hiervon ist eine stärkere Einhaltung der Schabbathruhe.

Die zionistische Erfassung der bayerischen Judenheit steht noch am Anfang. Der Erschütterung des Jahres 1933 ist eine weitgehende Lethargie gefolgt, die sich in der beharrlichen Abneigung gegen neue Organisationsformen äußert. Infolge der unfreiwilligen zweijährigen zionistischen Arbeitspause haben die *Gemeinden* fast überall eine zentrale Stellung gewonnen. Die Folge ist eine weitgehende *Neutralisierung* des jüdischen Lebens. Auf dem Gebiet des *Sports* zeigt sich das am deutlichsten. Die Gemeinden wenden sich mit aller Energie gegen die „Hineintragung der Politik in den Sport". Infolgedessen besteht hier nur eine neutrale Sportbewegung, obwohl die Gründung von Makkabi- oder RJF-Vereinen möglich ist. Die goldene Kette der Gemeindesubvention ist die Fessel, die eine mit dem übrigen Deutschland gleichlaufende Entwicklung des jüdischen Sports verhindert. Mit dieser Neutralisierung ist eine weitgehende Loyalität gegenüber allen sachlichen Notwendigkeiten des Palästina-Aufbaus verbunden. Die Gemeinden errichten Bathe Chaluz. Sie sind ergebene Anhänger des Keren Hajessod und teils auch der Jewish Agency. Die Folge hiervon ist, daß der RJF nicht die Bedeutung hat wie in anderen Gegenden. Radikale Entscheidungen werden aber vermieden. Die Neutralisierung und die damit verbundene zentrale Stellung der Gemeinden verurteilt alle Organisationen zu relativer Bedeutungslosigkeit. Das charakterisiert auch die Stellung der Zionistischen Organisation in Bayern, wiewohl einzelne Zionisten in verschiedenen Gemeinden führenden Einfluß gewonnen haben.

In dem zum Gruppenverband gehörigen Gebiet Bayerns gibt es bisher sieben Ortsgruppen. Der Gruppenverband ist vorerst nichts anderes als eine durch ein Büro zusammengefaßte lose Vereinigung. Die kurze Zeit seines Bestehens hat ihm noch nicht die Möglichkeit zu einer inneren Entwicklung gegeben. Ein selbständiger Organismus mit eigenen Organen und eigenem politischen Willen ist er noch nicht geworden.

Der Expansion des Gruppenverbandes sind durch die eigentümliche Lagerung des bayerischen Judentums natürliche Grenzen gesetzt. Das Judentum der Kleingemeinden steht vielfach unter dem Einfluß agudistischer Rabbiner. Da seine Interessen mehr Tagesinteressen sind, so stehen seiner Erfassung durch eine natio-

nale, die Ueberwindung jener Begrenzung des Gesichtskreises gerade fordernde Bewegung starke Schwierigkeiten im Wege. Die nächsten Monate müssen zeigen, ob das, was der Zionismus in Bayern durch die Zeit verloren hat, sich durch Einsatz und Tempo nachholen läßt.

Gruppenverband Brandenburg-Grenzmark

Der Gruppenverband Brandenburg-Grenzmark wurde als einer der letzten Verbände im Zuge der Neuorganisation der ZVfD. im Herbst 1934 gegründet. Nachdem bezüglich der Arbeit in der Grenzmark eine Aufteilung unter die Gruppenverbands-Sekretariate in Stettin und Berlin von vornherein gegeben war, umfaßte der Verband, dessen Tätigkeit sich naturgemäß auf Berlin nicht zu erstrecken hatte, 7 Ortsgruppen, 1 Arbeitsgemeinschaft und 12 Stützpunkte der ZVfD., beziehungsweise des KKL; die Anzahl der im Bezirk des Gruppenverbandes lebenden Juden betrug schon 1934 kaum mehr als 5000. So waren schon am Beginn die Aussichten auf wirklich bedeutsame Erfolge selbst bei beharrlicher Arbeit des Sekretariats nicht eben groß. Trotzdem erschien verstärkte Tätigkeit besonders deshalb notwendig, weil gerade die so nahe der Berliner Zentrale gelegenen Orte in ihrer zionistischen Entwicklung besonders weit zurück waren, sei es, daß sie in der Vergangenheit von uns offenbar wenig pfleglich behandelt worden waren, sei es, daß sie besonders steinigen Boden für zionistische Tätigkeit darstellten.

Schon vor der Neuformung jüdischen Lebens in Deutschland boten die Bezirke Brandenburg und Grenzmark ein besonders erschütterndes Bild des Verfalls jüdischen Lebens in den kleinen und kleinsten Städten der Provinz. Diese Entwicklung hat sich naturgemäß in den letzten Jahren nur noch verstärkt auswirken können. Die Gemeinden sind ohne Ausnahme in besonders hohem Maß überaltert. So ergab z. B. eine vor wenigen Wochen in Schneidemühl vorgenommene Zählung, daß von den 340 Menschen der Gemeinde 194 bereits über 50 Jahre alt sind und unter diesen wiederum 36 bereits das 70. Lebensjahr überschritten haben. Die Jugend ist bis auf einen verschwindend geringen Prozentsatz bereits ausgewandert oder befindet sich jedenfalls in Vorbereitung dazu. Zudem hat eine, in den letzten Monaten besonders umfangreiche Binnenwanderung gerade der geringen Zahl bemittelter Menschen vor allem nach Berlin eingesetzt, die die Steuerkraft

der kleinen Gemeinden erheblich, zum Teil sogar entscheidend getroffen hat.

Die Tätigkeit des Gruppenverbandes mußte demnach im wesentlichen in einer Betreuung und Pflege der arbeitenden und arbeitsfähigen Ortsgruppen bestehen, Neugründungen in größerer Zahl erschienen von Anbeginn an unmöglich. (Von einer nennenswerten Tätigkeit der anderen jüdischen Organisationen war nichts zu verspüren, wohl aber von einem Beharren der Aelteren in der ihnen vertrauten früheren Ideologie des C.-V.) Die Erfolge der Arbeit sind relativ gut. Eine Reihe älterer Ortsgruppen, vor allem Schneidemühl, Landsberg, Frankfurt a. d. Oder, Cottbus und Forst, die nach der Alijah der sie in früherer Zeit führenden Zionisten in einen Zustand völliger Untätigkeit versunken waren, sind zu neuem, wenn auch bescheidenem Leben erwacht. Allerdings ist ihre Arbeit ausnahmslos mit der Tätigkeit eines einzigen Mitarbeiters verknüpft, dessen Fortgang, der in mehreren Fällen zu erwarten steht, die schwersten Befürchtungen um die Weiterarbeit entstehen lassen muß und sich z. B. in Schönlanke, einer früher befriedigend arbeitenden Gruppe, bereits vor kurzem empfindlich ausgewirkt hat. Selbst bei Anspannung aller Kräfte und bei Auswertung gewisser, durch den Berliner Sitz des Sekretariats gebotener Möglichkeiten kann die Arbeit des Gruppenverbandes nur zusätzliche Energien zu der von den Ortsgruppen an sich geleisteten Tätigkeit schaffen; eine Leitung und Durchführung der regelmäßigen Arbeit in den Orten des Verbandes durch das Sekretariat ist nicht möglich. Der Gruppenverbands-Sekretär, *Rudolf Abraham*, unternahm zahlreiche Reisen zu den Gruppen und setzte auch häufig Referenten der Berliner Zionistischen Vereinigung in ihnen ein. Drei Kreistagungen in Schneidemühl und Frankfurt a. d. O. (beide im Januar 1935) und in Cottbus (November 1935) haben jeweils eine erfreulich große Zahl von Gesinnungsgenossen der nahegelegenen Orte vereinen und gewisse belebende Wirkungen entfalten können. Die größte Bedeutung hat die Arbeit des Gruppenverbandes vor allem für den Keren Kajemeth Lejisrael gehabt, dem neue Mitarbeiter und Spender gewonnen werden konnten.

Für die Zukunft sind die Aussichten noch ungünstiger als bisher. Trotzdem ist das Sekretariat der Meinung, daß seine Arbeit fortgesetzt werden soll. Die ZVfD. muß noch dem Juden in der kleinsten und entlegensten Gemeinde durch ihre Arbeit das Gefühl geben können, daß er nicht ausgeschlossen ist von der Möglichkeit, an Palästina, die jüdische Erneuerung und die Zionistische Organisation den Anschluß zu finden.

Frankfurt-Kassel

Der Zionistische Gruppenverband Frankfurt-Kassel umfaßt das Gebiet von *Kassel* bis *Darmstadt*, mit dem Vorort *Frankfurt* am Main, also wesentlich die Gemeinden in Hessen-Nassau und Hessen, dazu das Nahetal um Kreuznach.

Die Arbeit in der Berichtsperiode ist in allen Gruppen gekennzeichnet durch eine weitgehende Auswechslung des Mitgliederstandes und der damit zusammenhängenden Notwendigkeit eines völligen organisatorischen und erzieherischen Neubeginns. Es ist selbstverständlich, daß der Schwerpunkt der Arbeit in Frankfurt am Main, der zweitgrößten Gemeinde Deutschlands (26 000 Juden), liegen muß, wo auf den Gebieten der Jugendarbeit, der Bildungsarbeit und der Gemeindepolitik Fragen besonderer Art zu lösen sind. Die Ortsgruppe hat in früheren Jahren durch innere Kämpfe schwere Erschütterungen durchgemacht. Die Tätigkeit der letzten Jahre hat die Ortsgruppe als arbeitenden zionistischen Organismus wieder hergestellt und Organisation und Finanzen saniert. Ihr heutiger Mitgliederstand ist zwar noch sehr steigerungsfähig, aber sie ist unzweifelhaft heute das Zentrum des zionistischen Lebens für alle Frankfurter Gruppen mit ihren insgesamt ca. 2000 Menschen. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, *Dr. Hans Pomeranz*, der zugleich den Gruppenverband leitet, hat es als seine wesentliche Aufgabe betrachtet, durch Propaganda und Schulung auch in den Bünden und dem Hechaluz zionistische Bildungs- und Erziehungsarbeit zu leisten. Demgemäß wurde ein laufendes Programm abgewickelt, dessen Niveau anerkannt und richtunggebend für die Gruppen des Bezirkes war, dessen Betreuung zu unseren Aufgaben gehört. Es gibt einen festen Kreis neuer zionistisch-schulungsfähiger Menschen, die die Bemühungen stützen, aus der zahlenmäßig verstärkten Position die Konsequenz auf gemeindepolitischem Gebiete zu ziehen. Verhandlungen im Sinne einer Verstärkung des zionistischen Einflusses sind bisher freilich an der Hartnäckigkeit des Verhandlungspartners gescheitert, der sich formell auf die bis Ende 1936 laufende Legislaturperiode berufen kann. Diese Verhandlungen in Frankfurt a. M. sind im Moment des Berichts noch nicht beendet.

Die Frankfurter Zionistische Vereinigung als wichtigster Ort des Gruppenverbandes hat es sich angelegen sein lassen, die zionistische Arbeit des Bezirks so weit zu betreuen, insonderheit neue Gruppen zu entwickeln, als dies möglich ist. Sie steht in ständiger Fühlung mit den Gruppen Darmstadt, Mainz, Wiesbaden, Bingen, Friedberg, Kassel, Gießen, Marburg, Fulda, Schlüchtern, Nidda,

Aschaffenburg, Nahetal, Kreuznach, wobei sie sich bemüht hat, nach den gleichen Gesichtspunkten, wie es in Frankfurt geschieht, in ihnen geistiges Leben zu wecken. Sie vermochte zu einem erheblichen Teil die Menschen, die dabei mithelfen konnten, zur Verfügung zu stellen. Insbesondere ist der bisherige Leiter des KKL-Sekretariates, *Georg Guthmann*, über sein engeres Arbeitsgebiet hinaus, an dieser Arbeit beteiligt gewesen.

Die Entwicklung der umliegenden Gruppen läßt dennoch teilweise zu wünschen übrig. Es ist in Orten, in denen ein sehr lebendiges jüdisches Leben ohnehin nicht besteht, vielfach nicht gelungen, den Weggang leitender Menschen auszugleichen. Zu bedenken ist freilich auch, daß mancherorts *immer* Schwierigkeiten in der Arbeit auch *vor* dem Umbruch bestanden haben, z. B. in Wiesbaden, wo besonders qualifizierte Menschen die Ortsgruppe leiteten. Das Gebiet des Gruppenverbandes ist an großen Städten und Zentren jüdischen Lebens nicht reich. Die jüdische Geographie des Gebietes, mit den zahllosen ländlichen Kleingemeinden, ist besonderer Art und damit auch die Menschenschicht besonders schwierig. In einer Fülle von Klein- und Landgemeinden, die dem KKL ein umfangreiches Arbeitsgebiet geben, ist es nicht gelungen, eigentliches zionistisches Leben zu entwickeln, aber man darf bei aller notwendigen Selbstkritik bezweifeln, daß die Gründe für diese Schwierigkeit, die struktureller Art sind, mit organisatorischen Mitteln sich beseitigen lassen. Immerhin sind eine Reihe neuer Gruppen entstanden, die ihr Dasein treuer Kleinarbeit ihrer Leiter verdanken. Neue Gruppen wurden gegründet in Bingen, Aschaffenburg, Nidda, Kreuznach, Schlüchtern, und dem Nahetal mit den Orten Hoppstädten, Idar-Oberstein, Kirn, Sobernheim. Zugleich haben die Chaluz-Gruppen, die im Bezirke ihre Hachscharah absolvieren, manchen neuen Stützpunkt geschaffen, der allerdings seine Lebensfähigkeit noch erweisen muß.

Die Struktur dieses Gebietes erklärt die besondere Bedeutung, die die Frankfurter Zweigstelle des *Palästina-Amts* erlangt hat. Sie war vor organisatorische Aufgaben von schwer zu bewältigendem Ausmaß gestellt. Es gelang, auch diese Arbeit zu einem Faktor zionistischer Erziehung zu machen. Dabei muß freilich gesagt werden, daß die hier vornehmlich in Betracht kommende jüdische Landbevölkerung nicht leicht für die Erfassung in einer politischen Bewegung zugänglich ist. Die Zweigstelle hat sich dennoch für verpflichtet gehalten, auf die Not dieser Menschen hinzuweisen, und es wird für die Zukunft Aufgabe des zentralen Palästina-Amtes Berlin bleiben, den Weg zu einer entscheidenden

Hilfe zu finden. Das Problem besteht für die Zweigstelle Darmstadt in gleichem Maße.

In allen Gruppen ist die zionistische Jugendbewegung stark, sie tendiert überall zur Chaluziuth, wobei das Problem der Erziehung richtig gesehen werden muß: Es gilt, aus Menschen, die sozial aus der Bahn geworfen sind, Chaluzim zu machen.

Der Gruppenverband hat mehrfach Gelegenheit genommen, die ihm angeschlossenen Gruppen des Gebietes auf größeren *Tagungen* zu vereinigen. Er hat u. a. zwei größere Gruppenverbandstagungen in Frankfurt a. M. und Wiesbaden gehabt, auf denen die Probleme der Bewegung und der Arbeit des Bezirkes besprochen wurden. Von der neuen Einrichtung der Schulungslager hat er zweimal zusammen mit dem Süddeutschen Gruppenverband in Jugenheim/Bergstraße Gebrauch gemacht. Es waren Veranstaltungen, die als ganz besonders geglückt bezeichnet werden können. Hier gelang es, eine größere Anzahl bildungsfähiger Menschen mehrere Tage lang zusammenarbeiten zu lassen. Es ist wünschenswert, mehr als bisher diese Methode der Arbeit fortzuführen und zu entwickeln. Eine Anzahl Kreistagungen sind für Ende Januar und Anfang Februar angesetzt.

Die Leitung des Gruppenverbandes steht ihrer eigenen Arbeit nicht ohne Kritik gegenüber, sieht durchaus die Lücken in den Ergebnissen, freilich auch die Grenzen der Möglichkeiten. Ueberblickt sie heute ihre Kräfte und mißt sie an den Gegenkräften, so kann sie sagen, daß die Machtpositionen der anderen Seite z. B. in den Gemeinden vielfach noch formell bestehen, weil es psychologisch sehr schwer zu sein scheint, diese Positionen zu verlassen und sie dem zu übergeben, der auf sie innerlich begründeten Anspruch hat. Konstruktive Arbeit aber kann heute ohne die Auswertung des Werkes der zionistischen Bewegung von niemandem mehr geleistet werden. Insofern ist der Zionismus zwar heute noch eine Minorität, aber eine solche, die führt.

Hannover

Der Gruppenverband umfaßt Stadt und Provinz Hannover mit insgesamt 6000 Juden. Aus der Verteilung der jüdischen Bevölkerung (etwa 70 %, 4200, leben in der Stadt Hannover, und die restlichen 30 % verteilen sich auf die Provinz), ergeben sich zwei für die zionistische Arbeit maßgebende Folgerungen:

1. Das jüdische Leben ist in Hannover konzentriert, während die Provinzgemeinden zum Teil kaum in der Lage sind, ihre Einrichtungen aufrechtzuerhalten, geschweige denn ein eigenes jüdisches Leben zu entwickeln.

2. Die seit der Umwälzung einsetzende Binnen- und Auswanderung führt zu einer raschen Dezimierung der kleinen Gemeinden.

Als am Ende des Jahres 1934 der Gruppenverband, dessen Sekretariat mit *Max Weiner* besetzt wurde, seine Arbeit aufnahm, stand er vor der Aufgabe, zunächst in den wenigen größeren Gemeinden (Göttingen, Braunschweig) Ortsgruppen zu gründen, von denen aus dann die Bearbeitung der umliegenden kleinen Orte erfolgen sollte.

Im Januar 1935 gelang es, im Anschluß an eine Kreistagung in *Göttingen* eine Ortsgruppe zu gründen, die sich gut entwickelte. In der Entwicklung des Gruppenverbandes bildete diese neue Ortsgruppe die „Operationsbasis" für den ganzen, bisher noch kaum bearbeiteten südlichen Teil der Provinz, dessen verhältnismäßig zahlreiche Kleingemeinden bisher fast ausschließlich Positionen des RJF. und des C.-V. waren.

Der nächste wichtige Ort war *Braunschweig*, wo es bisher noch nicht gelungen war, eine Ortsgruppe zu gründen. Nach längeren Bemühungen entstand eine Makkabigruppe, die zunächst auch die Funktionen der Ortsgruppe der ZVfD. erfüllte. Immerhin war es gelungen, damit die Voraussetzungen zur Konstituierung des Gruppenverbandes zu schaffen, die auf der ersten Gruppenverbandstagung im Juni 1935 in Hildesheim erfolgte.

Im Sommer 1935 begann ein weiteres Vordringen des Zionismus möglich zu werden. Ausgewertet werden konnte das allerdings nur in den Gemeinden, die trotz der beschleunigten Abwanderung noch in der Lage waren, eine verstärkte Arbeit zu leisten. Zu dieser Zeit wurde es auch möglich, in Braunschweig eine Ortsgruppe zu gründen, der es rasch gelang, der stärkste Faktor in der Gemeinde zu werden, und die nun darangehen konnte, auch die Bearbeitung der umliegenden Orte zu übernehmen. Andererseits aber machte die Erfassung der kleineren Orte Schwierigkeiten.

Der Gruppenverband ist im Begriff, in einigen kleinen Orten bereits bestehende Gruppen zu entwickeln (Celle, Minden, Rinteln u. a.), aber angesichts der allgemeinen Situation, die durch die Verstreutheit der jüdischen Provinzbevölkerung und ihre berufliche Struktur (Vieh- und Getreidehandel) sich besonders schwierig gestaltet, wird es immer mühsamer, eine kontinuierliche Arbeit aufrechtzuerhalten.

Die schwierigste Aufgabe des Gruppenverbandes besteht in der erzieherischen Arbeit. Er hat es zu tun mit unpolitischen Menschen, die, gesellschaftlich isoliert, kaum noch jüdische Zu-

sammenhänge kennen und, trotz einer gewissen Orthopraxie, jede Verbindung auch zum religiösen Leben verloren haben. Der Gruppenverband muß den größten Teil der Schulungsarbeit unmittelbar leiten und beeinflussen.

Hier erweist sich sehr deutlich die Funktion des Gruppenverbandes als Mittlers zwischen der Zentrale und den einzelnen Ortsgruppen. Die Schaffung des Bildungsdezernats der ZVfD., das den Gruppen die Möglichkeit gibt, einen Teil der Schulungsarbeit mit eigenen Kräften zu leisten, kann jetzt eine Ergänzung durch die Zusammenfassung der aktiven Mitarbeiter in Seminaren finden. Der Gruppenverband bereitet jetzt einen Wochenendkurs vor, der erstmalig in Braunschweig stattfinden und die Mitarbeiter der dortigen Ortsgruppe sowie diejenigen der benachbarten Arbeitsgemeinschaften erfassen soll. Solche Kurse, die mit einem relativ geringen finanziellen Aufwand durchführbar sind, werden auch für die anderen Stützpunkte im Bezirk geplant. Sie sollen in nicht allzu großen Abständen abgehalten werden. Die oben erwähnte erste Tagung des Gruppenverbandes in Hildesheim hat sehr deutlich gezeigt, daß solche größeren Tagungen ihren Wert erst haben werden, wenn ein gewisses Maß zionistischer Bildung vorausgesetzt werden kann.

Die Entwicklung in der *Stadt Hannover* zeigt ein völlig anderes Bild.

Die Hannoversche Gemeinde, die etwa 4200 Seelen zählt, zerfällt in zwei ziemlich scharf voneinander geschiedene Teile: die „Autochthonen" und die Zugewanderten, die Ostjuden, wobei unter „Ostjuden" beinahe alle diejenigen verstanden werden, die von ostwärts der Elbe kommen.

Charakteristisch für diese Haltung ist das sogenannte „Aufnahmeprinzip" der Gemeindeverfassung, demzufolge nicht alle in Hannover lebenden Juden Mitglieder der Gemeinde sind. Von den 4200 Juden sind infolgedessen nur etwa 2500 Gemeindemitglieder. Bis heute war es trotz des großen und aktiven ostjüdischen Teiles der Gemeinde nicht möglich, dieses Aufnahmeprinzip zu beseitigen. Diese Zustände haben lange Zeit die zionistische Situation sehr wesentlich bestimmt. Es war der Ortsgruppe vor 1933 trotz aller Anstrengungen nicht oder kaum gelungen, außer den KJV.ern und wenigen alten Zionisten Westjuden in nennenswerter Zahl zu erfassen. Der Kampf um die Mitarbeit in der Gemeinde war außerordentlich schwer: zionistische Kandidaten traten bei den Gemeindewahlen vergebens auf, da die Mitglieder der Ortsgruppe, wie ja fast alle Ostjuden, keine Gemeindemitglieder waren und demzufolge kein Wahlrecht besaßen. Der Aktionsradius der Ortsgruppe war entsprechend beschränkt auf die ostjüdische Bevölkerung. Besonders deutlich wird dies beim Bar Kochba, dem es bis heute noch nicht gelungen ist, in die westjüdischen Kreise einzudringen. Trotzdem aber gab es keine Möglichkeit für eine wirkliche Auseinandersetzung, einige Reibereien mit dem RJF. ausgenommen. Es herrschte offiziell jene bekannte Atmosphäre des allgemeinen Wohlwollens eines Jeden gegen Jeden. Durch eine Einheitsliste gelang es Ende 1934, sechs Zionisten in die Repräsentanz und einen Zionisten in den Vorstand zu entsenden, was ein außerordentlicher Fortschritt war. Es war allmählich möglich, die zionistische Propaganda an Kreise heranzubringen, die uns bisher völlig fern standen. Ein Winter intensiver Arbeit brachte der Ortsgruppe bedeutende Erfolge. Der Mitgliederbestand konnte um etwa 20 % vergrößert und der Bereich der Fondsarbeit erweitert werden. Hinzu kam eine regelmäßige Schulungsarbeit durch Kurse, die gut besucht wurden. Mit einer großen und gut ausgewerteten Makkabäer-Feier schien der entscheidende Durchbruch endlich gelungen zu sein, als eine plötzliche Stockung eintrat. Die Palästina-Woche Anfang 1935, von der wir einen großen Erfolg erwarten durften, verlief negativ, da sie boykottiert wurde. Seitdem erfolgte wieder eine Versteifung der Fronten, die aber für eine intensive Erziehungsarbeit innerhalb der Ortsgruppe benutzt wurde. Die gleiche Entwicklung war bei den Bünden und der Wizo zu beobachten.

Einen Wendepunkt bilden die Sommermonate des Jahres 1935. Die Ortsgruppe war zwar durch die Unmöglichkeit, große Veranstaltungen durchzuführen, sehr stark behindert. Einen um so größeren Aufschwung nahmen aber alle Tarbuth-Einrichtungen. Die Kurse der Ortsgruppe, die hebräische Sprachschule, Kurse der Wizo, Hechaluz u. a. werden nunmehr von Menschen regelmäßig besucht, die bisher ihr völlig ferngestanden hatten. Wenn man bedenkt, daß gegenwärtig die hebräischen Sprachkurse von etwa 250 Schülern besucht werden, daß die Ortsgruppe heute zirka 350 Mitglieder zählt, daß in den Bünden, Misrachi und Wizo weitere 500 Mitglieder organisiert sind, daß nunmehr einstimmig zwei Zionisten in den Vorstand der Gemeinde gewählt wurden, die das Wohlfahrts- und das Schuldezernat übernehmen sollen, so ersieht man daraus, welch starke Erschütterung eingetreten ist.

Nach dieser starken Expansion steht die Ortsgruppe vor der Aufgabe, durch Bildung von Arbeitskreisen und durch Gewinnung neuer Mitarbeiter sich zu konsolidieren, damit sie ihr festes und geordnetes Gefüge aufrechterhalten kann.

Mitteldeutschland

Am 4. November 1934 wurden die damals bereits bestehenden Gruppenverbände Provinz *Sachsen-Anhalt*, Freistaat *Sachsen* und *Thüringen*, von denen allerdings nur der erste über eine feste Organisation und lange Tradition verfügt, zu einem einheitlichen *„Zionistischen Gruppenverband Mitteldeutschland"* zusammengefaßt. Zum Gruppenverband, dessen Leitung im Oktober 1934 *Martin Alterthum* übernahm, gehören: 21 Ortsgruppen, 7 Arbeitsgemeinschaften und 27 Stützpunkte.

Das im November 1934 aufgestellte Ziel, den großen Bezirk zu einer festen organisatorischen Einheit zusammenzuschließen, kann als erreicht gelten. Die Periode der Neugründungen ist im wesentlichen abgeschlossen.

Bisher haben zwei gutbesuchte Gruppenverbandstage und zwei Sitzungen des erweiterten Vorstandes in Leipzig stattgefunden, ferner eine Kreistagung für Thüringen in Gotha.

Die jüdische *Bevölkerung* des Verbandsbezirks beträgt zur Zeit noch etwa 25 000—30 000 Seelen. Hiervon entfällt ein reichliches Drittel auf *Leipzig*, ein weiteres Drittel auf *die fünf größeren Gemeinden* (Dresden, Chemnitz, Magdeburg, Erfurt, Halle a. S.), das restliche Drittel auf den übrigen Bezirk. Die strukturelle Verschiedenheit der Bevölkerung in den einzelnen Teilen des Bezirks ist augenfällig. Während im Freistaat Sachsen die jüdische Bevölkerung im wesentlichen in fünf Großstädten (Leipzig, Dresden, Chemnitz, Plauen und Zwickau) massiert ist, verteilt sich in der Provinz Sachsen und Anhalt die jüdische Bevölkerung ziemlich gleichmäßig auf große und kleine Orte. In Thüringen ist sie über zahlreiche kleine Plätze und über das platte Land verstreut; die damit verbundenen Schwierigkeiten der organisatorischen Erfassung ließen es ratsam erscheinen, dem Bezirk Thüringen eine gewisse Selbständigkeit zu belassen.

Dem Gegensatz zwischen großstädtischer und kleinstädtischer Bevölkerung entspricht in auffallender Weise ihre Herkunft. Während in den großen Industrieorten Sachsens das ostjüdische Element überwiegt (in Leipzig z. B. besteht die Gemeinde reichlich zu zwei Dritteln aus Ostjuden), weisen die kleinen Städte Thüringens eine überwiegend, z. T. schon sehr lange in ihrem Wohnorte seßhafte westjüdische Bevölkerung auf. Zwischen beiden Extremen bewegt sich die Judenheit in der Provinz Sachsen und Anhalt.

Interessant, wenn auch für den geschulten Zionisten keineswegs erstaunlich ist es, daß auch der Stand der Zionisierung der jüdischen Bevölkerung die gleichen Verschiedenheiten in den einzelnen geographischen Bezirken aufweist. Die zionistische Erfassung ist am stärksten in den großen Städten des Freistaats Sachsen mit ihren überwiegend ostjüdischen proletarischen Gemeinden vorgeschritten, am geringsten dagegen in Thüringen, wenn auch dort in letzter Zeit unverkennbare Fortschritte erzielt worden sind.

Die *Auswanderung* im Bezirk war sehr stark. Manche Gemeinden, namentlich die kleineren, haben 33⅓—50 % ihres Bestandes seit der Staatsumwälzung verloren. Es hat sich gezeigt, daß die Menschen aus den Gruppen mit guter zionistischer Tradition sich nicht nur am besten in Erez Israel eingeordnet, sondern auch den alten persönlichen und zionistischen Zusammenhang bewahrt haben (wie es z. B. bei den Menschen der ZOG. Dessau der Fall ist).

Die *Zionisierung* der assimilatorischen Kreise hat, wie in ganz Deutschland, so auch in diesem Bezirk seit der Staatsumwälzung gewaltige Fortschritte gemacht. Menschen, die bisher führend im Lager der Assimilation standen, sind ergebene und zuverlässige Kämpfer der zionistischen Idee geworden. Von den bekannten Propagandamitteln wurde reichlich Gebrauch gemacht. Seit der Mitte des Jahres 1933 bis in die letzte Zeit ging eine Flut von Veranstaltungen über den Bezirk hinweg. Als besonders wirksam haben sich die Aufführungen des großen *Palästina-Tonfilms* und die *Palästina-Woche*, letztere namentlich in Leipzig, aber auch die verschiedenen Vorführungen der *Palästina-Schau* (z. B. in Leipzig, Dresden, Magdeburg) erwiesen, durch die eine große Anzahl neuer Mitglieder geworben sind. Es hat sich indessen gezeigt, daß die großen demonstrativen Massenversammlungen bei der jüdischen Oeffentlichkeit stark an Zugkraft eingebüßt haben, und daß heute das Bedürfnis nach sachlicher, ruhiger und objektiver Information über die zionistischen Probleme im Vordergrund steht und einen fruchtbaren Boden für die Propaganda bietet. Die Propaganda durch Aussprache von Mensch zu Mensch oder im kleineren Zirkel, das Beispiel persönlicher Lebensführung und Einsatzbereitschaft unserer führenden Mitarbeiter hat sich als die wirksamste und nachhaltigste Propaganda erwiesen. Der Verband verfügt noch immer über einen eigenen Stamm an Rednern, der auch ausgiebig eingesetzt wurde, so daß die Wünsche der einzelnen Gruppen fast immer befriedigt werden konnten. Dadurch aber, daß sich die Gruppen erst direkt an die ZVfD. wenden, vielfach auch mit Erfolg, entsteht viel Leerlauf, und der Überblick über die pro-

paganditische Tätigkeit im Bezirk geht verloren. Gewiß soll die lebendige Verbindung zwischen den einzelnen Gruppen und der „Meinekestraße" nicht unterbrochen werden. Aber die Rednergestellung müßte in Zukunft ausschließlich Sache des Verbandes sein, und Propagandisten der Zentrale sollten nur noch über die Verbandsleitung angefordert werden, es sei denn, daß es sich um besonders dringliche Fälle handelt.

In der *Gemeindearbeit* wirken sich die Beharrungstendenzen und Widerstände der assimilatorischen Kreise am stärksten aus, und wir stehen erst am Anfang der Entwicklung, die durch die bekannten Beschlüsse der Reichsvertretung über die personelle und organisatorische Umgestaltung der Gemeindegremien angebahnt ist. Von einer restlosen und allgemeinen Durchführung des Fifty-Fifty-Prinzips insbesondere sind wir noch weit entfernt. Am rückständigsten sind die Verhältnisse noch im Freistaat Sachsen, wo die bekannte *Sonderstellung der Ausländer* in bezug auf das *Gemeindewahlrecht* noch immer besteht. Hier ist daher auch die zionistische Vertretung in den Gemeindekörperschaften besonders schwach, was auch vom Sächsischen Gemeindeverband gilt. Eine Ausnahme macht die Gemeinde *Zwickau*, deren Geschäfte unter zielbewußter zionistischer Leitung geführt werden, was in erster Linie auf die dort vorhandene starke Wirtschaftsposition des Schlocken-Konzerns zurückzuführen ist. Die Folge des Bestrebens, einen durch die tatsächliche Entwicklung längst überholten Rechtszustand aufrechtzuerhalten, mußte natürlich zu Reibungen führen, besonders in *Chemnitz*, wo die Verhältnisse geradezu grotesk liegen. In *Dresden* mußte die Reichsvertretung mit einem Schiedsspruch eingreifen. In *Leipzig* ist es in letzter Zeit gelungen, die Sonderstellung der Ausländer in der Gemeinde zu beseitigen.

Günstiger liegen die Dinge in den Teilen des Bezirks, in denen das ostjüdische Element unter den Zionisten nicht so stark in Erscheinung tritt. In Anhalt und manchen Gemeinden der Provinz Sachsen und Thüringen waren Zionisten schon lange vor 1933 maßgeblich an der Gemeindeverwaltung beteiligt.

Ein ausgebautes *jüdisches Schulwerk* befindet sich bisher nur in Leipzig, wo die aus einer höheren und einer Volksschule bestehende Carlebach-Schule schon vor 1933 vorhanden war. Auf dieser Grundlage wurde weitergearbeitet. In zielbewußter Leitung – der zuständige Dezernent im Gemeindevorstand ist Zionist — ist es gelungen, zum großen Teil die zionistischen Forderungen zu verwirklichen, die an ein modernes, jüdisches Schulwerk zu stellen sind und den früher überwiegenden agudistischen Einfluß zurückzudrängen. Die Tatsache, daß heute in Leipzig und im Bezirk

fast die gesamte jüdische Jugend zionistisch orientiert ist, gibt unseren Forderungen Nachdruck und Berechtigung.

In der *Sozialpolitik* haben wir, wenigstens auf den uns besonders interessierenden Gebieten — Berufsausbildung, Umschichtung, Alijah — unseren Einfluß überall gesichert. Das gilt auch von den rein zionistischen Institutionen, wie den Bathe Chaluz, die durchweg von den Wirtschaftsstellen der Gemeinden in enger Zusammenarbeit mit der Wizo und der zionistischen Jugend betreut werden. Im Bezirk befinden sich zur Zeit sechs Bathe Chaluz, davon drei in Leipzig, zwei in Magdeburg, eins in Dresden, zwei davon auf religiöser Basis. Zwei Mittleren-Bathe-Chaluz (Leipzig und Chemnitz) sind in Vorbereitung. In Leipzig und Umgebung befindet sich ein großes Hachscharah-Zentrum, in dem etwa 150 Menschen ihre Hachscharah vollenden, ferner eines in Magdeburg und Umgebung, endlich ein Kibbuz in Bornsdorf bei Gräfenhainichen. In der Gegend von Meiningen ist ein neues Hachscharah-Zentrum in der Bildung begriffen. Die Galil-Leitung des Hechaluz in Leipzig ist sehr rührig, kontrolliert durch ständige Bereisung das gesamte Hachscharah-Werk im Bezirk und ist unermüdlich in der Aufspürung neuer Ausbildungsmöglichkeiten. Die Zusammenarbeit mit dem Sozialamt in Leipzig und mit den Wirtschaftsstellen des Bezirks ist sehr rege und vorbildlich.

Die wichtigste Wirtschaftsstelle des Bezirks, das *Sozialamt in Leipzig*, das eine weit über den Rahmen einer lokalen Gemeinde-Institution hinausgehende Bedeutung erlangt hat, steht ebenfalls unter zionistischer Leitung. Es leidet freilich darunter, daß die ausgesprochene Notstandsgemeinde Leipzig nicht in der Lage ist, die soziale Arbeit aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren und damit auf eine gesicherte finanzielle Grundlage zu stellen. Die Mittel werden fast ausschließlich durch die Sammlungen für „Hilfe und Aufbau" aufgebracht. Diesem unbefriedigenden Zustand wird seitens der zuständigen Stellen der Reichsvertretung noch nicht ausreichend Rechnung getragen. Bisher ist es freilich gelungen, allen finanziellen Verpflichtungen nicht nur ausreichend, sondern auch pünktlich gerecht zu werden. Es sind eine Reihe von Ausbildungskursen von Schulentlassenen und Umschichtlern gebildet worden (drei Maurerkurse, die wegen der zu kurzen Ausbildungszeit als nicht geglückt bezeichnet werden müssen, zwei Tischlerkurse, je ein Kursus für Schlosser und Feinmechaniker, eine Reihe von Nähkursen; die Gründung eines Haushaltkursus für schulentlassene Mädchen steht bevor). Außer Berufsausbildung, Umschichtung und Auswanderung obliegen dem Sozialamt noch die Rechtsberatung und die Wirtschaftshilfe. Wegen der Anerkennung des

Sozialamtes als jüdischer Arbeitsnachweis wird zur Zeit mit den Behörden verhandelt.

Es ist bereits oben erwähnt, daß heute fast die gesamte jüdische *Jugend* hinter uns steht. Dieser Tatsache haben die Gemeinden z. T. Rechnung getragen und die Arbeiten der zionistischen Jugendbünde, deren Bedeutung als wichtigster Erziehungsfaktor neben Elternhaus und Schule nicht mehr verkannt werden kann, finanziell subventioniert. Die Betreuung der bündischen Jugend systematisch in den Arbeitskreis der Gemeinden einzubauen, bleibt als bisher nur unvollkommen erreichtes Ziel bestehen.

Zum weitaus größten Teil ist die Jugend im *Hechaluz*, im *Haßonim* und im *JPD. Makkabi-Hazair* organisiert; in den überwiegend ostjüdischen Gemeinden des Freistaat Sachsen verfügt auch der *Bachad* über starke Positionen. Die agudistische und revisionistische Jugend spielt nur in Leipzig und auch hier nur eine unbedeutende Rolle.

Es wird im ganzen Bezirk, bis in die kleinsten Gruppen hinein, viel und eifrig *Hebräisch* getrieben. Indessen fehlt es noch völlig an einer planmäßigen Regelung des Unterrichts in methodologischer und pädagogischer Hinsicht. Jeder benutzt die Ausbildungsmöglichkeiten, die ihm der Zufall eröffnet. Die Lehrer weisen eine sehr unterschiedliche Vorbildung und Eignung auf. Der Unterricht der Jugendbünde entzieht sich vielfach der Kontrolle der zionistischen Instanzen, noch mehr der der Erwachsenen. In der jüdischen Schule sind Widerstände gegen einen den Bedürfnissen von Erez Jisrael angepaßten neuhebräischen Unterricht zu bekämpfen. Die Lehrmittel sind höchst unterschiedlich. Einen baldigen Wandel zu schaffen, ist dringendes Gebot der Stunde. Die Tatsache, daß das Palästina-Amt jetzt die Erteilung von Chaluz-Zertifikaten von der Erfüllung gewisser Mindestforderungen in bezug auf die Beherrschung der hebräischen Sprache abhängig gemacht hat, wird hoffentlich eine heilsame Wirkung haben. Zu erstreben ist eine *planmäßige Ausgestaltung des gesamten hebräischen Unterrichts* in Schulen, Sprachschulen, Kursen und Einzelunterricht. Eine einheitliche Ausbildung der Lehrer ist erforderlich. Dem Wirrwarr auf dem Gebiete der Lehrmittel muß ein Ende gemacht werden. Die Bedeutung dieser Forderungen wird vielfach noch nicht erkannt. Die erste Konferenz der hebräischen Sprachlehrer, die vor einigen Wochen an der *Dr. Woskinschen Sprachschule* in Leipzig stattfand, wies einen beschämend geringen Besuch auf. Von dem neu gegründeten Tarbuth-Dezernat der ZVfD. und des Gruppenverbandes ist ein energisches Durchgreifen zu hoffen, was freilich nur dann von Erfolg sein kann,

wenn alle einschlägigen Stellen, namentlich die Lehrer und die Ortsgruppen, die gegebenen Anregungen befolgen und Sonderwünsche im Interesse der Gesamtheit zurückstellen. Der Verband ist bestrebt, die in der Dr. Woskinschen Sprachschule gewonnenen langjährigen Erfahrungen nicht nur für Leipzig, sondern für den ganzen Bezirk nutzbar zu machen, und zwar in enger Zusammenarbeit mit dem Tarbuth-Dezernat der ZVfD.

Es haben bisher zwei gut besuchte *Schulungsseminare* des Verbandes stattgefunden, ein gut gelungenes in *Dessau* 1934 und ein infolge äußerer Zufälle weniger geglücktes in *Halle* 1935. Auch für Frühjahr 1936 ist ein Seminar geplant. Daneben haben eine ganze Reihe von Gruppen z. T. recht gute Arbeitsgemeinschaften abgehalten, z. B. Chemnitz und Halle a. S., die durch Seminare der bündischen Jugend ergänzt wurden. In Leipzig ist die gesamte Bildungsarbeit in den Rahmen des neu gegründeten *Lehrhauses* eingespannt worden. Auf die Ausgestaltung des Lehrplanes haben wir uns einen maßgeblichen Einfluß gesichert.

Die Schulung der neu zu uns gekommenen Menschen ist besonders wichtig. Hier fällt den jahrelang vernachlässigten *Mitgliederversammlungen*, die allmählich wieder zu Ehren kommen, die wichtige Aufgabe zu, den zionistischen Wissensstoff in systematischer Weise zu vermitteln. Daneben haben wir in Leipzig begonnen, zionistische Bildungszirkel auf gesellschaftlicher Grundlage abzuhalten. Die Ergebnisse bleiben abzuwarten. Bisher scheinen sie sich nicht schlecht anzulassen. Der fortgesetzte Abgang alter und gut geschulter Gesinnungsgenossen und der Mangel an äußerer Ruhe und innerer Sammlung erschwert gerade hier unsere Arbeit.

Die Arbeit für die *nationalen Fonds* wird überall mit Elan durchgeführt, z. T. unter hingebender Mitwirkung der neuen Gesinnungsgenossen. Es hat ein erfreulicher Wettbewerb zwischen den Gruppen eingesetzt, der die Ergebnisse günstig beeinflußt.

Die *KKL-Arbeit* hat, nicht zuletzt durch die Schaffung eines *Bezirkssekretariats* in Leipzig, einen großen Auftrieb erfahren. Eine große Anzahl von Gruppen hat ausgezeichnet gearbeitet und die ihnen gestellten Kontingente erheblich übertroffen. In Leipzig liegt das Ergebnis des letzten Jahres um 53,6 % über dem des Vorjahres. Hervorzuheben ist noch, daß auch eine ganze Reihe von Gemeinden des Bezirks, besonders bei der Miss Szold-Aktion, sich zum KKL bekannt hat.

Auch der Gedanke des Keren Hajessod hat sich in den nichtzionistischen Kreisen durchgesetzt, wobei sich aber bereits der Abgang zahlreicher wirtschaftlich gut gestellter Kreise bemerk-

bar macht. Es bleibt unser Bemühen, durch ständige Erweiterung des Spenderkreises den Ausfall wettzumachen.

Von den 22 *Zweigstellen des Palästina-Amts* in Deutschland befinden sich in Mitteldeutschland vier, nämlich in *Leipzig, Dresden, Magdeburg* und *Erfurt*. Der Geschäftsverkehr der Zweigstellen und Vertrauensleute ist gewaltig gestiegen, die Beratungstätigkeit und der Schriftverkehr mit der Berliner Zentrale ist sehr umfangreich. Die Leipziger Zweigstelle, die vielfach auch die nähere und weitere Umgebung beraten muß, sah sich gezwungen, eine eigene juristische Abteilung mit einem besonderen Referenten einzurichten. Trotzdem gerade dieser Zweig unserer Tätigkeit besondere Anforderungen an Takt, Nervenkraft und Verantwortungsgefühl der damit befaßten Gesinnungsgenossen stellt, sind Klagen über die Handhabung dieser Geschäfte im Bezirk — von verschwindenden Ausnahmen abgesehen — nicht erfolgt.

Niederschlesien

Niederschlesien gehört zu den Gebieten Deutschlands, in denen die jüdischen Gemeinden der Provinz zahlenmäßig durch Binnenwanderung in die Provinzialhauptstadt in besonders starkem Grade abnehmen. Insgesamt gibt es zur Zeit in diesem Bezirk etwa 21 000 Juden, von denen in *Breslau* 18 000 leben, während außerhalb Breslaus insgesamt nur 3000 Juden gezählt werden.

Es handelt sich dabei meistens um kleine, weit voneinander gelegene Gemeinden. Der größte Ort der Provinz — Liegnitz — umfaßt etwa 200 jüdische Familien.

Allein diese zahlenmäßige Verteilung, die durch starke Abwanderung sich weiterhin verändert, läßt die Problematik und die Schwierigkeit der zionistischen Arbeit in der Provinz erkennen.

Schon vor 1933 existierte in Niederschlesien ein Gruppenverband, durch den jedoch eine Belebung der zionistischen Arbeit fast gar nicht erreicht wurde.

Im Oktober 1933 wurde das Gruppenverbands-Sekretariat unter Leitung von *Dr. Hans Prinz* für Niederschlesien mit dem Sitz in Breslau eingerichtet. Der Gruppenverband umfaßte zunächst außer den niederschlesischen Orten noch einige Gemeinden der angrenzenden Lausitz (Forst, Guben usw.) und Oberschlesiens (Oppeln, Neisse), Gebiete, die später zum größten Teil abgetrennt wurden. Die Ende 1933 einsetzende Entwicklung stand wie überall im Reiche im Zeichen der Neugründung von Ortsgruppen und der Neubelebung schon bestehender Gruppen. Besonders erfreulich war die Gründung neuer lebendiger zionistischer Gemeinschaften an Orten, wo die antizionistische Front bis dahin trotz größter Mühe von uns nicht durchbrochen werden konnte (z. B. Glatz, Brieg, Schweidnitz). In die alten Ortsgruppen kam trotz Fortzugs der bisherigen Führer neues Leben. Hier sind vor allem neben der besonders zu behandelnden Großgemeinde Breslau die Orte *Oppeln* und *Liegnitz* zu nennen.

Das Jahr 1934 zeigte eine steigende Festigung und Konsolidierung der Arbeit, die durch zentrale Provinz-Veranstaltungen, insbesondere Gruppenverbandstagungen, gestützt wurde. Bedenklich war allerdings schon in diesem Jahre die außerordentliche Schwächung der zionistischen Jugendbünde durch Hachscharah und Alijah in den einzelnen Orten, eine Erscheinung, die auch auf die Ortsgruppenarbeit nicht ohne Wirkung blieb. Trotzdem zeigte sich fast überall, daß unsere Ortsgruppen in einzelnen Gemeinden das stärkste Aktivum des jüdischen Lebens überhaupt darstellten, neben denen die anderen Organisationen kaum in Erscheinung traten.

Der Gruppenverband Niederschlesien arbeitet auf verschiedenen Gebieten mit dem Gruppenverband Oberschlesien zusammen; hervorzuheben ist das im Jahre 1934 gemeinsam veranstaltete *Schulungslager* in *Annaberg*.

Während so die Arbeit im Gruppenverband im Jahre 1934 ein im großen und ganzen befriedigendes Gesamtbild ergab, ist die Bilanz, die man Ende 1935 ziehen muß, nicht erfreulich, und symptomatisch für die Entwicklung in den von Juden nur dünn bevölkerten Provinzen. Das wird im Bezirk Niederschlesien durch zwei Zahlen gekennzeichnet: Während der Gruppenverbandstag im Jahre 1934 noch von über 40 Gesinnungsgenossen aus der Provinz beschickt war, nahmen am Gruppenverbandstag 1935 nur noch 20 Freunde aus der Provinz teil. Dasselbe zeigt sich bei der Teilnahme an sonstigen zentralen Veranstaltungen. Und denkt man nur an die Entwicklung in einzelnen Orten im Laufe der nächsten Monate, so sind die Aussichten sehr trübe. Man kann jetzt schon den Termin bestimmen, an dem bestimmte Ortsgruppen, die noch im Jahre 1934 eine Blüte erlebten, wegen Fortgangs aller aktiven Kräfte zu arbeiten aufhören werden.

Es verstärkt sich damit die schon früher sich zeigende Entwicklung: immer mehr wird sich die Arbeit — allerdings ohne Vernachlässigung der noch vorhandenen Gruppen — auf die größeren Gemeinden des Bezirks (wie Liegnitz) und vor allem auf die Großgemeinde Breslau konzentrieren müssen.

Auch dort ist zwar ein ungeheurer Menschenmangel spürbar. Trotzdem sind noch genügend Kräfte vorhanden, die die wichtigste Arbeit durchführen können.

Die Breslauer Zionistische Vereinigung zählt 800 Mitglieder; daneben bestehen noch die zionistischen Sonderorganisationen und Jugendbünde mit insgesamt rund 1000 Mitgliedern.

In den letzten Monaten wurde die eigentliche Ortsgruppenarbeit etwas in den Hintergrund gedrängt durch den Kampf um die Verstärkung des zionistischen Einflusses in den Gemeindekörperschaften, der schließlich ein befriedigendes Ergebnis, wenn auch nicht die vollständige Durchsetzung des Fifty-Fifty-Prinzips brachte.

Die nunmehr einsetzende systematische Ortsgruppenarbeit stellte die Schulungsarbeit und die Pflege des Hebräischen in den Vordergrund. Daneben sind in unregelmäßigen Abständen Informationsabende für einen engeren Kreis der Gesinnungsgenossen und Aussprachеabende für neu eingetretene Mitglieder eingerichtet worden. Von wichtigen propagandistischen Veranstaltungen sind die Aufführungen des Palästina-Tonfilms zu nennen, den bis jetzt annähernd ein volles Drittel der Gemeindemitglieder gesehen haben. Ergänzt wird die Arbeit der Ortsgruppe durch Veranstaltungen der zionistischen Sonderorganisationen, von denen der *Bar Kochba* und der *Herzl-Klub*, die einzige aus dem ehemaligen Herzl-Bund übrig gebliebene Gruppe, einen besonderen Aufschwung nahmen.

Eine wirksame Unterstützung unserer Arbeit — vor allem in propagandistischer Beziehung — stellt die *„Jüdische Zeitung"* dar, die von der Breslauer Zionistischen Vereinigung ins Leben gerufen wurde.

Nordwestdeutschland

Der Nordwestdeutsche Gruppenverband umfaßt kein geographisch einheitliches Gebiet. Zu ihm gehören die Ortsgruppen längs der Ost- und Nordseeküste von Lübeck bis Emden. Das Zentrum ist Hamburg, das allein 15 000—16 000, zusammen mit Altona und Wandsbek, als der historische „Dreigemeinden-Verband", 18 000 bis 19 000 Juden zählt und die viertgrößte jüdische Gemeinde in Deutschland darstellt. Die Dichtigkeit der jüdischen Siedlung im Bezirk ist recht verschieden; Schleswig-Holstein hat den aus allen östlichen Provinzen Preußens bekannten Prozeß der Abwanderung in die Großstädte wohl am stärksten durchgemacht, so daß heute,

außer in Kiel, nur noch in zwei kleinen Orten (Neumünster und Elmshorn) Gemeinden existieren, auch nur die in Kiel eine gewisse Bedeutung beanspruchen darf. Dagegen befinden sich westlich von Bremen, in Oldenburg und dem zur preußischen Provinz Hannover gehörenden Ostfriesland überall auch in sehr kleinen Plätzen jüdische Gemeinden von gewissem Umfange. Das ostjüdische Element ist stark nur in Kiel vertreten, wo der ältere eingesessene Teil der Gemeinde seine Distanz zu ihm mit besonderer Schärfe betont; sodann in Altona, das derartige Spannungen indessen, vor allem dank der seit alters bestehenden starken Mitwirkung der Zionisten an der Gemeindearbeit, kaum kennt. Vom Gesichtspunkt historischer Tradition und Dauer der Eingesessenheit betrachtet, vermögen auch manche vom Ostjudentum ganz oder fast ganz unberührte Gemeinden kaum ein sehr eindrucksvolles Bild zu vermitteln. Nicht nur Wilhelmshaven und Wesermünde-Geestemünde, die ja als Städte überhaupt erst in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts entstanden sind, sondern auch Bremen, Kiel und Lübeck haben relativ junge Gemeinden. Demgegenüber haben nicht nur Hamburg, Altona, Wandsbek, sondern auch Emden und noch kleinere Gemeinden im wesentlichen Teile des Verbandsgebiets, wie Aurich und Jever, ein ehrwürdiges Alter.

Diese Tatsachen wirken noch heute vielfach auf die Färbung des religiösen Lebens in den Gemeinden ein. Je jünger diese sind, desto mehr dominiert der Liberalismus, in je weitere Zeiträume die Tradition hingegen zurückreicht, desto stärker sind in der Regel die Positionen, über die Konservativismus und Orthodoxie verfügen. Die Juden konzentrieren sich überall im städtischen Handel; in Hamburg nimmt der Exporthandel eine gewisse Stellung ein, in den Gemeinden Oldenburgs und Ostfrieslands hingegen verleiht die starke Teilnahme am Viehhandel der Judenheit oftmals charakteristische Züge ländlichen Wesens.

Die zionistische Arbeit im Gruppenverbande ist schon vor 1933 von *Dr. Edgar Marx* mit Erfolg begonnen worden. Seiner unermüdlichen Arbeitsbereitschaft ist es zu verdanken, daß in fast allen Gemeinden des Gebietes die zionistische Idee Fuß fassen und die Neukonstituierung des Gruppenverbandes bereits im November 1933 auf einer Tagung in Bremen vorgenommen werden konnte. Nach der Alijah von Dr. Marx im August 1934 wurde *Dr. Walter Groß* mit dem Sekretariat betraut, das im Dezember 1935 auf *Dr. Max Flesch* übergegangen ist. Die Tätigkeit des Sekretariats mußte in der Betreuung der Ortsgruppen des Gebiets und der in Hamburg das rechte Gleichgewicht herzustellen suchen.

Mehrere längere Reisen und eine größere Zahl Besuche einzelner Städte wurden durchgeführt. Auch die Hamburger leitenden Persönlichkeiten des Hechaluz und der Wizo beteiligten sich an dieser Reisetätigkeit. In der Berichtsperiode fanden zwei Gruppenverbandstage (November 1934 in Hamburg und Mai 1935 in Bremen), sowie zwei Kreistage (Oktober 1934 in Lübeck und Februar 1935 in Oldenburg) statt. Besonders der Kreistag in Oldenburg hat zur Belebung der Tätigkeit aller westlich der Elbe gelegenen Ortsgruppen erheblich beigetragen. Seminare des Gruppenverbandes wurden im August 1934 in Wistedt bei Tostedt und im September 1935 in Wilhelminenhöhe bei Blankenese mit großem Erfolge durchgeführt.

Im ganzen Gruppenverbandsgebiet verfügte die zionistische Arbeit seit alter Zeit nur über drei Zentren, nämlich Hamburg, sodann Emden, das für den Blau-Weiß und nach ihm dem J. J. V. B. stets eine Bedeutung hatte und deshalb noch heute mit Giwath Brenner stark verbunden ist, und Lübeck, das der misrachistischen Bewegung eine Reihe führender Köpfe gegeben hat. Darüber hinaus einen wirklichen Vorstoß zu erzielen, gelang der zionistischen Propaganda nur in Oldenburg und Ostfriesland und vor allem in Bremen, dessen Ortsgruppe einen lebhaften Aufschwung nahm. In Hamburg hingegen konnte nur schwer mit dem allgemeinen Vordringen, das sonst gerade in den Großstädten zu verzeichnen war, Schritt gehalten werden. Wohl hat das in und um Hamburg befindliche große Hachscharah-Netz des Hechaluz und des Bachad die volle Unterstützung der Gemeinde und der Beratungsstelle für Jüdische Wirtschaftshilfe gefunden; ein stärkeres Vordringen zionistischer Gedanken und Menschen in die leitenden Körperschaften der Gemeinde jedoch ist nur in sehr beschränktem Umfange geglückt. Die Ideen der „Arbeitsteilung" zwischen Zionisten und Nichtzionisten behaupteten sich, nicht zuletzt vermöge der Wirkungen, die von der Meinung des Hauses Warburg ausgingen, und die mannigfachen Querverbindungen, namentlich religiös-konservativer Kreise, von der Gemeinde zu den Kulturverbänden und den weltanschaulichen Organisationen haben es stets erschwert, den Gegensatz von Zionismus und Assimilation in aller Klarheit hervortreten zu lassen, von dem aus allein zionistische Politik wirksam werden kann. Und nicht nur die besonderen Elemente der gemeindepolitischen Atmosphäre haben die Hamburger Zionistische Vereinigung bislang gehemmt, auch die der Stadt eigentümliche Reserve gegenüber Auftreten und Betrieb einer großen Organisation hat die Mitgliederbewegung der HZV., die eine aufsteigende Linie zeigt, immer noch in Grenzen gehalten, die einmal überwunden werden müssen, wenn ein gemeindepolitischer Erfolg von wirklicher Bedeutung erzielt werden soll.

Oberschlesien

Oberschlesien war schon vor dem Jahre 1933 ein besonderes Zentrum zionistischer Tätigkeit. Auch ein Gruppenverband Oberschlesien existierte schon seit vielen Jahren. Aber durch die im Jahre 1933 vollkommen veränderte Situation ergab sich auch hier die zwingende Notwendigkeit, die Arbeit durch eine Reorganisierung des Gruppenverbandes zu intensivieren, den zionistischen Aktionsradius zu erweitern und zu vertiefen. Oberschlesien ist ein geographisch und wirtschaftlich einheitliches Gebilde, dessen Zentrum, der eigentliche *Industriebezirk*, durch die Städte *Beuthen*, *Gleiwitz* und *Hindenburg* begrenzt wird. In diesem Industriebezirk, in dessen Nähe sich ein dichtes Netz von Gemeinden befindet, lebt auch der weitaus größere Teil der in dem Bezirk ansässigen zirka 10 000 Juden. Hier pulsiert am stärksten das jüdisch-politische Leben, welches immer stark traditionsgebunden, aber nie erstarrt war. Nicht zuletzt stand dieses Leben unter dem Einfluß des geographisch nicht weit entfernten Ostjudentums. Die Einwanderung aus dem Osten in das oberschlesische Gebiet hat erst in den letzten Jahren ganz aufgehört. Ein Gegensatz zwischen Ost- und Westjudentum ist hier nirgends sichtbar geworden. Ueberall stehen auch unsere ostjüdischen Brüder führend in der zionistischen und allgemein-jüdischen Arbeit.

Ende des Jahres 1933 wurde ein Zionistisches *Gruppenverbands-Sekretariat* mit dem Sitz in *Beuthen* von der ZVfD. eingerichtet, das mit *Fritz Tau* besetzt wurde.

Der Gruppenverbandssekretär und die Gruppenverbandsleitung, die aus den Vorsitzenden der Ortsgruppen zusammengesetzt ist, führen gemeinschaftlich mit den Ortsgruppen die Richtlinien der Zentrale durch, leiten und kontrollieren diese Arbeit, werden darüber hinaus selbst Träger zionistischer Initiative.

Die Juden Oberschlesiens leben unter dem besonderen Rechtszustande des *Genfer Abkommens*. Durch diese Tatsache sind manche Entwicklungstendenzen der Judenheit in Deutschland seit dem Jahre 1933 hier nicht so unmittelbar in die Erscheinung getreten. Die assimilatorischen Verbände führen ihren Kampf gegen den Zionismus zwar in neuen Formen, aber mit alter Heftigkeit und Angriffslust. Der RJF erschöpft sich in der organisatori-

schen und sportlichen Erfassung seiner Mitglieder. Der C.-V. jedoch versucht alle jüdischen Lebensgebiete einschließlich Palästina in sein Arbeitsbereich einzubeziehen. Es müssen deshalb starke politische Energien zur Durchsetzung des Zionismus entfaltet werden.

Viele zionistischen Ortsgruppen konnten im Jahre 1933 einen ungeheuren Aufschwung erleben. Insbesondere die Ortsgruppen, die bis zu diesem Termin niemals eine größere Aktivität entwickeln konnten, entfalteten sich jetzt um so stärker. So konnte die Ortsgruppe Gleiwitz ihre Mitgliederzahl von 37 Anfang 1933 auf 208 Ende 1935 erhöhen. In Beuthen, der größten Gemeinde Oberschlesiens, in der immer schon ein reges jüdisches Leben geherrscht hat, konnte sich der politische Einfluß des Zionismus nur in langsamerem Tempo Geltung verschaffen. Hier ist schon fast jeder Jude politisch festgelegt und organisatorisch eingereiht, hier muß um die Seele jedes Einzelnen gerungen werden. Trotzdem ist die Ortsgruppe seit Anfang 1933 bis Ende 1935 um das Doppelte gewachsen. Bei diesen Zahlen ist zu beachten, daß eine dauernde Abwanderung selbstverständlich auch hier stattfindet.

Im Jahre 1933 und 1934 konnten durch den Gruppenverband in den Städten Rosenberg, Kreuzburg, Gr.-Strehlitz, im nordöstlichen Bezirk Oberschlesiens, Arbeitsgemeinschaften gegründet werden. Die Gesinnungsgenossen in den kleineren Städten haben sich den in der Nähe befindlichen Arbeitsgemeinschaften oder Ortsgruppen angeschlossen. Die Arbeit wird gerade in diesen Arbeitsgemeinschaften in intensivster Form durchgeführt. In manchen kleineren Orten bedeutet jüdisches Leben der Gemeinde zionistisches Leben, da keine andere Gruppe irgendwelche Aktivität entfaltet.

Es gab innerhalb des Gruppenverbandes Orte, in denen durch den Gruppenverbandssekretär das erste Mal zionistisches Gedankengut den Gemeinden vermittelt worden ist. Es ist dort glücklicherweise zum Teil gelungen, befähigte Gesinnungsfreunde zu gewinnen, welche die Träger der zionistischen Arbeit geworden sind. In allen Städten und Städtchen befinden sich Vertrauensleute der ZVfD. und der Fonds. Schwieriger konnte sich der Zionismus in dem Gebiete links der Oder durchsetzen. Nur in Ratibor, Neustadt und Neisse befinden sich Ortsgruppen, während in den Städten Leobschütz, Oberglogau, Cosel, deren Gemeinden schon stark assimiliert waren, bisher eine Ortsgruppen-Neugründung nicht gelungen ist.

Die zionistische Arbeit im oberschlesischen Bezirk wird sehr

stark beeinflußt durch die Tatsache, daß zirka 300 Chaluzim des Makkabi und des Hechaluz sich hier auf Hachscharah befinden. Es ist dies ein Zeichen, welche große Entwicklung der Makkabi und der Hechaluz genommen haben. Diese Hachscharah-Zentren und Snifim finden eine nachhaltige Unterstützung durch die Ortsgruppen, und andererseits sind manche Chaluzim Mitträger der Ortsgruppenarbeit. Es war notwendig, innerhalb des Gruppenverbandes Sinn und Bedeutung der *Chaluziuth* darzustellen, damit diese gegenseitige unterstüzende Arbeit erreicht wurde. Ohne die moralische und finanzielle Unterstützung des Gruppenverbandes und auch der Wizo hätte das Hachscharahwerk mit seinen zehn Zentren in Oberschlesien nicht gelingen können. Aber durch die Anwesenheit vieler junger Menschen im Bezirk hat auch die Arbeit des Gruppenverbandes einen starken Impuls erfahren. In Beuthen befindet sich ein Beth Makkabi, in Hindenburg ein Mittleren-Beth Chaluz. In diesen Tagen wird in Beuthen und in Gleiwitz wiederum je ein Beth Chaluz eröffnet. Die Galilleitung des Hechaluz wie auch des Makkabi steht im engsten Kontakt mit der Leitung des Gruppenverbandes.

In den Jahren 1933 bis 1935 fanden fünf große Gruppenverbandstagungen statt, die einen engeren persönlichen Kontakt unserer Gesinnungsgenossen im Bezirk herbeiführen konnten und bei denen allgemeine zionistische Fragen und die speziellen des Bezirks erörtert worden sind. Darüber hinaus berief der Gruppenverband jährlich fünf bis sechs Ausschußsitzungen ein. Die Ausschuß-Sitzung, bei der nur jeweils bestimmte Gremien über Einzelfragen zu beraten haben, hat sich als fruchtbarer erwiesen als die großen Massenversammlungen der Gruppenverbandstage. Im Februar 1935 wurde auf Anregung und mit Hilfe der ZVfD. die Palästina-Woche in einzelnen oberschlesischen Ortsgruppen durchgeführt. Die ausgezeichnete Atmosphäre, die durch sie geschaffen worden ist, wurde bei der darauf folgenden organisierten Werbeaktion gut ausgewertet.

In den Bezirken, die weit entfernt vom Industriebezirk liegen, konnte der Gruppenverband in den Jahren 1933 und 1934 je eine *Bezirkstagung*, und zwar in Rosenberg und Gr.-Strehlitz, durchführen. Leider konnte im Jahre 1935 ein Gruppenverbandslager, wie es im Jahre 1934 gemeinsam mit dem Gruppenverband Niederschlesien in Annaberg durchgeführt worden ist, nicht veranstaltet werden. Im August 1935 fand ein Gruppenverbandstreffen in Rauden statt.

Die Gruppenverbandsleitung hat es als ihre besondere Aufgabe angesehen, überall einen verantwortlichen Kreis von Mitarbeitern

heranzubilden, welcher Träger der Ortsgruppen- und Gruppenverbands-Arbeit ist. Diesem Zweck dienten 1934 ein *Führerschulungskurs* und 1935 *Intensivkurse* und *Arbeitsgemeinschaften*, die in allen größeren Ortsgruppen durchgeführt werden. Vollkommen befriedigend ist diese Arbeit bisher noch nicht überall geleistet worden, und weitere große Aufgaben bestehen hier noch für die Zukunft.

Die zionistischen *Fonds* konnten einen stetig größer werdenden Aufschwung in den Jahren 1933 bis 1935 im oberschlesischen Bezirk nehmen.

Die *hebräische Arbeit* erfuhr im Bezirk erst im Jahre 1935 einen sehr starken Auftrieb. In fast allen Ortsgruppen fehlen heute eher Lehrer als Schüler. In mittelgroßen Ortsgruppen sind vier bis fünf stark besuchte Kurse keine Seltenheit.

Auf allen Gebieten hat sich die zionistische Bewegung in Oberschlesien entwickelt und ist zu einem wesentlichen Faktor jüdischen Lebens dieses Bezirks geworden. Leider fand dies bisher in den repräsentativen Vertretungen der *Gemeindekörperschaften* noch nicht seinen sichtbaren Ausdruck. Das politische Gesicht der Gemeindeverwaltung ist unverändert geblieben, und erst in den letzten Wochen des Jahres 1935 begannen die Kämpfe um ihre Neuformung.

Der Gruppenverbandssekretär, der gleichzeitig Sekretär des Keren Kajemeth Lejisrael ist, hält durch intensive Korrespondenz und Reisetätigkeit die lebendige Verbindung zwischen Gruppenverband und Ortsgruppen aufrecht.

Die Aufgaben des oberschlesischen Gruppenverbandes sind für die Zukunft weiterhin groß. Der Kampf um die Gewinnung des gesamten oberschlesischen Judentums für den Zionismus wird von Etappe zu Etappe weitergeführt werden. Die bisherige Arbeit hätte nicht geleistet werden können ohne die Unterstützung aller verantwortlichen Mitarbeiter des Bezirks, die zionistische Arbeit im wahren Sinne des Wortes als Ehrenamt betrachten. Statt vieler Namen seien hier zwei Persönlichkeiten genannt, ohne die der Gruppenverband Oberschlesien niemals ein lebendiger und kraftspendender Organismus geworden wäre: Herr R.-A. *Dr. Weißmann* und Herr *Arnold Wiener*, Beuthen.

Pommern und Ostpreußen

Der Zionistische Gruppenverband Pommern/Grenzmark wurde im November 1933 auf einer Bezirkstagung gegründet, die der damalige Leiter der Stettiner Zionistischen Vereinigung, Herr

Dr. Leo Peritz (jetzt Haifa), nach Stettin einberief. Es war Dr. Peritz und seinen Mitarbeitern in den Monaten April—Oktober 1933 gelungen, die Stettiner ZOG. (aus ihrer Isolierung heraus) zu einem Gebilde zu machen, das sich stärker als bisher in das Stettiner jüdische Leben einschalten und an der gesamten Gemeindearbeit mitwirken konnte. Bald wurde daher auch der Wunsch laut — unterstützt durch die ZVfD. —, die Provinz zu erfassen und neue Ansatzpunkte für die zionistische Arbeit zu schaffen. Zu diesem Zwecke wurden die in Stettin bekannten Gesinnungsfreunde aus Pommern und der Grenzmark zu der eingangs erwähnten I. Bezirkstagung eingeladen, und es gelang sehr schnell, den Konnex mit den Freunden aus der Provinz herzustellen und auch die Jugend zu erfassen.

Zu jener Zeit bestanden im Bezirk, neben Stettin, nur vier Ortsgruppen resp. Arbeitsgemeinschaften und 28 KKL-Stützpunkte. Daher mußten in erster Linie die Provinz bereist und die bestehenden Stützpunkte durch Aussprache mit den Vertrauensleuten aktiviert werden. Erst hierauf konnten neue Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften gegründet werden. Gegenwärtig befinden sich im Bezirk neun Ortsgruppen, neun Arbeitsgemeinschaften und 40 KKL-Stützpunkte.

Hierbei ist die große *Abwanderung* zu berücksichtigen, die im Bezirk Pommern/Grenzmark besonders stark ausgeprägt ist. Aus diesem Grunde wechselten im Laufe der Berichtsperiode an fast allen Plätzen wiederholt die Mitarbeiter. Der Sekretär *Georg Kopydlowski* führte in jedem der zwei Jahre zwei bis drei planmäßige Reisen durch den Bezirk durch und besuchte alle wichtigen Plätze. In den meisten Orten konnten Vortragsveranstaltungen, Schulungsreferate und Besprechungen mit der Mitarbeiterschaft regelmäßig durchgeführt werden. Außerdem stand er den Gruppen jederzeit für Sonderveranstaltungen zur Verfügung.

Das Stettiner Bezirkssekretariat, das zugleich „Zweigstelle des Palästina-Amts Berlin" ist, wurde auch oft von den Mitarbeitern in eigenen Alijah-Angelegenheiten in Anspruch genommen.

Bei den verschiedentlichen Reisen konnte festgestellt werden, daß von nichtzionistischer Seite fast gar keine Veranstaltungen in den Provinzstädten stattgefunden haben, und auch das allgemeine jüdische Leben ruhte, abgesehen von wenigen Kulturfahrten des Preußischen Landesverbandes. Trotzdem haben die Juden in der Provinz ihre Bindungen zu den bestehenden nichtzionistischen Organisationen nur selten gelöst, da sie noch immer

in der Vorstellung leben, bei ihnen eine Vertretung auf dem Gebiete der Wirtschaftshilfe und Rechtsberatung zu finden.

Es ist bezeichnend für die anormale Struktur der jüdischen Gemeinden im Bezirk, daß *fast keine Jugendlichen* mehr anzutreffen sind. Die jungen Juden haben bereits in den letzten Jahren vor dem Umbruch den Weg in die *Großstädte* beschritten; seit 1933 sind sie zum größten Teil auf *Hachscharah* gegangen, und es gibt bereits in fast jeder Gemeinde Eltern, deren Kinder in Palästina leben. Versuche, in der Provinz Hachscharah-Zentren zu gründen, scheiterten nach kurzer Zeit, und es gibt daher nur in Stettin ein allerdings vorbildliches *Beth Chaluz*, das durchschnittlich mit 25 Chawerim und 5 Chaweroth belegt ist. Die Chaluzim bilden sich z. T. im Handwerk aus oder sind in der von der *Stettiner ZOG.* eingerichteten *Umschichtungs-Gärtnerei* (auf einem von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Gelände) tätig. Vor 1½ Jahren ging die erste Gruppe von 15 Chaluzim als „Alijah-Kibbuz" nach Palästina; der größte Teil dieser Menschen blieb auch im Lande in *Gederah* zusammen. Ein zweiter gut vorbereiteter Kibbuz aus dem Stettiner Beth Chaluz erwartet jetzt die Zertifikate und wird in kurzer Zeit zur Alijah kommen.

Der Mangel an Jugend bringt es mit sich, daß in Pommern/Grenzmark außer Stettin nur acht Jugendbünde bestehen (sechs Makkabi-Hazair-Gruppen und zwei Habonim-Gruppen). Einige Bünde in Kleinstgemeinden konnten sich — wegen Wegzug der Führer — nicht halten. Alle Gemeinden des Bezirks tragen westjüdischen Charakter. Es gibt nur wenige Plätze, an denen ostjüdische Menschen stärker vertreten sind. Hier gab es mitunter Spannungen in der Gemeinde, die aber — durch Vermittlung der ZVfD. und des Gruppenverbandes — behoben werden konnten.

In den letzten Wochen wurde der Schwerpunkt der Sekretariatsarbeiten auf den wesentlichsten Platz des Gruppenverbandes, Stettin, verlegt, da hier in kurzer Zeitfolge einige führende Mitarbeiter fortzogen und die Ortsgruppenarbeit, bzw. die allgemeine zionistische Arbeit innerhalb der Gemeinde entsprechend gesichert werden mußte. Die Stettiner Gemeinde zählt zurzeit zirka 2100 Seelen, von denen 650 durch zionistische Organisationen erfaßt sind (ZOG., Bar Kochba, Hechaluz, Habonim und Wizo). Trägerin der gesamten zionistischen Arbeit am Platze ist die ZOG.; das gegenseitige Verhältnis der einzelnen zionistischen Organisationen ist außerordentlich gut und freundschaftlich. Die zionistische Peripherie in Stettin ist jedoch weit größer, so daß die Arbeit (besonders für die Fonds) recht beachtliche Erfolge verzeichnen kann. Neben regelmäßigen Großveranstaltungen, zu

denen die ganze Gemeinde geladen wird, finden vierzehntägige Schulungsabende für die Mitglieder der ZOG. statt, und Arbeitsgemeinschaften sowie Kurse ergänzen die interne Arbeit. Die anderen zionistischen Organisationen arbeiten entsprechend. In der Gemeindeverwaltung arbeiten Zionisten führend mit, und die Beziehungen zwischen ZOG. und Gemeinde sind im allgemeinen befriedigend. Seit mehreren Jahren gehören die maßgebenden Beamten der Gemeinde der ZOG. an. So ist es besonders den Bemühungen des ehemaligen zionistischen *Rabb. Dr. Elk* zu verdanken, daß im April 1934 die Jüdische Schule eröffnet werden konnte. Zurzeit ist der zionistische Teil der Gemeinde (durch Wegzug einiger Mitglieder) zwar nicht im Gemeindevorstand vertreten; es schweben aber bereits entsprechende Verhandlungen, um hier eine Aenderung herbeizuführen.

Abschließend sei auf die großen Veranstaltungen hingewiesen, die der Gruppenverband — in Verbindung mit der ZOG. Stettin — im Laufe der verflossenen zwei Jahre durchführen konnte. Neben der am Beginn der Gruppenverbandsarbeit stehenden Bezirkstagung in Stettin (November 1933) wurde im Juni 1934 in Kolberg ein Gruppenverbandstag veranstaltet. Zwei Kreistage fanden im Januar resp. Februar 1935 in Schneidemühl und Stettin statt. Die Stettiner Kreistagung war mit der Palästina-Woche der ZVfD. verbunden. Im Mai des Jahres 1935 wurde der KH-Tonfilm „Land der Verheißung" in Stettin aufgeführt, wozu sehr viele Gesinnungsfreunde aus der Provinz kamen; für Ostpommern lief dieser Film im Juli 1935 in Kolberg.

Das Gruppenverbands-Sekretariat in Stettin betreut seit August 1935 auch noch die Provinz *Ostpreußen* (exkl. Königsberg). In diesem Bezirk ist die Abwanderung noch größer als in Pommern/Grenzmark, so daß an vielen Plätzen von einem jüdischen Leben überhaupt nicht mehr die Rede sein kann. Es hat sich für die ZVfD. als nicht mehr tragbar erwiesen, das ostpreußische Bezirks-Sekretariat in Königsberg aufrechtzuerhalten, und der dortige Sekretär, Dr. Kurt Licht, wurde nach Mannheim versetzt. Auf einer Reise im August 1935, die 25 Plätze des dortigen Bezirks berührte, mußte ebenfalls festgestellt werden, daß ein selbständiges Sekretariat für den Bezirk Ostpreußen nicht mehr angemessen ist. Es gibt in Ostpreußen — neben Königsberg — zurzeit noch fünf Ortsgruppen und fünf Arbeitsgemeinschaften, sowie 21 KKL-Stützpunkte, außerdem sechs Jugendbünde.

Es ist natürlich bei der großen räumlichen Entfernung sehr schwer, von Stettin aus den Bezirk Ostpreußen so zu bearbeiten, wie es notwendig wäre. Die Königsberger ZOG., die ein eigenes

Büro unterhält, wird daher verschiedentlich für die Durchführung dringlicher Aufgaben und Aktionen eingeschaltet.

Die Entwicklung der zionistischen Arbeit in den Bezirken Pommern und Ostpreußen wird für die Zukunft stark durch die *anhaltende Abwanderung* (Alijah, Auswanderung und Binnenwanderung) beeinträchtigt werden, mit der eine fortschreitende Verarmung der Juden, die in Ostpreußen schon jetzt besonders stark spürbar ist, einhergeht. Die Tatsache, daß auch unsere geschulten Mitarbeiter die kleinen Provinzplätze verlassen, wiegt besonders schwer. Die ZVfD. und der Gruppenverband werden daher in der Zukunft das Hauptaugenmerk auf die beiden größten Gemeinden des Bezirks, *Stettin* und *Königsberg*, zu richten haben, ohne daß hierdurch die bestehenden Positionen in der Provinz irgendwie vernachlässigt zu werden brauchen.

Rheinland-Westfalen

Der Zionismus in Westdeutschland hat eine alte Tradition. An seinem Beginn stehen Namen wie Dr. *M. Bodenheimer* und *David Wolffsohn*. Die Nationaljüdische Vereinigung für Deutschland, die Vorgängerin der heutigen ZVfD., hat von hier ihren Ausgang genommen. Trotz der Uebersiedlung der Leitung der Zionistischen Weltorganisation nach Köln nach dem Tode Theodor Herzls blieb der Zionismus in Westdeutschland vor dem Kriege beschränkt auf einen kleinen Kreis westjüdischer Akademiker und ostjüdischen Kleinbürgertums. Daran änderte auch die lebhafte Werbearbeit nichts, die von Köln ausging.

In diese Zeit fällt die Gründung des ersten westdeutschen Gruppenverbandes, an dessen Spitze der heute in Erez Jisrael lebende Dr. *Levi Grüneberg*, Elberfeld, trat.

Die Nachkriegszeit brachte einen äußerlichen Aufschwung. Die KJV.-Verbindungen in Bonn und Köln wurden zu Zentren zionistischen Lebens. Im Ruhrgebiet wurden neue zionistische Ortsgruppen gegründet. Im eigentlichen Rheinland konnte die Organisation schwerer Fuß fassen. Die Gründung des Gruppenverbandes Linksrheinland und des Gruppenverbandes Westfalen-Rechtsrheinland hat die Ortsgruppen aus der soziologischen Enge der Anfangszeit nicht herauswachsen lassen. Da, wo es Zionisten gelang, sich in der Gemeinde durchzusetzen, wie in Duisburg, stützten sie die ostjüdischen Massen, die gerade in der Nachkriegszeit sich in Rechtsrheinland und Westfalen konzentrierten.

Als am 29. Oktober 1933 der einheitliche Gruppenverband für Rheinland und Westfalen mit dem Sitz in Düsseldorf gegründet wurde, war der Zionismus organisatorisch ein schwaches Gebilde, politisch nur in Duisburg von ausschlaggebender Bedeutung (das Ergebnis der hingebungsvollen Arbeit von Dr. *Harry Eppstein*, durch dessen Wirken die dortige jüdische Gemeinde als erste in Deutschland eine zionistische Führung erhielt).

Zwei Faktoren spielten hierbei eine erhebliche Rolle. Das größtenteils altansässige westjüdische Bürgertum hatte durch die napoleonische Herrschaft schon lange Zeit vor dem Judentum des übrigen Deutschland den Anschluß an die Umwelt gefunden und die Emanzipation erlebt. Infolgedessen ist es fast überwiegend religiös-liberal und auch da, wo konservative Lebensführung noch vorherrscht, im höchsten Grade assimiliert.

Das Ueberwiegen des ostjüdischen Elements in den zionistischen Ortsgruppen stempelte den Zionismus als ostjüdisch ab. Da der gesellschaftliche Gegensatz zwischen Ost und West — gerade im Ruhrgebiet — besonders ausgeprägt war, bildete er eine weitere Schranke für unsere Expansion.

Die Arbeit in der Berichtszeit hat das Bild in den Ortsgruppen wesentlich verändert. Das westjüdische Element ist stark im Vordringen. Es stammt — darüber darf man sich nicht täuschen — in erster Linie aus dem Kreis der Menschen, die unmittelbar oder mittelbar von den Auswirkungen der gesetzgeberischen Entwicklung betroffen worden sind. Darunter sind auch die zu rechnen, deren Kinder heute in Erez Jisrael leben. Das eingesessene Bürgertum, das vielfach ökonomisch noch gut fundiert ist, hat sich als ziemlich immun gegen unsere Werbung erwiesen. Aachen, Bielefeld, Krefeld — drei Gemeinden mit jüdischem Großbürgertum — gehören daher auch zionistisch nicht zu den Plätzen starker Expansion, obwohl die letzten beiden Jahre schon wesentliche Fortschritte gebracht haben. *Eine* Entwicklung ist daher von Interesse, die auch in anderen Bezirken beobachtet wird. Der ostjüdische Anteil an den Ortsgruppen verringert sich nicht nur durch die Gewinnung westjüdischer Menschen, sondern auch durch den Rückgang der *Anteilnahme* der Ostjuden an der Arbeit der Gruppen, in denen sich heute Westjuden in erheblicher Zahl befinden.

Seit der Neugründung des Gruppenverbandes hat sich nicht nur das Gesicht der bestehenden Ortsgruppen verändert, die zahlreichen Neugründungen haben für den Zionismus auch neue Gebiete erschlossen. Westerwald — Mittelrhein — Mosel wurden neugewonnen.

Ein Hemmnis für die Expansion ist die Wirksamkeit des *RJF.*, der durch sein dichtes Netz von Sport- und Ortsgruppen, die durch ein sehr aktives, mit Geldmitteln offenbar reichlich ausgestattetes Sekretariat unterstützt werden, der einzige beachtliche Gegner ist.

Hierbei hat sich die enge Zusammenarbeit zwischen *Makkabi* und Gruppenverband als äußerst wertvoll erwiesen. Denn gegenüber den Sportgruppen des RJF. konnte der Makkabi die beste Gegenwirkung ausüben. Hinter der auch heute noch beachtlichen Stellung des RJF. tritt die Bedeutung des Bundes Deutsch-Jüdischer Jugend völlig zurück. Er hat sich keinen nennenswerten Anhang verschaffen können.

Das politische Gesicht der *Gemeinden* hat sich im wesentlichen nicht verändert. Sie sind bis auf den heutigen Tag die Stützpunkte der Assimilation geblieben, wenn es auch hier sicherlich Ausnahmen gibt, vor allen Dingen *Köln* und *Essen*. Sonst ist aber noch alles vorhanden — von der Verweigerung der Gemeinderäume für zionistische Veranstaltungen, über die Ablehnung einer Subvention für den Makkabi, bis zur Weigerung, Ostjuden bzw. Zionisten in den Vorstand der Gemeinden aufzunehmen. Das noch in fast allen Gemeinden die Grundlage für das Statut bildende preußische Judengesetz von 1847 mit seinen langen Karenzfristen und der Verknüpfung des aktiven und passiven Wahlrechtes mit einer Steuerleistung sichert den bisherigen Machthabern die Erhaltung ihres Einflusses. Die Verhandlungen über die Umbildung der Gemeinden stehen daher mit wenigen Ausnahmen fast überall noch am Anfang.

Es machen sich hier, wie auch sonst in Deutschland, Tendenzen bemerkbar, das ganze Gemeindeleben bei der Gemeindeverwaltung zu zentralisieren, um dadurch die Organisationen auf geringfügige Arbeitsgebiete zu beschränken. Die Einrichtung der Lehrhäuser und Bildungskurse wirkt manchmal, z. T. vorsätzlich in diese Richtung.

In Westdeutschland bestehen schon seit Jahrzehnten *öffentliche jüdische Volksschulen*, so daß die Frage der Gründung neuer Schulen nur an wenigen Orten akut geworden ist. Damit ist noch nichts über den jüdischen Inhalt der Erziehung dieser Schulen ausgesagt. Die Lehrer waren in den meisten Fällen die aktivsten Träger der assimilatorischen Richtung. Immerhin hatte z. B. eine Gemeinde wie Düsseldorf keine jüdische Schule. Der Kampf um diese Schule ist — unter zionistischer Führung — mit wechselvollem Erfolg jahrelang geführt worden, bis sie endlich Ostern 1935 errichtet worden ist. Der Erfolg ist nicht nur formell. Der

Geist der Schule und ihrer Lehrer ist durchweg national im besten Sinne. Die Lehrerschaft ist mit geringfügigen Ausnahmen zionistisch organisiert.

Eine zionistische Schulpolitik in Westdeutschland muß sich jetzt im wsentlichen auf die Beeinflussung des Lehrplanes der vorhandenen Schulen erstrecken.

Der Gruppenverband sollte von vornherein mehr sein als ein reines Verwaltungsorgan. Mit seiner Neugründung war die Vorstellung verbunden, daß er nur dann Sinn hat, wenn er zu einem selbständigen Faktor der zionistischen Bewegung in Deutschland wird, der eigene Initiative auf all den Gebieten entwickelt, die nicht in dem ausschließlichen Wirkungsbereich der ZVfD. liegen.

Wenn man unter diesem Gesichtspunkt die Entwicklung des Gruppenverbandes betrachtet, dann ist er in dieser Richtung sicherlich ein großes Stück vorwärts gekommen. Er ist heute eine lebendige Einheit. Kreis-, Bezirks- und Gruppenverbands-Tage, die Reisen des Gruppenverbands-Sekretärs und der Gruppenverbands-Vorstandsmitglieder haben einen starken Kontakt hergestellt, der die Voraussetzung für die Bildung eines gemeinsamen Willens ist.

Die als Ergebnis einer Gemeindetagung des Gruppenverbandes konstituierte Gemeindekommission bedeutet die Grundlage einer einheitlichen zionistischen Gemeindepolitik in Westdeutschland. Die Ortsgruppen des westdeutschen Bezirks dürfen ohne Bewilligung durch die Gemeindekommission des Gruppenverbandes Verhandlungen in Gemeindefragen nicht zum Abschluß bringen.

In der Kulturarbeit sind alle Pläne leider nicht verwirklicht worden. Auf dem Gebiete der hebräischen Arbeit ist der „Jom Iwri", der Ende 1934 in Essen stattfand, wegweisend gewesen. Neuerdings werden innerhalb der Bezirke Referenten-Schulungskurse unter Leitung des Gruppenverbands-Sekretärs gehalten. Sie bezwecken die Heranbildung von Gesinnungsgenossen zur selbsttätigen Leitung der Bildungs- und Schulungsarbeit in ihrer Gruppe. Inhalt dieser Referentenschulung ist: Jüdische Gegenwartskunde, Palästinakunde, zionistische Geschichte und Ideologie, Form und Methodik zionistischer Propaganda und Schulung. Es liegt ein erster gelungener Versuch vor.

Der bereits angesetzte Kulturtag, der auf dem Gebiet der Geschichte und des Judaismus die Wandlungen durch die nationale Bewegung zur Darstellung bringen sollte, wäre zu einer besonderen Form zionistischer Lehrtagungen geworden.

Organisatorisch bietet sich folgendes Bild:

Der Gruppenverband ist räumlich und ziffernmäßig der größte innerhalb Deutschland. Er reicht im Norden bis Osnabrück, im

Süden bis Trier, im Osten bis Paderborn und im Westen bis zur holländischen Grenze. In diesem Raume leben etwa 70 000 Juden.

Am Gründungstage des Gruppenverbandes gab es in diesem Gebiet:

14 Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften.
35 Stützpunkte mit Vertrauensleuten der ZVfD.,
53 Vertrauensleute des KKL.

Am 1. April 1935:
28 Ortsgruppen,
15 Arbeitsgemeinschaften,
37 Stützpunkte,
88 Vertrauensleute des KKL.

Am 1. Januar 1936:
38 Ortsgruppen,
16 Arbeitsgemeinschaften,
45 Stützpunkte,
107 Vertrauensleute des KKL.

Bei den Vertrauensleuten des KKL sind die Orte mit Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften eingerechnet. Die Neugründungen sind fast ausnahmslos auf Anregung, oder unter Mitwirkung des Gruppenverbandes erfolgt. Vom 1. November 1935 bis zum 31. Dezember 1935 wurden allein vier neue Ortsgruppen, drei neue Arbeitsgemeinschaften gegründet und zwei Arbeitsgemeinschaften in Ortsgruppen umgewandelt. Die Expansion ist keineswegs abgeschlossen, weitere Neugründungen stehen in Aussicht. Das Gesicht der Gruppenverbandstage hat sich verändert. Aus Arbeitstagungen wurden durch die starke Teilnahme aus dem ganzen Verband zionistische Kundgebungen Westdeutschlands. Der Kundgebungscharakter wurde durch die Teilnahme führender Zionisten unterstrichen.

Die Geschäfte werden durch einen hauptamtlichen Sekretär geführt. Von Oktober 1933 bis Oktober 1935 war Dr. *Hans Capell* Geschäftsführer des Gruppenverbandes und *Hans Seidenberg* Bezirkssekretär des KKL. Im November 1935 übernahm Assessor *Georg Guthmann* die vereinigte Geschäftsführung des Gruppenverbandes und des KKL-Bezirkssekretariates.

Soweit ein Bedürfnis vorhanden ist, tritt in der Zeit zwischen den Gruppenverbandstagen die aus den Vorsitzenden der Ortsgruppen und Arbeitsgemeinschaften bestehende Vertrauensmänner-Konferenz zusammen.

PALÄSTINA-AMT BERLIN DER JEWISH AGENCY FOR PALESTINE

FUNKTION UND AUFBAU

Das Palästina-Amt Berlin der Jewish Agency for Palestine war vor 1933 von allen Institutionen, die die zionistische Bewegung in Deutschland repräsentierten, breiteren Kreisen wohl am wenigsten bekannt. Abgesehen von der zahlenmäßig sehr schwachen Schicht der Menschen, die, vorwiegend aus ostjüdischen Kreisen stammend, schon damals zum Hechaluz und zum Brith Chaluzim Datiim gekommen waren, wurde es kaum in Anspruch genommen. Die schüchternen Versuche einer Förderung mittelständischer Kolonisation, die vor 1933 unternommen wurden, gingen mehr auf das unablässige Drängen einzelner Zionisten, die schon bald nach dem Krieg ans Deutschland nach Palästina gegangen waren, zurück, als daß das Palästina-Amt Berlin von sich aus auf diesem Gebiete eine Initiative entfaltet hätte. Die völlige Veränderung dieses Zustandes ist bereits in der Einleitung kurz geschildert worden. Der Weg, den das Palästina-Amt von seiner damaligen bis zu seiner heutigen Existenzform zurückgelegt hat, bedarf indessen noch einer ausführlicheren Darstellung.

Infolge der Ereignisse in Deutschland trat der Wunsch nach Auswanderung mit einer früher kaum vorstellbaren Stärke in den Vordergrund. Die Zionistische Organisation besaß in Gestalt des Palästina-Amtes ein Organ, das theoretisch auf alle mit Auswanderung nach Palästina zusammenhängenden Fragen vorbereitet war, dessen organisatorischer Rahmen jedoch sich gewaltig dehnen mußte, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden. Zudem wandelten sich die Verhältnisse so grundsätzlich, daß auf vielen Gebieten der bis dahin vorhandene Erfahrungsschatz einer starken Erweiterung bedurfte. Die erste Folge war, daß alle Menschen, die in der zentralen zionistischen Arbeit in Deutschland irgendeine nennenswerte Kenntnis Palästinas besaßen, sich der Arbeit des Palästina-Amtes zur Verfügung stellen mußten. Die Beratung absorbierte in den ersten Frühjahrs-Monaten des Jahres 1933 alle Energieen. Erst allmählich und mit

Mühe konnte ihre Neuformierung so durchgeführt werden, daß den großen Fragen der Alijah neben der Beratung des Publikums die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet werden konnte.

Die Behandlung dieser großen Fragen erforderte Verhandlungen nach zwei Seiten: einmal nach der Seite der zentralen Instanzen der zionistischen Bewegung, ein anderes Mal nach der Seite der Regierung und Behörden des Deutschen Reiches.

Die Fühlungnahme mit den leitenden Organen des Zionismus, insbesondere der Exekutive in London und Jerusalem, konnte deswegen verhältnismäßig leicht aufgenommen werden, weil in ihrem Verband an mehreren maßgeblichen Stellen bereits Zionisten tätig waren, die aus Deutschland kamen und daher die in Deutschland aufgetauchten Erfordernisse ohne große Schwierigkeiten verstehen konnten. Vor allen Dingen muß der Name *Dr. Arthur Ruppins* genannt werden, der im Sinne einer Unterstützung der Arbeit des Berliner Palästina-Amtes sehr schnell die Initiative ergriff und bereits auf dem XVIII. Zionisten-Kongreß in Prag in seinem großen Referat die Aufmerksamkeit der gesamten Bewegung auf das neue Aufgabengebiet lenkte. Schon 1932 war in Palästina die *Hitachduth Olej Germania* mit dem Ziele gegründet worden, der Alijah aus Deutschland bei ihrer Einordnung ins Land behilflich zu sein. Die H.O.G. erlebte eine ähnliche Entwicklung wie das Palästina-Amt Berlin; so wie dieses die stärksten Anstrengungen machte, um den Strom der Auswanderung zu regeln und zu lenken, so bemühte sich jene, das Prinzip der planmäßigen Klitath Alijah durchzuführen. Sodann war es von stärkster Bedeutung, daß die *Exekutive* der Jewish Agency in ihrer Gesamtheit Verständnis für die Wünsche zeigte, die das Berliner Palästina-Amt an das *Einwanderungs-Departement* um verstärkte Zuteilung von *Arbeiter-Zertifikaten* richtete. Schließlich ist auch die Verwirklichung des Gedankens der *Jugend-Alijah* durch Erlangung der besonderen Zertifikate von der Mandats-Regierung auf die Bemühungen des Palästina-Amtes mit zurückzuführen.

Nach der anderen Seite hin erhoben sich die Aufgaben, mit allen Instanzen, die die Wirtschaftspolitik der deutschen Reichsregierung zu bestimmen haben, in Verbindung zu treten, um die mittelständische Alijah durch Gewährung von *Transfermöglichkeiten* des Kapitals zu fördern. Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei dem heutigen Stand der Weltwirtschaft in irgendeinem nennenswerten Maße der Transfer von Kapitalien nur durch Bewegungen des Warenexportes zu bewerkstelligen ist. Die Bedeutung des zionistischen Werkes in Palästina offenbarte sich selten so sinnfällig wie hier; der kleine jüdische Jischuw in Erez Jisrael war

in der Lage, in der große jüdische Gemeinschaften im außerpalästinensischen Ausland sich nicht befanden: er konnte, da er einen geschlossenen Wirtschaftskörper bildet, die organisierte Aufnahme deutschen Exports und so den Transfer des Vermögens jüdischer Palästina-Wanderer aus Deutschland zu gewissen Teilen in die Wege leiten. Die Verhandlungen, die auf diesem Gebiete in Deutschland aufgenommen wurden, wurden auf zionistischer Seite durch Anregungen gefördert, die der verewigte zionistische Führer *Chaim Arlosoroff*, der kurz vor seinem Tode nach Berlin gekommen war, gab. Nachdem das erste, von privater Seite (der palästinensischen Pflanzungsgesellschaft Hanotaiah Ltd.) herrührende Transfer-Projekt erfolgreich in die Wege geleitet war, kam es auf Grund des Planes, den der Direktor der Anglo Palestine Bank, *S. Hoofien*, auf einem Berliner Besuch nach dem Prager Kongreß entwickelte, zur Gründung der *Palästina-Treuhandstelle zur Beratung deutscher Juden G.m.b.H.* und der *Haavarah* in Palästina, und damit zur Ingangsetzung des gesamten transfer-technischen Mechanismus.

Im Laufe der Zeit gestaltete sich die Verbindung des Palästina-Amtes Berlin mit den Zentral-Instanzen der zionistischen Bewegung besonders eng auch dadurch, daß *Dr. Georg Landauer*, der in der Zeit der stürmischsten Entwicklung bis zum Herbst 1933 das Berliner Amt geleitet hatte, zur Leitung des Jerusalemer Büros der *„Zentralstelle zur Ansiedlung von Juden aus Deutschland in Palästina"* berufen wurde, an deren Spitze der Prager Kongreß *Professor Dr. Chaim Weizmann* gestellt hatte. Der Kontakt mit diesen Stellen sowie auch mit der Hitachduth Olej Germania gestaltete sich in der Berichts-Periode immer enger. Zahlreiche Reisen verantwortlicher Mitarbeiter des Berliner Palästina-Amtes wie auch maßgebender palästinensischer Persönlichkeiten, vor allem des Mitgliedes der Exekutive Dr. *Werner Senator*, trugen zu seiner Festigung dauernd bei.

Das Palästina-Amt wurde zur Zentrale der gesamten Palästina-Arbeit in Deutschland. Die Richtlinien der Hachscharah wurden von der Großen Palästina-Amts-Kommission gemeinsam mit den Vertretern der chaluzischen Verbände jeweils für längere Zeiträume festgesetzt. Zur fortlaufenden Behandlung der einzelnen Fragen wie der gesamten Planung des Transfers wurde ein gemeinsamer Transfer-Ausschuß der ZVfD. und des Palästina-Amtes begründet. An der Schaffung der allgemein-jüdischen Zentral-Instanzen in Deutschland hat das Palästina-Amt durch Mitbegründung des *„Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau"* wesentlichen Anteil genommen. Der Zentralausschuß, dessen Agen-

den jetzt von der Wirtschafts- und Sozial-Abteilung im Verwaltungskörper der Reichsvertretung wahrgenommen werden, hat den besonderen Erfordernissen der Palästina-Arbeit stets weitgehende Beachtung geschenkt. Der organisatorische Rahmen und die finanzielle Grundlage der Hachscharah wurden im Kreise des Zentralausschusses nach den Vorschlägen des Palästina-Amtes geschaffen. Ueber das Abkommen betreffend Reisezuschüsse für Zertifikats-Empfänger wird im Bericht der Passage-Abteilung im Einzelnen Auskunft gegeben.

Soweit sich die Notwendigkeit ergab, hat das Palästina-Amt auch mit dem *Hilfsverein der Juden in Deutschland e. V.* zusammengearbeitet, und Facharbeiter, die aus Palästina angefordert wurden, aus dem Kreise der beim Hilfsverein gemeldeten Menschen ausgewählt. Da bekanntlich auch die Agudas Jisroel eine bestimmte Anzahl von Zertifikaten erhält, deren Bestätigung ebenfalls dem Palästina-Amt untersteht, konnte dieses einen wirksamen Einfluß auf die Hachscharah ihrer Bewerber ausüben. (Vgl. hierzu auch den Bericht der ZVfD. über ihre Beziehungen zur Agudas Jisroel und zum R. J. F.)

Das Palästina-Amt Berlin ist mit allen seinen Zweigstellen seit 1924 eine vom Reichsministerium des Innern anerkannte gemeinnützige Auswanderer-Beratungsstelle. In dieser Eigenschaft erteilt es Atteste über die Ernsthaftigkeit von Uebersiedlungsplänen zwecks Vorlage bei den allgemeinen Auswanderer-Beratungsstellen, stellt zur Vorlage bei der Reichsbank Dringlichkeitsbescheinigungen für bevorzugten Kapital-Transfer nach Palästina aus und teilt Kreditbriefe für Touristenreisen zu.

*

Der Aufbau des Palästina-Amtes hat sich seit 1933 sehr differenziert. An der Spitze des verwaltungstechnischen Apparates steht die *Palästina-Amts-Leitung* (gegenwärtig bestehend aus den Herren Dr. *Franz Meyer* und *Arthur Rau*), die vom Geschäftsführenden Ausschuß der ZVfD. bestätigt werden muß.

Unabhängig hiervon fungiert die *Große Palästina-Amts-Kommission*, die gemäß den Vorschriften des Kongreß-Statuts der Palästina-Aemter zusammengesetzt ist. Sie legt die Richtlinien in der Zertifikatsverteilung fest und wählt ein *Präsidium*, das die Arbeit des Palästina-Amts beaufsichtigt. Zu Beginn der Berichtsperiode war das Palästina-Amt lediglich eine Stelle, der die Verteilung der auf Deutschland entfallenden Zertifikate oblag, eine Aufgabe, die ohne Schwierigkeiten durch einen ganz kleinen

Kreis von hauptsächlich ehrenamtlichen Mitarbeitern gelöst werden konnte. Als im Jahre 1933 die Zahl der Bewerbungen um Zertifikate in die Tausende ging, mußte das Arbeitssystem des Palästina-Amtes grundlegend geändert werden. Einer besonderen *„Zertifikats-Abteilung"* wurde die Vorbereitung der Zertifikatsanträge, deren Entscheidung durch die ehrenamtlich tätige Palästina-Amts-Kommission getroffen wird, übertragen.

Ein umfangreiches Karthotheken-System, das auf Grund der praktischen Erfahrungen im Laufe der Zeit immer mehr verbessert wurde, die Angliederung einer Passage- und Paßabteilung waren die Hilfsmittel, derer man sich bediente.

Neben den Zertifikats-Bewerbungen bestand in den weitesten Kreisen des jüdischen Publikums das Bedürfnis nach einer eingehenden Information über die Auswanderungsmöglichkeiten nach Palästina, sowie die Einordnungs- und Arbeitsmöglichkeiten im Lande. Schon im Spätwinter 1932/33 wurde daher eine besondere *Beratungsabteilung* geschaffen, die ein halbes Jahr lang durchweg von ehrenamtlich tätigen Zionisten geführt wurde.

Schon nach kurzer Zeit stellte sich jedoch heraus, daß die zu behandelnde Materie eine Spezialisierung und eine besondere Einarbeitung der Berater erforderlich machte.

So trat neben die *„Allgemeine Beratung"*, die sich mit Fragen der Einwanderungs-Bestimmungen, der Einordnungs- und Arbeitsmöglichkeiten in Palästina, der erforderlichen Hachscharah usw. befaßte, eine *„Juristische Abteilung"*, die das inzwischen recht kompliziert gewordene Gebiet der Devisen- und Transfer-Bestimmungen bearbeitet, und eine *„Wirtschaftsabteilung"*, die in erster Linie Fragen industrieller Neugründungen, sowie Export- und Importmöglichkeiten zu behandeln hat. Dazu bestand eine Zeit lang eine besondere *„Landwirtschaftliche Abteilung"*, unter der Leitung eines erfahrenen palästinensischen Landwirtes, die in Ansiedlungsfragen Auskünfte erteilen konnte.

Zur Bearbeitung von Anträgen für Handwerker-Zertifikate entstand die Abteilung *„Handwerker-Alijah"*.

Die neben der persönlichen Beratung erforderlich gewordene schriftliche Information wurde von der Abteilung für *„Veröffentlichungen"*, die in der Berichtsperiode eine größere Anzahl von Broschüren herausgegeben hat, übernommen. So bietet der gegenwärtige Aufbau des Palästina-Amtes Berlin, um dessen Gestaltung besonders *Walter Tempel* bemüht war, folgendes Bild:

Zertifikats-Abteilung mit Passageabteilung und Paß-Abteilung,
Abteilung Allgemeine Beratung,
Juristische Abteilung,

Abteilung Wirtschaftsberatung,
Abteilung Handwerker-Alijah,
Abteilung Veröffentlichungen,
Organisations-Abteilung.

Im Zusammenhang mit der Arbeit des Berliner Palästina-Amtes mußte eine entsprechende Ausdehnung auf das ganze deutsche Reichsgebiet erfolgen. Es war erforderlich, über die Zertifikats-Bewerber aus dem ganzen Reich möglichst rasche und zuverlässige Auskünfte einholen zu können, es war ferner notwendig, den Menschen im Reich die Möglichkeit einer ausführlichen Palästina-Beratung zu erschließen, anstatt sie zu den oft kostspieligen und zeitraubenden Reisen nach Berlin zu drängen.

Daher bestätigte man zunächst im Sommer 1933 in jeder zionistischen Ortsgruppe ein Vorstandsmitglied als Vertrauensmann des Palästina-Amtes; im Laufe der Zeit wurde eine besondere Zusammenfassung dieser Vertrauensmänner durchgeführt. In 22 deutschen Städten wurden *Zweigstellen* des Palästina-Amtes errichtet, die so verteilt sind, daß etwa auf jedes Land, beziehungsweise jede preußische Provinz mindestens eine Zweigstelle fällt. Durch den Erlaß der Reichsstelle für das Auswanderungs-Wesen wurden nach Beschluß des Herrn Reichsministers des Innern — vom 12. 7. 1934, Nr. IV 6042 11/7. 6 — diese 22 Zweigstellen als „gemeinnützige Auswanderer-Beratungsstellen hinsichtlich der Beratung jüdischer Auswanderer nach Palästina" anerkannt. Die Leiter der Zweigstellen wurden namentlich von der Reichsstelle für das Auswanderungswesen bestätigt und den Auswandererberatern der deutschen Beratungsstellen im Rahmen ihres Tätigkeitsbereichs gleichgestellt.

Nach der Rückgliederung des Saargebietes wurde in Saarbrücken ebenfalls eine Zweigstelle eingerichtet. Somit bestehen zur Zeit folgende Zweigstellen:

1. Beuthen, 2. Breslau, 3. Darmstadt, 4. Dortmund, 5. Dresden, 6. Düsseldorf, 7. Erfurt, 8. Essen, 9. Frankfurt/M., 10. Hamburg, 11. Hannover, 12. Karlsruhe, 13. Köln, 14. Königsberg i. Pr., 15. Leipzig, 16. Magdeburg, 17. Mannheim, 18. München, 19. Nürnberg, 20. Saarbrücken, 21. Stettin, 22. Stuttgart.

Die Zweigstellen haben hinsichtlich der Beratung die gleichen Aufgaben wie das zentrale Palästina-Amt Berlin. Ihnen liegt auch die Betreuung der Vertrauensstellen ihres Bezirkes und Veranstaltungen von Bezirkstagungen des Palästina-Amtes ob.

Sodann fungieren weiter etwa 350 *Vertrauensstellen*, deren hauptsächliche Aufgabe in der Ausgabe von Zertifikatsantragsformularen und in der Auskunftserteilung gegenüber dem Berliner

Amt über die Zertifikats-Bewerber ihres Arbeitsgebietes besteht. Der Pflege der Zusammenarbeit und der Information der Zweig- und Vertrauensstellen dienen regelmäßig (in etwa dreiwöchentlichen Abständen) erscheinende ausführliche Informations-Rundschreiben des Palästina-Amtes Berlin, ferner zentrale Arbeitstagungen, die in der Berichtsperiode etwa halbjährlich in Berlin stattfanden, sowie besondere Bezirksarbeitstagungen einmal im Jahr.

Selbstverständlich konnte man sich dem Ausbau der Zweig- und Vertrauensstellen-Organisation erst in einem verhältnismäßig späten Zeitpunkt widmen, nämlich nachdem die organisatorischen Fragen der Zentrale endgültig geregelt waren.

Ein besonderes Statut, das vor allem die Arbeit der Zweig- und Vertrauensstellen im einzelnen regeln soll, befindet sich zur Zeit in Vorbereitung.

Auf reisetechnischem Gebiet hat das Palästina-Amt es auch als seine Aufgabe angesehen, die Palästina-Auswanderer nicht nur hinsichtlich ihrer Ausreise (Tätigkeit der Passage-Abteilung), sondern auch hinsichtlich ihrer *Umzugstransporte* zu betreuen. Um die Auswanderer vor Uebervorteilung durch Speditionsfirmen zu schützen, die sich besonders während der ungeregelten Alijah des Jahres 1933 bemerkbar machte, wurde mit einer Anzahl Berliner jüdischer Speditionsfirmen, die längere Erfahrungen in Palästina-Transporten aufzuweisen hatten, ein Vertrag abgeschlossen, wonach sich diese Spediteure zur Beobachtung festgestellter Richtlinien bezüglich Verpackung, Transport-Bedingungen und Preisgebarung verpflichteten. In Beschwerdefällen steht dem Palästina-Amt das Recht zu, in das Verfahren einzugreifen und von dem betreffenden Spediteur genaue Aufklärung zu verlangen.

Dieses Abkommen hat schon in einer großen Anzahl von Fällen seine Daseinsberechtigung erwiesen und wird noch im Laufe dieses Winters auch auf andere Firmen im Reich erweitert werden.

Ein ähnlicher Vertrag wurde mit zwei Versicherungsfachleuten abgeschlossen, die die einwandfreie Unterbringung und Regelung von *Umzugs-Versicherungen* zu gewährleisten haben.

Ein Sondergebiet bildet der *Informationsdienst* für Steuer- und Devisen-Recht, eine Einrichtung, die zur Zeit probeweise eingeführt wird. Der Zweck des Informationsdienstes ist die Unterrichtung hauptsächlich der privaten Devisen-, Steuer- und Transfer-Berater über die laufenden Neuregelungen auf diesem Gebiet. Der Informationsdienst wird mit dem Ziel durchgeführt, die Auskunftserteilung und Arbeitsweise der verschiedenen privaten Beratungsstellen hinsichtlich der Palästinawanderung einheitlich

zu gestalten. Der Informationsdienst erstreckt sich zur Zeit auf ca. 300 Berater.

Selbstverständlich fällt in das Arbeitsgebiet der Organisationsabteilung noch eine große Anzahl von einzelnen Aufgaben, deren Erfüllung einen möglichst reibungslosen Ablauf in der Erledigung der Angelegenheiten einer so großen Institution, wie es das Palästina-Amt mit seinen Zweig- und Vertrauensstellen darstellt, sich erstellt.

Allgemeine Beratung

Die Allgemeine Beratung wurde ausgebaut, seitdem Anfang 1933 Palästina in den Mittelpunkt des Interesses gerückt ist. Das Palästina-Amt hat es im Frühjahr 1933 übernommen, allen aufsuchenden Menschen, die sich in ihrer bisherigen Existenz bedroht fühlten oder ihre Existenz bereits verloren hatten, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Die Aufgabe der Allgemeinen Beratung des Palästina-Amtes ging von Anfang an über eine Auskunftserteilung im üblichen Sinne hinaus. Sie stellte eine Beratung dar, die die Menschen gleichzeitig mit den wirtschaftlichen und formellen Schwierigkeiten auch mit den inneren Problemen einer Einordnung in den jüdischen Volkskörper Palästinas vertraut machte. Es war offensichtlich, daß gleichzeitig damit den im zionistischen Sinne verantwortlichen Mitarbeitern des Palästina-Amtes ein neues und wichtiges Tätigkeitsgebiet zufiel. Der Strom der Auswanderung mußte so gelenkt werden, daß sich ihr produktiver Teil, und möglichst nur dieser, Palästina zuwandte. Die Informationen, die die Allgemeine Beratung zu erteilen hatte, standen unter dem Leitsatz, daß der neue Aufbau einer Existenz — vielfach im neuen Beruf — nur im Rahmen eines in allen Teilen wirtschaftlich gesunden Ganzen auf die Dauer gewährleistet ist. Im Anfang der Tätigkeit war es eine der Hauptaufgaben, den zu uns kommenden Menschen unter diesem Gesichtspunkt die Notwendigkeit einer intensiven Hachscharah verständlich zu machen.

Bei Aufnahme der Tätigkeit der Beratung war es fernerhin von großer Wichtigkeit, falsche Vorstellungen über die Möglichkeit einer sofortigen nutzbringenden und krisenfesten Investierung von kleinsten Kapitalien (£P 1000!) zu zerstören und darauf aufmerksam zu machen, daß lediglich auf die augenblickliche Konjunktur abgestellte Unternehmungen eine sehr starke Gefahr in sich bergen, der investierten Mittel auch bei Eintritt der leichtesten Krise verlustig zu gehen.

Die Besucherzahl in den letzten 22 Monaten hat naturgemäß geschwankt. Als charakteristisch darf hervorgehoben werden, daß sich nach dem August des Jahres 1935 der Zustrom zur Beratung für eine gewisse Zeit sehr wesentlich verstärkte, trotzdem sich eine größere Kenntnis der allgemeinen Auswanderungsbedingungen in den weiten Kreisen verbreitet hat. Es hat sich mit der fortschreitenden Aufklärung erreichen lassen, daß Menschen, die in Anbetracht ihres Alters dafür in Frage kommen, sich fast stets unmittelbar an die chaluzischen Verbände gewandt haben. Seit einigen Monaten wird auch die Beratung in den Fragen, die mit der Ueberführung der Jugendlichen von 15 bis 17 Jahren nach Palästina zusammenhängen, unmittelbar von den Organisationen der Jugend-Alijah erledigt. Auf Grund der Besuchs-Statistik ergibt sich aber, daß der Anteil nicht in demselben Umfang, in dem junge Menschen von den chaluzischen Verbänden erfaßt werden, zurückgeht. Man kann daraus den Schluß ziehen, daß in der Judenheit in Deutschland noch sehr umfangreiche, durchaus für Palästina in Frage kommende Reserven vorhanden sind, die erst im weiteren Verlauf der 1933 eingeleiteten politischen Entwicklung nach und nach für Palästina interessiert werden.

Es dürfte ferner feststehen, daß infolge der zweijährigen Erfahrungen der bisherigen Einwanderer das Interesse für Berufsfragen auch bei den sogenannten Kapitalisten ganz wesentlich gestiegen ist. Infolgedessen mußte die Beratung im Laufe der Zeit auf eine immer genauere Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse Palästinas aufgebaut werden.

Es bleibt nach wie vor Aufgabe der Beratung, die Menschen vor Schritten zu warnen, die für sie Kraft- und Zeitverlust darstellen, d. h. Herausschiebung oder Verkürzung der Umschichtung, Nichterlernen der hebräischen Sprache, vorzeitige Stellung eines Zertifikatsantrages usw.

Entsprechend der verschiedenen Frequenz hat die Zahl der Berater geschwankt. Sie betrug am Anfang sechs Personen, die von morgens bis nachmittags dem Publikum zur Beratung zur Verfügung standen. Sie sank Ende vergangenen Jahres auf zwei Berater und steht zur Zeit unter Berücksichtigung der weitgehenden Spezialisierung wieder bei drei Beratern, die fünfmal wöchentlich Sprechstunde halten und außerdem schriftliche Anfragen brieflich beantworten.

Die Schwankungen in der Korrespondenz entsprechen fast immer denen der mündlichen Beratung. Der tägliche Eingang an Briefen für die Allgemeine Beratung betrug noch im Oktober 1935 60—100 Stück durchschnittlich.

Wirtschaftsberatung

Der gerade in Deutschland prozentual hohe Anteil der vermögenden Kreise an der Auswanderung nach Palästina machte sich in der Tätigkeit der allgemeinen Beratung insoweit bemerkbar, als wirtschaftliche Spezialfragen gegenüber solchen Fragen in den Vordergrund traten, die sich auf erste Informationen bezogen. Vor allem interessierte eine konstruktive und möglichst schon hier weitestgehend vorbereitete Anlage kleinerer und größerer Kapitalien in Palästina, und zwar in industriellen wie gewerblichen Unternehmungen. Es stellte sich heraus, daß gerade die wirtschaftlich ernst zu nehmenden Kreise die Verlegung ihrer Betriebe oder Inangriffnahme aussichtsvoller Neugründungen in weitem Maße von diesen speziellen Informationen abhängig machten.

Aus diesen Gründen, vor allem aber auch, um soweit wie möglich Fehl- und Doppelinvestitionen verhüten zu können, glaubte das Palästina-Amt eine den Bedürfnissen der von ihm betreuten Kreise angepaßte besondere Wirtschaftsberatung einrichten zu müssen. Die Wirtschaftsabteilung arbeitet, gestützt auf die vorhergegangene Tätigkeit der von Dr. Georg Strauß und Paul Boroschek geleiteten „Palästina-Wirtschafts-Stelle", als Sonderabteilung des Palästina-Amtes seit dem Januar 1934.

Das Palästina-Amt war sich klar darüber, daß lediglich Informationsmaterial, das in zuverlässigen palästinensischen zentralen Wirtschaftsstellen gesammelt und ständig ergänzt wurde, für diesen Zweck geeignet war. Es schloß aus diesem Grunde einen Vertrag mit dem *American Economic Committee for Palestine*, Tel-Aviw.

Auf Grund des Abkommens stehen dem Palästina-Amt zur Verfügung:

a) Spezial-Berichte aus allen Zweigen industrieller und landwirtschaftlicher Tätigkeit. Diese Ausarbeitungen werden vom Palästina-Amt auf Grund der ihm von inländischer Interessenseite zugehenden Anfragen beim A. E. C. angefordert.

b) Ergänzungsberichte zu den im Archiv bereits vorliegenden Ausarbeitungen.

c) Informationen über neue Unternehmungen, Statistiken und andere wichtige wirtschaftliche Daten sowie Presseausschnitte.

Endlich erledigt das Palästina-Amt sämtliche beim A. E. C. eingehenden Anfragen aus Deutschland.

Seit dem Januar 1934 wurden dem A. E. C. 255 Spezialanfragen zur Bearbeitung weitergeleitet. Das dem Publikum schon hier auf Anfrage sofort zur Verfügung stehende Expertisenmaterial ist auf 272 Ausarbeitungen angewachsen.

Außerdem gehören zur Materialsammlung der Wirtschaftsberatung die wichtigste Wirtschaftsliteratur und Presse, also: „Palnews", „Palestine Gazette", „Palestine Commercial Bulletin", „Eildienst für Außenhandel und Auslandswirtschaft", Zeitschrift „Palästina".

Sämtliche Daten und Ausarbeitungen sind in einer Materialkartothek nach Sachgebieten registriert.

Da diese Beratung sich auf das Gebiet der freien Wirtschaft erstreckt, muß sie sich naturgemäß auf objektives Informationsmaterial beschränken. Die Expertisen des A. E. C. werden im allgemeinen etwa nach folgenden Gesichtspunkten ausgearbeitet: Feststellungen über den vorhandenen Bedarf und seine Deckung, über die einheimische Industrie und ihren Aufbau, über die Beschaffungsmöglichkeiten für Rohmaterialien, über Import- und Exportmöglichkeiten, Zollverhältnisse u. a. m. Jede gutachtliche Aeußerung wird prinzipiell vermieden.

Während es auf der einen Seite im Wesen der Sache liegt, daß die erteilten Auskünfte die selbständige Privatinitiative nur unterstützen und nicht ersetzen sollen, muß auf der anderen Seite betont werden, daß für eine restlose statistische Erfassung dieses Gebietes auch in Palästina die finanziellen Mittel fehlen (Institute für Konjunkturforschung, Handelskammern nach europäischen Maßstäben oder ähnliche Stellen sind nicht vorhanden).

Die Beratung betrachtet es weiterhin als ihre Aufgabe, stets darauf aufmerksam zu machen, daß bei der rapiden inneren Entwicklung des Landes immer mit starken Schwankungen im Bedarf zu rechnen ist.

Die Wirtschaftsabteilung sammelt endlich die von palästinensischen Unternehmungen beim Palästina-Amt Berlin einlaufenden Anfragen nach Spezialarbeitern. Durch den entsprechenden Ausbau einer Facharbeiter-Kartothek ist es bereits gelungen, besonders qualifizierte Arbeitskräfte außerhalb des regulären Labour-Schedules, im Rahmen der in Deutschland für Arbeitsvermittlung geltenden Bestimmungen, nach Palästina zu bringen.

Nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen nehmen die Devisen-Bewirtschaftungsstellen nur dann Anträge auf Genehmigung der Ausfuhr von Kapital (bei Beträgen von £P 1000 und mehr) entgegen, wenn die öffentliche Auswanderer-Beratungsstelle ein Gutachten über Angemessenheit der Höhe der beantragten

Summe und über die mutmaßliche wirtschaftliche Durchführbarkeit des Vorhabens erstattet hat. Die Auswanderer-Beratungsstellen verlangen ihrerseits bei Anträgen, die über £P 1000 hinausgehen, die Vorlage eines spezifizierten Projektes. Das Palästina-Amt Berlin stellt den Antragstellern das bei ihm befindliche Material zur Anfertigung von Projekten zur Verfügung und erklärt sich auch bereit, ein amtliches Vorgutachten zwecks Vorlage bei den Auswanderer-Beratungsstellen zu erstatten.

Mit dieser gutachtlichen Tätigkeit wurde die Wirtschaftsabteilung betraut, die insbesondere in den Monaten September bis Dezember 1935 eine erhebliche Inanspruchnahme zu verzeichnen hatte. Es gingen oft täglich bis zu zehn Anträge auf Erstattung eines Vorgutachtens ein.

Diese Tätigkeit führte zu einer engeren Verbindung mit der Arbeit des Keren Hajessod, da sie in einem gewissen Rahmen einen Ueberblick über die sonst nicht kontrollierbare Auswanderung von sog. Kapitalisten ermöglicht.

Handwerker-Alijah

Die Abteilung *Handwerker-Alijah* wurde am 1. Juni 1933 eingerichtet, um die Anträge auf Erteilung eines Handwerker-Zertifikats nach Kategorie A III der palästinensischen Einwanderungsbestimmungen geordnet zentral bearbeiten zu können. Die Palästina-Regierung stellte im Frühjahr 1934 der Britischen Paßstelle in Berlin 200 Zertifikate dieser Kategorie zur Verfügung, die fast restlos verbraucht worden sind. Die noch vorhandenen Zertifikate bleiben denjenigen Bewerbern vorbehalten, die bis zum Juni 1935 ihre Anträge eingereicht, aber bis heute noch nicht das erforderliche Vorzeigegeld von £P 250 von der Reichsbank in Bardevisen zugeteilt erhalten haben.

Seit Erlaß der Nürnberger Gesetze ist die Zahl der Bewerber nach Kategorie A III erheblich gestiegen. Schichten der jüdischen Bevölkerung in Deutschland, die bis dahin wirtschaftlich durch die Neuordnung der Verhältnisse wenig oder gar nicht betroffen waren, traten nunmehr dem Gedanken einer Auswanderung nach Palästina näher. Die Zahl der Bewerber um ein Handwerker-Zertifikat stieg seit August 1935 ununterbrochen. Es handelt sich fast ausnahmslos um langjährige, gut ausgebildete und wirtschaftlich solide fundierte Handwerker, deren Einwanderung für den Aufbau von größter Bedeutung sein kann.

Diese Tatsache veranlaßte das Palästina-Amt Berlin, sich an die Jewish Agency mit der Bitte zu wenden, bei der Palästina-

Regierung erneut die Zuteilung einer größeren Zahl von Zertifikaten der Kategorie A III für Einwanderer aus Deutschland zu erwirken.

Diese bisher noch unerfüllte Forderung sollte mit allem Nachdruck unterstützt werden. Wenn nicht bald eine Zuteilung von Handwerker-Zertifikaten erfolgt, so müßten die zahlreichen Bewerber in dieser Kategorie ein Zertifikat der Kategorie C (Arbeiter-Zertifikat) beantragen. Diese Belastung des Arbeiter-Schedules würde wiederum den schon an sich knappen Anteil der chaluzischen Einwanderung weiter schmälern und sollte daher unter allen Umständen vermieden werden.

Ferner muß die Forderung erhoben werden, daß die gegenwärtig geltende Liste der anerkannten Handwerkszweige erweitert wird. Das Einwanderungsgesetz sieht vor, daß die Palästina-Regierung nach freiem Ermessen die Einwanderung von Handwerkern der Kategorie A III gestatten kann, wenn deren Einwanderung nach Maßgabe der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit des Landes gerechtfertigt ist. In feststehender Praxis werden diese Voraussetzungen bei folgenden Handwerkern anerkannt:

1. Tischler und Schreiner
2. Betonarbeiter
3. Elektrotechniker
4. Maler
5. Anstreicher
6. Polsterer
7. Rohrleger
8. Glaser
9. Feinmechaniker
10. Optiker
11. Motormechaniker
12. Vulkaniseure
13. Sattler
14. Lederarbeiter
15. Polierer
16. Buchbinder
17. Buchdrucker.

In dieser Liste fehlen folgende Handwerkszweige, für die nach der jetzigen wirtschaftlichen Lage ein Bedürfnis sicherlich vorhanden ist:

1. Maurer
2. Schlosser (nicht nur Motorenschlosser)
3. Klempner
4. Drechsler
5. Weber
6. Schmiede
7. Schweißer.

Es wäre fernerhin zu erstreben, daß das Palästina-Amt an die Bewerber der Kategorie A III die gleichen zionistischen und sprachlichen Anforderungen stellt wie an die Bewerber der Kategorie C. Damit wäre wenigstens für einen kleinen Teil der Kapitalisten-Einwanderung die Forderung nach zionistischer Vorbereitung verwirklicht.

Juristische Abteilung

Als im Frühjahr des Jahres 1933 als Folge der politischen Umwälzung in Deutschland eine starke Auswanderungswelle der jüdischen Bevölkerung einsetzte, deren Hauptzielland Palästina bildete, tauchten in der Beratung der Palästina-Interessenten in immer stärkerem Umfang auch Fragen *rechtlicher* Natur auf. Insbesondere brachte es die seit 1931 in Deutschland eingeführte Devisenzwangswirtschaft mit sich, daß Fragen devisenrechtlichen Charakters zu behandeln waren. Bis zum 1. Juni 1933 wurden diese Fragen allgemein-juristischer und insbesondere devisen- und steuerrechtlicher Natur von der „Allgemeinen Beratung" mit erfaßt.

Da dieses Gebiet jedoch durch Gesetzgebung und Praxis immer schwieriger wurde, erforderte es spezielle Kenntnisse devisenrechtlicher und steuerrechtlicher Natur. Es wurde daher vom 1. 6. 33 ab eine besondere *„Juristische Beratung"* eingerichtet. Diese erstreckte sich auf die die Auswanderung betreffenden Fragen devisen- und steuerrechtlicher Natur und erfaßte im wesentlichen die Kapitalisten-Einwanderung nach Kategorie A I der palästinensischen Einwanderungsbestimmungen. Die Tätigkeit erstreckte sich zunächst auf die mündliche Beratung der Besucher, die sich über diese ihre Auswanderung betreffenden Fragen orientieren wollten, und auf die Beantwortung schriftlicher Anfragen. Die Entwicklung der Auswanderung brachte es mit sich, daß das Palästina-Amt auf dem Gebiet der Kapitaltransferierung auch von behördlicher Seite mit Aufgaben betraut wurde, die über die reine Beratung hinausgingen. Die Juristische Abteilung hat diese Aufgabe mit zu bewältigen, und ihre Tätigkeit erschöpft sich daher nicht in der eingehenden Sachberatung auf dem Gebiet des Kapitaltransfers.

Im Oktober 1933 wurde seitens der zuständigen Reichsstellen bestätigt, daß Auswanderungsprojekte, die vom Palästinaamt befürwortet waren, bei den *Auswanderer-Beratungsstellen* bevorzugt behandelt werden sollten. Bis zum Juni 1934 war es Aufgabe der Juristischen Abteilung, an dieser Begutachtung vorgelegter Projekte teilzunehmen. Im Juni 1934 ist diese Tätigkeit dann auf die Allgemeine Beratung übergegangen.

Ferner wurde im Oktober 1933 auf Grund von Verhandlungen mit der *Britischen Paßstelle* zunächst erreicht, daß Anträge auf *Einwanderungserlaubnis nach Kategorie A I* (Kapitalisten-Zertifikat) dann bevorzugt seitens der Britischen Paßstelle berücksichtigt wurden, wenn sie durch uns befürwortet waren. Auf Grund zionistischer Gesichtspunkte ist in etwa 20 Fällen diese Befürwortung bei einer Vielzahl von Anträgen erteilt worden. Anfang 1934 wurde dann diese Form der Befürwortung auf Grund einer Vereinbarung mit der Britischen Paßstelle weiter ausgebaut. Anträge auf Erwirkung der Einwanderungserlaubnis nach Kategorie A I werden jetzt direkt durch das Palästina-Amt bei der Britischen Paßstelle eingereicht und durchgeführt. Diese Tätigkeit gehört zum Aufgaben-Gebiet der Juristischen Abteilung. Seit Februar 1934 sind etwa 450 Anträge auf Erteilung der Einwanderungserlaubnis gestellt worden, die auch bis zum Juni bzw. Juli 1934 reibungslos zur sofortigen Erteilung der Einwanderungserlaubnis führten. Seit diesem Zeitpunkt hat die Britische Paßstelle mit Rücksicht auf die Entwicklung des Vorzeigegeldtransfers zunächst nur die verbindliche Zusage erteilt, nach Freigabe des Vorzeigegeldes durch die Reichsbank die endgültige Einwanderungserlaubnis zu erteilen. Es sind demgemäß auch seitdem im wesentlichen nur diese Vorbescheide erwirkt worden. Nur ausnahmsweise wurde vorzeitig in besonders gelagerten Fällen die endgültige Einwanderungserlaubnis sofort erteilt. Es schweben daher noch eine ganze Anzahl Anträge, die bisher nur zum Vorbescheid, aber noch nicht zur endgültigen Einwanderungserlaubnis geführt haben.

Auf Grund des Runderlasses 54/33 vom 28. 8. 33 wurde neben dem Sonderkonto I auch das *Sonderkonto II* geschaffen. Dieses diente dazu, Menschen, die noch nicht nach Palästina auswandern, sich aber schon jetzt dort eine Heimstätte schaffen wollten, die Möglichkeit zur Ueberführung von Kapital in gewissem Umfang zu geben. Auf Grund des Allg. Erlasses vom 27. 9. 33 wurde seitens der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung angeordnet, daß die devisenrechtliche Einzahlungsgenehmigung stets dann zu erteilen sei, wenn seitens des Palästina-Amtes bestätigt werde, daß der Antragsteller die ernsthafte Absicht zur Errichtung einer Heimstätte in Palästina habe. Nach Erschöpfung des ersten Abschnittes des Sonderkontos II wurde durch den R. E. Nr. 82/34 vom 28. 7. 34 das Sonderkonto II erneut in Kraft gesetzt und in diesem Erlaß wiederum die Beibringung der Heimstätten-Bescheinigung des Palästina-Amtes zur Voraussetzung für die devisenrechtliche Genehmigung gemacht. In einer sehr großen Anzahl sind entsprechende Anträge vom Herbst 1933 bis zum Herbst 1934 gestellt worden. Es ist auch in der Mehrzahl der Fälle den Anträgen stattgegeben worden. Insgesamt handelt es sich etwa um 500 Anträge, die in diesem Zeitraum eingehend bearbeitet worden

sind. Die Beurteilung dieser Anträge ist im wesentlichen aus dem Gesichtspunkt der Verbundenheit der Antragsteller mit Palästina und seinem Aufbauwerk erfolgt, und es mußte daher auch in einer Reihe von Fällen, in denen lediglich die Absicht des Kapitaltransfers, nicht aber die Heimstätten-Absicht vorlag, die Bestätigung abgelehnt werden.

Seit Oktober 1934 ist das Sonderkonto H durch Einzahlung des hierfür vorgesehenen Betrages geschlossen, und es können daher Anträge auf Bestätigung der Heimstättenabsicht nicht mehr erfolgen.

Durch den Allg. Erlaß vom 25. 4. 34 wurde auch die *Palästina-Touristik* in den Rahmen des Palästina-Transfers eingeordnet. Voraussetzung für die devisenrechtliche Genehmigung ist nach diesem Erlaß, der später in gewissem Umfang durch den Allg. Erlaß v. 20. 8. 35 abgeändert wurde, eine Bestätigung des Palästina-Amtes, daß die Reise der Prüfung und Vorbereitung der eigenen Auswanderung dient. Die Prüfung dieser Voraussetzung und die Erteilung dieser Bestätigung gehört zum Aufgabengebiet der Juristischen Abteilung. Es sind seit April 1934 insgesamt etwa 2650 Anträge gestellt worden, während bisher 1750 Bescheinigungen ausgefertigt worden sind. Seit Frühjahr 1935 ist mit der Erteilung der Bescheinigungen auch die entsprechende Zuteilung der Beträge verbunden, die sich innerhalb eines von der „Haavara" Ltd. festgesetzten Kontingents halten.

Die immer stärker werdende Verknappung der Barmittel an Devisen für die Palästinawanderung zur Bestreitung der Ansprüche auf Zuteilung des Vorzeigegeldes von £P 1000.—/ bzw. £P 250.—/ brachte es mit sich, daß im Sommer 1934 durch R. E. 59/34 ein *Anmeldungsverfahren* eingerichtet wurde, wonach die Zuteilung lediglich in der zeitlichen Reihenfolge der Anmeldungen erfolgt. Eine Zuteilung außerhalb der Reihenfolge in besonders gelagerten dringlichen Fällen kann auf Grund einer Ermächtigung der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung erfolgen, wenn durch das Palästina-Amt die *Dringlichkeit* des Falles *bestätigt* wird. Da infolge der Verknappung der Bardevisen die Diskrepanz zwischen Anmeldung und Zuteilung immer größer wurde, hat auch die bevorzugte Zuteilung außerhalb der Reihenfolge außerordentlich an Bedeutung gewonnen. Der Natur der Sache nach ist demgemäß auch der Wunsch auf bevorzugte Zuteilung in den interessierten Kreisen bei weitem größer als die Möglichkeit der Befürwortung, da diese sich naturgemäß in einem bestimmten nicht überspannten Verhältnis zur Gesamtzuteilung verhalten muß. Es

ist selbstverständlich auch außerordentlich schwierig, aus der Fülle der vorliegenden Anträge die einer Bevorzugung würdigen zu ermitteln. Die Tendenz in der Beurteilung der Anträge geht meist dahin, daß denjenigen Antragstellern der Vorzug gewährt wird, bei denen in objektiver Hinsicht die zweckentsprechende und sachgemäße im zionistischen Aufbauinteresse liegende produktive Verwendung des Kapitals glaubhaft erscheint, und in subjektiver Hinsicht aus den zionistischen und menschlichen Verhältnissen die Gewähr für ein verantwortungsvolles Handeln gegeben erscheint.

Es sind seit Einführung dieses Verfahren insgesamt ca. 500 Anträge gestellt worden, die einer eingehenden Bearbeitung und Prüfung unterzogen wurden.

Allein im Jahr 1935 sind insgesamt 80 Anträge mit 47.275 £P im Wege der Dringlichkeitsbescheinigung bevorzugt zugeteilt worden, wobei es sich bei 38 Zuteilungen um den vollen Betrag von £P 1000, bei 12 Zuteilungen um den Betrag von £P 250 handelte, während im übrigen nur Teilbeträge zur bevorzugten Zuteilung befürwortet sind. Im Verhältnis zu der Gesamtzuteilung an Bardevisen entspricht dies etwa 27,5 %, so daß mit anderen Worten dieser Prozentsatz der Antragsteller im Wege der Dringlichkeitsbescheinigung die Bardevisen bevorzugt zugeteilt erhalten hat. Hinsichtlich des Verfahrens steht, falls der Antrag zunächst ablehnend beschieden wird, den Abgelehnten die Beschwerde an eine dreigliedrige Kommission zu, die über den Antrag als letzte Instanz entscheidet. Bei Zuteilungen ist man in letzter Zeit ebenfalls dazu übergegangen, die für den betreffenden Monat vorliegenden Kontingente unter Berücksichtigung sämtlicher vorliegender Anträge durch die Kommission zu verteilen.

Ferner hat die Juristische Abteilung von der ersten Auflage an die Ausgestaltung der Informations-Broschüre „*Alijah*" in den die Auswanderung betreffenden Fragen, insbesondere steuer- und devisenrechtlicher Natur, übernommen und bearbeitet auch in diesem Sachgebiet die seit Oktober 1933 in zwangloser Folge erscheinenden *Informationsrundschreiben* des Palästina-Amts.

Im übrigen hat sie auch die Aufgabe, in Verbindung mit den anderen hierfür geschaffenen Stellen die Fragen der Kapitalisten-Einwanderung in vermögens- und einwanderungsrechtlicher Hinsicht zu verfolgen und, soweit erforderlich, die entsprechende Fühlungnahme mit den Behörden und anderen Stellen aufzunehmen.

Der Besuch in der *mündlichen Beratung* der Juristischen Abteilung ergibt sich aus der anliegenden Aufstellung. In der Zeit

vom April 1935 bis September 1935 war wegen Ueberlastung die mündliche Beratung auf die allgemeine Beratung übergeleitet worden. Ab Oktober 1935 ist für die mündliche Beratung und für die hiermit zusammenhängenden allgemeinen schriftlichen Anfragen ein weiterer Berater eingestellt worden.

Es haben im Jahre 1933 an 118 Tagen 1030 Besucher, im Jahre 1934 in 226 Tagen 1544 Besucher und in sechs Monaten des Jahres 1935 an 106 Tagen 684 Besucher die juristische Beratungsstelle der Abteilung aufgesucht.

Besucherstatistik der Juristischen Abteilung des Palästina-Amtes Berlin vom 1.7.1933 bis 31.12.1935

Monat	1933		1934		1935	
	Besucher	Tage	Besucher	Tage	Besucher	Tage
Januar	—	—	120	22	86	18
Februar	—	—	99	20	85	16
März	—	—	126	21	122	17
April	—	—	164	18	—	—
Mai	—	—	184	20	—	—
Juni	—	—	156	20	—	—
Juli	160	20	145	23	—	—
August	289	24	104	22	—	—
September	199	19	125	15	—	—
Oktober	159	18	123	17	170	21
November	135	21	122	16	112	18
Dezember	88	16	76	12	109	16
Zus.	1030	118	1544	226	684	106

Zertifikats-Abteilung

Die Zertifikats-Abteilung des Palästina-Amtes hat die Aufgabe, die Verteilung aller auf Deutschland entfallenden *Arbeiterzertifikate* (Kategorie C) vorzunehmen.

Die *Anträge* auf Erteilung von Zertifikaten werden sowohl bei den Zweigstellen des Palästina-Amtes als auch beim zentralen Palästina-Amt Berlin eingereicht.

Wir unterscheiden im allgemeinen zwei Gruppen von Anträgen: 1. die Anträge auf sogenannte *„freie Zertifikate"*, d. h. auf Zertifikate, die direkt bei den Zweigstellen oder beim Palästina-Amt Berlin eingereicht werden; 2. Anträge, die von den in

den *beiden Chaluzverbänden* organisierten Chawerim eingereicht werden.

Ueber die Technik der Bearbeitung sei folgendes gesagt:

Auf Grund der Einreichung erhält der Zertifikats-Bewerber eine *Registriernummer*, mit der ihm gleichzeitig zur Kenntnis gegeben wird, daß sein Antrag vorgemerkt ist. Es wird ihm sofort empfohlen, eine ärztliche Untersuchung vornehmen zu lassen. Sodann erfolgt eine Anfrage bei den Vorprüfungs-Kommissionen bzw. bei den Referenzen, die er aufgegeben hat. Außerhalb Berlins werden die Auskünfte, die über den Bewerber zu erteilen sind, sofort bei Einreichung des Antrages von der Zweigstelle an das zentrale Palästina-Amt weitergeleitet. In Berlin bestehen für die Vorprüfung der Zertifikats-Bewerber fünf Vorprüfungs-Kommissionen, die im allgemeinen durchschnittlich einmal wöchentlich tagen. Die *Vorprüfungs-Kommissionen* sind aus Mitgliedern der Ortsgruppen zusammengesetzt, von denen mindestens 1 bis 2 gute hebräische Kenntnisse aufweisen sollen. Die Vorprüfungs-Kommission beschäftigt sich mit der Feststellung der zionistischen Qualitäten des Bewerbers. Sie prüft seine beruflichen Zeugnisse und informiert sich über den Stand seiner hebräischen Kenntnisse. Die Vorprüfungs-Kommission reicht die Prüfzeugnisse dann — unterzeichnet von allen Mitgliedern — mit dem Antrage an die Zertifikats-Abteilung zurück.

Soweit die Bewerber einem der Chaluz-Verbände angehören, entfällt die Vorprüfung, da die Chaluzverbände ihre Prüfung selbst vornehmen.

Im Laufe der Bearbeitung durch die *Zertifikats-Abteilung* wird der Bewerber in der Mehrzahl der Fälle einer hebräischen Prüfung unterworfen, bei der er nachweisen muß, daß er ein Mindestmaß von hebräischen Kenntnissen bereits besitzt. Es wird erwartet, daß jeder Zertifikats-Bewerber bei der hebräischen Prüfung Kenntnisse nachweisen kann, die er bei fleißigem Lernen in einem Kursus in etwa sechs Monaten erworben hat.

Die Zertifikats-Abteilung hält dreimal wöchentlich Sprechstunden ab, in denen durchschnittlich etwa 30 Menschen sich einfinden, um sich über den Stand und die Aussichten ihrer Zertifikats-Anträge zu informieren. Die Sprechstunde der Zertifikats-Abteilung hat nicht nur den Zweck, Auskünfte zu erteilen, sondern sie stellt gleichzeitig eine Möglichkeit zionistisch-erzieherischer Einwirkung dar. Durch die ständige Fühlung mit den Zertifikats-Anwärtern ist es möglich, sie sowohl zu veranlassen, ihre beruflichen Kenntnisse zu vertiefen, als ihnen auch immer wieder die Notwendigkeit hebräischer Arbeit klarzulegen. Durch

Verteilung der Arbeiter-Zertifikate (Kategorie C)

Vom 1. April 1933 bis 31. März 1936	6870
Darunter: Mädchen	1199
Männer von 36—45 Jahren	461

Verteilung 1935

Januar	260	Juli	255
Februar	108	August	195
März	74	September	142
April	100	Oktober	62
Mai	79	November	68
Juni	190	Dezember	290
			1935: 1823

die dauernde Beeinflussung ist es möglich, sie zionistisch zu aktivieren, ihnen Freude an der zionistischen und hebräischen Arbeit zu geben, und auf diese Weise gelingt es in sehr vielen Fällen, die Wartezeit der Bewerber produktiv zu gestalten und ihre Eignung für Palästina zu verbessern. Es gelingt häufig, eine spezifische Berufseignung herauszuschälen, und es kommt vor, daß ein Antrag, der anfänglich hätte abgelehnt werden müssen, gerade durch das Ergebnis dieser Beeinflussung schließlich positiv entschieden werden kann. Die Sprechstundenarbeit der Zertifikats-Abteilung ist daher nicht nur wichtig zur Anhörung des Publikums und zur Erteilung von Informationen, sondern sie kann, richtig geführt ein Instrument erheblicher zionistischer und jüdischer Erziehungsarbeit sein.

Zuteilung und Ablehnung eines Zertifikates obliegt stets der *„Kleinen Kommission"*, einer Drei-Männer-Kommission, die aus der „Großen Kommission" des Palästina-Amtes gewählt worden ist. Die Kleine Kommission tagt mindestens dreimal wöchentlich. Die Leitung der Zertifikats-Abteilung nimmt an ihren Sitzungen teil, referiert über die einzelnen Fälle und protokolliert die Beschlüsse. Wenn eine positive Entscheidung ganz sicher erscheint, so wird der Antrag von der Zertifikats-Abteilung möglichst schnell auch der Kommission vorgelegt. Insbesondere sollen auch etwa notwendige Ablehnungen nicht nach allzu langem Warten erteilt werden. In sehr vielen Fällen stellt die Kommission Anträge zurück mit der Maßgabe, daß der Antragsteller in der einen oder anderen Hinsicht seine Qualifikation noch verbessern müsse. Von dieser Rückstellung wird dem Antragsteller unter Hinweis auf die Forderung der Kommission Kenntnis gegeben. Ein solcher Antrag wird dann nach einer von der Kommission festgesetzten

Zeit erneut bearbeitet. Die Rückstellungszeit beträgt im allgemeinen ein halbes Jahr; je nach den Bedürfnissen kann sie jedoch verlängert oder verkürzt werden.

Von dem Beschluß der Kommission wird den Bewerbern sofort Kenntnis gegeben. Gegen ihre Entscheidung kann jeder Bewerber noch einmal bei einer *Beschwerde-Kommission* vorstellig werden, die aus einem Mitgliede der Kleinen und vier Mitgliedern der Großen Kommission besteht und deren Beschlüsse endgültig sind.

Ueber die *gesundheitliche Eignung* der Bewerber entscheidet eine Anzahl von *Vertrauensärzten*, die durch einen Hauptvertrauensarzt, der im Palästina-Amt seinen Sitz hat, kontrolliert werden. Die Zahl der in Deutschland tätigen Vertrauensärzte beträgt 58. Diese Vertrauensärzte sind von der Exekutive bestätigt worden. Sie erhalten ihre Anweisungen von dem Hauptvertrauensarzt in Berlin, wohin sie auch ihre Atteste schicken.

Die *Bestätigung zur Alijah* kann grundsätzlich erst dann ausgesprochen werden, wenn der Vertrauensarzt die Unbedenklichkeit der Auswanderung bestätigt hat. Eine Anzahl Krankheiten werden von der Mandatsregierung als einwanderungsausschließend bezeichnet. Diese Bewerber können natürlich unter keinen Umständen eine Einwanderungserlaubnis erhalten. Außer diesen Bewerbern, die nur in den seltensten Fällen überhaupt zur Alijah-Untersuchung kommen, da sie vorher bereits ausgeschieden sind, gibt es eine Anzahl Menschen, deren Alijahfähigkeit durch sonstige Krankheit in Frage gestellt ist. Insbesondere ist die Einwanderung Augenkranker schwierig, sowie aller jener Menschen, deren Körperkräfte sehr erheblich herabgesetzt oder deren innere Organe in irgendeiner Weise angegriffen sind. Da die Gefahr besteht, daß eine Erkrankung im Lande wieder auftreten könnte, sind die Einwanderungsbestimmungen der Zionistischen Exekutive selbst sehr streng. In vielen Fällen muß daher die Alijah zurückgestellt werden bzw. ganz unterbleiben, und dies ist einer der Hauptgründe, der uns veranlaßt hat, jeden Menschen dringend zu ersuchen, sich auch während der Laufzeit seines Antrages vom Arzt untersuchen zu lassen. In zweifelhaften Fällen erfolgt eine Rückfrage in Palästina direkt, und nur dann, wenn der leitende Arzt in Palästina eine Einreise ausdrücklich erlaubt, wird die Bestätigung der Alijah vorgenommen.

Eine besondere Gruppe stellen jene Menschen dar, die zwar gesund, durch lange Entbehrungen und schwierige Lebensverhältnisse aber so geschwächt sind, daß sie vor ihrer Alijah eine gewisse Zeit der Erholung genießen müssen. In Anerkennung der Tatsache,

daß es sich hier oft um wertvolle Bewerber handelt, hat die Leitung der Zertifikats-Abteilung beschlossen, eine *Erholungs-Aktion* zu unternehmen. Es ist gelungen, etwa 12—15 Plätze ständig für erholungsbedürftige Olim und Oloth in jüdischen Heimen zu bekommen. Außerdem steht ein kleiner Fonds für erholungsbedürftige Einwanderer zur Verfügung. Im allgemeinen gelingt es, nach einem vierwöchentlichen Erholungsaufenthalt diese Menschen alijahreif zu machen.

Es sei noch von einer Anzahl anderer Probleme die Rede, die die Zertifikats-Abteilung besonders beschäftigen. Zunächst handelt es sich um die Fälle, deren Auswanderung aus besonderen Gründen dringend wird. Insbesondere sind es die Ausgewiesenen, diejenigen Staatenlosen, die durch den Widerruf ihrer Einbürgerung jegliche Staatsangehörigkeit verloren haben. Hier muß sehr oft die Zertifikats-Kommission aus sozialen Gesichtspunkten etwas verfrüht ein Zertifikat erteilen. Sie tut es jedoch nur dann, wenn tatsächlich die Hoffnung einer Einordnung früher oder später im Lande besteht.

Eine andere und sehr große Sorge der Zertifikats-Abteilung sind die Menschen, die im *Alter von über 35 Jahren* sich um ein Zertifikat bewerben. Nur in Ausnahmefällen können Zertifikate für Menschen über 35 Jahre ausgegeben werden. Die Zahl der Bewerbungen, die bis jetzt vorliegen, übersteigt um ein Vielfaches die Zahl der in jedem Schedule zu erwartenden Zertifikate; ja selbst die Liste der allerdringendsten Fälle, die uns jede Zweigstelle nennt, ist noch wesentlich größer als die Zahl der Zertifikate, die wir im Schedule erwarten können. Die Lage dieser Menschen ist zumeist besonders schwer. Sie sind sehr oft alte Zionisten, haben ihre Kinder zionistisch erzogen und können jetzt ihre Alijah nicht durchführen. Es ist sehr schwer, diese Menschen als Zionisten zu erhalten, da sie sich oft enttäuscht von uns wenden und die Unerfüllbarkeit ihrer Forderungen verständlicherweise nicht einzusehen vermögen. Es ist notwendig, daß in großzügiger Weise einmal für diese Gruppe von Zertifikats-Anwärtern gesorgt wird. Es ist ganz deutlich, daß es sich hier um Menschen handelt, die sehr wohl für Palästina geeignet sind, die auch beruflich noch zu schulen wären, wenn man ihnen nur eine Hoffnung auf ein Leben in Palästina geben könnte. Es ist nicht leicht, für Berufsumschichtung dieser Menschen Geld von den zentralen Stellen zu erhalten, da diese Stellen natürlich nur dann Geld aufwenden wollen, wenn die Umschichtung ein praktisches Ziel hat. Fast noch schwerer als die Aufbringung der Geldmittel ist die Uebernahme einer Verantwortung dafür, daß diese Bewerber sich

einer Umschichtung unterziehen und etwa dann doch nicht ein Zertifikat bekommen können. Andererseits ist die Zertifikats-Erteilung ohne Umschichtung in den meisten derartigen Fällen unmöglich, und ohne Umschichtung ist auch die Möglichkeit einer Einordnung im Lande nicht gegeben. So ist die Frage der über 35jährigen treuen Zionisten, deren Forderungen wir im Augenblick nicht erfüllen können, eine der brennendsten und unbefriedigendsten in unserer Arbeit geworden. Wir versuchen, in geeigneten Fällen wenigstens die Kinder solcher Bewerber zur Jugendalijah zu bringen, um von daher die Auswanderung vorzubereiten.

Das dritte Sonderproblem bieten die *Flüchtlinge*. Alljährlich werden für die aus Deutschland seit dem April 1933 ausgewanderten Menschen Sonder-Zertifikate ausgegeben, deren Bestätigung in Deutschland vorgenommen wird, deren Erteilung aber in London erfolgt. Zweimal jährlich fahren von der Kommission entsandte Mitarbeiter in die Flüchtlingsländer, um Rücksprache mit den Flüchtlingen und mit den Flüchtlings-Komitees zu nehmen und die Frage der Alijah der Einzelnen an Ort und Stelle zu besprechen. Es werden auch dort Versuche gemacht, Flüchtlinge zur Hachscharah zu bringen und ihre Qualifikation für die Alijah zu verbessern.

Wir arbeiten hierbei Hand in Hand mit den *Palästina-Aemtern der Nachbarländer* und mit den dortigen *Flüchtlings-Komitees*. Es ist verständlich, daß die Ansprüche an die Auswanderungsqualität der Flüchtlinge nicht denen entsprechen können, die wir an Menschen stellen, die hier eine Hachscharah durchgemacht haben, leben sie doch unter wesentlich erschwerten Bedingungen und in Verhältnissen, die sehr oft einen Aufschub der Auswanderung nicht mehr dulden. Trotzdem werden wir uns weiter darum bemühen, daß die Ausbildung der Flüchtlinge fortschreitet und ihre Einwanderungs-Qualität ständig gehoben wird.

Die Arbeit der Zertifikats-Abteilung ist überaus problematisch. Es stehen sich hier gegenüber: Forderung und Ermöglichung der Erfüllung der Forderung, Forderung an uns selbst, mit dem Mittel der Zertifikats-Erteilung zionistische Arbeit zu leisten, und Forderung an die Zertifikats-Bewerber, sich zu zionisieren und ihr Leben so zu verändern, daß sie positiv zum Aufbau Palästinas beitragen können. In der täglichen Arbeit der Zertifikats-Abteilung sieht man sich immer der Alternative gegenüber, für die Lösung eines Einzelschicksals oder die Lösung der jüdischen nationalen Frage zu arbeiten. Die Zertifikats-Abteilung ist bestrebt, dieser Alternative ihre Unlöslichkeit zu nehmen und durch Beein-

flussung der Einzelnen eine Uebereinstimmung des nationalen mit dem individuellen Interesse anzubahnen. Soziale und nationale Gesichtspunkte stehen oftmals in einem gewissen Widerspruch. Unsere Bemühung geht dahin, in allen Fällen einen gerechten Ausgleich zu finden.

Passageabteilung

Ist die Alijah bestätigt, so wird die Ausreise von der *Passage-Abteilung*, die zur Zertifikats-Abteilung gehört, durchgeführt. Das englische Konsulat erteilt auf Grund der Einreichung der Zertifikate, der Pässe und der Gesundheits-Zeugnisse das Visum.

Die Passage-Abteilung hat die Möglichkeit, für alle Klassen der Palästina-Fahrer Schiffskarten auszustellen. Auf Wunsch besorgt die Passage-Abteilung auch die Bahnkarten. Wir haben im allgemeinen zweimal monatlich einen Transport von 250 bis 300 Menschen, die von Berlin bis Triest gemeinsam fahren und von dort gemeinsam aufs Schiff gehen. Es wird versucht, jedesmal die Transporte so zusammenzustellen, daß Menschen, die hier gemeinsam in Hachscharah gewesen sind, auch gemeinsam zur Alijah kommen, damit sie auch in Erez Jisrael möglichst sich gemeinsam einordnen können. So kommt es, daß der eine Transport vorwiegend Inhaber von „D", d. h. von Verwandten-Anforderungs-Zertifikaten, umfaßt, der andere Chaluzim, der dritte vorwiegend Jugend-Alijah. Jedem Transport wird mindestens ein Reisebegleiter beigegeben, der nicht nur die Sorge für die Auswanderer auf dem Wege übernimmt, sondern der gleichzeitig die Einordnung der Einwanderer vorzubereiten hat. Nur so ist es möglich, die Menschen dahin zu beeinflussen, in Palästina auf dem Lande zu bleiben.

Die Schiffspreise sind von der Jewish Agency vertraglich mit dem Lloyd Triestino vereinbart. Vereinzelt geben wir auch Schiffskarten über die Linie Messageries Maritimes (Marseille) aus, und in wenigen Fällen werden auch Menschen über Polen, d. h. über Konstanza mit der Gdynia-Amerika-Linie, geschickt.

Ein großer Teil der auswandernden Chaluzim hat nicht die Mittel die *Kosten der Alijah* selbst zu tragen. In diesen Fällen gibt das Palästina-Amt *Zuschüsse* für die Ausreise. Es ist hierbei zu betonen, daß diese Zuschüsse lediglich für die Ausreise gegeben werden, nicht aber für Gepäckbeförderung bzw. Ausstattung. Der Zuschuß umfaßt die Kosten für die Zertifikats-Erteilung, die Kosten für das Visum, für die Kopf- und Hafensteuer, für die ärztliche Untersuchung und für die Fahrt selbst. Die Gesamtkosten

eines Palästina-Fahrers der Kategorie C betragen etwa 200 RM. Alle Zuschüsse werden lediglich als Darlehen gegeben. So ist die rechtliche Grundlage geschaffen, diese Zuschüsse in Palästina wieder einzuziehen. Die zurückgezahlten Darlehen werden grundsätzlich für die gleichen Zwecke wieder verwendet.

Die Kosten der Reisezuschüsse werden gemäß den Beschlüssen des Haushaltsausschusses der Reichsvertretung vom 8. und 9. Dezember 1935 folgendermaßen aufgebracht:

a) in Berlin tragen die Reichsvertretung und die Jüdische Gemeinde je die Hälfte; die Prüfung der Bedürftigkeit obliegt dem Palästina-Amt;

b) in anderen Gemeinden, die nicht von der Reichsvertretung als Notgemeinden anerkannt sind, tragen die örtliche Gemeinde und die Reichsvertretung je die Hälfte. Die Prüfung der Bedürftigkeit obliegt der örtlichen Gemeinde. Stellt diese die Bedürftigkeit fest und hat sie die Hälfte des Bedarfs gezahlt, so zahlt das Palästina-Amt zu Lasten der Reichsvertretung ohne weiteres die andere Hälfte;

c) in Notgemeinden prüft die örtlich zuständige Gemeinde die Bedürftigkeit. Das Palästina-Amt zahlt auf Grund der von der örtlichen Gemeinde eingereichten Unterlagen zu Lasten der Reichsvertretung den ganzen benötigten Betrag.

Veröffentlichungen

Das verstärkte Bedürfnis nach einer sachlichen Information über Palästina hat das Palästina-Amt dazu bewogen, eine Reihe von Veröffentlichungen im Druck erscheinen zu lassen. Außer einigen kleinen Broschüren sind zu nennen:

1. *„Alijah"*. Der leitende Gedanke bei dieser Veröffentlichung war die Zusammenfassung aller für den Palästina-Wanderer wichtigen Fragen in möglichst knapper und übersichtlicher, von jedem Beiwerk losgelöster Form. Es ergab sich organisch die Zweiteilung: „Vorbereitung der Auswanderung" und die „Tatsachen Palästinas".

Aus einem kleinen Heft von 16 Seiten entwickelte sich im Laufe der letzten 2½ Jahre eine stattliche Broschüre von ca. 180 Seiten im Großformat. Insgesamt sind bisher acht Auflagen mit 58000 Exemplaren erschienen. Die ersten sieben Auflagen waren stets vor Erscheinen der nächsten restlos vergriffen. Bei der Redaktion war das Bestreben maßgebend, alles Ueberflüssige fortzulassen und das Notwendige in möglichst verständlicher Form

zu bringen. Es hat sich jedoch bei der Häufung des Materials nicht vermeiden lassen, daß der Umfang der Broschüre von Auflage zu Auflage wuchs.

Neben der Aufgabe, das breite Publikum über die Vorbereitung für Palästina und die Notwendigkeiten des Landes zu informieren, hat sich die „Alijah" unmerklich durch die sorgfältige Durcharbeitung ihrer letzten Auflagen zu einem Standardwerk über verschiedene Fachfragen herausgebildet. (So z. B. der juristische Teil, der von den meisten sich mit der Materie befassenden Anwälten in ihrer Praxis herangezogen wird.) Ferner haben Referenten für zionistische Versammlungen, Seminare usw. hier übersichtliches und für ihre besonderen Zwecke leicht zu verwendendes Material gefunden. Der letzten Auflage der „Alijah" ist eine im Auftrage des Palästina-Amtes für diesen Zweck besonders gezeichnete *Palästina-Karte* beigefügt worden. Aus dem Wunsch heraus, möglichst weiten Schichten des jüdischen Publikums in Deutschland die Broschüre zugänglich zu machen, hat das Palästina-Amt den Verkaufspreis außerordentlich niedrig gehalten; die Verbreitung der Broschüre hat diese Maßnahme vollauf gerechtfertigt.

2. *Chinuch.* Den praktischen Fragen des Erziehungswesens in Palästina, den Schul- und Ausbildungsfragen war die Broschüre „Chinuch" gewidmet, die in zwei Auflagen von je 3000 Exemplaren im Herbst und Winter 1933 erschien. Leider war die Beschaffung von neuem Material und die Vervollständigung mancher unzureichenden Angaben unmöglich, so daß eine weitere Auflage unterbleiben mußte.

3. *Universitäts-Prospekt.* Auf Grund des vorliegenden Prospekt- und Korrespondenzmaterials der Hebräischen Universität Jerusalem wurde für die letzten zwei Lehrjahre ein Lehrprogramm der Hebräischen Universität zusammengestellt und im Hausdruck in vier Auflagen und 1500 Exemplaren herausgegeben. Der Darstellung der Formalitäten für die Aufnahme von Studierenden aus Deutschland ist breiter Raum gewährt worden. Die Nachfrage auch aus anderen interessierten Ländern war stärker, als man ursprünglich erwarten konnte.

4. *Technikum-Prospekt.* Analog zu den Universitäts-Broschüren wurde in drei Auflagen ein Prospekt über Aufnahmebedingungen und Lehrplan des Hebräischen Technikums in Haifa herausgegeben.

5. Eine Sonderveröffentlichung des Palästina-Amtes stellt die Broschüre *„Im Auto nach Palästina"* dar, die in Zusammenarbeit mit einem jüdischen Automobil-Klub und auf Grund von Originalberichten von Reisenden, die die Autofahrt auf dem Landwege durchgeführt haben, herausgekommen ist. Diese handliche Broschüre mit einer Uebersichtskarte erschien in zwei Auflagen mit insgesamt 1500 Exemplaren.

6. Die verstärkten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Palästina ließen die Herausgabe eines *„Palästinensischen Zolltarifs mit Zollgesetzen"* in deutscher Sprache als notwendig erscheinen. Bei den Vorbereitungen stieß man jedoch sogleich auf die Schwierigkeit, daß das Original-Material der Palästina-Regierung selber große Lücken aufwies, und daß es vor allem völlig unsystematisch in verschiedenen auch zeitlich auseinander liegenden Publikationen zum Abdruck gekommen ist. Man mußte sich daher im Frühjahr 1933 und im Herbst des gleichen Jahres mit der Herausgabe einer provisorischen Zoll-Liste in einer Auflage von 2000 Exemplaren begnügen, die sehr raschen Absatz fand.

Unabhängig davon ging die Abteilung für Veröffentlichungen gemeinsam mit der Wirtschaftsabteilung an die grundlegende Bearbeitung des gesamten das palästinensische Zollwesen betreffenden veröffentlichten Materials. Nachdem verschiedene Publikationen aus dem Archiv der Außenhandelsstelle Berlin, sowie die Materialiensammlung des Zolldepartements der Palästina-Regierung Haifa herangezogen worden sind, waren die umfangreichen Vorarbeiten, die weniger in der Uebersetzung als in der völligen Neugliederung aller wichtigen Vorschriften bestand, in 1½jähriger Arbeit soweit gediehen, daß man im Januar 1935 das Werk im Druck erscheinen lassen konnte.

Dem Zolltarif wurde ein recht umfangreicher Auszug aus den palästinensischen Zollgesetzen beigefügt, so daß diese Publikation den Anspruch darauf erheben darf, die erste vollständige Bearbeitung des palästinensischen Zollrechts darzustellen. Die erste Auflage beträgt 3000 Exemplare.

Folgende größere Publikationen befinden sich in Vorbereitung:

1. Ein *Palästina-Wirtschaftsbuch*, das, von maßgeblichen Kennern der palästinensischen Wirtschaft als Sammelwerk bearbeitet, in einem Umfang von ca. 400 Seiten im Frühjahr 1936 erscheinen soll und einen umfassenden Abriß der gegenwärtigen Palästina-Wirtschaft darstellen wird.

2. Eine *Erziehungs-Broschüre*, die ebenfalls in Palästina von Sachverständigen vorbereitet und neben grundsätzlichen Erfahrungen die praktischen Lernmöglichkeiten an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen darstellen wird.

3. Eine *Gesundheitsbroschüre*, die alle Fragen der Hygiene und des öffentlichen Gesundheitswesens in Palästina behandeln soll.

„JÜDISCHE RUNDSCHAU"

Die „Jüdische Rundschau" hat in der Berichtsperiode einen großen Aufschwung zu verzeichnen gehabt. Erstmalig im Frühjahr 1933 begann die Leserzahl der „J. R." geradezu lawinenartig zu wachsen. Die große seelische Erschütterung hat weite Kreise der Judenheit Deutschlands für zionistische Gedanken, die ihnen früher ganz fremd waren, aufnahmefähig gemacht. In der allgemeinen Verwirrung und angesichts der plötzlichen Enthüllung der Judenfrage, eines Problems, das man früher trotz der zionistischen Warnungen und Erklärungsversuche nicht hatte sehen wollen, fand sie eine geistige Orientierung und einen moralischen Halt einzig und allein in den zionistischen Gedankengängen, die durch die „J. R." in weite Kreise getragen wurden. Eine unabsehbare Menge von Zuschriften und Aeußerungen aller Art bewiesen die gewaltige Resonanz, die die „J. R." damals gefunden hat, und Hand in Hand damit begann eine Steigerung des Leserkreises, die den bis dahin auf einen relativ kleinen Betrieb eingestellten technischen Apparat vor fast unlösbare Aufgaben stellte. Es muß an dieser Stelle mit besonderem Dank der Beamten und Angestellten gedacht werden, die in jenen Zeiten und auch später durch ununterbrochene angestrengteste Arbeit den Betrieb zu bewältigen versuchten.

Die Berührung mit einem neuen Leserkreis und die Vordringlichkeit der aktuellen Probleme machten es notwendig, über die zionistischen Organisationsangelegenheiten hinaus den ganzen Umkreis des jüdischen Erlebens und Geschehens in den Betrachtungskreis der „J. R." einzubeziehen und so zu zeigen, daß nur der Zionismus einen Gesamtaspekt des Judentums zu geben vermag. Die Zeitung veränderte damit ihr Gesicht allerdings insofern, als sie in der Behandlung der inneren Probleme der zionistischen Bewegung dem an sie zu stellenden Anspruch nach Gründlichkeit und Umfang nicht nachkommen konnte; auch blieb das Problem der Berichterstattung über die zionistischen Veranstaltungen im Reiche ungelöst. Die Wandlung des Zionismus aus einer eng begrenzten Gruppe in eine wirkliche Volksbewegung schuf gerade bei der Formung seines zentralen Presseorganes Spannungen, die aus der Verschiedenheit der Wünsche von alter und neuer Leserschaft herrühren, und die ganz zu beheben leider noch nicht gelungen ist. Die schrittweise sich vollziehende Ausschaltung der Juden aus der deutschen Kulturwelt machte auch eine systematische Erziehungsarbeit in jüdisch-

Fot.: Gidal

AUF DEM WEGE ZUR ARBEIT

Zwei Dinge sind es, deren Fehlen die Galuth schuf, die im tiefsten aus dem freien Volk das Knechtvolk des Ghetto machten, nach denen der zerrissene jüdische Mensch hungerte und verhungerte: Land und Arbeit. Land und Arbeit müssen dem Volk, das beides verloren, wiedergegeben werden, soll seine Zukunft Menschenzukunft heißen. Der Kampf für Land und Arbeit, daß sie Wirklichkeit werden, und daß sie jüdische Wirklichkeit werden, ist der entscheidungstiefste Kampf des Zionismus. CHAJIM ARLOSOROFF.

Die ZVfD ist DEINE ORGANISATION

Sie organisiert die Kräfte der Juden in Deutschland für den Aufbau der jüdischen Zukunft!

JAN.-FEBR. 1936	Schebat 5696 שבט		
26 Sanntag	2 ב	29 Mittwach	5 ה
27 Mantag	3 ג	30 Donnerstag	6 ו
28 Dienstag	4 ד	31 Freitag	7 ז
1 SONNABEND	8 ח	Sidra: נב Haftarah: Jeremias 46, 13-27	

Aus dem Palästina-Kalender der ZVfD

kultureller Beziehung erforderlich. So wurde die „J. R." durch verschiedene Beilagen und Rubriken („Die jüdische Schule", „Wie gestalte ich den Schabbat?", das „Singblatt", die „Kinder-Rundschau" u. a. m.) ausgestaltet.

Eine besondere Hervorhebung verdient der unter Leitung von Dr. Kaléko stehende *Hebräische Fernunterricht*, durch den zahlreiche Leser besonders in kleineren Orten die einzige Möglichkeit eines allmählichen Eindringens in die hebräische Sprache erhielten.

In größtem Maße wandte sich das Interesse *Palästina* zu, schon weil breite Schichten Palästina als unerwartetes, aber sehr konkretes Auswanderungsziel vor sich sahen. Die „J. R." betrachtete es als ihre Aufgabe, eingehend über alle Palästina-Fragen zu informieren, wobei, der Tradition der Zeitung gemäß, ein wahrheitsgetreues, nicht etwa aus propagandistischen Rücksichten schönfärberisches Bild der Lage gegeben wurde. Dies steht im Einklang mit der Auffassung der ZVfD., die auch in Zeiten der Palästina-Konjunktur in allen ihren Organen und Kundgebungen immer wieder betonte, daß Palästina dem Einzelnen keine leichten äußeren Erfolge verspricht, sondern Hingabe der ganzen Person aus zionistischen Gründen und pionierhaften Einsatz eines jeden Einzelnen erfordert. Der Palästina-Teil wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1935 noch weiter ausgestaltet und allmählich in einem besonderen *Palästina-Blatt* übersichtlich zusammengefaßt.

Die durch die gesteigerte Leserzahl vermehrte Leistungskraft der „J. R." erhöhte auch deren Ansehen in den jüdischen Kreisen anderer Länder, wo sie nach wie vor als richtunggebendes zionistisches und als erstrangiges Palästina-Informations-Organ gewertet wird. Ihre Artikel gelten überall als die Aeußerungen eines führenden Blattes der Judenheit in Deutschland. Die Verbreitung der „J. R." im Ausland und insbesondere in Palästina wurde durch die fortgesetzte Auswanderung von Juden dorthin gefördert. Oft bedeutet die „J. R." das einzige Bindeglied zwischen den ausgewanderten Juden und dem jüdischen Leben in der Welt und in Palästina.

So kommt es, daß die „J. R." auch als *Insertionsorgan* einen fortgesetzten Aufstieg zu verzeichnen hat, da sie insbesondere auch für die Vermittlung von Angebot und Nachfrage zwischen Juden verschiedener Länder eine besonders günstige Möglichkeit bietet; insbesondere gilt dies auch für Familien-Anzeigen, die im steigenden Maße aus allen jüdischen Kreisen Deutschlands und anderer Länder in der „J. R." publiziert werden.

*

Der *Verlag* war durch den Abgang vieler Abonnenten, die infolge Auswanderung oder Verarmung zur Aufgabe des Abonnements gezwungen waren, sowie infolge von Bestimmungen des Fachverbandes (z. B. Fortfall der ermäßigten Abonnementsgebühren und Fortfall des Straßenhandels) immer erneut vor verstärkte Propaganda-Aufgaben gestellt. Trotzdem hat der Verlag in der Berichtszeit neben seiner eigentlichen Aufgabe auch eine Reihe für die zionistische Arbeit wichtiger Schriften herausgegeben. In den ersten Monaten nach der Umwälzung wurden ca. 900 Exemplare des Buches von J. D. Bornstein: „Einführung in das Hebräisch der Gegenwart" abgesetzt.

Im Jahre 1933 wurden die Broschüren: *„Zwei Jahre zionistischer Politik 1931/33"*, *„Landwirtschaftliche Kolonisation 1931/33"* in einer Auflage von je 1000 Exemplaren. *„Industrie in Palästina 1932/33"* in einer Auflage von 2000 Exemplaren, *„Der Zionismus und sein Werk"* von Georg Herlitz in einer Auflage von 3000 Exemplaren herausgegeben.

Das gestiegene Interesse für Palästina zeigt sich unter anderem auch dadurch, daß von dem 1934 in 4000 Exemplaren aufgelegten statistischen Bilderbuch *„Erez Israel"* von Otto Wallisch in der Berichtszeit ca. 2700 Exemplare abgesetzt wurden.

Von der im gleichen Jahre in 3000 Exemplaren herausgegebenen Broschüre *„Zionismus"* von Adolf Pollak sind 2000 Exemplare verkauft worden. Der Verlag ist außerdem von mehreren Landesverbänden der Zionistischen Organisation um Uebersetzungserlaubnis gebeten worden.

Der von der ZVfD. ausgegebenen Parole der Hebraisierung trug der Verlag im September 1934 Rechnung durch Herausgabe des Lehrgangs I *„Hebräisch für Jedermann"* von Dr. Kaléko, der in kurzer Zeit in 2300 Exemplaren verkauft wurde, so daß schon

im Februar 1935 zur Herausgabe der 2. Auflage in Höhe von 2100 Exemplaren
im Juni 1935 zur Herausgabe der 3. Auflage in Höhe von 3000 Exemplaren
im Oktober 1935 zur Herausgabe der 4. Auflage in Höhe von 4300 Exemplaren
im Januar 1936 zur Herausgabe der 5. Auflage in Höhe von 4000 Exemplaren

geschritten werden mußte.

Im Juli 1935 wurde dann der Lehrgang II von Kaléko in 2000 Exemplaren herausgebracht, der ebenfalls in Kürze vergriffen sein wird.

Zur Vorbereitung des Kongresses wurde im August 1935 eine Broschüre von Dr. Michael Traub: *„Durch Planung zur Verwirklichung"* in 2000 Exemplaren herausgegeben, die vergriffen ist.

Einen besonderen propagandistischen Erfolg stellt der von der ZVfD. in über 8000 Exemplaren herausgegebene, im Verlag der „Jüdischen Rundschau" erschienene und abgesetzte *Palästina-Kalender* 5696 dar.

Zu Chanukkah 5696 erschien als Buch der „Kinder-Rundschau" das zionistische Jugendbuch *„Land der Jugend"*, das von führenden Zionisten als erstes zionistisches Jugendbuch bezeichnet wird.

KEREN HAJESSOD

Der XXIV. Delegiertentag der ZVfD. stand vor der Tatsache, daß die KH.-Eingänge in Deutschland in den Jahren 1929—1932 fast um die Hälfte zurückgegangen waren. Dieses gewaltige Absinken war auf der einen Seite durch die allgemeine Weltwirtschaftskrise begründet, die die Schicht des Mittelstandes erheblich getroffen hatte, auf der anderen Seite hatte es seine Ursache in den arabischen Unruhen des Jahres 1929, die das Vertrauen der nichtzionistischen Welt in die Aufnahmefähigkeit und Sicherheit Palästinas stark erschüttert hatten.

Der dem letzten Delegiertentag vorgelegte Bericht des Keren Hajessod schloß daher mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß von diesem Delegiertentage der ZVfD. neue Impulse für die KH.-Arbeit ausgehen werden, und daß die *Zionisten* in Deutschland, unbeirrt durch äußere Geschehnisse, durch gesteigerten persönlichen und materiellen Einsatz wie in all' den früheren Jahren auch in Zukunft ihre Pflicht dem Palästinawerke gegenüber erfüllen werden.

In der Tat war die Arbeit des KH. in Deutschland seit seiner Gründung im wesentlichen durch die Treue und Opferbereitschaft charakterisiert, mit der die Zionisten zu ihm standen und jahraus jahrein ihre Steuer Erez Israel gegenüber entrichteten. War es doch ein Kernstück *zionistischer Disziplin* in Deutschland, daß Zionisten nicht allein durch Bekenntnis, sondern vor allem durch Leistung, unter anderem auch durch freiwillige Selbstbesteuerung am Palästina-Aufbau tätigen Anteil nehmen müssen.

Die Forderung der Erfüllung der Maasserpflicht nach einer von der ZVfD. aufgestellten *Maasserordnung* bewirkte, daß auch Nichtzionisten, die der Maasserordnung nicht unterlagen, maasserähnliche Beträge leisteten. Durch diese freiwillige Selbstbesteuerung wurde der KH. aus dem Rahmen philanthropischer Sammelorganisationen herausgehoben und von der jüdischen Oeffentlichkeit als Träger des Palästina-Aufbaus anerkannt. An dieser Stelle sei daher auch der *nichtzionistischen Freunde* gedacht, die ungeachtet des Widerstandes in ihren eigenen Reihen treu zum KH. standen und sowohl durch großzügige finanzielle Opfer wie durch persönlichen Einsatz bei der Verbreitung des KH.-Gedankens wertvolle Dienste leisteten.

Die Ereignisse des Jahres 1933 stellten der vom Frankfurter Delegiertentag erhofften günstigeren Entwicklung des KH. in

Deutschland neue Hemmnisse entgegen und machten eine Neuorganisierung unserer gesamten Arbeit notwendig.

Der alte Stamm zionistischer Zeichner, der sich jahrelang in maßgebender Weise an der Arbeit des KH. beteiligte und sein Einnahmebudget in beträchtlichem Maße deckte, verminderte sich von Monat zu Monat. Ein überaus großer Teil der alten Zeichner und der besten ehrenamtlichen Mitarbeiter wanderte nach Palästina aus. Gleichzeitig machte sich der Umstand erschwerend bemerkbar, daß ein unverhältnismäßig großer Teil der KH.-Zeichner in Deutschland aus Aerzten und Anwälten bestand, die durch die neuen gesetzlichen Bestimmungen aufs stärkste getroffen wurden. Schließlich wurde auch der Beamtenapparat des KH. durch den Weggang einer Reihe langjähriger geschulter Mitarbeiter stark in Mitleidenschaft gezogen.

Der langjährige, verdienstvolle Leiter des KH., Dr. *Martin Rosenblüth*, verließ Deutschland, um sich in London seiner neuen *Aufgabe* der Führung der „Zentralstelle zur Ansiedlung deutscher Juden in Palästina" zu widmen.

Kurt Blumenfeld, der sich um die Verbreitung des KH.-Gedankens unvergeßliche Verdienste erworben und der gerade auf dem schwierigen Gebiete der Gewinnung und Heranziehung von führenden Persönlichkeiten der nichtzionistischen Judenheit Pionierdienste geleistet hat, übersiedelte nach Palästina und hinterließ eine Lücke, die nicht leicht ausgefüllt werden konnte.

In die Berichtsperiode fiel auch der Tod *Oscar Wassermanns*, der seit Begründung des KH. als Präsident an der Spitze der Arbeit gestanden und durch sein Beispiel und seinen unbeirrbaren Glauben an die Zukunft Palästinas den Keren Hajessod als Aufgabe in dem Bewußtsein der nichtzionistischen Welt verankerte.

Das Jahr 1933 stellte daher den KH. in Deutschland vor drei wesentliche Aufgaben:

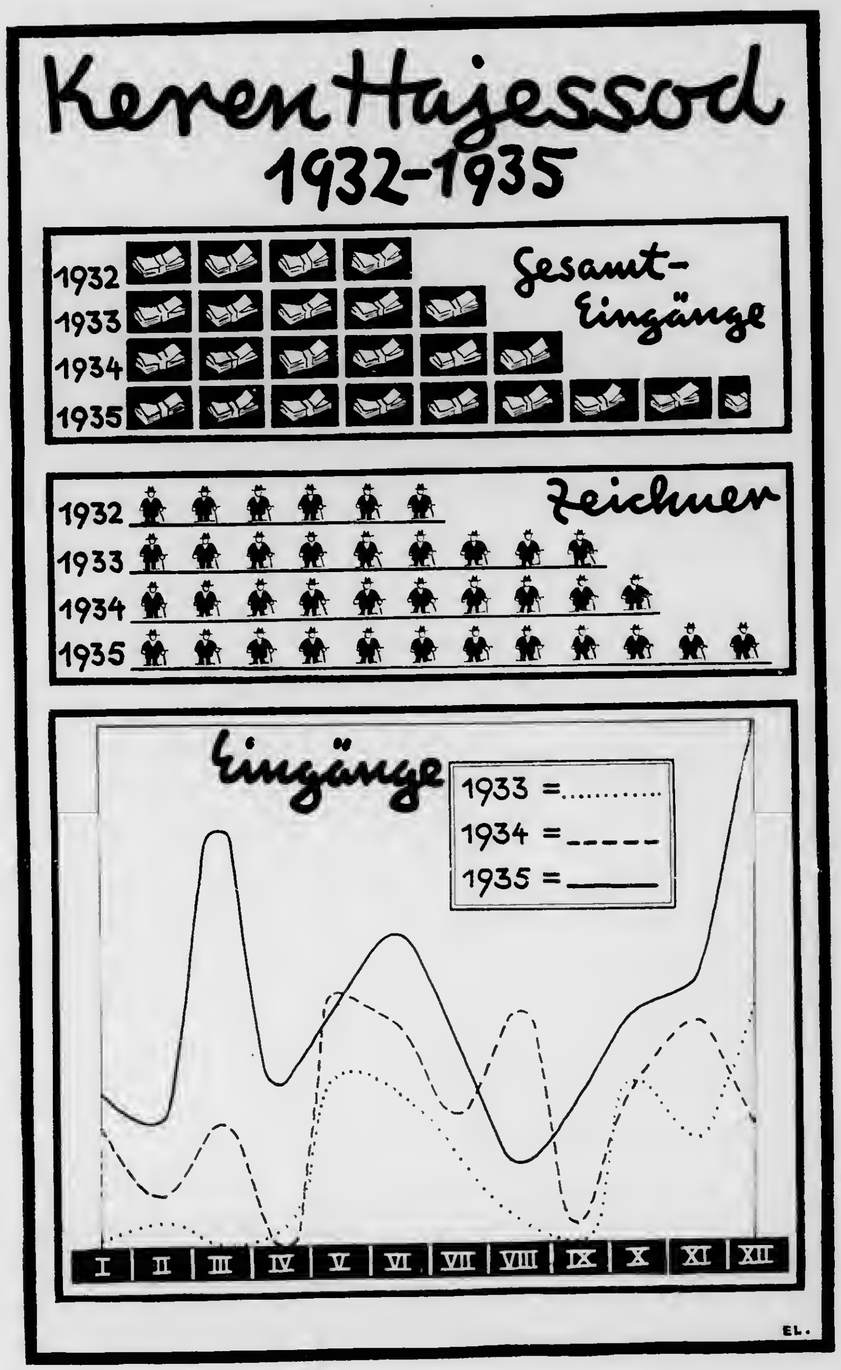
a) Die Schaffung eines *neuen Zeichnerkreises*, vor allem die Erfassung der bis vor kurzem weltanschaulich gegnerischen oder indifferenten Kreise, ferner die Gewinnung neuer sozialer Schichten in- und außerhalb der zionistischen Bewegung.

b) Die Heranziehung eines *neuen ehrenamtlichen Mitarbeiterstabes*, dem die Aufgabe zufiel, unsere Aktionen in den verschiedenen Teilen des Reiches zu unterstützen und die Verbindung mit neuen Zeichnerkreisen herzustellen.

c) Den Wiederaufbau unseres *Beamtenapparates*.

Wie ist der KH. diesen Aufgaben gerecht geworden?

Die Durchsetzung des KH.-Gedankens in dem durch die politischen Ereignisse erschütterten Judentum in Deutschland, die



Gewinnung eines neuen Zeichner- und Mitarbeiterkreises, machten eine *Propagandatätigkeit großen Stils* erforderlich. Der KH. hat sich bewußt davon ferngehalten, die Prosperity Palästinas zum Ausgangspunkt einer Erfolgspropaganda zu machen. Er bemühte sich vielmehr, eine wahrheitsgetreue Schilderung der positiven und negativen Seiten palästinensischer Wirklichkeit zu geben und die Schäden und Gefahren aufzuweisen, die gerade in der Zeit der Prosperity durch die Verminderung des nationalen Kapitals und die Vernachlässigung der nationalen Erfordernisse des Aufbaus heraufbeschworen wurden. So gaben ihm die Erscheinungen der Landflucht, des prozentuellen Rückgangs des landwirtschaftlichen Sektors, der Verschlechterung der sozialen Struktur und der Spekulationssucht in allen ihren Formen die Möglichkeit, den Gedanken des KH. als des zentralen Aufbaufonds, von dessen Budget die Normalisierung des jüdischen Wirtschaftslebens und letzten Endes die Planung und Sicherung unserer nationalen Zukunft in Palästina abhängt, in weiteste Kreise zu tragen.

Gleichzeitig konnte er aufzeigen, daß die Mitarbeit am Aufbau der nationalen Heimstätte nicht nur Hilfe für Juden anderer Länder bedeutete, sondern auch die Einordnung zahlreicher jüdischer Menschen aus Deutschland ermöglichte. War doch die große Einwanderung aus Deutschland nach Palästina durch die jahrelange Aufbauarbeit des KH. vorbereitet. In dem vom KH. geschaffenen landwirtschaftlichen Sektor fanden viele Einwanderer aus Deutschland Aufnahme und erhärteten die These, daß das nationale Kapital Pionierdienste nicht nur für die chaluzische Jugend, die ohne eigene Mittel ins Land kommt, sondern auch für die mittelständischen Einwanderer leistet.

Allein in den Jahren 5694/5695 (1934/35) hat der KH. insgesamt **471** *Orte* in Deutschland bearbeitet. In allen großen und mittleren Städten wurden — unter Einladung der Mitglieder der umliegenden kleinen Gemeinden — Veranstaltungen in großer Zahl — in den zwei Jahren 1934 und 1935 allein 235 — durchgeführt. In vielen Städten gestalteten sich die Vorträge des KH. zu gewaltigen Kundgebungen, an denen sich Tausende von Juden beteiligten.

Durch diese Massenpropaganda wurde die nachträgliche individuelle Bearbeitung der einzelnen Menschen erleichtert. *Zehntausende von Juden in Deutschland wurden in der Berichtsperiode von den Mitarbeitern des KH. aufgesucht und mit den Problemen Palästinas vertraut gemacht.* Nur wenn man die Methoden der KH.-Arbeit kennt, die individuellste Bearbeitung erfordert und weitgehende Sachkenntnis palästinensischer Probleme voraussetzt,

ist man in der Lage zu ermessen, welch' gewaltige Aufklärungsarbeit unter den Juden Deutschlands der KH. während der letzten Jahre für Palästina geleistet hat.

Mit Befriedigung kann heute festgestellt werden, daß es dem KH. in Deutschland nicht nur gelungen ist, den erlittenen Substanzverlust wieder einzuholen, sondern darüber hinaus Ergebnisse zu erzielen, die sich seit 1932 *in aufsteigender Linie bewegen.* Die Eingänge des KH. in Deutschland erhöhten sich im Jahre 1933 gegenüber 1932 um 30 %, im Jahre 1934 gegenüber 1933 um 21 %, im Jahre 1935 gegenüber 1934 um 33 %, erfuhren mithin im Jahre 1935 gegenüber dem Jahre 1932 eine prozentuelle Steigerung von 110 %.

Die Zahl der *nichtzionistischen* Zeichner, der Kreis derjenigen Juden, die, ohne sich der Zionistischen Organisation anzuschließen, unter den veränderten Verhältnissen ihr Interesse am Palästinaaufbau bekunden wollten, hat sich von 1281 im Jahre 1932 auf 2662 im Jahre 1933, auf 3762 im Jahre 1934 und auf 4334 im Jahre 1935 erhöht, stieg somit gegenüber dem Jahre 1932 um 341 %.

Gleichzeitig ist es gelungen, einen großen Stab neuer *ehrenamtlicher Mitarbeiter* mit dem KH. zu verbinden, die sich für dessen Arbeit mitverantwortlich fühlen und ihm in allen Städten, in denen er Aktionen durchführt, zur Verfügung stehen.

Ein sehr schwieriges Kapitel bildete und bildet auch noch jetzt die Frage des *Beamtenstabes* des KH. Ein großer Teil seiner langjährigen Mitarbeiter verließ den KH., um sich in Palästina einzuordnen. An Stelle von *Dr. Martin Rosenblüth* übernahm *Dr. Michael Traub* im Jahre 1933 die Geschäftsführung. Von früheren Mitarbeitern standen ihm nur noch Rahel Holder, Aenne Pomeranz und Recha Segall zur Seite. Neu eingetreten sind als Mitarbeiter die Herren Dr. Berent, Herbert Cohen, Maurice Hirschfeld, Georg Joel, Ernst Rosenberg, Dr. Scherek, Dr. Schönfeld und Frau Leni Grünstein.

Einen neuen Abschnitt in der Arbeit des KH. in Deutschland bildet der *XIX. Zionistenkongreß* in Luzern. Die dort gefaßten Beschlüsse haben seiner Arbeit ein neues Ziel gegeben und ihn vor eine große verantwortungsvolle Aufgabe gestellt.

Gemeinsam mit den Vertretern der ZVfD. hat sich die Leitung des KH. in Deutschland dafür eingesetzt, daß von dem Gesamtaufkommen des KH. in Deutschland im Jahre 5696, abgesehen von den Verpflichtungen für das allgemeine Budget, ein wesentlicher Teil dem Budget der „Abteilung für die Ansiedlung

von Juden aus Deutschland in Palästina" zugeführt werden soll. Diese Forderung ist nur schweren Herzens vorgebracht worden, haben doch gerade die Leiter des KH. in Deutschland immer den Totalitätsgedanken des KH. verfochten und verkennen sie auch heute nicht die prinzipiellen Bedenken, die gegen eine solche Regelung zugunsten *eines* Landesverbandes erhoben werden können. Wenn sie es dennoch für notwendig erachtet haben, im Jahre 5696 die Aktion für die *„Ansiedlung von Juden aus Deutschland in Palästina"* zu proklamieren, so geschah es wegen der besonderen Situation, die eine großzügige Planung und Durchführung der Auswanderung jüdischer Menschen nach Palästina dringend erfordert.

Diese in der gebundenen Zweckbestimmung der in Deutschland aufgebrachten KH.-Beträge enthaltene *Privilegierung* legt aber der Judenheit in Deutschland — Zionisten wie Nichtzionisten — eine *besondere Verpflichtung* auf: In ihrer Gesamtheit Träger der KH.-Arbeit zu werden und sich nicht nur materiell, sondern auch durch aktive Mitarbeit in den Dienst dieser Selbsthilfeaktion zu stellen.

In richtiger Erkenntnis dieser Aufgaben hat auch die *Reichsvertretung* in ihrer programmatischen Erklärung vom 22. 9. 35 die besondere Bedeutung des KH. gewürdigt und in Punkt 5 proklamiert:

> „Kraft in der Gegenwart und Hoffnung für die Zukunft gibt das lebensvolle Fortschreiten im Aufbau des jüdischen Palästina. Um das Judentum in Deutschland noch mehr als bisher in diese Entwicklung hineinzustellen, tritt die Reichsvertretung als solche dem Jüdischen Palästinawerk (Keren Hajessod) E. V. bei und fordert die jüdischen Gemeinden und Verbände nachdrücklichst auf, ihrem Beispiel zu folgen. Die Reichsvertretung erklärt sich bereit, die organisatorische Verbindung der Körperschaften der Judenheit in Deutschland mit dem Aufbauwerk in Palästina herzustellen."

Die am 24. November 1935 in Berlin abgehaltene *Tagung der Jewish Agency-Gremien* hat als ein wesentliches Ergebnis die Bereitwilligkeit der nichtzionistischen Mitglieder gebracht, in Zukunft stärker als bisher aktiv an der Arbeit des KH. teilzunehmen und die Gemeinden aufzufordern, sich tatkräftig an den Aktionen des KH. zu beteiligen. Diese Erklärung ist um so mehr zu begrüßen, als gewissen Erscheinungen, die sich in den letzten Monaten im jüdischen Leben Deutschlands bemerkbar machten und

die zu einer Gefährdung und Störung der KH.-Arbeit zu führen drohten (Verbindung des RjF. mit dem Keren Hajischuw), nunmehr auch durch Nichtzionisten wirkungsvoll entgegengetreten werden kann. Die Tagung nahm auch die Neubesetzung des durch die Auswanderung einiger Mitglieder und durch den Heimgang Oscar Wassermanns verwaisten Präsidiums des KH. vor. Einmütig wurden Rabbiner *Dr. Leo Baeck* zum Präsidenten, die Herren Dr. Rudolf *Callmann*, Köln, Dr. Siegfried *Moses*, Berlin, Dr. Michael *Traub*, Berlin, und Dr. Sigmund *Wassermann*, Berlin, zu Vizepräsidenten, Dr. E. F. Ascher, Berlin, Dr. Friedrich Brodnitz, Berlin, Karl Goeritz, Chemnitz, Rabb. Dr. Grünewald, Mannheim, Lola Hahn-Warburg, Berlin, Ministerialrat i. R. Dr. Otto Hirsch, Berlin, Rabb. Dr. Hoffmann, Frankfurt a. M., Dr. Franz Meyer, Berlin, Dr. Egon Rosenberg, Berlin, Friedrich A. Straus, Karlsruhe, zu Mitgliedern gewählt.

Zu den besonderen Aufgaben des Präsidiums des KH. wird in Zukunft die Heranziehung und Gewinnung von *Körperschaften*, die bedeutende Mittel der Allgemeinheit zu verwalten haben und in der Erfüllung ihres Aufgabengebietes schon jetzt durch die Arbeit des KH. in Palästina in bedeutendem Maße entlastet werden, wie der *jüdischen Gemeinden*, Logen, Stiftungen u. dgl., gehören müssen. Nimmt doch das werdende Palästina zahlreiche jüdische Menschen auf, die aus dem Prozeß des normalen Wirtschaftslebens ausgeschaltet, mit Sicherheit dem Wohlfahrtsetat der jüdischen Gemeinden zur Last fallen müßten. Um so berechtigter ist die Forderung, daß aus den Steuereingängen der Gemeinden ein gewisser Prozentsatz zugunsten des KH. abgezweigt werden soll. Dieser Forderung wird schon in nächster Zeit durch gemeinsames Vorgehen von zionistischen und auf dem Boden der Jewish Agency stehenden Mitgliedern der Gemeindevorstände in allen Orten besonderer Nachdruck verliehen werden müssen.

In der großen repräsentativen Kundgebung, die anläßlich des 15jährigen Bestehens des KH. Anfang November 1935 in Berlin in Anwesenheit der offiziellen Körperschaften der Judenheit in Deutschland stattfand, wurde die *„Aktion zur Ansiedlung von Juden aus Deutschland in Palästina"* eröffnet. In besonderen Aufrufen haben die Gemeinden, in denen im Laufe dieser Kampagne KH.-Aktionen stattgefunden haben, wie *Frankfurt a. M., Breslau, Königsberg*, sich mit dem Appell an ihre Mitglieder gewandt, die Arbeit des KH. zu unterstützen. Die Gemeinden *Hamburg, Breslau* und *Bamberg* haben die die Winterarbeit einleitenden Kundgebungen aus Anlaß des 15jährigen Bestehens des KH. als offizielle Gemeinde-Abende durchgeführt und damit dem KH.

das Relief gegeben, das ihm als dem Träger des konstruktiven Hilfswerks für die jüdische Gesamtheit zukommt.

Eine besondere Unterstützung hat die Aktion des KH. „Zur Ansiedlung von Juden aus Deutschland in Palästina" von der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland* erfahren.

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen für eine stärkere Einbeziehung der KH.-Arbeit in die allgemeine Propaganda der ZVfD. wurde beschlossen, sowohl ihre schriftliche als auch ihre Vortragspropaganda in stärkstem Maße in den Dienst der Popularisierung des KH.-Gedankens unter Zionisten zu stellen und den ehrenamtlichen Mitarbeitern der ZVfD. fest umrissene Aufgaben zuzuteilen. Sämtliche Ortsgruppenvorsitzende und Werbeleiter erhielten Rundschreiben der ZVfD., in denen sie aufgefordert wurden, KH.-Kommissionen in ihrer Stadt zu bilden, die die Aufgabe haben, die Aktion des KH. zu unterstützen und weitere ehrenamtliche Mitarbeiter für den KH. heranzuziehen. Als besondere Verpflichtung wurde in einem in der „Jüdischen Rundschau" publizierten Aufruf des Geschäftsführenden Ausschusses der ZVfD. den Zionisten auferlegt, das *Maasserprinzip* erneut zu einer *zionistischen Forderung* zu erheben und jedes in die Zionistische Organisation neu aufgenommene Mitglied auf die Verpflichtung zur Steuerleistung dem KH. gegenüber aufmerksam zu machen.

Ebenso wurden sämtliche Sekretariate der ZVfD. angewiesen, den KH. sowohl bei der Organisierung seiner Arbeit zu unterstützen, wie auch selbständig in Zirkeln und Versammlungen die Propagierung des KH.-Gedankens durchzuführen.

Die Ergebnisse der KH.-Aktionen der ersten drei Monate des Jahres 5696 sind als äußerst erfreulich zu bezeichnen. In sämtlichen Städten, in denen die KH.-Kampagne bisher durchgeführt wurde (Nürnberg, Köln, Chemnitz, Dresden, Königsberg, Hamburg, Bamberg, Aachen, Breslau) ist eine Erhöhung um 79 % gegenüber den Aktionen des Vorjahres zu verzeichnen. Sehr gute Ergebnisse hat auch die Arbeit der ersten Wintermonate in *Berlin* erbracht, wo es gelungen ist, eine größere Anzahl von *Siedlungseinheiten* (eine Siedlungseinheit entspricht einem Betrage von RM. 5000, der notwendig ist, um eine Arbeiterfamilie auf Boden des KKL in Palästina anzusiedeln) aufzubringen. Die Einnahmen in den Monaten Oktober-Dezember 1935 erhöhten sich in Berlin gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres um 53 %.

Ein besonderer Dank muß an dieser Stelle der BZV. ausgesprochen werden, die aus den Reihen der Berliner Zionisten einen

größeren Stab ehrenamtlicher Mitarbeiter organisierte, die selbständig Besuche durchführen und in einem ständigen Konnex mit der Zentrale des KH. stehen.

Besondere Beachtung wird der KH. seiner zukünftigen Arbeit, gemeinsam mit dem Palästina-Amt und unseren anderen zionistischen Institutionen, der *Erfassung von Palästina-Einwanderern* und *Palästina-Interessenten* zuwenden müssen. Palästina öffnet seine Tore Zionisten wie Nichtzionisten. Dem Judentum Entfremdete und selbst Gegner des Zionismus wandern in zunehmendem Maße nach Palästina ein. Sie und ihre Kinder werden Nutznießer unseres Aufbauwerkes. Viele von ihnen stehen aber noch heute abseits, wenn es sich um aktive Mithilfe an dem Werke handelt, das für sie Ausweg und Rettungsanker geworden ist. In die Sprache des täglichen Lebens übersetzt: der Jude, der in zionistische Beratungsstellen kommt und Unterstützung erbittet, sein Geld transferiert und selbst nach Palästina auswandert, der in Palästina für sich und seine Kinder all das vorfindet, was unzählige Juden in langen Jahren unter schweren Entbehrungen aufgebaut haben, weigert sich oftmals noch immer, seine Steuer an den KH. zu entrichten. Nicht nur die Wirksamkeit der KH.-Arbeit, sondern auch die Notwendigkeit der Vermeidung von Schäden, die die normale Entwicklung des Palästina-Aufbaus gefährden, erfordern eine vernünftige *Reaktion unserer nationalen Instanzen* auf die hier geschilderten Erscheinungen. Wir müssen daher verlangen, daß Juden, die in Palästina für sich oder ihre Kinder Asyl und Heimstätte suchen, ihre Pflicht dem Lande gegenüber erfüllen. Unsere Palästina-Aemter und unsere Beratungsstellen, unsere amtlichen Instanzen und unsere Wirtschaftsinstitute stehen jedermann zur Verfügung; im Interesse des Palästina-Aufbaus sind sie aber verpflichtet, darauf zu achten, daß die Einwanderer und Interessenten, die sie betreuen, aktiven Anteil am Palästina-Aufbau nehmen.

Der zionistischen Bewegung in Deutschland entsteht die Aufgabe und Verpflichtung, an der *Popularisierung des KH.-Gedankens* entscheidend mitzuarbeiten. Die Zionistische Vereinigung für Deutschland umfaßt in ihren, der Zahl und Größe nach stark gewachsenen Ortsgruppen, Tausende von Menschen, die in den letzten Jahren den Weg zum Zionismus gefunden haben. Auch die anderen zionistischen Verbände, wie der Makkabi, die Wizo u. a., haben einen ähnlichen Zuwachs neuer Menschen aufzuweisen. Allen diesen Menschen, die in den letzten Jahren für den Zionismus gewonnen werden konnten, muß durch eine zielbewußte Erziehungsarbeit, die im wesentlichen von der ZVfD. und den ihr

angeschlossenen Organisationen zu leisten ist, die Mitarbeit und Teilnahme am KH. zu der gleichen selbstverständlichen Ehrenpflicht werden, die in den früheren Jahren der Stellung des KH. innerhalb der zionistischen Bewegung Deutschlands ihre Prägung gegeben hat. Der Gedanke des Maasser, der freiwilligen Steuerzahlung jedes einzelnen Zionisten, der der ZVfD. und ihren Verbänden angehört, muß zu neuer Wirksamkeit erweckt werden. Durch eine den veränderten Zeitverhältnissen angepaßte Maasserordnung wird der Delegiertentag selbst die Voraussetzung hierfür schaffen müssen. Gleichzeitig muß durch Einsatz und Neuverpflichtung bewährter und aktiver Zionisten die Gewähr dafür geschaffen werden, daß der Ruf des KH. zu jedem organisierten Zionisten gelangt. Bei dem geringen Apparat beamteter Kräfte, auf den der KH. sich stützen kann, wird viel darauf ankommen, ob es gelingt, in der neuen Arbeitsperiode der ZVfD. verantwortliche und angesehene Zionisten als ständige ehrenamtliche Mitarbeiter zu gewinnen.

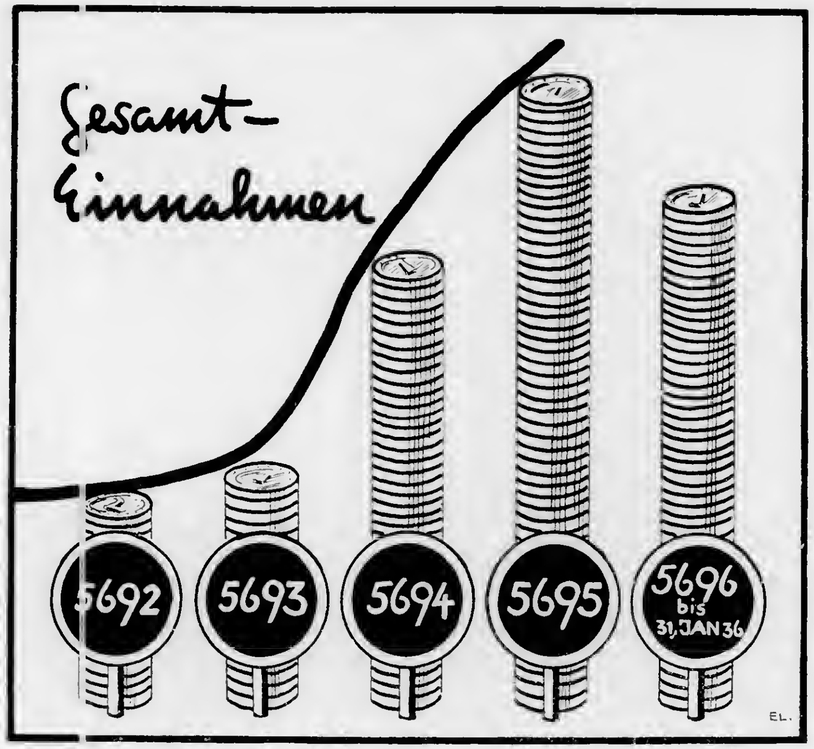
Große Anstrengungen werden notwendig sein, um auch in Zukunft die dem Kongreß gegenüber übernommene Verpflichtung erfüllen zu können. Gelingt es, aus der KH.-Organisation eine KH.-*Bewegung* zu machen, und erhält der KH. die hier geforderte intensive Mitarbeit von Zionisten und Nichtzionisten, so kann Entscheidendes für die Sicherung der Zukunft jüdischer Menschen aus Deutschland erzielt und damit ein wesentlicher Beitrag zum Ausbau und zur Festigung des werdenden Erez Israel geleistet werden.

KEREN KAJEMETH LEJISRAEL

Der Bericht des Keren Kajemeth Lejisrael an den XXIV. Delegiertentag in Frankfurt verzeichnet in wenigen Ziffern die gefahrvolle Abwärtsentwicklung der KKL-Einnahmen in den Jahren 1931/32, die eine Folge des rapiden allgemeinen Wirtschaftsabstieges war. Auch die in diesem Zeitabschnitt vorgenommenen sehr weitgehenden Sparmaßnahmen im Büroapparat der Zentrale und bei den wenigen Sekretariaten im Reiche hatten recht ungünstige Auswirkungen auf die Leistung der ehrenamtlichen Mitarbeiter.

Eine völlige Veränderung trat im Sommer 1933 ein, als die gesamte zionistische Arbeit in Deutschland einen mächtigen Antrieb erhielt. Zwar stellte die im Gefolge der politischen Neuordnung überraschend einsetzende große Auswanderungswelle fast aller langjährigen und aktiven Mitarbeiter die Leitung der Zentrale vor eine Fülle neuer Fragen und Arbeiten. Aber schon im Mai 1933 war die Gesamtorganisation des KKL wieder soweit stabilisiert, eine so große Anzahl neuer Menschen in die ehrenamtliche Mitarbeit einbezogen, daß schon zu diesem Zeitpunkt eine fühlbare Steigerung der Einnahmen verzeichnet werden konnte. Das Jahr 1932/33 konnte somit noch trotz der im ersten Halbjahr stark verminderten Eingänge am 30. September 1933 mit einer kleinen Erhöhung der Einnahmen abschließen.

Im Zusammenhang mit dem im Sommer 1933 einsetzenden zionistischen Durchbruch, durch die große Ausbreitung der Leserschaft der „Jüdischen Rundschau" und die damit erstmalig möglich gewordene umfassende zionistische Beeinflussung der jüdischen Massen, durch den Zustrom neuer Mitglieder zu den Zionistischen Ortsgruppen und nicht zuletzt durch das rapide Anschwellen der Mitgliederzahl des Hechaluz und der Jugendbünde wurden die Grundlagen für die Aufwärtsentwicklung der KKL-Einnahmen und einer bisher unbekannten Popularität des KKL in Deutschland geschaffen. Den ersten und sichtbarsten Ausdruck fand diese Entwicklung in dem Ergebnis der Rosch-Haschanah-Aktion im Jahre 5694 (Oktober/November 1933): allein diese Aktion erbrachte fast zwei Drittel der gesamten Jahreseinnahme 5693 und war die bisher dahin größte KKL-Aktion in Deutschland überhaupt. Der Stand dieser Entwicklung konnte nicht nur bis heute gehalten, sondern trotz vieler organisatorischer und personeller Schwierigkeiten nicht unerheblich verbessert werden, wie sich aus der nachfolgenden Darstellung ergibt.



Das Jahr 5694 weist, wie aus der Tabelle ersichtlich ist, eine mehr als 100prozentige Verbesserung der Einnahmen gegen 5693 auf. Das Jahr 5695 (1934 35) zeigte eine Verbesserung gegen 5694 um 25 % und bis zum 31. Januar 1936, d. h. in den ersten vier Monaten des Jahres 5696, ist bereits der Gesamtertrag aus dem Jahre 5694 überschritten.

Aus einer Analyse der einzelnen Spendenzweige geht hervor, daß diese Einnahmeentwicklung nicht etwa allein oder auch nur entscheidend auf die Häufung von großen Sammelaktionen zurückzuführen wäre. Wie sich vielmehr aus der nachfolgenden Darstellung ergibt, sind *alle bewährten Sammelmittel des KKL gepflegt und fortentwickelt worden*, und stellen zum überwiegenden Teil das Gesamtjahresergebnis dar.

DIE EINNAHMEN DES KKL NACH SPENDENZWEIGEN

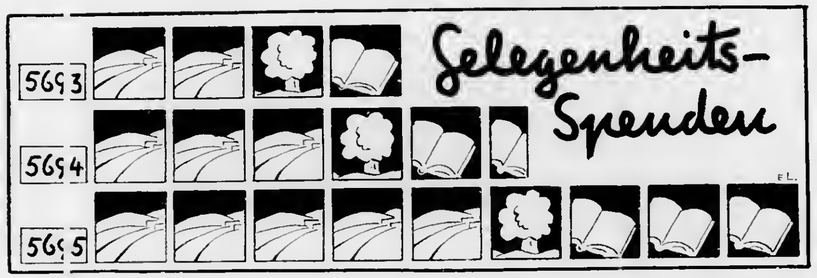
Hierin zeichnet sich auch deutlich die grundlegende Methodenveränderung ab, die die KKL-Arbeit im Zuge der Entwicklung der zionistischen Bewegung in Deutschland zu einer Massenbewegung erfahren hat.

Die Sammelaktionen des KKL haben zwar eine nicht bestreitbare große zionistisch-propagandistische Wirkung, aber geringe erzieherische Bedeutung und zionistische Fernwirkung; mit dem fortgesetzten wahllosen Gebrauch dieses Finanzinstrumentes kann auch die bestfunktionierende Institution sich abnützen. Die Popularität, die große Sammelaktionen dem KKL einbringen können, ist nur kurzlebig, sie können, wenn sie nicht von einem gut geschulten Mitarbeiterstab durchgeführt werden, auch eine gewisse Gefährdung des Keren Hajessod bedeuten. So hat sich der KKL in den letzten Jahren im Gebrauch der großen Sammelaktionen einer strengen Selbstbeschränkung unterworfen. Im Gegensatz zu den vier Aktionen im Jahre 5693 hat er im Jahre 5694 nur mehr drei große Kampagnen durchgeführt. 5695, also in der Zeit vom 1. Oktober 1934 bis 30. September 1935, hat er, obschon manche äußeren Umstände und gewisse innere jüdische Entwicklungen auch eine dritte große Sammelaktion möglich erschienen ließen, nur noch zwei Sammelaktionen durchführen lassen. — Rückblickend kann schon heute festgestellt werden, daß sich diese Methode bewährt hat. Wenn der Keren Kajemeth Lejisrael eine dauernde Massenwirkung hervorrufen will, muß er die spezifischen Spendenzweige entwickeln. Daher hat er als Aequivalent für den Ausfall von ein oder zwei Sammelaktionen allen anderen Spendenzweigen, vor allen Dingen Gelegenheitsspenden, also der Landspende, Baumspende, Goldenen Buchspende und der Büchsenarbeit seine besondere Aufmerksamkeit zugewendet.

Gelegenheitsspenden

Bei der Frage der *Gelegenheitsspenden* stieß er zunächst naturgemäß auf erhebliche Schwierigkeiten, denn dieser Zweig der KKL-Arbeit ist seit jeher das Reservat der mit der zionistischen Arbeit eng verbundenen Menschen gewesen, und ihre Popularität reichte über diesen verhältnismäßig engen Kreis kaum hinaus. Diese Schicht aber war im wesentlichen abgewandert, und es erhob sich die Aufgabe einer völlig neuen Werbung für diese Spendenzweige. Noch in dem dem Umbruch folgen-

den Jahr 5694 waren hierbei nur verhältnismäßig geringe Anfangserfolge zu verzeichnen. Dies war ein Beweis dafür, daß auf diesen Gebiete besondere Anstrengungen gemacht werden mußten. Es ist jedoch im Laufe des Jahres 5696 gelungen, die Landspende um 100 % zu verbessern, das Goldene Buch um rund 125 %, und auch bei der Baumspende den im Jahre 5694 erreichten Stand mindestens zu erhalten. Bei der Auffindung neuer Methoden für die Intensivierung dieser Spendenzweige wurde davon ausgegangen, daß ihre starke Verbreitung zugleich einen neuen Kreis von Spendern für die Aktionen und für die Büchsenarbeit bringen werde. Weiterhin war entscheidend, daß die Gelegenheitsspenden die Chance in sich tragen, die KKL-Spender



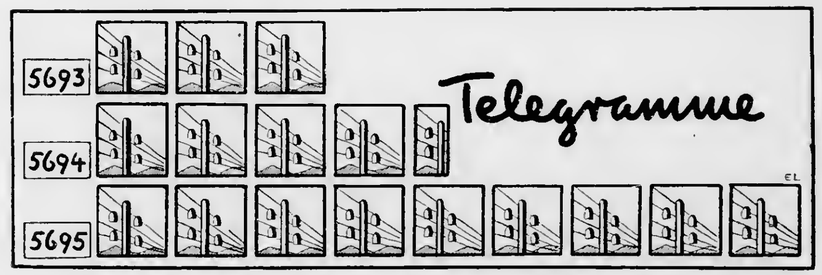
von vornherein zu angemessenen Spenden zu erziehen. Nach vielen sich über mehr als 1½ Jahre erstreckenden Versuchen ist es nunmehr gelungen, in fast allen Mittel- und Großgemeinden die Spendenbesuche durch Kontakt mit den Gemeindebüros gut und rechtzeitig vorzubereiten und alle durch Familienanlässe gebotenen Möglichkeiten zu erfassen.

Während die Einnahmeentwicklung aus der *Landspende* als weithin befriedigend bezeichnet werden kann, ist, auch wenn eine Verdopplung der Ergebnisse des *Goldenen Buches* gegenüber den früheren Jahren zu verzeichnen ist, dieser Zweig noch in jeder Hinsicht ausbaubedürftig. — Eine neue Methode zielt darauf ab, daß jeder wohlhabende Auswanderer sich anläßlich seiner Alijah selbst ins Goldene Buch einträgt. Hierauf ist der Erfolg der Goldene-Buch-Eintragungen im letzten Jahr wesentlich zurückzuführen. — Auch die *Baumspende* bedarf noch einer wesentlichen Verbesserung. Ansätze hierzu sind gerade im letzten Vierteljahr zu verzeichnen. Als neuer Spendenzweig ist das *Sefer-Hajeled* hinzugekommen, das, erst kürzlich eingeführt, natürlich noch keine wesentlichen Einnahmen bringen konnte. Voraussichtlich wird hierfür zu Lag beomer eine großzügige und umfassende Werbung durchgeführt werden.

Auch die *Imi-Tasche* hat gegenüber früheren Jahren eine Einnahmesteigerung von mehr als das 2½fache aufzuweisen.

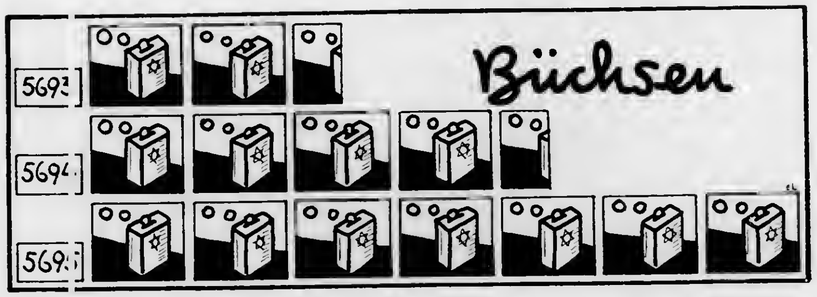
Allerdings ist dieses Ergebnis im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß in den beiden letzten Jahren je zwei Imi-Taschen-Aktionen unter den Jugendbünden, teilweise verbunden mit Wettbewerben, durchgeführt wurden. Eine größere Volkstümlichkeit und damit eine stärkere Stetigkeit des Gebrauches haben Wettbewerbe indessen nur unvollkommen erzeugen können. Als wichtigste Ursache hierfür muß die starke Zurückhaltung gerade der erwachsenen Mitglieder der Zionistischen Ortsgruppen angesehen werden, während auf der anderen Seite die Jugendbünde aus pädagogischen Gründen nicht ganz mit Unrecht dem dauernden Gebrauch der Imi-Tasche durch die Jugend skeptisch gegenüberstehen. In den Händen der erwachsenen Zionisten könnte dieses Sammelmittel eine wichtige Einnahmequelle werden. Der KKL in Deutschland steht immerhin mit den 44 000 Imi-Taschen, die seit 5694 verteilt wurden, an der Spitze aller Sammelstellen des KKL überhaupt.

Die forcierte Propaganda für den *KKL-Telegramm-Verkauf* hat die Einnahme aus diesem Sammelzweig dauernd gesteigert. Stellt auch das Summenergebnis aus dem Telegrammverkauf gegenüber den Gesamteinnahmen keinen ins Gewicht fallenden Posten dar, so ist doch die allgemeine propagandistische Wirkung, die von einer starken Verbreitung des KKL-Telegramms ausgeht, von größter Bedeutung.



Büchsenarbeit

Die *Büchsenarbeit* nahm innerhalb der Gesamttätigkeit des KKL hinsichtlich der Arbeitsordnung den breitesten Raum ein. Die wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1931/32, die Auswanderung einer großen Anzahl von Büchseninhabern im Frühjahr 1933, die rasche Aufeinanderfolge der seit Herbst 1933 notwendig gewordenen großen Sammelaktionen: Rosch-Haschanah-Aktion 5694, Mifal Arlosoroff, Chanukkah 5694, Purim-Peßach-Aktion Frühjahr 1934 — hatten eine nicht unbeträchtliche Schrumpfung der Büchsenzahl zur Folge. Andererseits war klar, daß in der Folgezeit große Sammelkampagnen nur noch erfolgreich sein konnten, wenn sie auf einer festfundierten Büchseninhaber-Organisation aufgebaut werden konnten. Denn jeder Büchseninhaber ist ein potentieller Aktionsspender, sofern er mehrere Male im Jahre regelmäßig besucht und durch die regelmäßigen Leerungsbesuche zur ständigen *Büchsenpflege* erzogen wird. Dieses Ziel wiederum konnte nur dann erreicht werden, wenn es gelang, auch die technisch-



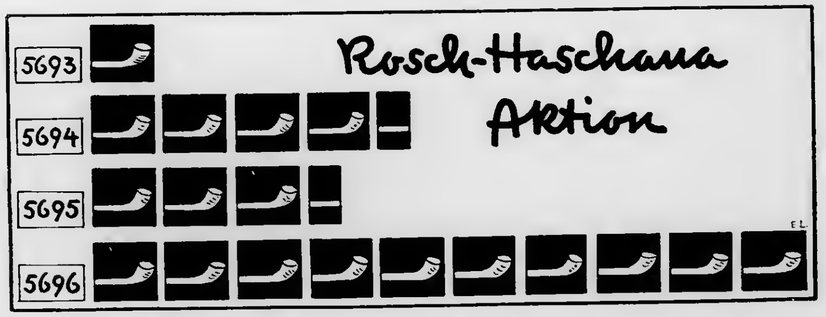
organisatorische Erfassung der Büchseninhaber weitestgehend auszubauen und zu verfeinern.

Diese Absicht konnte nicht ohne Erfolg verwirklicht werden. Zunächst galt es, den Büchsenbestand möglichst rasch zu vergrößern. An Stelle der üblichen Chanukkahaktion wurde im Winter 1934 eine umfassende *Büchsen-Aufstellungs-Kampagne* durchgeführt, die die Aufstellung von 10 000 neuen Büchsen erbrachte. Die Bedeutung dieser Aufstellung liegt vor allen Dingen darin, daß der größte Teil dieser neuen Büchsen auch wirklich in der Folgezeit ergiebig war. Zum erstenmal wurde von jedem Büchsenkandidaten eine Anfangsspende von 25 Pf. verlangt, die auch in weit über 90 % aller Fälle gezahlt wurde und von vornherein zwei Drittel der Büchsengestehungskosten wieder einbrachte.

Darüber hinaus liegt aber auch in der Büchsenanfangsspende ein erzieherischer Wert. Insgesamt sind seit dem Herbst 1933 über 33 000 Büchsen neu bei den jüdischen Familien in Deutschland aufgestellt worden. — Die Leerung der Büchsen erfolgt allgemein durch ehrenamtliche Kräfte, meist durch die Aelteren der zionistischen Bünde und durch die Frauen der Wizo; in einem gewissen Umfang ist es auch gelungen, die erwachsenen Mitglieder der Zionistischen Ortsgruppen zu den regelmäßigen Büchsenleerungen heranzuziehen, worauf nicht zuletzt der gute finanzielle Erfolg dieses Spendenzweiges zurückzuführen ist. Allmählich setzt sich auch der Grundsatz durch, daß jede Büchse viermal im Jahre geleert werden muß. — Die Bemühungen der Zentrale gelten weiterhin der Popularisierung des Büchsenpatronats, das darin besteht, daß ein bestimmter organisierter Zionist für ein ganzes Jahr die Leerung eines bestimmten Kreises von Büchsen übernimmt. Derselbe Mitarbeiter führt bei den gleichen Büchseninhabern alsdann die Besuche bei den Sammelaktionen durch. Dadurch wird ein persönlicher Kontakt zwischen dem KKL-Mitarbeiter und dem Büchseninhaber geschaffen, der sich dann auch bei anderen zionistischen Besuchen günstig auswirkt.

Große Sammelaktionen

Finanziell am ergiebigsten sind natürlich nach wie vor die *großen Sammelaktionen*. Die RHA. im Herbst 1933 erbrachte mehr als das Vierfache der RHA. des Vorjahres. Die RHA. im Jahre 1934 stieß auf erhebliche Schwierigkeiten. Die RHA. 1935, die unter der Parole: „Boden für die erste Siedlung der Jugend-Alijah" von den Juden in Deutschland zu Ehren für Miss Szold durchgeführt wurde, erbrachte allein schon fünf Siebentel des gesamten Jahresaufkommens 5694 (1933/34). Durch die Einsetzung der wichtigsten Propagandisten, durch eine ununter-



brochene Propaganda in der „Jüdischen Rundschau" und durch die Gewinnung der Reichsvertretung für diese Kampagne konnte die zu ihrer erfolgreichen Durchführung notwendige öffentliche Meinung geschaffen werden.

Die Peßach-Aktionen können ebenfalls als erfolgreich bezeichnet werden. Sie erbrachte im Frühjahr 1935 das Doppelte der Peßach-Kampagne im vorangegangenen Jahr, das 3½fache derjenigen im Jahre 5693.

Trotz des großen finanziellen Erfolges, den diese Aktionen hatten, ist der Keren Hajessod in seiner Arbeit nicht geschmälert oder auch nur gefährdet worden. Wie sich in den nachfolgenden Angaben zeigt, blieben die Durchschnittsspenden der RHA. ganz wesentlich unter der Grenze des RHA.-Minimums.

Spendenhöhe der Rosch-Haschanah-Aktion 5694

RM	unter 1	von 1–3	von 3–10	von 11–20	von 21–50	von 50–100	über 100	Summa
Reich	4128	11 627	5225	828	323	85	34	22 304
Berlin	5559	1 463	496	52	20	8	5	7 603
Spender	9741	13 090	5721	880	343	93	39	29 907

An *Sonderaktionen* wurde außer im Jahre 1933 für Mifal Arlosoroff die *Werkleuteaktion* durchgeführt, deren Ergebnis zum Ankauf des Bodens von Jokneam für den *Bund der Werkleute* verwendet worden ist, die inzwischen dort die Arbeit aufgenommen haben. Die Durchführung dieser Aktion war ein voller Erfolg.

DIE METHODEN DER ARBEIT

Mündliche Propaganda

Fragt man nach den Ursachen für die Erfolge der Sammelarbeit, so muß man als die wichtigste die allgemeine Palästina-Stimmung, weiterhin die unausgesetzte Propaganda der ZVfD., die die Voraussetzungen für große Aktionen geschaffen hat, darüber hinaus aber auch die Disziplin und Ergebenheit der KKL-Vertrauensleute und die rühmenswerte Mitarbeit der älteren Mitarbeiter der ZOG. ansetzen, die den KKL aus der Winkelstellung früherer Jahre herausgebracht haben.

Der gewandelten Situation der Juden in Deutschland entsprechend mußte die *Propaganda* des KKL nach Intensität und Umfang auf völlig neue Grundlagen gestellt werden. Heute gibt es kaum einen Ort mit einer jüdischen Gemeinde über 20 Familien, der nicht mindestens von Zeit zu Zeit mit einem Vortrag über Boden- und Kolonisationsfragen versorgt wird. Die mündliche Propaganda wurde indessen nicht ausschließlich auf das Thema Bodenfrage abgestellt, vielmehr haben die Referenten des KKL immer versucht, eine Darstellung des Aufbaus insgesamt zu geben und hierbei das Bodenproblem als eine zentrale Frage zu behandeln. Eine außerordentlich wichtige Funktion bei der mündlichen Propaganda fiel den Sekretären des KKL wie auch der ZVfD. zu. Eine mündliche Propaganda großen Formats wurde bei den großen Aktionen entfaltet. Hierbei standen dem KKL die Propagandisten der ZVfD. zur Verfügung. Bei der Miss-Szold-Kampagne im Herbst 1935 hatte sich vorzüglich *Dr. Joachim Prinz* für eine Reihe von Großstädten als Redner zur Verfügung gestellt, und es ist ihm gelungen, die Stimmung der jüdischen Bevölkerung für diese Kampagne ungewöhnlich schnell und stark aufzulockern.

Schriftliche Propaganda

Die schriftliche Propaganda wurde auf das intensivste betrieben. An erster Stelle stehen hier die *Bildbeilagen*, die bei großen Aktionen, insbesondere im Herbst 1934 und 1935, als wichtigstes Werbemittel für die RHA.-Kampagne gemeinsam mit der „Jüdischen Rundschau" herausgegeben und von Herrn *Dr. Ernst Mechner* redigiert worden sind. Die Bildbeilage der „Jüdischen Rundschau" im Herbst 1934, die unter dem Motto „Haifa" stand,

wurde nahezu in 70000 Exemplaren verbreitet und fand einen ungewöhnlichen Anklang. Die Bildbeilage im Herbst 1935, die inhaltlich auf die Arbeit des KKL für die Einwanderung deutscher Juden abgestimmt war und auch Teile der Arbeit aus dem Gebiete der Jugend-Alijah zur Darstellung brachte, wurde in fast 80000 Exemplaren verteilt. Dieses wichtige Propagandamittel wird in Zukunft weiter ausgebaut werden.

Daneben spielte die Werbung durch die jüdische Presse insgesamt eine wichtige Rolle. Zwar gibt es dabei noch eine Reihe von Widerständen und Schwierigkeiten, da die jüdische Presse noch in vielen Orten in den Händen der Nichtzionisten liegt. Indessen war auch hier ein Vorwärtsdringen möglich. Die „Jüdische Rundschau" brachte im Laufe des Jahres mehrere größere Artikel über die Bodenfrage, und bei der Miss-Szold-Aktion stand sie in jeder Hinsicht dem KKL zur Seite. Darüber hinaus aber gelang es vor allen Dingen, ein enges Arbeitsverhältnis mit der *Redaktion* der *„Kinder-Rundschau"* zu schaffen, die mit großem Verständnis wiederholt in einer der Jugend angepaßten Form Berichte und Erzählungen über den Keren Kajemeth gebracht hat. Zu Chanukkah 1935 veranstaltete sie einen Wettbewerb zugunsten des KKL. Die jüdischen Kinder in Deutschland wurden aufgefordert, handwerkliche Leistungen zu zeigen, deren Erträge auf einer Ausstellung in Berlin, die in der Zeit vom 19. bis 24. Januar gezeigt wurde, dem KKL zugeflossen sind. Im übrigen wurde fortlaufend auch die übrige jüdische Presse in Deutschland bis zum kleinsten Gemeindeblatt mit Artikeln versorgt. Bei der letzten RHA. gab es fast kein jüdisches Gemeindeblatt in Deutschland, das nicht diese Artikel auch gebracht hätte.

Ein besonders wichtiges schriftliches Werbemittel des Keren Kajemeth ist das Flugblatt, das wir im Laufe der Zeit zu einer *Flugschrift* ausgebaut haben. Bei den Aktionen werden ebenfalls solche illustrierten Flugschriften verteilt. Hervorzuheben sind die bebilderten Flugschriften „Der Erlöser des Bodens", ferner die von Dr. Mechner zusammengestellte Flugschrift „Die fünf Aufgaben des KKL", die beide in einer Auflage von 40000 bis 60000 verteilt worden sind.

Film und Lichtbild

Die wichtigste Neuerung in der Propaganda war die Einführung einer planmäßigen *Lichtbildpropaganda* seit etwa Dezember 1933 durch die Einführung von Lichtbildstreifen mit ausgearbeiteten Begleitvorträgen. Im Jahre 5694, etwa bis Anfang Sommer 1934, erschienen vier Bildstreifen — „Tel-Awiw und die Orangenküste", „Adlojadah", „Sport in Palästina" und „Jerid Hamisrach". Um auch den kleinsten Ort mit Lichtbildvorträgen versorgen zu können, wurden unter Vermittlung der KKL-Zentrale von den Sekretariaten und einigen großstädtischen Ortsgruppen Filmoskop-Apparate angeschafft. Im Jahre 1934 fanden annähernd 1100 Aufführungen der Lichtbildstreifen statt. Besonderen Anklang fand der erste Filmstreifen „Tel-Awiw und die Orangenküste", der über 700 Aufführungen erlebte. Der Besuch der zionistischen Veranstaltungen, die durch die Lichtbildvorführungen lebendig gestaltet werden konnten, ist ganz unzweifelhaft durch diese Neueinführung gestiegen.

Im Jahre 1935 mußte aus verschiedenen Gründen die Einrichtung der Lichtbildstreifen-Propaganda hinter die schriftliche und mündliche Propaganda zurücktreten. Neuerdings erscheinen *Palästina-Monatsberichte* in Bildern. Allmonatlich erhält die Zentrale über die jeweiligen aktuellen Ereignisse in Palästina einen von Dr. Ernst Mechner in Tel-Awiw zusammengestellten Bildstreifen, der mit Begleitvorträgen gegen Zahlung des Gestehungs-Preises an die Sekretariate und Ortsgruppen abgegeben wird. Diese Bildstreifen finden großen Anklang und haben bereits in den letzten Monaten dazu geführt, daß eine Reihe von Ortsgruppen mit neuen Filmoskop-Apparaten versorgt werden mußten. Heute gibt es 17 Projektionsapparate im Reich, die — leicht handlich — von den Sekretären des KKL und der ZVfD. auf ihren Reisen mitgenommen werden und so in jedem Ort die Möglichkeit zur Vorführung und Darstellung der wichtigsten Ereignisse in Palästina im Bilde geben.

Seit Oktober 1935 erschienen drei Monatsbildberichte. Darüber hinaus wurde auch ein abendfüllender Lichtbildstreifen „Die arbeitende Frau in Palästina" gemeinsam mit der Wizo herausgebracht.

Die *Filmpropaganda*, die eine Reihe von Jahren geruht hatte, wurde ebenfalls wieder aufgenommen. Der KKL erwarb im Winter 1934 unentgeltlich einen Amateurfilm von Herrn *Frankfurter*, Göppingen, dem auch an dieser Stelle hierfür gedankt sei. Dieser Kurzfilm mit einer Laufdauer von 20 Minuten spielte in der Propaganda des vergangenen Winters nicht nur für den Keren Kajemeth, sondern auch für den Keren Hajessod eine wichtige Rolle. Daneben wurde ein Kurzfilm „Emek Sebulon", der die Entwicklung der Haifa-Bay zeigt, in einer Reihe von Städten vorgeführt.

Besondere Formen der Propaganda

An der großen *Palästina-Ausstellung*, die die BZV. im Frühjahr 1933 in Berlin zeigte, und die einen überraschenden und ungewöhnlichen Erfolg hatte, nahm auch der KKL entscheidenden Anteil. Nach Beendigung der Palästina-Ausstellung, die noch in Hamburg und in Leipzig gezeigt wurde, erwarb sie der KKL und baute sie zu einer Palästina-Schau um. Während der Palästina-Wochen der ZVfD. im Winter und Frühjahr 1934/35 wurde sie in 18 Großstädten, nämlich in

Leipzig, Breslau, Köln, Hamburg, Düsseldorf, Essen, Bielefeld, Hannover, Duisburg, Dortmund, Chemnitz, Darmstadt, Wiesbaden, Stettin, Königsberg, Dresden, Magdeburg und Karlsruhe

gezeigt.

Als weitere und propagandistisch sehr wirkungsvolle Veranstaltung sei noch das große Konzert erwähnt, das der KKL gemeinsam mit der BZV. zu Beginn der Purim-Peßach-Aktion 1935 unter dem Motto „Spende jüdischer Künstler für Boden in Palästina" veranstaltete.

Im übrigen ist noch die Veranstaltung zu Ehren von Miss Szold zu Beginn der RH.-Kampagne hervorzuheben, die ein wirkungsvoller Auftakt für die RHA. 1935 war. Bei dieser Veranstaltung war auch das Mitglied der Exekutive, Herr *Elieser Kaplan*, anwesend.

Broschüren

Auf dem Gebiete der *literarischen Propaganda* durch Herausgabe eigener Bücher oder Broschüren wurde die Form der sogenannten *Volksbroschüre* entwickelt. Zu Herzls Todestag 1934 erschien die Broschüre „Herzl lebt", die in 18 000 Exemplaren zu 10 Pfg. verkauft wurde. Zu Herzls und Bialiks Todestag 1935 wurde eine ebenfalls 32 Seiten große jüdische Volksbroschüre mit Beiträgen von Ernst Simon, Alex Bein und Anderen veröffentlicht. Sie wurde, ebenfalls zu 10 Pfg., in über 20 000 Exemplaren abgesetzt. Die Mängel solcher Broschüren liegen offen zutage. Andererseits haben sie sich als ein ungewöhnlich gutes Propaganda- und auch Erziehungsmittel erwiesen. Anläßlich des 15. Schwat 1935 erscheint soeben die 48 Seiten große mit deutschen und hebräischen Beiträgen ausgestattete Broschüre „Wenn ihr in das Land kommt", die zu 60 Pfg. verkauft wird.

Reise-Tätigkeit

Die in früheren Jahren aus Ersparnisgründen stark zurückgetretene *Reisetätigkeit* der Mitglieder der Zentrale wurde im Jahre 1933 wieder aufgenommen und hat sich zu einer ständigen Einrichtung entwickelt. Der Leiter der Zentrale besucht in regelmäßigen Abständen die einzelnen Sekretariate und nimmt an fast allen Gruppenverbandstagungen der ZVfD. teil. Auf diesen Tagungen finden regelmäßig Sitzungen aller Vertrauensleute des betreffenden Gruppenverbandes statt, in der die Arbeit des Bezirks und der einzelnen Orte ausführlich erörtert wird.

Ueber diese mehr dem organisatorischen Teil der Arbeit dienenden Reisen hinaus wurde auch eine umfassende propagandistische Reisetätigkeit entwickelt, an der sich außer den Mitgliedern der Zentrale die Herren *Dr. Hans Friedenthal, Dr. Alfred Rabau, Dr. David Schloßberg, Dr. Joachim Prinz, Dr. Alfred Kupferberg* und *Dr. Steinfeld*, Mannheim, beteiligten.

Verhältnis zu anderen zionistischen Organisationen

Eine erfreulich enge Beziehung besteht zwischen dem Keren Kajemeth und den zionistischen *Jugendbünden*. Die Jugend ist ein wesentlicher Faktor in der Arbeit des Keren Kajemeth in Deutschland. Auch die Mitglieder des *Hechaluz* sind zu einem unentbehrlichen Bestandteil seines freiwilligen Mitarbeiterstabes geworden.

Die organisatorische Beziehung zum *Makkabi* kann als durchaus befriedigend bezeichnet werden. Der Makkabi, insbesondere aber der IPD-Makkabi-Hazair, ist in einer Reihe von Städten der Hauptträger unserer Arbeit. Im Frühjahr 1935 wurde innerhalb des Makkabi ein Monat für „Kfar Hamakkabi" durchgeführt, dessen finanzielles Ergebnis zwar keineswegs als befriedigend angesehen werden kann, der aber doch eine stärkere organisatorische Bindung der Makkabim an den KKL herbeigeführt hat. Zur Unterstützung der KKL-Arbeit innerhalb des Makkabi erschienen wiederholt Aufsätze in dessen Zeitschrift.

Die Mitarbeit der *Wizo* für den Keren Kajemeth ist in einer Reihe von Wizo-Gruppen als gut zu bezeichnen. Insgesamt jedoch fehlt es zwischen dem Keren Kajemeth und der Wizo an einer engeren organisatorischen Beziehung. Der Vorschlag, dem Keren Kajemeth ein eigenes *Frauendezernat* anzugliedern, das die Aufgabe hätte, die Arbeit der Frauen für den Keren Kajemeth zu

stärken, eine durchgreifende Schulung durchzuführen und auch für die Wizo werbend tätig zu werden, mußte zunächst aus verschiedenen Gründen zurückgestellt werden. In den letzten Monaten, vor allen Dingen seit der RHA.-Kampagne, läßt sich indessen schon eine wesentliche Besserung in der allgemeinen Mitarbeit der Wizo feststellen.

Von der Erfahrung ausgehend, daß gute KKL-Arbeit nur von zionistisch gut geschulten und mit den Palästina-Problemen aufs beste vertrauten Menschen geleistet werden kann, und mit Rücksicht darauf, daß seit dem Jahre 1933 Tausende Jugendlicher in die zionistischen Bünde aufgenommen worden waren, die diese Voraussetzungen nicht erfüllten, bei dem sich immer weiter ausdehnenden Rahmen unserer Aktionen aber zur Arbeit herangezogen werden mußten, erschien als eine der wichtigsten Aufgaben die Herstellung einer engen Verbindung mit der jüdischen Jugend. Im September 1935 wurde ein besonderes *Jugend-Dezernat* der Zentrale angegliedert, das sich ausschließlich mit der Jugendarbeit befassen soll. Es sollte drei Aufgaben durchführen:

1. eine Unterstützung der Bünde in der Erziehungsarbeit der jugendlichen Helferschaft;
2. die Gewinnung der Schulen für die KKL-Arbeit;
3. die Schaffung neuer, den Jugendlichen angepaßten Sammelmethoden.

Die jugendliche Helferschaft, deren Zahl auf etwa 25 000 zu schätzen ist, wird in Form von Seminaren für die KKL-Arbeit vorgeschult. Solche Seminare haben bereits in Köln, Essen, Düsseldorf und Stettin stattgefunden. Die Referate werden meist von jugendlichen Delegierten, die sich der Zentrale hierfür zur Verfügung gestellt haben, gehalten. Weiterhin wurden durch das Jugenddezernat Delegierte in die Winterläger des Habonim und des Hechaluz entsandt. Auch die anderen Bünde haben in ihren Winterlägern die Fragen des KKL zum Gegenstand von Ssichoth gemacht. Indessen reicht diese Form der erzieherischen Beeinflussung für den KKL nicht aus. Ohne ausreichendes Lehrmaterial kann eine wirksame Mobilisierung der jüdischen Jugend für den KKL nicht durchgeführt werden. Die Beschaffung dieses Materials ist aber überaus schwierig. Lehrmaterial aus Palästina ist uns so gut wie gar nicht zugänglich. Man wird sich daher zunächst im wesentlichen darauf beschränken müssen, die bisher nur örtlich durchgeführten Jugendseminare zu Bezirksseminaren auszubauen und in mehreren Tages- oder Wochenseminaren in kursartiger Form einen Ueberblick über die grundlegenden Probleme der nationalen Fonds im Rahmen des Palästina-Aufbaus zu geben.

Diese Erziehungsarbeit wird aber nur dann möglich sein, wenn in Zukunft auch Referenten der ZVfD., des Hechaluz und des Makkabi hierbei mitwirken.

In der *Gewinnung und Erziehung der Schulen für die KKL-Arbeit* konnten gewisse Ansatzpunkte bereits geschaffen werden. Mit dem Schuldezernat der Reichsvertretung wurde in vielen Aussprachen der Weg dieser Arbeit geklärt, und die Hoffnung erscheint berechtigt, daß in Zukunft hier Erfolge erzielt werden können. Vor allen Dingen wird zur Unterstützung des palästinakundlichen Unterrichts der KKL das Schuldezernat der Reichsvertretung in der Materialversorgung unterstützen. In dieser Hinsicht gibt es schon gute Vorarbeiten, insbesondere in Polen, und auf die Erfahrungen der dortigen Landessammelstelle kann sehr weitgehend zurückgegriffen werden.

Es steht außer Frage, daß die Gewinnung der Schüler für den KKL nur dann möglich ist, wenn auch die Lehrer interessiert werden. Auch hier ist ein Anfang gemacht. Anfang November 1935 hat unter Mitwirkung des KKL die BZV. und das Schuldezernat der ZVfD. eine sehr gut besuchte Lehrerversammlung in Berlin abgehalten, auf der die Palästina-Schau des Luzerner Kongresses gezeigt wurde, um Anregungen für den palästinakundlichen Unterricht zu geben.

Die Sammeltätigkeit der Jugend litt besonders darunter, daß die Formen und Methoden des Sammelns den Jugendlichen, insbesondere den jüngeren Helfern nicht angepaßt waren. Bei der sogenannten *Wasserturm-Aktion* wurde zum ersten Male eine besondere für Jugendliche gedachte Sammelmethode angewandt. Der Erfolg gab der Methode recht. So wie die Jugend jetzt für die Wasseranlagen der Jugend-Alijah-Siedlung gesorgt hat, so soll sie auch weiterhin durch Erfüllung besonderer Aufgaben am Aufbau dieser Siedlung teilnehmen und auf diese Weise die Probleme der nationalen Kolonisation selbst miterleben. Durch diese konkrete Bindung an eine bestimmte Siedlung in Palästina muß die Stärke der Beziehung zum KKL und zum Lande wachsen.

Ein weiteres neues Sammelmittel ist der *KKL-Ausweis* und das *KKL-Gruppenbuch*, die im Anschluß an die Wasserturm-Aktion ausgegeben wurden. Hiermit verbunden ist die *Einführung der Jugendspende und der Selbstkontingentierung*, durch die der Jugendliche auch erzogen werden soll, nicht nur bei anderen zu sammeln, sondern selbst dem KKL seine Steuer zu entrichten.

ORGANISATION DER ARBEIT

Für den Keren Kajemeth Lejisrael arbeiten in Deutschland jetzt Vertrauensleute in 824 Orten. Diese Ziffer verdeutlicht den Umfang der Ausdehnung, die die Arbeit des KKL in den letzten Jahren genommen hat. Waren noch im Jahre 1932/33 128 mitarbeitende Orte zu verzeichnen, so wuchs diese Zahl schon bei der großen RHA. 1933 auf 398 und im Jahre 5694 auf über 500. Diese große Zahl der ehrenamtlichen Mitarbeiter stellt naturgemäß an die Zentrale ungewöhnlich hohe Arbeitsanforderungen. Den Grundsatz, möglichst mit jedem Vertrauensmann ein persönliches Verhältnis zu begründen und aufrechtzuerhalten, erfordert einen sehr ausgedehnten Briefwechsel. Die enge Verbindung mit den Vertrauensleuten wird weiterhin durch fast allwöchentliche Rundschreiben der Zentrale aufrechterhalten und gefördert. Die technischen Arbeitsanweisungen werden durch die gedruckten *KKL-Blätter* den Vertrauensleuten zugänglich gemacht. Diese KKL-Blätter, die früher nur sporadisch erschienen, sind seit Beginn der RHA.-Kampagne 1935 dreimal herausgegeben worden, und sollen in Zukunft jeden Monat erscheinen.

Neben dem ständigen Nachrichtendienst und den ständigen Anweisungen der Zentrale an die Vertrauensleute erhalten alle Mitarbeiter die Hauszeitschrift des Jerusalemer Hauptbüros *„Karnenu"*. Ferner wurden im letzten Jahr fast jeden Monat Abzüge aus Palcor und anderen Informationsquellen den Vertrauensleuten zugesandt. Auf diese Weise sind bei den Spendenbesuchen für den KKL die Vertrauensleute so informiert, daß auch der jüngere Mitarbeiter imstande ist, ein sachliches Gespräch mit dem Spender zu führen. Es ist klar, daß damit keineswegs eine befriedigende Schulung erzielt werden kann, wie überhaupt die Schulungsarbeit noch vollkommen ist. Wenn es trotz all dieser Mängel bisher gelungen ist, große Aktionen mit Erfolg durchzuführen, die einzelnen Sammelzweige erheblich zu erweitern, vor allen Dingen aber die Büchsenarbeit auf einen befriedigenden Umfang zu bringen, so ist dies im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß einmal die Vertrauensleute des KKL mit der Zentrale in einem regen Gedankenaustausch stehen und auch noch der kleinste Ort von ihr mit Anregungen für die Arbeit individuell versehen wird, sodann darauf, daß der zionistische Elan dieser völlig neuen Mitarbeiterschicht so ungebrochen ist, daß ihr eine permanente zionistische Aktion zugemutet werden kann.

Als entscheidend aber für die Arbeit des KKL in den einzelnen jüdischen Gemeinden hat sich die besonders enge Verflechtung

von allgemeiner zionistischer Ortsgruppen- und KKL-Arbeit erwiesen.

Die KKL-Arbeit bildet heute für das Leben der Ortsgruppe einen integrierenden Bestandteil. Die erwachsenen Mitglieder der Ortsgruppe fühlen sich für sie verantwortlich und haben zum Erfolg der RHA. wesentlich beigetragen.

Sekretariate

Mit der ungewöhnlich schnellen und starken Ausdehnung der zionistischen Arbeit wurde eine Zentralisierung im früheren Stil undurchführbar. Aus diesem Grunde wurde bereits im Winter 1933 mit der Vermehrung der im Reich befindlichen *Sekretariate* begonnen. Diese Dezentralisierung der Arbeit und die Einrichtung von hauptamtlichen Sekretariaten in der Provinz wurde im Laufe der letzten zwei Jahre weiter ausgebaut.

Wurde es noch im Jahre 1933 und 1934 als notwendig betrachtet, eigene Bezirks- und Ortssekretariate für den KKL zu errichten, so entwickelte sich im Laufe des letzten Jahres die Form des sogenannten kombinierten Sekretariats, d. h. die Anzahl der besonderen KKL-Sekretariate wurde auf ein Mindestmaß herabgesetzt, und an ihrer Stelle wurden mit der ZVfD. gemeinschaftliche Sekretariate eingerichtet, die sich sehr bewährt haben.

Eigene Orts-Sekretariate besitzt der Keren Kajemeth in Hamburg, Königsberg, Breslau, Leipzig, Köln, Mannheim, Karlsruhe und Frankfurt a. M.

Ein eigenes Bezirks-Sekretariat existiert lediglich noch in Frankfurt a. M. *Orts-Sekretariate* unterhält der Keren Kajemeth *gemeinsam mit den zionistischen Ortsgruppen* in Berlin, Stettin, Dresden, Hannover, Nürnberg, München und Stuttgart.

Gemeinsame Bezirks-Sekretariate mit den zionistischen *Gruppenverbänden* der ZVfD. bestehen in Düsseldorf, Mannheim, Stettin, Beuthen, Breslau und Nürnberg.

Die Sekretäre sind die Hauptträger der zionistischen Propaganda und Schulung im Reich und entfalten eine außergewöhnliche Propaganda- und Reisetätigkeit.

Organisation der Zentrale

Zu Anfang 1933 stand die Zentrale des KKL infolge der früheren Ersparnismaßnahmen mit einem schwachen Apparat dieser neuen Situation gegenüber. Der frühere Leiter des KKL in

Deutschland, *Dr. Ernst Mechner*, verdient höchste Anerkennung dafür, daß es ihm gelungen ist, in kürzester Frist einen neuen Stab von ehrenamtlichen Mitarbeitern im Reich geschaffen und der Entwicklung angepaßte neue Arbeitsmethoden gefunden zu haben. Am 1. Januar 1934 trat *Dr. Josef Weiß* in die Zentrale des KKL ein und übernahm, nachdem Dr. Mechner nach einem mehrmonatlichen Palästina-Aufenthalt nach Palästina übersiedelte, am 1. Oktober 1934 die Leitung der Zentrale. Der Assistent der Leitung, Herr *Felix Isaac*, der im August 1933 in die Berliner Zentrale eingetreten war, siedelte nach einem mehrmonatlichen Urlaub im Sommer 1935 ebenfalls nach Palästina über.

Herr *Adolf Pollak*, der eine starke Stütze des KKL in Deutschland war, ging im Winter 1934 nach Palästina, stellte sich jedoch im Frühjahr 1935 für einige Monate wieder der Arbeit in Deutschland zur Verfügung. Im übrigen wurde versucht, den Apparat der Zentrale so klein wie möglich zu halten. Zur Zeit sind außer dem Leiter und dem Assistenten noch ein Jugenddezernent vorhanden.

Die *Landeskommission* wurde, nachdem bis auf Herrn *Dr. Walter Erhard* alle Mitglieder nach Palästina ausgewandert sind, nicht mehr neu konstituiert. Die maßgeblichen Entscheidungen werden gemeinsam von dem Leiter der Zentrale und Herrn Dr. Erhard getroffen, der ihr unentbehrlicher Ratgeber ist.

Neben der Sammelarbeit war die Zentrale auch an der Durchführung der KKL-Anleihe in Deutschland im Jahre 1934 beteiligt.

Wenn der KKL auf eine im allgemeinen erfolgreiche Entwicklung seiner Tätigkeit in Deutschland in den letzten Jahren zurückblicken kann, so darf dies zu einem sehr erheblichen Teil auf die starke Unterstützung zurückgeführt werden, die die ZVfD. der KKL-Arbeit hat angedeihen lassen. Ihre führenden Menschen haben der Tätigkeit des KKL großes Interesse entgegengebracht und haben alle Maßnahmen gefördert, die dem Ziel dienen sollten, die Arbeit der Ortsgruppen für den KKL zu einem Hauptaufgabengebiet zionistischer Wirksamkeit zu machen. Bei allen großen zionistischen Aktionen gab die ZVfD. dem KKL Gelegenheit zur Mitwirkung, und so hat sich im Laufe der Jahre der KKL in Deutschland zu dem entwickelt, was er überall sein soll: ein integrierender Bestandteil der allgemeinen zionistischen Arbeit.

DEUTSCHER MAKKABI-KREIS

Als auf dem 14. Makkabi-Kreistag im August 1932 in Berlin das Kreispräsidium unter Leitung von *Alfred Rabau* die Geschäfte übernahm, war der Makkabi in Deutschland lediglich ein Verband von jüdischen Sportvereinen. Die erste Makkabiah im Frühjahr 1932 hatte aber die Makkabi-Bewegung zum ersten Male in enge Berührung mit Erez Israel und dem Jischuw gebracht, die nicht ohne Folgen für ihre Entwicklung bleiben konnte. Die ersten Gdudim des Makkabi Hazair entstanden, und der Gedanke der Chaluziuth begann im Makkabi Fuß zu fassen. Im Beginn dieser Entwicklung zionistischer Aktivität und am Anfang der Umstellung von der Erziehung zum Sportler zur Erziehung zum Chaluz traf den Makkabi der Umbruch in Deutschland.

Die organisatorische Straffung war nach den großen Anstrengungen der ersten Makkabiah eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Präsidiums. Der Verband bestand Anfang 1933 aus 17 Vereinen mit etwa 3000 Mitgliedern. Das Verbandsorgan „Der Makkabi" begann wieder regelmäßig zu erscheinen, und durch eine große Reisetätigkeit des Präsidiums wurde die engere Fühlung mit den Vereinen aufgenommen. Der Umbruch in Deutschland stellte organisatorisch völlig neue Aufgaben. Bisher war der Verband nur eine geistige Gemeinschaft der Vereine, die sich meistens nur einmal im Jahre zu Makkabi-Sportveranstaltungen zusammenfanden, während die gesamte sonstige sportliche Betätigung innerhalb der bestehenden deutschen Sportverbände vor sich ging. So waren Fußballer, Leichtathleten, Hockeyspieler usw. Mitglieder in den entsprechenden deutschen Fachverbänden, und nur selten kamen sie in sportliche Berührung mit den übrigen Makkabi-Vereinen. Durch den Ausschluß der jüdischen Sportvereine aus der Verbänden mußte der Makkabi nun auch die Betreuung der gesamten sportlichen Erziehung seiner Menschen auf sich nehmen. Diese Tatsache mußte zu entscheidender Bedeutung für die gesamte Weiterentwicklung des Makkabi werden. Wurde doch jetzt der Verband belastet mit allen Sorgen für die Vereine, und diese immer zunehmende Arbeit wirkte sich in einem immer engeren Zusammenhang zwischen Präsidium und den einzelnen Gliedern der Bewegung aus. Nachdem die erste behördliche Regelung, die Uebernahme der Sparte Sport im Reichsausschuß Jüdischer Jugendverbände durch einen Vertreter des Makkabi, der durch den *Erlaß des Reichsjugendführers*

vom 2. November 1933 offiziell bestätigt wurde, erfolgt, und nachdem durch den *Erlaß des Reichssportführers vom 14. November 1933* die sportliche Betätigung jüdischer Vereine grundsätzlich genehmigt war, wurde auch die organisatorische Arbeit leichter. Vor allem entstand die Notwendigkeit, für die aus den deutschen Sportvereinen ausgeschlossenen Sportler neue Vereine zu gründen. Auf diesem Gebiet kam es zu den ersten Konflikten mit dem neu gegründeten *Sportbund des RJF.*

Die Assimilation, die man durch die Ereignisse des Jahres 1933 als eine Bewegung von gestern betrachten zu können glaubte, begann sich neu zu formieren. Der Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten machte sich zu ihrem aktivsten Vorkämpfer und schuf, um sich der Jugend zu versichern, seinen Sportbund. Von der Führung des Makkabi wurde die Gefahr, die von seiten des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten drohte, rechtzeitig erkannt. Mit Energie wurde der Kampf um die sporttreibende jüdische Jugend in Deutschland aufgenommen. So begann der Makkabi, *zionistische Werbearbeit* in allen größeren Städten Deutschlands aufzunehmen, und wurde bald zu einem wichtigen Stützpunkt der jetzt allenthalben vorstoßenden zionistischen Propaganda. Die Erfolge blieben nicht aus. Der ehemalige *Verband jüdisch-neutraler Vereine Westdeutschlands* schloß sich fast vollzählig dem Makkabi an, bekannte jüdische Sportklubs, die bis dahin dem Zionismus fern gestanden hatten, wie der international bekannte Boxklub „Maccabi" Berlin, wurden gewonnen. In allen Gegenden Deutschlands begann der Makkabi-Gedanke Fuß zu fassen, und an vielen Orten wurden die neugegründeten Makkabi-Vereine die Keimzellen späterer zionistischer Ortsgruppen.

Im *Oktober 1933* hatte der Makkabi die Zahl von *10 000* Mitgliedern erreicht. Das stetige Anwachsen der Bewegung zwang ihn, von dem bisherigen Wege der Zentralisierung in Berlin abzugehen. Vier *Bezirke* wurden geschaffen, und im Januar 1934 fanden die ersten vier Makkabi-Bezirkstagungen in Deutschland statt. Jedesmal erschienen hierzu mehrere Vertreter des Berliner Präsidiums, und die neuen Menschen aus der Provinz wurden in den überfüllten Versammlungen meist zum ersten Mal mit zionistischen Gedankengängen vertraut gemacht. Die *erste jüdische Versammlung* überhaupt, die nach dem Umbruch in Berlin stattfand, wurde vom Bar Kochba-Hakoah Berlin mit Joachim Prinz als Hauptredner veranstaltet. Der zunehmenden zionistischen Bedeutung des Makkabi trug auch die *„Jüdische Rundschau"* Rechnung. Sie schuf den Sportteil der „Jüdischen Rundschau", der als „Sport-Rundschau" zum erstenmal

am 31. Oktober 1933 erschien und seitdem regelmäßig in jeder Freitag-Nummer zu finden ist.

Eine neue Form der Propaganda wurden die *sportlichen Massenveranstaltungen*, zu denen — angezogen durch die sportlichen Darbietungen — bis dahin zionistisch und jüdisch völlig uninteressierte Menschen in großen Massen kamen. Der erste Versuch war das Hallensportfest in Frankfurt am Main mit *2000 Zuschauern*, auf dem Alfred *Rabau* sprach, dann die wohl größte zionistische Kundgebung der letzten Jahre, die Makkabi-

Meisterschaften 1934 in Berlin mit fast *9000* Zuschauern, mit Joachim *Prinz* als Redner, das Hakoah-Jubiläums-Sportfest im Jahre 1934 mit Ansprache von Kurt *Blumenfeld*, die Makkabi-Meisterschaften 1935 in Leipzig mit *3000 Zuschauern*, das Hallensportfest in Frankfurt am Main 1935 mit fast *5000 Zuschauern*, auf denen auch jedesmal Dr. Joachim *Prinz* sprach. Daneben gab es eine Fülle von kleineren sportlichen Vorführungen, die zwischen 500 und 1000 Zuschauer hatten. Einen besonderen Aufschwung innerhalb des Deutschen Makkabi-Kreises nahm der *Makkabi Hazair*, nachdem die Spannungen, die naturgemäß bei der Arbeit einer zur Chaluziuth erziehenden Jugendbewegung innerhalb einer

nur zum Teil aus Jugendlichen bestehenden Organisation entstehen mußten, durch engen persönlichen Konnex der führenden Menschen beseitigt waren. In einer Sondernummer des „Makkabi" vom Mai 1934 trat der Makkabi Hazair zum erstenmal mit grundsätzlichen Darlegungen über seinen Erziehungsweg an die Oeffentlichkeit. Auf dem Führerlager in Winkel, an dem auch Mitglieder des Makkabi-Präsidiums teilnahmen, zeigte sich der Bund als eine geschlossene Einheit, die ihren Weg innerhalb der zionistischen Bewegung kennt. Trotz mannigfacher Schwierigkeiten, die durch die dauernde Abwanderung der Jugendführer nach Erez Israel entstanden, ist der Makkabi Hazair heute nach seiner Fusion mit dem Jüdischen Pfadfinderbund (JPD.) der größte zionistische Jugendbund.

Nachdem die Auseinandersetzungen mit dem Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten eine Zeitlang höchst unerfreulich geworden waren und der Makkabi mit aller Schärfe Auswüchsen entgegentreten mußte, kam es im September 1934 auf Wunsch des Reichssportführers zur Gründung des *Reichsausschusses Jüdischer Sportverbände*. Der Reichsausschuß wurde das *erste jüdische* Gremium in Deutschland, in dem im September 1934 das *Fifty-Fifty-Prinzip* bei der Beteiligung von Zionisten und Nichtzionisten durchgeführt wurde, und in dem neben drei Vertretern des RJF. drei Zionisten *(Hans Friedenthal, Alfred Rahau* und *Paul Lewinsohn)* saßen. Die Geschäftsführung wurde dem Deutschen Makkabi-Kreis anvertraut und in seinem Büro untergebracht.

Im September 1934 hielt der Deutsche Makkabi-Kreis statutengemäß seine fällige Kreistagung ab und setzte damit seine Geschäftsführung ordnungsmäßig fort. An Stelle von Dr. Rahau, der als Vizipräsident Mitglied des Präsidiums blieb, wurde Dr. Hans *Friedenthal* Präsident des Deutschen Makkabi-Kreises. 81 Vereine mit 18 000 Mitgliedern waren auf der Kreistagung vertreten. Neben den grundsätzlichen Auseinandersetzungen stand die praktische Arbeit der Tagung vor allem im Zeichen der bevorstehenden zweiten Makkabiah.

Trotz der großen Schwierigkeiten ist es gelungen, eine große Expedition von 130 aktiven Teilnehmern und 250 Schlachtenbummlern zur *zweiten Makkabiah* nach Erez Israel zu entsenden. An dieser Stelle muß erwähnt werden, daß die Verteilung der Makkabiah-Visen unter schärfster Kontrolle der Zuverlässigkeit der Bewerber und in enger Zusammenarbeit mit dem Palästina-Amt vor sich ging. Der beste Beweis für die Strenge, mit der die Bewerber ausgesucht wurden, ist, daß von den 250 zur Ver-

II. Makkabiah 1935

fügung stehenden kautionslosen Visen nur 213 in Anspruch genommen wurden, während die übrigen Teilnehmer der Fahrt nur die üblichen Touristenvisen vom Britischen Konsulat erhalten haben. Außer dem großen Erlebnis unseres Landes war den Makkabim aus Deutschland auch ein großer sportlicher Erfolg beschieden; sie errangen den zweiten Platz in der Gesamtwertung hinter Makkabi Oesterreich und vor Makkabi Erez Israel.

Mit der großen Expansion, durch die der Mitgliederbestand des Makkabi mehr als verfünffacht wurde, konnte die zionistische Erziehung der Menschen naturgemäß nicht immer Schritt halten. Dieser Aufgabe ist sich die Führung des Makkabi stets bewußt gewesen, und auf den verschiedenen Kreistagungen ist die damit verbundene Gefahr diskutiert worden. Man ging sogar so weit, eine befristete Mitgliedersperre zu verlangen, und auf das Zuströmen neuer Menschen solange zu verzichten, bis eine durchgreifende zionistische Erziehung unter den bisher gewonnenen durchgeführt sei. Wenn auch die Forderung nach dieser radikalen Lösung sich nicht durchsetzen konnte, so ist doch durch

intensive Tarbuth-Arbeit ein großer Teil dieser Aufgaben erfüllt worden, so daß das zionistische Niveau des Makkabi sich wesentlich gehoben hat und er eines der wichtigsten Instrumente zionistischer Erziehung gerade für Menschen geworden ist, die sonst im allgemeinen dem Wesen einer politischen Bewegung fremd sind. Daß die zu lösende Aufgabe, die Erfüllung einer Sportbewegung mit dem Bewußtsein politischer Aufgabe und Verantwortung, noch groß ist, wird von der Führung des Makkabi erkannt.

In besonderem Maße ist der Forderung nach Intensivierung der *zionistischen Erziehung* durch die Einführung des *Leistungsabzeichens* im September 1934 Rechnung getragen worden. Diese Einrichtung ist ein Beweis dafür, wie über den Rahmen des Sportlichen hinaus an den einzelnen Makkabi — will er vollgültiges Mitglied der Gemeinschaft sein — ernste Forderungen zionistischer Bildung gestellt werden. Außer den sportlichen Prüfungen in Laufen, Werfen, Springen, Schwimmen, Turnen, Ausdauer muß der Bewerber eine Prüfung in Hebräisch, zionistischer Geschichte, jüdischer Geschichte, Palästinakunde und Geschichte des Makkabi ablegen.

Von den Veröffentlichungen des Makkabi ist vor allem die regelmäßig monatlich erscheinende *Zeitung „Der Makkabi"* zu erwähnen, die sowohl inhaltlich als auch in der äußeren Form weiter ausgestaltet werden konnte. Sie erscheint heute in einer Auflage von 5000 Stück und ist eines der wesentlichsten Propaganda- und Erziehungsmittel des Makkabi geworden. Zionistische Diskussionen nehmen in ihr einen breiten Raum ein. Sodann erscheinen neuerdings besondere *Tarbuth-Blätter*, die den Leitern der Tarbuth-Arbeit in den einzelnen Vereinen Anregungen und Material für ihre Arbeit vermitteln.

Die Herausgabe des neuen *Makkabi-Liederbuches*, die im Oktober 1935 erfolgte, ist ein weiteres wichtiges Hilfsmittel der Erziehung geworden. Hat der Makkabi doch hierdurch der ersten hebräischen Volkslieder-Sammlung zur Veröffentlichung verholfen und dem dringenden Bedürfnis der zionistischen Jugend nach einer umfassenden Sammlung hebräischer Lieder unter starkem Einsatz finanzieller Mittel Rechnung getragen.

Daß die sportliche Betätigung überaus rege war, mag als selbstverständlich nur nebenbei erwähnt werden. 152 interne Sportfeste sind in den Jahren 1934/35 durchgeführt worden, während 16 Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung aufgezogen wurden.

Die 2. Makkabiah im Frühjahr 1935 sah den Makkabi-Weltverband und im besonderen den Deutschen Makkabi-Kreis als einen untrennbaren Bestandteil der Zionistischen Organisation, und als wenige Wochen nach der Makkabiah *Ussischkin* dem Makkabi-Weltverband den Boden von *Kfar Hamakkabi* übergab, stellte er mit Befriedigung diese Tatsache erneut fest.

Auch der XIX. Zionisten-Kongreß in Luzern, auf dem der Deutsche Makkabi-Kreis innerhalb der Delegation aus Deutschland durch drei Delegierte vertreten war, trug durch eine Reihe von Beschlüssen der neuen Stellung des Makkabi innerhalb der Zionistischen Weltorganisation Rechnung. Der Eintritt der Makkabim in die Zionistische Vereinigung für Deutschland, der Beschluß des Makkabi-Kongresses in Brünn zur Zionistischen Organisation, das erste Zentralseminar des Makkabi in Lehnitz und die durch Kurse und einen besonderen Informationsdienst betriebene intensive Tarbuth-Arbeit sind die letzten Marksteine auf dem Wege des Makkabi in die Zionistische Organisation.

MAKKABI HAZAIR

Der *Jüdische Pfadfinderbund Makkabi Hazair* in seiner heutigen Form wurde im Jahre 1934 durch den Zusammenschluß des Jüdischen Pfadfinderbundes Deutschlands (J. P. D.) und des Makkabi Hazair geschaffen. Der J. P. D. war aus einem Teil des Kadima und dem Bunde der Junggruppen im neutralen Jugendverband im Jahre 1931 entstanden. Das Erziehungsziel war der jüdische Pfadfinder, der sich verantwortungsbewußt für die Aufgaben der Gesamtjudenheit einsetzt. Im Jahre 1933 wurde das Erziehungsziel in der sogenannten „Hallenser Resolution" erneut festgesetzt und der *Zofeh* als das Idealbild des Bundes hingestellt. Unter Zofeh verstand der Bund den jüdischen Pfadfinder, der aufbauend auf die jüdische Gefühls- und Gedankenwelt und die sittlichen Forderungen des Scoutgesetzes sein Leben gestaltet. Die Verwirklichung der Zofiuth verlangt den persönlichen Einsatz für den zionistischen Aufbau. Schon damals wurde hervorgehoben, daß der eindeutigste Ausdruck solchen Einsatzes *Chaluziuth* sei. Durch diese Entscheidung war die Möglichkeit eines Zusammenschlusses des J. P. D. mit dem Makkabi Hazair gegeben. Das besondere Merkmal des Makkabi Hazair war die enge Verbundenheit dieser Jugendbewegung mit der Sportbewegung des „Makkabi". Durch die Fusion der beiden Bünde hat der Makkabi eine

neue und große Jugendbewegung erhalten. Der *J. P. D.* umfaßte bei der Fusion etwa 3500, der Makkabi Hazair etwa 1200 Menschen. In der Erkenntnis, daß jede Vereinheitlichung zionistischer Jugendarbeit heute verstärkte Stoßkraft bedeutet, kam es zunächst zu einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Ziel späterer Fusion, die dann auch im Oktober 1934 endgültig herbeigeführt wurde. Auf der ersten Arbeitstagung des neuen Bundes in Lehnitz wurde die *Entscheidung zur Chaluziuth* als erster Beschluß gefaßt, eine Entscheidung, die eine organische Entwicklung abschloß. Ein großer Teil der Menschen des Bundes befand sich schon damals auf Hachscharah. Statistisch zeigt die Entwicklung der Mitgliederzahl etwa folgendes Bild:

Jahreszahl	J. P. D.	MH.	J. P. D.-MH.
1932	2800	800	
1933	3500	1200	
1934			4700
1935			5300

Der Bund umfaßt heute 115 Gdudim (Ortsgruppen), zum großen Teile auch in mittleren und kleinen Gemeinden. In vielen Bezirken ist der J. P. Makkabi Hazair der einzige Träger zionistischer Arbeit. Im Laufe des letzten Jahres konnte eine große Reihe neuer Ortsgruppen gebildet werden.

Der Bund sieht seine Hauptaufgabe in der Erziehung der jüdischen Jugend in Deutschland für den Aufbau Erez Israels. Trotz der zahlenmäßigen Größe schenkt er der Erziehung des Einzelnen seine besondere Aufmerksamkeit. Nur durch pädagogisches Eingehen auf jeden einzelnen Menschen werden Zofim erzogen, die die innere Kraft haben, innerhalb der Gemeinschaft des Volkes und der engeren Gemeinschaft des Bundes zu leben. Im ganzen Bund ist eine Erziehungs-Methode einheitlich durchgeführt, die des Scouting, die auf der Stufen-Erziehung basiert (Mittlere — Jüngere — Aeltere), und deren leitendes Motiv das Leistungsprinzip ist. Jeder Einzelne soll zu einer bestimmten Leistung gebracht werden, für jede Altersstufe sind bestimmte Minimalforderungen aufgestellt, deren Erfüllung die Gruppenarbeit gewidmet ist.

Der Bund vertritt die Forderung nach dem *Primat des Nationalen* in der Gestaltung des Aufbauwerkes. Alle Gruppeninteressen haben sich dem Gesamtinteresse des Volkes unterzuordnen. Der Bund glaubt an die gestaltenden Kräfte des Einzelnen wie der Gesamtheit, er lehnt jede Auffassung ab, nach der außerhalb des

menschlichen Willens stehende Kräfte entscheidende Funktionen bei der Gestaltung der Geschichte haben. Er vertraut darauf, daß idealistische Einsatzbereitschaft die Wiedergeburt eines einheitlichen jüdischen Volkes herbeiführen kann.

Im engsten Zusammenhang hiermit steht die *Berufsauffassung*, die der Bund vertritt. Der Bund lehnt eine Alijah seiner Chawerim ab, bevor nicht eine gründliche und gediegene Berufsausbildung erfolgt ist; seine Hachscharah soll nicht nur eine innere Beziehung zur Arbeit schlechthin, sondern zu einem bestimmten Beruf erwecken. Der Bund hat innerhalb des Deutschen Makkabikreises eine *Machlekath Chaluzim* eingerichtet, deren Aufgabe die berufliche Beratung und Betreuung der auf Hachscharah befindlichen Chawerim des Bundes und des Makkabi ist.

In der Erziehungsarbeit gewinnt die enge Verbundenheit mit dem Makkabi erhöhte Bedeutung, da Sport als Erziehungsmittel für die charakterliche Ausbildung von außerordentlich großer Bedeutung ist.

Organisatorisch gliedert sich der Bund wie folgt: Die Führung des Bundes hat die Hanhalah arzith (Bundesleitung). Die Ressorts Mittleren-Hachscharah, Chaluz-Hachscharah, Jugend-Alijah und Chaluz-Alijah bearbeitet die Machlekath Chaluzim (Chaluz-Amt). — Die Richtlinien der Arbeit werden von der Moazah (Bundesrat) festgelegt, die mehrmals im Jahre zusammentritt. Der Bund ist regional eingeteilt in Kibbuzim (Bezirke), an deren Spitze ein Rosch Kibbuz steht. Die Gdudim (Ortsgruppen) sind in 11 Kibbuzim zusammengefaßt. Die größeren Gdudim sind eingeteilt in Plugoth (Züge), die aus mehreren Kwuzoth (Gruppen) bestehen. Die Kwuzah ist die Erziehungseinheit des Bundes und besteht aus durchschnittlich 10 Chawerim oder Chaweroth. Die Gdudim geben monatlich an den Rosch Kibbuz und an die Hanhalah arzith Arbeitsberichte. In Abständen kommen die Führer eines Kibbuz zu einer Pegischah (Tagung) zusammen. Die durch diese straffe und einheitliche Organisation gewährleistete einheitliche Führung in der Erziehungsarbeit hat in dem ständigen Wachstum unserer Bewegung ihren zahlenmäßigen Ausdruck gefunden.

Im Laufe des Jahres 1935 wurden 34 Gdudim neu gegründet bzw. kamen von anderen Bünden zum Makkabi Hazair.

Im Sommer 1935 ist es gelungen, die erste geschlossene Kwuzah des Bundes zur Alijah zu bringen. Daneben sind bis jetzt mehrere Gruppen der Jugend-Alijah im Lande sowie eine nicht unbedeutende Alijah von Einzelnen.

Die Einordnung in die Weltbewegung des Makkabi Hazair in anderen Ländern war von großem Einfluß auf die Entwicklung. Zunächst in Einzelbesprechungen, dann auf der *Welt-Weida in Tel-Aviw* waren es Chawerim des J. P. Makkabi Hazair, die maßgebend auf die Organisation und Gestaltung der Makkabi Hazair-Weltbewegung gewirkt haben. Der J. P. Makkabi Hazair ist zahlenmäßig der stärkste Landesverband mit etwa 5300 *Chawerim*.

MACHLEKATH CHALUZIM

Die Machlekath Chaluzim betreut gegenwärtig:

617 Chawerim und Chaweroth auf Hachscharah,
350 Chawerim und Chaweroth als Anwärter auf Hachscharah,
275 Chawerim und Chaweroth in der Jugend-Alijah,

und stellt so den wesentlichsten Faktor der allgemeinen Chaluzarbei innerhalb des Hechaluz in Deutschland dar. Organisatorisch ist die Machlekath Chaluzim in die Gesamtarbeit des Hechaluz eingebaut; jeder Chaluz des Makkabi und Makkabi Hazair wird mit dem Beginn seiner Hachscharah Chawer des Hechaluz.

Trotz vieler Schwierigkeiten ist es gelungen, eine Reihe von eigenen Zentren aufzubauen und mit Rücksicht auf die besondere Erziehungsarbeit auch in den allgemeinen Hachscharah-Zentren eigene Gruppen zu organisieren.

Die *Chaluz-Hachscharah* verfügt über *eigene Zentren* in Altkarbe, Westerbeck, Trockenfeld, Quenzsee sowie

Gruppen in allgemeinen Zentren: Neuendorf, Winkel, Kreuznach, Holland.
Gruppen in Städten: Berlin, Leipzig, Frankfurt, Essen, Chemnitz, Stolp.

Die *Mittleren-Hachscharah*, die bisher sehr gute Resultate erzielt hat, besitzt *eigene Zentren* in Halbe und Beuthen,

Gruppen in allgemeinen Zentren: Ahlem.
Gruppen in Städten: Berlin, Leipzig, Essen, Düsseldorf-Frankfurt.

Mit der Organisierung der Makkabi-Hachscharah wurde der erste Versuch unternommen, die Chaluzim des Makkabi, die bisher in allgemeinen Zentren des Hechaluz eingeordnet wurden, zu autonomen Gruppen zusammenzuschließen. Maßgebend dafür war

die Aufgabe, welche die Makkabim in Palästina zu erfüllen haben. Diese Arbeit steht aber noch sehr im Anfang. Zunächst wurden alle Chawerim, welche die Absicht haben, auf Hachscharah zu gehen, in besonderen Makkabi-Chugim organisiert, um die Vorbedingungen für das Gelingen der Hachscharah zu schaffen. Ein Makkabi-Zentrum besteht in Groß-Strelitz mit 21 Chawerim und 5 Chaweroth. Außerdem befinden sich in Boded-(Einzel-) Hachscharah 23 Chawerim und 13 Chaweroth, insgesamt also 44 Chawerim und 18 Chaweroth.

Angesichts der täglich wachsenden Zahl der Anwärter erweist sich der bisherige Rahmen als unzureichend. Bereits heute liegen etwa 350 Anmeldungen für die Hachscharah und 100 Anmeldungen für die Jugend-Alijah vor.

Die Zahlen werden um vieles erhöht, wenn die jetzt laufende Erhebung für die Frühjahrs-Hachscharah abgeschlossen sein wird. Der verstärkte Andrang macht die Errichtung mehrerer neuer Hachscharah-Zentren notwendig, und zwar ein bis zwei Hachscharah-Kibbuzim für die Chaluz-Hachscharah des Makkabi Hazair, ein gärtnerisches Ausbildungszentrum für die Mittleren-Hachscharah, ein handwerkliches Ausbildungszentrum für die Mittleren-Hachscharah, ein gärtnerisches Mittleren-Hachscharah-Zentrum zur Ausbildung des Führernachwuchses, zwei Hachscharah-Kibbuzim für die Chawerim des Makkabi.

Im Juni 1935 ist die erste geschlossene *Alijah-Gruppe* des Makkabi Hazair zur Alijah gegangen. Diese Gruppe wird nach dreivierteljähriger Hachscharah in der Kwuzah Dagania in nächster Zeit als Plugath Awoda in den Scharon gehen. Außerdem ist geplant, diese Gruppe durch die neue Alijah-Kwuzah, die im Februar/März gehen dürfte, zu verstärken. Trotzdem in letzter Zeit ein sehr erheblicher Andrang von ausgezeichnet ausgebildeten Chawerim bestand, hat man sich angesichts der allgemeinen schwierigen Zertifikats-Situation entschließen müssen, einen großen Teil der Chaluzim von der Alijah zurückzustellen. Die weitere Unterbindung dieser Chaluzim ist in jeder Hinsicht außerordentlich schwierig.

Die Durchführung der *Jugend-Alijah* im Sinne des Bundes war weit schwieriger als die der Chaluz-Alijah. Erst nach langwierigen Verhandlungen mit der Jugendhilfe konnte eine *autonome Gruppenbildung* durchgeführt werden. Heute bestehen klare Verhältnisse. Die Gruppen und Führer für die Jugend-Alijah des Makkabi Hazair werden gemeinsam mit der Jüdischen Jugendhilfe von der Machlekath Chaluzim ausgesucht. Unter Berücksich-

tigung der Chawerim, die bereits in Palästina sind und derjenigen, die sich noch zur Vorbereitung in Deutschland befinden, bestehen folgende Gruppen:

a) *In Erez Jisrael:* Dagania, Ginegar, Tel-Jossef, Ejn Charod, Kibbuz Kinereth;
b) *In Vorbereitung:* Kwuzath Schiller, Gewa, Kirjath Anavim, Ramath David.

Eine zahlenmäßige Aufstellung der von der Machlekath Chaluzim erfaßten Menschen ergibt folgendes Bild:

	Chawerim	Chaweroth
Chaluz-Hachscharah	207	93
Mittleren-Hachscharah	166	89
Makkabi-Hachscharah	44	18
Chaluz-Alijah	35	15
Jugend-Alijah	27	26
In Vorbereitung	141	81
Anwärter für Chaluz-, Makkabi-, Mittleren-Hachscharah	260	90
insgesamt	880	412 = 1292

VERBAND JÜDISCHER FRAUEN FÜR PALÄSTINA-ARBEIT

Nach dem Umbruch 1933 war die Wizo-Arbeit vollkommen zusammengebrochen. Die führenden Frauen waren bereits im April 1933 nach Palästina gegangen, so daß die Organisation völlig ohne Leitung war und die Frauen, die nach irgendeinem Anschluß an jüdische Verbände verlangten, von den anderen intakten Organisationen, wie Jüdischer Frauenbund, Logen usw. aufgefangen, resp. abgefangen wurden. In dieser Situation gelang es der Initiative von Frau *Edith Hirsch*, die Reorganisation der Wizo durchzuführen, was dadurch naturgemäß erschwert wurde, daß gerade aus den Kreisen der früheren Wizo-Mitglieder eine besonders große Zahl von Frauen abgewandert ist.

Trotzdem gelang es im Laufe der Jahre, die frühere Mitgliederzahl nicht nur wieder zu erreichen, sondern sogar nicht unwesentlich zu steigern. Im Jahre 1934 zählten wir bereits wieder 2750 Mitglieder und konnten diese Zahl bis zum 1. Januar 1936 um etwa 1250 erhöhen. In 15 Orten sind neue Ortsgruppen gegründet worden; eine Reihe neuer Ortsgruppen sind im Entstehen. Es wurden vier Bezirksverbände gegründet (Oberschlesischer, Rheinisch-Westfälischer, Westdeutscher, Norddeutscher), drei weitere sind in der Bildung begriffen. Insgesamt zählt die Wizo per 1. Januar 1936 4001 Mitglieder in 50 Ortsgrupen.

Das, was die Wizo von anderen zionistischen und dem Zionismus nahestehenden Organisationen unterscheidet, ist die Tatsache, daß sie sich speziell an die Frauen wendet und für die Frauen bestimmt ist.

Die große Schwierigkeit der Wizo-Arbeit liegt darin, daß einerseits Frauen stark dazu neigen, Arbeiten zu bevorzugen, die sich praktisch angreifen lassen und deren Auswirkung sich bereits hier und jetzt zeigt. Andererseits liegt aber der eigentliche Inhalt ihrer Arbeit — wie bei jeder Organisation, die sich für den Palästina-Aufbau einsetzt — in Palästina und nicht hier.

Und hiermit ist bereits ein wesentliches Problem aufgezeigt: nämlich daß die Wizo von ihren Frauen Hingabe und Mitarbeit an einer Sache verlangt, deren direkte Auswirkungen sie nicht erfahren, die ihnen kaum konkret wird, während hier in der Galuth, greifbar nahe, eine Fülle von dringenden Aufgaben auf sie und ihre Mitarbeit wartet.

Daraus ist auch zu verstehen, daß andere Frauenvereine, deren Bestrebungen rein philanthropischer Art sind und sich auf die Hilfsarbeit hier beschränken, es in gewissem Sinne leichter haben, aktive neue Mitarbeiterinnen unter den Frauen zu gewinnen.

Wenn die Wizo trotz dieser und anderer Schwierigkeiten — wie sie aus der heutigen Situation entstehen — schwindender Wohlstand, Ausscheiden der Ehemänner aus dem Beruf, Arbeitslosigkeit, verstärkte Anspannung der Hausfrauen infolge fehlender Haushalthilfe — glaubt, eine günstige Prognose für ihre künftige Arbeitsgestaltung stellen zu können, so tut sie das aus folgenden Erwägungen:

Ein großer Teil der Erziehungsarbeit der Wizo ist unablässig darauf gerichtet, die Frauen dahin zu bringen, daß sie sich auch dann verantwortungsvoll und mit ganzer Kraft und Arbeitsfreude für eine Sache einsetzen, wenn sie den Erfolg ihrer Arbeit nicht unmittelbar erleben. Und es hat den Anschein, als ob es gelingt, immer mehr Frauen zu dieser Einsicht zu bringen.

Durch das stärkere Interesse, das Palästina bei allen Juden in Deutschland findet, darf man auch einen Fortschritt auf dem Gebiet kultureller Arbeit erwarten.

Gerade für praktische Arbeit, deren Mangel, wie erwähnt, Frauen besonders stark empfinden, finden sich jetzt innerhalb des Rahmens der Wizo größere Möglichkeiten als bisher.

Endlich ist die Wizo die einzige zionistisch fundierte Frauenorganisation, die auch Nichtzionistinnen in ihre Arbeit einbezieht, und hat dadurch die Möglichkeit, an jene Kreise herangelangen zu können, die einer *direkten* zionistischen Propaganda nicht zugänglich sind. Durch die Tarbuth-Arbeit, die ganz auf die Erziehung zum zionistischen Palästina eingestellt ist, werden die als Nichtzionistinnen eingetretenen Mitglieder allmählich zum Zionismus erzogen, und der beste Beweis für das Gelingen dieser Absicht ist, daß fast alle unsere Mitglieder den Schekel erworben haben.

I. Praktische Arbeit

1. *KKL-Arbeit.* KKL-Arbeit wurde in allen Ortsgruppen geleistet, und in vielen Orten war die Arbeit der Wizo anerkanntermaßen von entscheidender Bedeutung. Als Illustration darf angeführt werden, daß die Wizo in *Essen* als Anerkennung ihrer erfolgreichen Tätigkeit für den KKL von diesem einen Garten auf ihren Namen geschenkt erhielt. Auch die Henrietta-Szold-

Aktion wurde an einigen Orten fast ausschließlich von der Wizo durchgeführt. (So brachten die *Ulmer* Wizo-Frauen allein RM. 1853,—, d. h. 90 % des insgesamt in Ulm aufgebrachten Geldes auf, und auf diese Weise konnte das Ulmer Kontingent durch ihre Hilfe weit überschritten werden. Auch in Essen hat die Wizo allein etwa 65 % des Gesamtergebnisses aufgebracht.)

2. *Wizo-Zertifikate.* In der Berichtszeit haben wir 127 Mädchen aus Deutschland in den land- und hauswirtschaftlichen Lehranstalten (Hostel in Tel-Awiw, Nahalal, Ajanoth, Afuleh, Petach Tikwah, Schchunath Borochow, Nachlath Jehuda) mit Wizo-Zertifikaten untergebracht. Einem großen Teil von ihnen konnten wir in unseren Institutionen Freistellen verschaffen, und auch für die Ausrüstung sind von uns die Mittel aufgebracht worden.

3. *Arbeit für den Hechaluz.* In allen Gruppen, in denen oder in deren Nähe Bathe Chaluz vorhanden sind, haben es sich die Wizo-Frauen zur Aufgabe gemacht, für Lebensmittel, notwendige Einrichtungsgegenstände, Kohlen usw. zu sorgen. Die Mittel, die für die Chaluzheime als Pfundspenden aufgebracht werden, sind sehr beträchtlich, z. B. beträgt ihr Wert in Berlin 1000 RM. monatlich. In einigen Gruppen, in deren Bezirken Hachscharahzentren sind (z. B. Oberschlesien) wurde die Betreuung Kranker und Erholungsbedürftiger übernommen, Revierstuben eingerichtet usw.

In Königsberg eröffnete die Wizo eine Mittleren-Schule, in der zur Zeit zwölf schulentlassene Kinder in Hebräisch, Englisch, Geschichte, Kochen und Schneidern unterrichtet werden.

In Berlin wurde für die zehn bestehenden Chaluzheime eine Instruktorin eingestellt, deren Aufgabe es ist, die Mädchen in traditioneller Wirtschaftsführung, rationeller Ausnützung der Lebensmittel usw. anzulernen. In mehreren Orten im Reich sind von der Wizo Koch- und Nähkurse eingerichtet.

4. *Nähstube und Machsan.* Für die Ausstattung der zur Alijah kommenden Chaluzim und Chaluzoth entstanden in vielen Ortsgruppen Nähstuben; in Berlin besteht seit einem Jahr eine vorzüglich arbeitende Nähstube, in der mehrmals in der Woche 22 Damen arbeiten. Die in der Nähstube hergestellten Sachen haben sich als besonders praktisch und zweckdienlich erwiesen und sind nicht nur im Reich, sondern auch in den palästinensischen Heimen als Muster verwendet worden. Die Einrichtung der Nähstuben (Nähmaschinen, Tische, Schränke usw.) wie auch fortlaufend Stoffe, Nähmaterial usw. wurden in der Regel von Freunden der Wizo gestiftet.

In München verwaltet resp. gründete die Wizo Kleiderkammern, die ebenfalls für die Ausrüstung der zur Alijah und zur Hachscharah Kommenden dienen.

Auch für unsere Säuglingsinstitutionen in Palästina sammelten wir in großem Umfange Wäsche und Kleidungsstücke.

E. *Geldaufbringung für unsere palästinensischen Institutionen.* Alle bisher aufgezählten Leistungen wurden *außerhalb* unseres Budgets — das gemäß unseren Statuten für den Aufbau und den Unterhalt unserer palästinensischen Institutionen bestimmt ist — aufgebracht. Unser Budget wird regelmäßig nach Palästina abgeführt.

II. Kulturelle Arbeit

1. Die kulturelle Arbeit stand unter dem Gedanken der zionistischen Erfassung der Frauen und ihrer Erziehung für Palästina. In allen Ortsgruppen wurde ihr besondere Sorgfalt gewidmet. Die Gebiete, die in Vorträgen, Arbeitsgemeinschaften und fortlaufenden Kursen behandelt wurden, umfaßten u. a. Geschichte des Zionismus, Palästinakunde, Bibelstudium, Palästinafragen, Frauenarbeit in Palästina und in der Galuth, Erziehungsprobleme usw. Außerdem fanden größere Werbevorträge und Sonderveranstaltungen fast im ganzen Reich statt.

Vortragsreisen wurden unternommen von den Damen Bergel-Gronemann, Bloch, Eichelberg, Großberger, Hammerstein, Dr. Edith Hirsch, Levy-Stein, Loeb, Dr. Mahler, Möller, Moses, Aenne Stern Zuntz u. a. Besonders wertvoll war eine von Frau *Helene Hanna Thon* bestrittene Vortragsreise, die wir zusammen mit dem KKL für diese Arbeit gewinnen konnten.

Zwei *zentrale Tagungen* fanden während der Berichtszeit in Berlin statt, die für den Fortgang unserer Arbeit sehr wertvoll waren und an denen Frau *Hannah Steiner*, Dr. *Mirjam Scheuer* und Dr. *Marg. Turnowsky* teilnahmen und Referate übernommen hatten. — Auch die Bezirksverbände kamen mehrmals zu Bezirkstagungen zusammen.

2. *Hebräische Kurse.* An mehreren Orten hat die Wizo hebräische Kurse für ihre Mitglieder eingerichtet. Einige Gruppen beginnen jede Zusammenkunft mit einem hebräischen Kurzreferat.

3. *Informationsmaterial.* Der Verbindung der deutschen Föderation mit der Wizo-Arbeit in den übrigen Ländern und insbesondere der Information über Frauenarbeit in Palästina dienen die Hefte „Pioniere und Helfer"; der Verbindung der einzelnen

Ortsgruppen mit der Zentrale und den zionistischen und Verbands-Tagesfragen dienen die in zwangloser Folge von uns herausgegebenen Korrespondenzblätter. Ferner haben wir ein Archiv von Vorträgen angelegt und den Austausch von Arbeits- und Veranstaltungsprogrammen unter den einzelnen Gruppen eingeführt.

III. Jung-Wizo

In mehreren Orten — Frankfurt am Main, Breslau, Mannheim, Karlsruhe, Gleiwitz — bestehen Jung-Wizo-Gruppen, die gute zionistische und Tarbuth-Arbeit leisten und ihre Mitglieder für Palästina vorbereiten.

Wir hoffen zuversichtlich, daß wir diese Arbeit im kommenden Jahre weiter ausbauen können. Eine wesentliche Hilfe dazu würden wir in einer tatkräftigen Unterstützung seitens der zionistischen Organisationen erblicken. Ein stärkeres Einbeziehen der Wizo-Arbeit in den propagandistischen Apparat der ZVfD., des KKL usw. würde u. E. sowohl im Interesse der Wizo wie auch im Interesse allgemeiner zionistischer Arbeit zu begrüßen sein.

HECHALUZ

I. Der innere Aufgabenkreis der chaluzischen Bewegung

Im April 1933 zählte der Deutsche Landesverband des Hechaluz 500 Chawerim. Von dieser Zeit bis jetzt wurde der Hechaluz eine große Bewegung, die heute 15 000 Menschen umfaßt. Die stürmische Entwicklung, die der Hechaluz in der ersten Zeit seit 1933 genommen hat, machte in den letzten Monaten einer gewissen Konsolidierung Platz, die in allen Zweigen unserer Arbeit, besonders aber in der erzieherischen und kulturellen Arbeit, bitter nottat.

Die Situation der chaluzischen Bewegung in Deutschland erforderte nach 1933 einen Kräfteeinsatz, der weit über das hinausging, was irgendeine Form der zionistischen Bewegung in Deutschland und anderswo bisher leisten konnte. Die Erziehung von Massen, die zum großen Teil durch die Not zu uns kamen, zu einer wirklichen inneren Entscheidung, zur Erfüllung der chaluzischen Forderungen in der Golah und im Lande bedeutet eine Erziehung zur Veränderung von Idealen und Wertungen, die das ganze Judentum in Deutschland beherrscht hatten, zu Idealismus und opferbereitem Einsatz für eine große Aufgabe. Es leuchtet ein, daß dieses nicht in Form von Propaganda und Schnellerziehung vor sich gehen kann.

Neben den Aufgaben der Berufsausbildung und Berufsumschichtung hat der Hechaluz nicht vergessen, daß die Formen der Einzelerziehung, die er in der ersten Zeit nicht pflegen konnte, eine Aufgabe darstellen, der er sich später um so intensiver zuwenden mußte. Aus dieser Grundhaltung soll die ganze Arbeit verstanden werden, deren äußere Leistung sich in nüchternen Zahlen und auf dem Gebiete von Hachscharah, Alijah, Tarbuth- und Verlagsarbeit widerspiegelt.

II. Aufbau und Organisation 1933 – 1935

a) Entwicklung des Mitgliederbestandes

April	1933	502	Mitglieder	in	6	Snifim
Mai	1933	12800	„	„	75	„
Dez.	1933	14000	„	„	86	„
April	1934	12500	„	„	110	„
April	1935	11500	„	„	115	„
August	1935	14000	„	„	124	„
Dez.	1935	rd. 15000	„	„	138	„

Die Anzahl der Arbeitspunkte beträgt im einzelnen wie folgt:

Galil	Snifim	Hachscharah-Kibbuzim	Bathe Chaluz
1. Ostpreußen	9	1	—
2. Oberschlesien	4	3	1
3. Schlesien	3	1	1
4. Sachsen	14	1	4
5. Pommern	3	—	1
6. Brandenburg	4	8	10
7. Nordwest	7	5	1
8. Hannover	12	2	1
9. Rhein-Ruhr	34	2	1
10. Kassel	19	2	—
11. Frankfurt	12	1	3
12. Südwest	12	1	—
13. Süden	5	—	3
Zus.	138	27	26

b) Aufbau des Merkas Hechaluz

Der Merkas Hechaluz ist die zentrale Leitung des Hechaluz, Deutscher Landesverband, und besteht aus folgenden Abteilungen:

1. Maskiruth (Sekretariat).
2. Hachscharah-Abteilung.
3. Alijah-Abteilung.
4. Tarbuth-Abteilung.
5. Verlag.

Die Arbeit in den einzelnen Abteilungen ist wie folgt eingeteilt:

Maskiruth:

a) Personalfragen im Merkas, in den Glilim und Snifim.

b) Formale und juristische Vertretung der Interessen des Hechaluz gegenüber den jüdischen Instanzen innerhalb und außerhalb Deutschlands, gegenüber den Behörden und den Institutionen in Erez Jisrael.

c) Veranstaltung von Kundgebungen, Versammlungen, Treffen usw.

d) Buchhaltung und Kasse.

e) Organisation innerhalb des Betriebes.

f) Expedition und Kartothek.

Hachscharah:

a) Hachscharah der Jungen (Chawerim) im In- und Auslande; Familien-Hachscharah.

b) Hachscharah der Mädchen (Chaweroth).

c) Mittleren-Hachscharah (Jungen und Mädchen im Alter von 15—17 Jahren).

d) Kibbuze-Hachscharah (zur Betreuung der Hachscharah-Kibbuzim).

e) Solidaritätsfonds.

f) Beschaffung von Hachscharah-Ausbildungsstellen.

Alijah:

Diese Abteilung behandelt Alijah-Anträge und Vorschläge aller Chawerim des Hechaluz sowie der ihm angeschlossenen Jugendbünde.

Tarbuth:

Diese Abteilung leistet die gesamte, vornehmlich zionistische und hebräische Erziehungsarbeit in den Glilim, Snifim und allen Hachscharah-Plätzen und steht in schriftlicher Verbindung mit den Bodedim (Chawerim in Einzel-Hachscharah). Die Arbeit besteht in der Herausgabe von Bildungsmaterial wie Informationsblättern, Rundschreiben usw., in der Vorbereitung von Seminaren, in der kulturellen Ausgestaltung von Veranstaltungen aller Art usw.

Verlag:

Der Verlag ist eine geschäftlich unabhängige Abteilung des Merkas Hechaluz und beschäftigt sich mit der technischen und kaufmännischen Arbeit bei Herausgabe von Broschüren und Büchern, die zur geistigen Ausbildung der Chawerim des gesamten Landesverbandes von der Tarbuth-Abteilung herausgegeben werden.

III. Hachscharah

a) Ueber die *innere Problematik* der Hachscharah soll an dieser Stelle nur kurz gesprochen werden. Der Hechaluz hat versucht, die Umstellung zur körperlichen Arbeit nicht selbst zu einem Ideal zu machen und alle Schwierigkeiten damit zu verbrämen. Wir haben im Gegenteil immer betont, daß die körperliche Arbeit für uns eine schwere Aufgabe darstellt, und daß die Umstellung zu ihr eine persönliche Belastung jedes Einzelnen unserer Chawerim mit sich bringen muß. Die Schaffung einer ernsten Beziehung zur körperlichen Arbeit in dem Sinne der persönlichen Erfüllung und Befriedigung durch die körperliche Tätigkeit kann in der Golah

nur in den wenigsten Fällen gelingen. Die Tatsache, daß die wenigsten von dem Ergebnis ihrer Arbeit leben, da sie sich im allgemeinen nicht selbst ernähren, hat stets die Folge, daß auf der Hachscharah die Beziehung zur Arbeit einen Interimscharakter trägt. Die Vorstellung von der dauernden körperlichen Tätigkeit ist meist nicht vorhanden, da die wenigsten unserer Chawerim konkrete Vorstellungen von Arbeitsart und Lebenseinordnung im Lande haben.

Die Hachscharah in Deutschland zeichnet sich vor den Hachscharoth anderer Länder durch die höhere Fachausbildung aus. Zum Teil führt sie über bloße Eingewöhnung in körperliche Arbeit hinaus und bietet eine wirkliche Einführung in die Grundlagen des Arbeitszweiges. Den Bemühungen um den Ausbau der Fachhachscharah sind finanzielle Grenzen gesetzt.

b) Im April 1933 brachen sämtliche Hachscharahstellen, die der kleine Landesverband hatte, zusammen. Im Februar 1933 waren 250 Menschen auf Hachscharah, von denen die meisten auf Einzelstellen und in Zentren und nur wenige in Hachscharah-Kibbuzim waren. Nach angestrengter Tätigkeit in der Stellensuche gelang es, die Zahl der auf Hachscharah befindlichen Chawerim im Laufe des Sommerhalbjahres 1933 auf 2400 zu erhöhen. Jedoch liegt erst seit der wachsenden Konsolidierung vom Frühjahr 1934 an genaueres Zahlenmaterial vor.

Bis zum September 1934 wurden durch intensive Erforschung der Möglichkeiten des In- und Auslandes 3500 Chawerim auf Hachscharah gebracht. Die Hälfte der Chawerim befand sich in Deutschland, der Rest verteilte sich auf 13 Länder. Der Ausbau der *Auslands-Hachscharah* war besonders den Bemühungen von Max Kreutzberger, Enzo Sereni und Marduk Schattner zu verdanken. Für die *Inlandshachscharah* waren an hervorragender Stelle Georg Lubinski, Gustav Horn und Marduk Schattner tätig.

Die *Jungen-Hachscharah* verhielt sich zur *Mädchen-Hachscharah* wie 2:1. Im Laufe des Sommers 1934 erhöhte sich die Zahl der Mädchen auf 40 % der Gesamtzahl. Die erste Berufszählung, die im September 1934 durchgeführt wurde, ergab folgendes Bild: 2000 Chawerim arbeiteten in landwirtschaftlichen Berufen, 700 im Handwerk (von ihnen fast 60 % mit einem festen Lehrvertrag), 700 Mädchen wurden nur hauswirtschaftlich ausgebildet; 45 % der gesamten in Hachscharah befindlichen Mitglieder wurden im Rahmen von Kibbuzim und Bathe Chaluz, 35 % in Zentren und 20 % auf Einzelstellen ausgebildet. Bis Ende 1935 erweiterte sich die Hachscharah auf 4000 Menschen (vom Januar 1935 an wurden 1000 neu untergebracht). Gegen-

wär ig sind es 2900 in Deutschland und 1100 im Auslande. Lan lwirtschaftliche Ausbildung erfaßt 75 %. Die Zahl der Mädchen beträgt 1250, d. h. nicht einmal ganz ein Drittel.

Der jetzige Stand der Hachscharah ergibt weiterhin, daß 45 % aller Chawerim bereits 1½ Jahre auf Hachscharah sind, 25 % 1 Jahr und 30 % weniger als 1 Jahr. 40 % der Menschen arbeiten in Kibbuze-Hachscharah und je 30 % in landwirtschaftlichen Zentren (hauptsächlich im Ausland) und auf städtischen Stellen. Es ergibt sich ungefähr folgendes Bild:

		Jetziger Stand	Erweiter.-Planung
Inland:	Bathe Chaluz	600	625
	Kibbuzim	620	700
	Zentren	650	1600
	Einzelhachscharah	850	100
Ausland:	Dänemark	220	300
	Schweden	20	50
	Holland (Zentren)	240	300
	„ (Werkdorp)	120	130
	Frankreich	70	—
	Spanien	—	50
	Italien (Kibbuzim)	60	100
	„ (Zentren)	—	100
	Č. S. R.	200	150
	Jugoslawien	100	100
	Lettland	20	—
	Litauen	80	—
	Luxemburg	100	120
	England	—	?
	Schweiz	—	?
		3950	5325

c) Es war unser Bestreben, die *landwirtschaftliche* Hachscharah immer mehr in den Vordergrund zu rücken und nur jüngere oder besonders begabte Chawerim zur Ausbildung ins Handwerk zu schicken. Wir haben in Verbindung mit dem Palästina-Amt nach Weisungen der Exekutive und des Waad Hapoel der Histadruth eine allgemeingültige *Berufsliste* herausgegeben, die die zertifikatsfähigen Berufe auf handwerklichem Gebiet unter dem Gesichtspunkt der Einschränkung allzu großer Spezialisierung einerseits und leichter Umstellung auf die Landwirtschaft oder zumindest Verwertbarkeit im landwirtschaftlichen Betriebe andererseits bestimmt.

Wir haben von Anfang an die kibbuzische Form der Hachscharah für die beste Ausbildungsart gehalten. In unserem

Bestreben nach Begründung von Hachscharah-Kibbuzim mußten wir häufig zwischen den Möglichkeiten kultureller und erzieherischer Arbeit auf der einen und wirklicher Berufsausbildung auf der anderen Seite wählen. Es war in der ersten Zeit notwendig, möglichst viele Hachscharahgemeinschaften zu errichten, da wir kaum darauf vertrauen konnten, daß unsere Chawerim auf Einzelstellen durchhalten würden. Erst langsam sind wir zum Ausbau eines Netzes von Einzelstellen und Zentren übergegangen. Wir haben gelernt, daß das Leben in den Hachscharah-Kibbuzim trotz aller Schwierigkeiten und gesellschaftlichen Unzulänglichkeiten, die häufig vorhanden sind, eine große erzieherische Wirkung ausüben kann, auch in bezug auf die Ernsthaftigkeit des Willens zur körperlichen Arbeit. Andererseits war es uns nicht möglich, Hachscharah-Kibbuzim zu bilden, bei denen eine wirkliche Fachausbildung in größerem Umfange geboten wird. Wir sind deshalb in den letzten Monaten dazu gelangt, allen Chawerim vorzuschreiben, daß ihre Hachscharah teilweise auf Einzelstellen und teilweise in Hachscharah-Kibbuzim vor sich gehen müsse. Erfahrungsgemäß haben sich die älteren Chawerim auf Einzelstellen leichter eingelebt als die jüngeren, während sie sich wiederum in die Hachscharah-Kibbuzim schwerer hineinfinden. — Wir haben bis heute im In- und Ausland 85 Kibbuzim und Bathe Chaluz, deren Belegschaft von 10 bis zu 85 Menschen variiert.

d) *Finanzierung der Hachscharah.* Zu Beginn des Jahres 1933 war es üblich, jede Möglichkeit zur Berufsumschichtung ziemlich hoch zu subventionieren. Große Summen wurden von Privatleuten ohne besonderen Nutzeffekt ausgegeben. Der Hechaluz sah sich im November 1933 gezwungen, die Höchstgrenze für den monatlichen Zuschuß auf RM. 35,— festzusetzen, weil das gegenseitige Ueberbieten einen unerträglichen Zustand geschaffen hatte. Ende 1934 trat eine Zuschußsperre ein, da die wachsende Verknappung der allgemeinen jüdischen Mittel sich auch auf die Hachscharah auswirkte. Gerade in dieser Zeit wuchsen jedoch die Hachscharahbedürfnisse in Deutschland außerordentlich.

Die Auslands-Hachscharah, die von den jüdischen Instanzen des Auslandes finanziert wurde, sank in ihrer Bedeutung immer mehr und kann heute nicht mehr als ausdehnungsfähig angesehen werden, wenn nicht neue Mittel vom Ausland zur Verfügung gestellt werden. Wir mußten uns deshalb dem Ausbau des inländischen Hachscharahnetzes um so intensiver zuwenden. Die Verarmung des Judentums brachte es mit sich, daß die meisten unserer Chawerim durch Zuschüsse ihrer Heimatgemeinden und

des Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau, der heute ein Teil der Reichsvertretung der Juden in Deutschland ist, finanziert werden mußten. Besonders die zentralen Instanzen der Judenheit in Deutschland standen unserer Aufgabe von Anbeginn an freundlich und fördernd gegenüber. Das große Hachscharahwerk ist ohne die finanzielle und geistige Unterstützung der Leiter der zentralen Berufsumschichtungsinstanzen nicht zu denken.

e) Der Hechaluz bestimmt als *Mindestzeit* für die landwirtschaftliche Hachscharah jetzt 1½ Jahre, für die handwerkliche Hachscharah 2 Jahre. Bevor die Chawerim zur Hachscharah kommen müssen sie sich die Grundlagen zionistischer Kenntnisse und der hebräischen Sprache angeeignet haben. Diese Vorschrift wird seit den Beschlüssen der letzten Moezah des Hechaluz vom Oktober 1935 strikt durchgeführt, so daß nur die Galilleiter des Hechaluz das Recht haben, Chawerim zur Hachscharah freizusprechen.

Folgende Tabellen geben einen Gesamtüberblick über die In- und Auslands-Hachscharah des Hechaluz:

Inlands-Hachscharah:

	Jetziger Stand	Erweiterungsplanung	Durchschnitts-Kostensatz, RM	Gesamtsumme (monatl.) RM
Bathe Chaluz	ca. 600 Chawerim (in 20 Bathe Chaluz)	1 Beth Ch. mit je 25 Chawerim	30,— (625 × RM 30,—)	18 750,—
Kibbuzim	ca. 620 Chawerim (in 22 Heimen)	ca. 700 Chawerim	35,— (700 × RM 35,—)	24 500,—
Zentren	ca. 650 Chawerim	ca. 1600 Chawerim	8,— (1600 × RM 8,—)	12 800,—
Einzelhachscharah auf dem Land und in Städten	ca. 850 Chawerim	1000 Chawerim	10,— (1000 × RM 10,—)	10 000,—
				66 050,—

Wir schätzen die Zahl der Selbstzahler auf ca. 25 %, so daß sich der obige Betrag um ca. RM. 16 500, also auf etwa RM. 50 000, senkt.

f) *Mittleren-Hachscharah:* Das Problem der Sorge für die schulentlassene Jugend zwischen 14 und 17 Jahren forderte in den letzten Jahren besonders intensive Bemühungen. Aus der jüdischen Jugendbewegung gingen die zwei entscheidendsten und gelungensten Versuche zur Lösung dieses Problems hervor: Die *Jugend-Alijah* und die *Mittleren-Hachscharah*. Ueber die Jugend-

Auslands-Hachscharah:

Land	Jetziger Stand	Erweiterungsplanung	Durchschnitts-Kostensatz, RM	Gesamtsumme (monatl.) RM
Dänemark	ca. 220 Chawerim	300 Chawerim	12,— (davon tragen dän. Stellen usw. ca. RM 6,–; ca. 100 Selbstzahler = 200 × RM 6,–)	1 200,—
Schweden	ca. 20 Chawerim	50 Chawerim	6,— (Selbstzahler 20 = 30 × RM 6,—)	180,—
Holland				
a) Zentren	ca. 240 Chawerim	ca. 300 Chawerim	10,— für 100 Nichtzahler (100 × RM 10,–)	1 000,—
b) Werkdorp	ca. 120 Chawerim	ca. 130 Chawerim	45,— f. 35 Nichtzahler (35 × RM 45,—)	1 575,—
Frankreich	ca. 70 Chawerim	—	25,— f. ca. 30 Nichtzahl. (30 × RM 25,—)	750,—
Spanien	bisher keine Hachscharah. Evtl. Pachtung landw. Güter möglich.	ca. 50 Chawerim	10,— (50 × RM 10,—)	500,—
Italien				
a) Kibbuzim	ca. 60 Chawerim	ca. 100 Chawerim	32.— (60 Selbstzahler) = 40 × RM 32,—	1 280,—
b) Zentren	bisher nicht vorhanden	ca. 100 Chawerim	10,— (ca. 30 Selbstzahl.) = 70 × RM 10,–	700,—
Č. S. R.	ca. 200 Chawerim (inf. schwier. Arb.-Beschaff. Abbau notwend.)	ca. 150 Chawerim	30.— (ca. 30 Selbstzahl.) = 120 × RM 30.–	3 600,—
Jugoslawien	ca. 100 Chawerim (Erweiterung nur schwer mögl.)	ca. 100 Chawerim	25.— (ca. 20 Selbstzahl.) = 80 × RM 25.–	2 000,—
Lettland	ca. 20 Chawerim (Hachscharah in Liquidation)	—	—	—
Litauen	ca. 80 Chawerim (in Liquidation)	—	30.— (ca. 65 Nichtzahl.) = 65 × RM 30.–	1 950,—
Luxemburg	ca. 100 Chawerim	ca. 120 Chawerim	7.— (ca. 60 Selbstzahl.) = 60 × RM 7.—	420,—
				15 155,—

Alijah, für die eine besondere Organisation geschaffen wurde, soll hier nicht gesprochen werden*).

Die Mittleren-Hachscharah bedeutet einen Versuch zur gemeinsamen gärtnerischen und landwirtschaftlichen Ausbildung der Schulentlassenen, verbunden mit Schulfortsetzung für 2 und

*) Vgl. Kapitel X des Gesamtberichtes!

3 Jahre. Seit Oktober 1934 bemüht sich der Hechaluz, die Schulentlassenen in solchen Gruppen zusammenzufassen. Er wollte damit verschiedenen Tendenzen steuern, die sich unliebsam fühlbar gemacht hatten. Zu ihnen gehörte die Ueberfüllung der handwerklichen Berufe durch die Schulentlassenen und die Vernachlässigung der Landwirtschaft, weil diese zu schwer für 14—15jährige Jungen sei. In der Tat mußten für diese Erstausbildung gegenüber der Berufsumschichtung besondere Arbeitsbedingungen, speziell Arbeitszeitveränderung, geschaffen werden. Die Mittleren-Hachscharah soll während der Zeit der Gewöhnung an die körperliche Arbeit nur 4—5 Stunden körperlicher und 2—3 Stunden geistiger Arbeit, besonders hebräische und jüdische Ausbildung, umfassen. Daneben soll die Mittleren-Hachscharah aber gerade landwirtschaftliche Fachkräfte erziehen, die wir in der kurzen Zeit der Berufsumschichtung nur selten schaffen können.

Der Aufbau der Mittleren-Hachscharah geschieht unter den schwierigsten äußeren Verhältnissen, da zu wenig Ausbildungsgüter für größere Gruppen zur Verfügung stehen und auch die pädagogischen Kräfte, die zur Leitung und Schulung solcher Gruppen imstande sind, immer seltener werden. Trotzdem kann schon heute gesagt werden, daß die meisten Gruppen der Mittleren-Hachscharah ihrer Aufgabe gerecht werden. Wir setzen große Hoffnungen gerade auf dieses Element, das durch eine lange fachliche und geistige Erziehung gegangen ist.

Der Unterricht in der Mittleren-Hachscharah findet nach den gleichen Prinzipien statt, wie sie bei der Jugend-Alijah in Palästina beobachtet werden. Das Hebräische beherrscht die geistige Ausbildung, jedoch sollen allgemeine Wissensfächer, wie Geschichte, Geographie und Naturwissenschaften, nicht vernachlässigt werden. Es muß den Schäden vorgebeugt werden, die durch die frühzeitige Schulentlassung in der Entwicklung unserer Jugendlichen einzutreten drohen: der Abstumpfung und Interesselosigkeit gegenüber den Dingen, die jenseits des eigenen Lebenskreises liegen.

Der Anteil der Mädchen an der Mittleren-Hachscharah ist gering, da gerade jetzt infolge der Hausangestellten-Gesetzgebung die Eltern ihre Töchter im Hause behalten.

g) *Solidaritäts-Aktion.* Diese Aktion ist im Rahmen der Hachscharah-Arbeit im November 1934 eingeleitet worden, als sich durch Zuschußsperre seitens der Zentralstellen große, nur durch anderweitige Geldbeschaffung zu überwindende Schwierigkeiten hinsichtlich der weiteren Unterbringung unserer Menschen in geeigneten Ausbildungsstellen ergaben. Es wurde daher gemeinsam mit der Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe beschlossen, daß jeder zur Hachscharah kommende und bereits in der Ausbildung stehende Chawer RM. 6,— pro Monat zusätzlich zu seinem notwendigen Ausbildungsgeld für die Aktion aufbringen müsse; bzw. daß, wenn er aus zentralen Mitteln bezuschußt wird, von diesem Zuschuß RM. 6,— monatlich einbehalten und direkt an den Solidaritäts-Fonds, der gemeinsam von der Zentralstelle und dem Hechaluz verwaltet werden sollte, abgeführt werden. Die Bedingung hierfür war natürlich, daß der betreffende Chawer aus Privatmitteln diese RM. 6,— wiederbeschaffen und dem Beth Chaluz oder Kibbuz, in dem er lebt, zur Verfügung stellen könne. Eine Senkung der Lebenshaltung in den Kibbuzim sollte trotz dieser Aktion vermieden werden.

Es gelang, die Hachscharah einer Anzahl von Mitgliedern auf diese Weise zu sichern bzw. ihren Beginn zu ermöglichen, bis die zentralen Stellen wieder in der Lage waren, aus Berufsumschichtungsmitteln die Bezuschussung aufzunehmen.

Aber auch später erwies sich die Fortführung der Solidaritäts-Aktion als zweckmäßig, da wir mit vielen Fällen zu rechnen hatten, bei denen aus irgendwelchen Gründen keine Zuschußmöglichkeiten aus zentralen Mitteln gegeben waren. Zwei Beispiele hierfür seien genannt: Längere Hachscharah-Dauer als ursprünglich vorgesehen; Umschichtung aus ideologischen Gründen trotz sonstmöglicher Handwerkerausbildung.

Es laufen zur Zeit eine ganze Reihe von Anträgen auf ganze oder teilweise Bezuschussung durch den Solidaritätsfonds, so daß in Kürze damit zu rechnen sein wird, daß zirka 100 Chawerim durch Mittel des Solidaritätsfonds ihre Ausbildung fortsetzen und beenden können.

Da die wirtschaftlichen Verhältnisse der Angehörigen unserer Mitglieder sich im Laufe dieses Jahres wesentlich verschlechtert haben, so daß sehr oft auf die Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen verzichtet werden muß, sind wir einerseits auf einmalige Spenden aus den Kreisen noch zahlungsfähiger Förderer angewiesen, und werden andererseits durch erhöhte Heranziehung der Chaweroth, die ihre Hachscharah in gutbezahlten Haushaltungsstellen absolvieren, versuchen, die Aktion weiterzuführen und auszubauen, damit notwendige Ausbildungen durchgeführt werden und vorhandene Stellen nicht etwa aus Geldmangel verlorengehen.

IV. Alijah

Für die Alijah fehlen uns für die erste Zeit nach dem Frühjahr 1933 genaue statistische Unterlagen. Es ergibt sich ungefähr folgendes Bild:

In der Zeit von:	ledig	verheiratet	Mädchen	insgesamt
Mai — November 1933	300	—	70	370
Dezember 1933—April 1934	ca. 500	ca. 50	ca. 150	700
April — Oktober 1934	653	184	111	948
November 1934—März 1935	267	106	189	562
April — September 1935	145	100	113	358
Oktober — Dezember 1935	96	23	80	199
zus.	1961	463	713	3137

Hinsichtlich der *Einordnung in Erez Israel* müssen wir hervorheben, daß die chaluzische Alijah aus Deutschland in allen Schichten des Jischuw trotz der Schwierigkeiten, die sie im Lande gelabt hat, große Anerkennung gefunden hat. Ihre Einordnung in die Landwirtschaft war prozentual die beste, die bisher je eine Alijah hatte. In manchen Zeitabschnitten gingen 80 % und mehr in landwirtschaftliche Kibbuzim. Eine Einordnung in die Moschawoth hat nur in geringem Umfange stattgefunden. Die Hauptzahl der landwirtschaftlichen Alijah wurde von den Kibbuzim, in weit geringerem Umfange von dem Moschwe Owdim, aufgenommen.

Es muß festgestellt werden, daß die Menschen, die in die Städte gingen, im allgemeinen auch dort in der körperlichen Arbeit blieben, wenn wir auch darüber kein Zahlenmaterial besitzen.

Zu Beginn wurden die Chawerim einzeln zur Alijah bestätigt und ordneten sich einzeln in Palästina ein. Schon Ende 1933 begannen wir mit der Bildung von Kibbuze-Alijah, d. h. Alijahgruppen, die hier zu gemeinsamer Einordnung in Palästina zusammengeschlossen werden und deren Kern stets ein Kibbuz-Hachscharah oder ein Hachscharah-Zentrum war. Der erste Kibbuz-Alijah war der Kibbuz Maanith, der sich aus den Hachscharah-Kibbuzim um Hamburg zusammensetzte. Inzwischen sind annähernd 25 Kibbuze-Alijah ins Land gegangen. Zur Einordnung in Palästina trug wesentlich die deutsche Machlekah des Habonim in Giwath Brenner bei, die sich unser Olim besonders annahm.

Von den ersten Gruppen, die ins Land kamen, verließen diejenigen, die keine kibbuzische Hachscharah durchgemacht hatten, zum Teil den Kibbuz, wobei sich jedoch ein Teil der landwirtschaftlichen Arbeit in den Moschawoth zuwandte und das schwere Leben der landwirtschaftlichen Bodedim auf sich nahm. Zu den Kibbuzim des Landes, die besonders deutsche Alijah aufnehmen, gehören in erster Linie *Giw'ath Brenner*, *Ain Charod*, *Naaneh*, die Plugoth der *Chugim* im unteren Ain Charod und in *Raananah*, *Tel Jossef*, *Kevkur*, *Daganja Beth*, *Gescher*, *Jagur*, *Ajeleth Haschaehar* und die Pluga der Werkleute (Hasorea) in *Chedera*. Die Verbindung des Kibbuz Maanith mit den Chugim erwies sich als fruchtbar. Die Tradition, daß Gruppen aus bestimmten Hachscharah-Kibbuzim in bestimmte Kibbuzim Palästinas eingeordnet werden, hat sich sehr bewährt. Zum Beispiel geht jetzt bereits der dritte Alijah-Kibbuz aus München nach Tel Jossef, der dritte aus Golenic (Jugoslawien) nach Ajeleth Haschachar und Jagur. Am schlechtesten gelang die Einordnung der in Berlin ausgebildeten Chawerim des Berliner Snif, bei denen die Erfassung durch die Bewegung durch die äußeren Umstände der Großstadt nicht intensiv genug sein konnte. Die Einordnung aus den Berliner Bathe Chaluz dagegen ist ebensogut wie die aus allen anderen Gruppen.

Das *kulturelle Niveau* der Alijah war in der Frage des *Hebräisehen* niedriger als beim Durchschnitt der chaluzischen Alijah aus anderen Ländern. Jedoch konnte das in nicht allzu langer Zeit ausgeglichen werden, wobei man allerdings von einer Hebraisierung der Alijah, die in die Stadt ging, nicht sprechen kann. Die Primitivität der Lebenshaltung, die schwere körperliche Arbeit und die unabwendbaren Komplizierungen des Gemeinschaftslebens in Palästina wurden von der deutschen Alijah leichter überwunden, als wir zu Anfang zu hoffen wagten. Die Einordnung der künftigen Alijah in die Plugoth der Moschawoth und in die Gruppen, die zur Eroberung neuer jüdischer Arbeit aufgestellt werden, erfordert erhöhte Kraftanstrengung unserer Chawerim. In der Winter-Alijah 1935 haben wir zum erstenmal eine Gruppe aus der litauischen und oberschlesischen Hachscharah zusammengestellt, die zur besonders schwierigen Arbeit im Hafen verwandt werden soll (Plugath Hajam). Auch die Seefahrts-Hachscharah, über die hier im einzelnen nicht gesprochen werden kann, macht in den letzten Wochen neue Fortschritte.

Es muß noch gesagt werden, daß die Alijah der *Stam-Chaluzim* sich in keiner Weise unvorteilhaft von der Alijah der in den *chaluzisehen Jugendbünden* erzogenen Chawerim des Hechaluz abhebt, obwohl die Hebraisierung in den chaluzischen

Bünden natürlich weiter fortgeschritten war als die bei den Stam-Chaluzim.

Es ist uns gelungen, durch sorgsamste Auswahl das chaluzische Niveau der deutschen Einwanderung zu wahren und zu heben, und gegen alle Panikgerüchte der ersten Zeit konstatieren die zionistischen Instanzen Palästinas mit Befriedigung, daß durch die chaluzische Alijah aus Deutschland ein wertvolles Element in das Aufbauwerk des Landes eingeordnet wurde.

V. Tarbuth-Arbeit

Die Kulturabteilung des Hechaluz befaßt sich mit allen Zweigen der geistigen Schulung unserer Chawerim. Ihre Hauptarbeit besteht in der Veranstaltung von Schulungskursen und Seminaren in den Hachscharah-Kibbuzim und Snifim des Hechaluz. Im Laufe der letzten zwei Jahre fanden ungefähr 200 solcher Schulungslager statt, neben den drei bisher veranstalteten je einmonatlichen Zentralseminaren.

Mit großer Intensität widmete sich die Kulturabteilung im letzten halben Jahr der hebräischen Ausbildung und hat dafür eine besondere hebräische Abteilung geschaffen, die sich mit der Ueberwachung des hebräischen Unterrichts und der Versorgung mit hebräischen Büchern und Zeitungen befaßt.

Zur Zeit bereitet die Kultur-Abteilung die Schaffung eines einheitlichen Lehrbuchs für die Ausbildung in allen von uns gewünschten Wissenszweigen vor und versucht auf Grund einer genauen Bibliographie die Kulturarbeit der Organisation zu vereinheitlichen. Die Kulturabteilung steht mit sämtlichen Ortsgruppen und Hachscharah-Kibbuzim in Verbindung und versucht Einzelfragen, besonders methodischer, aber auch inhaltlicher Art zu klären.

VI. Verlag

Eine besondere Stellung in der Arbeit des Hechaluz nimmt der Verlag ein, dessen Bücher und Broschüren — vor allem die Anthologien „Jisrael. Volk und Land" und „Arbeiterinnen erzählen" — weit über die Mitglieder des Hechaluz hinaus Verbreitung gefunden haben.

Die Verlagsabteilung des Hechaluz bereitet zur Zeit folgende Veröffentlichungen vor: ein Buch über Arlosoroff, eine Broschüre über die Wirtschaft Palästinas, ein Buch über Brenner

und eine Anthologie aus den Schriften der jüdischen Arbeiterbewegung in Palästina. Der Verlag wurde verwaltungsmäßig von dem Hechaluz getrennt und stellt ein selbständiges kaufmännisches Unternehmen dar.

VII. Machnoth Jeladim

Die letzte Moezah des Hechaluz, die vom 14. bis 17. Oktober 1935 stattfand, beschloß die Schaffung von sog. Machnoth Jeladim (Kindergruppen), die der Leitung des Hechaluz direkt unterstehen, und in die Kinder von 6—10 Jahren aufgenommen werden, die den Bünden noch nicht angehören können. Binnen kurzer Zeit haben die Machnoth Jeladim eine große Ausdehnung erfahren. Der Merkas hat hierfür eine Machleketh Machnoth Jeladim gegründet.

VIII. Verbindung mit den Jugendbünden

Die gesamte chaluzische Jugend Deutschlands, mit Ausnahme der dem Misrachi angehörigen, sieht in dem Hechaluz die Organisation ihrer beruflichen und geistigen Vorbereitung auf Palästina. Folgende Bünde haben im Hechaluz Vertretungen und betreiben ihre Hachscharah und Schulungsarbeit durch den Hechaluz:

BZV.-Junggruppen,
Habonim Noar Chaluzi.
Haschomer Hazair.
Makkabi Hazair.
Verband der Jüdischen Jugendvereine Deutschlands (Brith ha-Jehudim ha-Zeirim),
Werkleute.

Alle Jugendbünde haben Anspruch auf Autonomie im Rahmen des Hechaluz und auf besondere Zusammenfassung ihrer Chawerim im Rahmen der Hachscharah.

BRITH CHALUZIM DATIIM (BACHAD)

Der Brith Chaluzim Datiim ist die Organisation der gesetzestreuen Chaluzim in Deutschland, deren Programm in den Worten *Thora wa'Awoda* zum Ausdruck kommt. Er wurde im Jahre 1928 gegründet. Die Geschichte der thoratreuen Chaluzbewegung in Deutschland ist jedoch älter als die Geschichte des Bachad, ihre Wurzeln gehen zurück in jene erste Nachkriegszeit, in der das heroische Beispiel, der Einsatz der jüdischen Chaluzim im Lande den größten Einfluß auf die jüdische Jugend in Deutschland ausübte. Damals ergab sich, daß die zionistische Jugend in Deutschland sich immer mehr an diesen Kreis gebunden fühlte und sich als dessen Nachwuchs betrachtete.

Die thoratreue jüdische Jugend befand sich in einer ganz anderen Lage. Die Gedanken des Zionismus hatten in die deutsche *Orthodoxie* nur geringen Eingang gefunden; aber auch das überlieferte jüdische Erbe wurde vielfach in den Kreisen der west- und ostjüdischen Orthodoxie nicht mehr so lebendig vorgelebt, daß es eine um Wahrheit ringende Jugend hätte befriedigen können. Ein Teil der orthodoxen Jugend sammelte sich damals im *„Esra"*, einem von der Agudah gegründeten, aber politisch neutralen orthodoxen Jugendbund, der sich zum Ziel setzte, seine Menschen durch vertiefte Kenntnis des jüdischen Schrifttums zu geschlossenen jüdischen Persönlichkeiten zu erziehen, die bereit und in der Lage sind, das private und öffentliche Leben im Geist der Tradition zu gestalten.

Nur wenige Menschen erkannten damals, daß eine Erneuerung unseres Lebens nur durch die Mitarbeit an dem großen historischen Aufbauprozeß unseres Volkes in unseren Tagen erreicht werden kann. Das war der Kreis, der sich um das jüdische Lehrgut *Rodges* allmählich zusammenfand. Dieser Kreis hatte noch keine Verbindung mit Erez Jisrael und keine Fühlung mit ähnlichen Gruppen in anderen europäischen Ländern, die sich ungefähr zu gleicher Zeit bildeten.

Eine der vordringlichsten Aufgaben dieses chaluzischen Kreises war es, den Gedanken der *thoratreuen Chaluziuth* in die jüdische Jugend hineinzutragen. In jahrelangem unablässigem Bemühen warb man um Verständnis für dieses Gedankengut und die Einsatzbereitschaft zu seiner Verwirklichung in den Kreisen des „Esra" ein Bemühen, das schließlich im Jahre 1933 zum Erfolg führte, in Gestalt des Anschlusses eines großen Teiles des „Esra" an die religiös-chaluzische Bewegung.

In den Jahren 1926/27 erstarkte die jung-misrachistische Bewegung, die seit mehreren Jahren schon in Deutschland vorhanden war, und organisierte sich im *„Zeire Misrachi"* und *„Brith Hanoar schel Zeire Misrachi"* unter Uebernahme des Programms „Thora wa'Awoda" und klarer Orientierung an den Hapoel Hamisrachi. Diese Bünde fanden bald die Verbindung mit dem Kreis um Rodges, und auch in sie wurde die Forderung nach Chaluziuth hineingetragen und fand bald fruchtbaren Boden. So wuchs der Kreis um Rodges allmählich über seinen kleinen Rahmen hinaus. Im Jahre 1928 wurde der *Brith Chaluzim Datiim* (Bachad) gegründet.

Erst als im Jahre 1929 zum ersten Male nach der Alijahsperre eine größere Gruppe des Bachad ins Land ging und dort den *Kibbuz Rodges* schuf, fand man den Anschluß an den damals noch kleinen Kreis der religiösen Arbeiterschaft, an den *„Hapoel Hamisrachi"*.

Die Geschichte des Bachad und die Soziologie seiner Chawerim bringt es mit sich, daß er sich nach zwei Seiten zu orientieren hat. Er gehört, soziologisch und ideologisch gesehen, ebenso der zionistischen Bewegung an, wie er ein Glied des thoratreuen Judentums ist. Das Gedankengut beider Bewegungen hat ihn entscheidend geformt.

Das gesetzestreue Judentum hat im Laufe der Geschichte in allen Ländern durch die Tatsache eben der Galuth eine Position nach der anderen — wenn auch nach zäher Verteidigung — aufgeben müssen. Nicht ein Kurieren an Symptomen, sondern nur eine radikale Behebung der Verfalls*ursachen* kann nach Ansicht des Bachad diesem Verfall Einhalt gebieten. Die Normalisierung des jüdischen Lebens, die Tatsache eines jüdischen Volkslebens im eigenen Lande, schafft erst die nötigen Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen die Thora in ihrem ganzen Umfang sich zum Ausdruck des ganzen Daseins formen, dem Volk wieder lebendig werden kann. Jischuw Erez Israel bedeutet heute nicht die Erfüllung einer Mizwah unter vielen, vielmehr *die* Gegenwartsaufgabe, von deren Gelingen die Verwirklichung der gesamten Thora entscheidend abhängt. Diesem Ziele dient die zionistische Bewegung, unabhängig davon, ob kleinere oder auch größere ihrer Teile auf dem Boden der Thora heute schon stehen oder nicht. Die zionistische Bewegung ist das Instrument, das der Behebung der Verfallserscheinungen dient. Dieses Instrument zu stärken, muß insbesondere auch Aufgabe des thoratreuen Judentums sein. So ergibt sich gerade von der Seite der

gesetzestreuen Faktoren in der Ideologie des Bachad her die *Verpflichtung zur Mitarbeit in der Zionistischen Organisation.*

Der Bachad ist bereit, wo immer es möglich ist, mit allen Kreisen der Orthodoxie zusammenzuarbeiten. Mit allen Teilen des gesetzestreuen Judentums bedauert es der Bachad, daß die Zionistische Organisation nicht durch die Thora ihr Gepräge erhält. Im Interesse des thoratreuen Judentums jedoch kann er sich die Argumente der Austrittsorthodoxie nicht zu eigen machen, sondern sieht in einem bedingungslosen Einsatz aller gesetzestreuen Kräfte für die Sache des Zionismus den einzigen Weg zu einer Durchdringung dieser Organisation und ihrer Eroberung für das Gedankengut der Thora. Die chaluzische und zionistische *Leistung* des gesetzestreuen Judentums wird die Zionistische Organisation mehr beeinflussen als jede berechtigte oder unberechtigte Kritik, die außerhalb ihrer Reihen laut wird. Vor allem scheint es uns unmöglich, wenn man schon die Bedeutung Erez Jisraels erkannt hat und den Weg der Chaluziuth in Erez Jisrael geht, sich seiner entscheidenden Wirkungsmöglichkeit dadurch zu berauben, daß man sich in engen Konventikeln und Zirkeln zu einem Jischuw haschlischi zusammenschließt. Das stete Ringen und die unerläßliche Auseinandersetzung mit allen Kreisen des jüdischen Volkes, wie es heute ist, und die Schönheit und Geschlossenheit des Lebens, das man vor den Augen des gesamten Jischuws in Erez Jisrael lebt, wird die Berechtigung und Fruchtbarkeit unserer Idee demonstrieren. Andererseits kann der Bachad sich nicht mehr zufriedengeben mit einem noch so heroischen Einsatz der Persönlichkeit für Volk und Land allein. Der Bachad erkennt die ungeheure Leistung des arbeitenden Palästina an und sieht in ihr den entscheidenden Beitrag zum bisherigen Gelingen unseres Werkes. Seine Krönung wird dieses Werk jedoch erst dann erhalten, wenn zu der Arbeit für Volk und Land und die jüdische Zukunft hinzutritt ein Leben im Geist der jüdischen Vergangenheit und im Sinne der jüdischen Kultur, wie sie durch die Thora gestaltet ist. Ein Leben nach dem jüdischen Gesetz erst sichert die Totalität und die Echtheit jüdischen Volkslebens, ist der jüdischen Volksseele adäquat und birgt die Garantien für einen Fortbestand dieses Werkes in sich.

Aus dieser Erkenntnis heraus sieht der Bachad seine entscheidende Aufgabe in der Errichtung eines großen Netzes *kibbuzischer Siedlungen*, die nach diesen Richtlinien aufgebaut sind. Eingereiht in die zionistische Arbeiterschaft Palästinas, geformt durch die jüdische Kultur, kämpft der Bachad mit den Chawerim des arbeitenden Erez Jisraels innerhalb des *Hapoel Hamisrachi*

für die Eroberung der jüdischen Arbeit und des jüdischen Landes. Seine Arbeit hat Anerkennung gefunden und sich im Jischuw durchgesetzt. Der Hapoel Hamisrachi konnte aus den Wahlen zum letzten Kongreß als die zweitstärkste Partei im Lande hervorgehen!

Um diesen schweren Weg erfolgreich zu Ende gehen zu können, ist eine intensive erzieherische Erfassung der Chawerim des Bachad erforderlich. Sie hat sich ebenso sehr zu richten auf die *Hachscharah gufanit*, auf die körperliche Vorbereitung des Chawer, die ihn in den Stand setzt, im Berufskampf unter den schweren Bedingungen Erez Jisraels zu bestehen und selbständige Meschakim zu errichten, wie sie ihr entscheidendes Augenmerk richten muß auf die *Hachscharah ruchanit*. Bei Anerkennung der Bedeutung aller Fragen der zionistischen Ideologie, der Wichtigkeit des Vertrautseins mit den Lebensumständen des Landes, kann der Bachad in der Beherrschung der zionistischen Ideologie, der Palästinakunde und der hebräischen Sprache allein nicht sein Bildungsziel sehen. Die Ausbildung muß ergänzt werden durch eine möglichst gründliche Kenntnis der jüdischen Quellen, und zwar nicht nur die der Thora und Mischnah, sondern auch des talmudischen und rabbinischen Judentums. Der Bachad lehnt die europäische Kultur nicht ab. Seine Chawerim sind durch sie entscheidend geformt und wollen, was ihnen an ihr echt und gesund erscheint, sich weiter erhalten. Sie darf aber nicht das *alleinige* Bildungsgut des jüdischen Menschen ausmachen. Auch ist nicht damit gedient, daß zwei getrennte Sektoren europäischer und jüdischer Kultur nebeneinander liegen. Nur fruchtbare Synthese kann hier die Lösung sein, die Durchdringung und Erarbeitung jüdischen Geistesgutes mit den Mitteln und Methoden moderner Wissenschaft und eine Konfrontierung und Verbindung des europäischen Kulturgutes mit jüdischen Gedanken. Die Tatsache eben, daß wir alle in der Galuth, ob wir wollen oder nicht, durch unsere Umgebung in jedem Moment entscheidend beeinflußt werden, fordert in dieser Stunde eine Bevorzugung der jüdischen Kulturarbeit innerhalb unseres Tarbuthprogramms. Sie nimmt ein so großes Ausmaß in der Arbeit des Bachad ein, daß von den meisten der Chawerim neben einer vollständigen Hachscharah gufanit ein mindestens halbjähriger *Jeschiwabesuch* gefordert wird. Um eine größere Anzahl von Trägern dieser jüdischen Tarbutharbeit heranzubilden, schickt der Bachad in jedem Jahr eine Anzahl seiner befähigsten Chawerim in die Jeschiwot des Ostens. Dort sollen sie sich die jüdischen Kulturinhalte aneignen, um sie in den Kreisen des Bachad zu verbreiten.

Bei der Ausbildung unserer Chawerim in Jeschiwot hat sich die Notwendigkeit ergeben, das Lernprogramm der Jeschiwot nicht bedingungslos zu übernehmen, sondern es auszubauen und unseren spezifischen Anforderungen anzupassen. Das bedeutet vor allem eine Ergänzung der Ausbildung in der Richtung, daß das Gelernte in Beziehung gesetzt wird mit der Wirklichkeit Erez Jisraels und im Bedarfsfalle Lehrgegenstände in den Ausbildungsgang hineinbezogen werden, die bis heute nicht eigentlich Lehrgegenstände der Jeschiwot waren. Es ist dies um so wichtiger, als der Bachad den Kreis, aus dem er sich bis noch vor einigen Jahren rekrutierte, gesprengt hat und Zuwachs erhalten hat aus Kreisen, die nicht zum Lager des gesetzestreuen Judentums zu zählen sind. Die Voraussetzungen an jüdischer Bildung, die diese Schichten mitbringen, sind geringer und daher in besonderem Maße ergänzungsbedürftig. Der Bachad hält es dabei nicht für möglich, sich mit einer bedingten Anerkennung des Religionsgesetzes — wie sie etwa von Kreisen der *Werkleute* vorgenommen wird — zufriedenzugeben. Das liberale Judentum ist gekennzeichnet durch das Prinzip der Auswählbarkeit der Gesetze, die zu erfüllen man bereit ist. Scheint uns eine solche Auswählbarkeit vom Standpunkt der Thora her schon grundsätzlich unmöglich, so ist sie auch, erzieherisch gesehen, von uns aus abzulehnen, weil dies Gebrochenheit bedeutet.

Die Jeschiwa, wie sie heute ist, kann nur *Chawerim* als Ausbildungsstätte dienen. Der Bachad legt jedoch ebenso entscheidenden Wert auf eine geistige Schulung der Erfassung seiner Chaweroth. Im Bewußtsein der Bedeutung, die der Chawerah für die Gestaltung eines religiösen Hauses und Milieus zukommt, hält es der Bachad für ebenso wichtig, seinen Chaweroth ein Maximum an jüdischem Bildungsgut zu vermitteln. Er ist dazu um so mehr verpflichtet, als die Mädchenerziehung gerade in gesetzestreuen Kreisen besonders viel zu wünschen übrig ließ. Diese Aufgabe versuchte der Bachad zu lösen durch Errichtung von Lernzentren und Mädchenseminaren, in welchen die Chaweroth für längere Zeit zusammengefaßt werden, um sie mit den Grundelementen jüdischen Wissens vertraut zu machen.

Der Bachad ist auch der Träger der religiösen Jugend-Alijah. Der Kibbuz Rodges in Erez Jisrael, ein Werk des deutschen Misrachi, war als einzige gesetzestreue Siedlung in Erez Jisrael in der Lage, eine Gruppe von über 50 Chawerim aufzunehmen, um sie organisch in das Leben der gesetzestreuen Arbeiterschaft hineinwachsen zu lassen. Der Mangel an gesetzestreuen Siedlungen hat uns gezwungen, Möglichkeiten innerhalb der Stadt ausfindig zu

machen, die die religiösen Jugendlichen für die Idee des Bachad erziehen können. Die Voraussetzungen, ein möglichst günstiges Erziehungsergebnis im Sinne der Ideologie des Bachad zu erreichen, sind natürlich günstiger, wenn die Chawerim schon in jungen Jahren sich der Erziehung des Bachad unterstellen.

Um diejenigen Jugendlichen aus Kreisen der gesetzestreuen Bünde, die aus irgendwelchen Gründen nicht mit der religiösen Jugend-Alijah nach Erez Jisrael gehen können, im Sinne des Bachad zu erziehen, ist eine eigene *Mittleren-Hachscharah* geschaffen worden. In besonderen Zentren werden hier in Deutschland diese Jugendlichen durch geeignete Führer im Sinne der Ideologie „Thora wa'Awoda" erzogen. Hier ist es möglich, auf längere Sicht Erziehungsarbeit zu leisten, da bei der Ausarbeitung des Arbeitsprogramms auf ein gesundes Verhältnis zwischen körperlicher und geistiger Arbeit geachtet wird.

Der Bachad kann seine Erziehungsarbeit nur leisten durch die Unterstützung, die ihm von den verantwortlichen Instanzen des deutschen Judentums gewährt wird. Neben Mitteln, die aus den Kreisen des gesetzestreuen Judentums durch den *Keren Thora wa'Awoda* zur Verfügung gestellt werden, wird seine Hachscharah-Arbeit und ihre Organisierung durch die *Reichsvertretung der Juden in Deutschland* und der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland* getragen. Seit Oktober 1931 ist der Bachad korporativ der ZVfD. angeschlossen. Er sieht in der ZVfD. die vorbildliche Lösung des Problems einer zionistischen Landesorganisation und ist gewillt, wie bisher in der ZVfD. verantwortlich an all ihren Aufgaben mitzuarbeiten.

Die Berichtsperiode hat seiner Bewegung einen auch zahlenmäßig starken Zuwachs gebracht. Während der Bachad 1932, also vor dem Umbruch, nur zirka 200 Chawerim umfaßte, stieg die Zahl seiner Mitglieder im Jahre 1933 auf 900, 1934 auf 1400, und heute gehören ihm zirka 1800 Chawerim an. Dieses ständige Wachsen stellt immer neue organisatorische, finanzielle und erzieherische Aufgaben. Um den persönlichen Kontakt, der früher zwischen dem einzelnen Chawer und der Hanhala bestand, nicht zu verlieren, und um alle organisatorischen Fragen besser bewältigen zu können, wurden mehrere *G'lilim* (Bezirksleitungen) eingerichtet, die der Hanhala einen Teil der Arbeit abnehmen.

Von den Chawerim des Bachad befinden sich zirka 900 auf *Hachscharah*, 380 Chawerim hiervon in Hachscharah-*Kibbuzim;* 150 Chawerim machen ihre Hachscharah im *Auslande* durch (Holland, Dänemark, Italien). Insgesamt bestehen zur Zeit 14 Hachscharah-Kibbuzim. Dazu kommen noch in letzter Zeit 3 Kibbuzim

der Mittleren-Hachscharah, die insgesamt 70 Chawerim umfassen. 120 Chawerim vervollständigen zur Zeit ihre Hachscharah ruchanit in den Lernzentren, die in Verbindung mit verschiedenen Jeschiwot (insbesondere Frankfurt und Mannheim) eingerichtet sind. Es ist anzunehmen, daß diese Zahl im nächsten Jahre noch steigen wird. Zur Jugend-Alijah sind 350 Chawerim angemeldet.

Besondere Schwierigkeiten machte in diesem Jahre die *Stellenbeschaffung*. Nur mit Mühe gelang es, die annähernd ausreichende Zahl von Hachscharah-Stellen zu bekommen und zu halten. Ein Teil dieser Stellen aber genügt nicht, um eine vollwertige Berufsausbildung zu vermitteln. Insbesondere Handwerkerstellen gingen in diesem Jahre fast ganz verloren, und es ist nicht damit zu rechnen, daß im nächsten Jahre neue hinzukommen werden. Etwas besser steht es mit gärtnerischen und landwirtschaftlichen Stellen, da der Bachad sowohl auf dem Lehrgut *Geringshof* als auch namentlich im Ausland über eine erhebliche Zahl qualifizierter Ausbildungsmöglichkeiten verfügt. In einer Anzahl von Hachscharah-Zentren war es leider häufig nötig, die Stellen zu wechseln, und das hat natürlich ebenfalls die Qualität der Ausbildung beeinträchtigt. Unter diesen Umständen kann eine einjährige Hachscharah keinesfalls mehr als ausreichend anerkannt werden. Eine längere Hachscharahzeit ist aber auch um der gründlicheren erzieherischen Erfassung der Chawerim willen erforderlich.

Die Durchführung der *Tarbutharbeit* hat sich ebenfalls in diesem Jahr vielfach kompliziert. Während früher der größte Teil unserer Menschen aus den Jugendbünden zu uns kam, setzt sich heute der größte Teil der Bewerbungen aus Kreisen zusammen, die bis vor kurzem keinen Kontakt mit der religiös-zionistischen Bewegung hatten und in den Snifim nur eine oberflächliche Schulung erhalten konnten. Es werden in Zukunft daher nur solche Chawerim zur Hachscharah bestätigt werden können, die während der Dauer ihrer Wartezeit im Snif ein Mindestmaß von jüdischen und hebräischen Kenntnissen sich vorher erworben haben. Jede Tarbutharbeit während der Hachscharah ist zwecklos, wenn sie nicht auf gewissen Voraussetzungen aufbauen kann.

Es werden auch vor der *Alijah* gewisse Mindestkenntnisse in Iwrith verlangt werden müssen. Die Durchführung all dieser Aufgaben und vor allem die bessere und rationellere Gestaltung der Tarbutharbeit in den Kibbuzim und Snifim läßt die Einrichtung eines eigenen Tarbuth-Dezernates des Bachad als unumgänglich nötig erscheinen.

Ueber all die schwierigen Probleme und Sorgen, die aus der ungenügenden Anzahl von Zertifikaten entstehen, ist bereits gesprochen worden. Es soll hier noch einmal auf die entscheidende Bedeutung gerade der religiös-gesetzestreuen Alijah für die zionistische Bewegung hingewiesen werden. Auch im abgelaufenen Jahr war es so, daß die kibbuzische Bewegung innerhalb des Hapoel Hamisrachi fast ausschließlich auf die Alijah aus Deutschland angewiesen war. Die zahlenmäßig viel stärkere „Thora wa'Awoda"-Bewegung in anderen Ländern hat es noch nicht genügend verstanden, ihren Chawerim die Bedeutung der kibbuzischen Lebensform für den Misrachi im Lande klarzumachen. Der Bachad stellt heute praktisch die einzige zuverlässige Nachwuchsbewegung für die Kibbuzim des „Hapoel Hamisrachi" dar. Solange diese Situation besteht, ist der Alijah des Bachad aus Deutschland eine ganz besondere Verantwortung auferlegt. Sie ist der Träger und Fortsetzer der kibbuzischen Lebensform innerhalb des Misrachi, und darum hängt von ihrer Qualität und Quantität so sehr viel ab. Der Bachad hat insbesondere mit der misrachistischen Jugend- und Chaluzbewegung in Holland, Oesterreich, Tschechoslowakei, der Schweiz und jetzt auch mit Polen persönliche und schriftliche Fühlung genommen. Diese Arbeit muß verstärkt und fortgesetzt werden, um für das kolonisatorische Werk des Hapoel Hamisrachi die Jugend auch dieser Länder zu aktivieren und den Nachwuchs der kibbuzischen Bewegung des Hapoel Hamisrachi auf eine viel breitere Basis zu stellen.

JUGENDBEWEGUNG

Die Jugendbewegung hat stets in der Zionistischen Organisation eine wichtige Rolle gespielt. Seit dem Jahre 1933 wuchs ihre Bedeutung außerordentlich. Sie wurde nunmehr neben dem Hechaluz und in Gemeinschaft mit ihm zu der wesentlichsten Erziehungsstätte der jungen Generation, die den Weg der Produktivierung ging.

Im Jahre 1933 hatte die zionistische Jugend auch zahlenmäßig eine ungewöhnlich starke Position in der jüdischen Jugend Deutschlands. Sie umfaßt fast vier Fünftel der organisierten jüdischen Jugend. Dieses Zahlenverhältnis verschob sich vom Jahre 1934 an, durch die Bildung des Bundes Deutsch-Jüdischer Jugend, etwas nach der anderen Seite. Trotzdem ist auch heute noch die zionistische Jugend, was ihre Stärke betrifft, führend. Der Reichsausschuß jüdischer Jugendverbände, der die Spitzenorganisation der jüdischen Jugend Deutschlands darstellt, ist die zionistische Jugend mit nicht weniger als 40000 Menschen vertreten.

Die Zionistische Jugend hatte innerhalb der Organisation eine große Wirkungsmöglichkeit: soweit sie sich nicht bundesmäßig abkapselte, ging von ihr eine Verjüngung der Ortsgruppen aus, die in vielen Orten angesichts der bekannten Altersschichtung und der Alijah der mittleren Jahrgänge immer stärker die ältere Generation in Erscheinung treten ließ. Die Jugend leistete Wertvolles insbesondere in der Arbeit des KKL: die Belebung der zionistischen Kundgebungen durch Gesangs-, Sprech- und Bewegungschöre ist zum guten Teil ihr Werk.

Die Jugendbünde stehen in ihrer inneren Arbeit vor schweren Fragen. Dies zeigen die nachfolgend veröffentlichten Einzelberichte sehr deutlich. Alle Bünde leiden unter einem außerordentlichen Mangel an Führern, hervorgerufen durch die Anforderung der Hachscharah und Alijah. Immer jünger sind die Menschen, die die Führung der Gruppen übernehmen müssen. Eine „Generation ohne Erzieher" scheint hier heranzuwachsen. Sehr nachteilig macht sich die Zersplitterung der zionistischen Jugend bemerkbar. Es muß mit Bedauern festgestellt werden, daß es zwischen manchen Bünden unaufhörliche Differenzen gibt, die einen großen Teil der Energie verschlingen. Diese Kämpfe werden oft nicht auf der ihren Gegenständen angemessenen Ebene geistiger Auseinandersetzungen ausgetragen, sondern häufig mit vereinfachender Argumentation, die der Schwierigkeit der Fragen nicht gerecht wird.

Ueberhaupt tritt in den Bünden häufig das gründliche Studium von Tatsachen und Entwicklungen der Judenfrage und des Palästina-Aufbaus zurück hinter einer unablässigen Diskussion, die nur als Reflex von palästinensischen Meinungskämpfen verständlich ist und das Unvermögen zu eigener Zielsetzung deutlich erkennen läßt. Jedoch haben sich gerade in letzter Zeit in den Reihen der Bünde selber, wie der Bericht des Habonim zeigt, die Stimmen verstärkt, die durchaus eine Abkehr von übertriebener Intellektualisierung wünschen und von einer Betonung bündischer Momente auch eine Erneuerung der zionistisch-erzieherischen Kraft der Bünde erhoffen.

Die ZVfD. versuchte der organisatorischen Zersplitterung im Frühjahr 1934 durch Schaffung des *Arbeitskreises Zionistischer Bünde* (A. Z. B.) entgegenzuwirken, der die Aufgabe hatte, die Bünde zu gewissen gemeinsamen Aufgaben zusammenzufassen. In Sitzungen des A. Z. B., an denen die Bundesleitungen teilnahmen, wurden insbesondere im Jahre 1934 eine Reihe von Abenden der Behandlung gemeinsamer Fragen der zionistischen Jugend im Rahmen des Reichsausschusses gewidmet. Es wurde eine Reihe von organisatorischen Maßnahmen, wie der Eingliederung der erwachsenen Mitglieder der Bünde in die Ortsgruppen, eingeleitet. Positive Pläne aber, wie die Abhaltung eines zionistischen Jugendführer-Seminars und die ständige Herausgabe einer Jugendbeilage der Rundschau, sind leider gescheitert, weil die vorhandenen Kräfte naturgemäß allzu stark durch den eigenen Bund in Anspruch genommen werden. In den letzten Monaten hat der A. Z. B. daher nur noch formale Bedeutung gehabt. Seine Aktivierung liegt im zionistischen Interesse.

Habonim Noar Chaluzi

Am 18. Februar 1933 vereinigten sich die Bünde „*Kadimah*, Bund jüdischer Jugend" und „*Brith Haolim*" zu einem neuen, großen Bunde, der den Namen „*Habonim Noar Chaluzi*" annahm. Diese Vereinigung war der endgültige Abschluß einer langjährigen Entwicklung beider Bünde. Der Kadimah — nach dem Zusammenbruch des Blau-Weiß und damit der zionistischen Verwirklichungshoffnungen großer Teile der jüdischen Jugend in Deutschland entstanden — hatte lange Jahre hindurch an Sinn und Berechtigung politischer Erziehung gezweifelt und sich als neutralen jüdischen Erziehungsbund unter Betonung der nationalen Momente betrachtet; erst allmählich und unter großen

Kämpfen setzte sich in seinen Reihen die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer umfassenden Erziehung durch, und er bekannte sich zum Zionismus; kurze Zeit danach setzte er sich — wiederum Abschluß einer Entwicklung — *Chaluziuth als Erziehungsziel*. Dank dieser Entwicklung war der Kadimah daher nun bereit zur Vereinigung mit dem Brith Haolim.

Dieser Bund war von ganz anderen Voraussetzungen ausgehend und einer ganz anderen Entwicklung folgend zum gleichen Ziele gelangt. Von Anfang an war und blieb er dem Prinzip der Chaluziuth — der Forderung nach Verwirklichung des Zionismus durch Alijah und körperliche Arbeit — treu. Auch in der schwersten Zeit des Niederganges des Zionismus, in einer Zeit, da große Teile der zionistischen Bewegung zweifelten, ob man die jüdische Jugend in Deutschland zur Chaluziuth erziehen dürfe, hielt er, unbeirrt von Arbeitslosigkeit im Lande und Rückwanderung, an diesem Ziele fest. Die Vereinigung mit dem Kadimah bewies, daß seine Festigkeit den zionistischen Willen der jüdischen Jugend gestärkt hatte.

Wahre Verschmelzung der beiden vereinigten Bünde über den organisatorischen Zusammenschluß hinaus, erzieherische Vertiefung, Konzentrierung der Arbeit des Bundes nach innen wäre der Weg einer ruhigen, natürlichen und ungestörten Entwicklung gewesen — da brachen die Ereignisse des 1. April über das Judentum in Deutschland herein. Hunderte und Tausende junger jüdischer Menschen strömten zum Zionismus und insbesondere zum Hechaluz als der einzigen Kraft, die imstande war, diesen mit einem Schlage brot- und zukunftslos gewordenen Menschen einen Ausweg zu zeigen.

Der Hechaluz, der bis zum März 1933 etwa 500 Chawerim gezählt hatte, war auf diesen Ansturm von Massen in keiner Weise vorbereitet. Und schon stand vor dem *Habonim*, dem neuen, noch jungen und unfertigen Bund, die Frage, die seiner Entwicklung die entscheidende Richtung gegeben hat: die Frage nach Uebernahme der *Verantwortung für die gesamte Arbeit des Hechaluz* unter vorübergehendem Verzicht auf eine intensive Erfassung und Erziehung seiner Menschen — *oder* Stärkung der inneren Arbeit und Erziehung unter Verzicht auf die Antwort auf die drängende und fordernde Lage der jüdischen Jugend in ihrer Gesamtheit. Der junge Bund entschied sich für die Verantwortung, für die Uebernahme weitgehender äußerer Arbeiten und damit für die Chaluziuth; denn was wäre eine Chaluziuth, ein Pioniertum, das im entscheidenden Augenblick nicht bereit ist, sich der Gesamtheit des Volkes zur Verfügung zu stellen?!

Die Chawerim des Habonim übernahmen damals die gesamte Arbeit des *Hechaluz*. Sie nahmen die Arbeit des *Merkas* auf sich, sie gründeten und leiteten die meisten *Snifim*, sie begannen das große Werk der *Hachscharah*, sie festigten das neue und auf schwachen Fundamenten stehende Werk und erhielten es bis zum Eintreffen der ersten Schlichim aus Palästina. Es war klar, daß diese Uebernahme der Arbeit im Hechaluz auch das Gesicht des Bundes formen mußte.

Schon bald begann dem Bunde die Tragweite dieser Entscheidung klar zu werden. Es zeigte sich, daß — ungewollt, als notwendige Folge der teilweisen Selbstaufgabe und des Verzichtes auf Konzentrierung nach innen — an vielen Stellen seine erzieherische Arbeit zu leiden begann, und daß der Einsatz und die Erfüllung der Pflicht an der einen Stelle die Vernachlässigung und das Aufgeben einer anderen ebenso wichtigen Stelle bedeuten könne. In einer Monate dauernden Diskussion wurde dieses Problem besprochen. Der Ausweg, den der Bund in dieser Frage fand und finden mußte, war der der *Synthese*. (Der konkrete, schriftlich niedergelegte Schlußstrich war der Aufsatz *Georg Papes* im „Haboneh", September 1934, „Die permanente Synthese".) Weder die Aufgabe jeder inneren erzieherischen Betätigung um der Erfüllung der Pflichten gegenüber dem Volke willen noch die Beschränkung auf innere Arbeit unter Verzicht auf die Bewährung und den Einsatz in der gegebenen Situation kann der Weg des Habonim sein. Möglich ist nur eine Synthese beider Bemühungen.

Die Erziehung des Bundes war vor fast unlösbar erscheinende Schwierigkeiten gestellt. Hunderte von neuen Menschen strömten dem Bunde zu, und viele alte Chawerim, die die berufenen Führer gewesen wären, gingen zur Hachscharah und zur Alijah. Es galt, alle die vielen neuen Menschen zu erfassen, zu erziehen, ihr Im-Bunde-Sein aus einem organisatorischen zu einem inneren und wahren zu machen. Es galt zunächst, ihre Entscheidung zum Zionismus und zur Chaluziuth, in den meisten Fällen von der Notwendigkeit des Augenblickes diktiert, innerlich zu festigen. Eine Erziehung zur jüdischen Geschichte, zur hebräischen Sprache, zum Verständnis der jüdischen Gegenwart mußte einsetzen. Palästina, seine Wirklichkeit und seine vor uns stehenden Aufgaben mußten den neuen Menschen nahegebracht werden.

Dieselben Faktoren, die dem Habonim in den ersten Monaten seines Bestehens eine erzieherische Arbeit fast unmöglich machten: das Hineingestelltsein in die Arbeit des Hechaluz — drückten eine Zeitlang auch der *Hachscharah* und *Alijah* des Bundes ihren

Stempel auf. In dem Maße, wie es notwendig war, alle Hachscharahpunkte des Hechaluz sowie alle Punkte der Einordnung der Alijah im Lande durch Chawerim des Habonim errichten, führen und erhalten zu lassen — in dem Maße war eine Zerstreuung und Zersplitterung der Chawerim des Bundes in die verschiedenen Punkte notwendig. Auch hier stand der Bund vor der Frage, ob er nicht wie andere Bünde seine Chawerim auf Hachscharah und im Lande konzentrieren sollte, um so ihren Entwicklungsprozeß auch weiterhin beeinflussen zu können. Auch hier mußte das Gefühl der Verantwortung für die Gesamtbewegung den Sieg davontragen. In dem Maße jedoch, in dem das Werk des Hechaluz sich festigte, in dem die verschiedenen Punkte der Hachscharah sich selbständig halten konnten — in dem Maße konnte der Habonim dazu übergehen, seine Chawerim auf der Hachscharah und im Lande zu konzentrieren.

In einem Schlagwort ausgedrückt, sind die Vorstellungen des Habonim von Hachscharah und Alijah folgende: *Konzentration — nicht Isolierung.* Die Chawerim des Bundes sollen, sowohl ihrer eigenen Entwicklung wegen, als auch um ihnen als Gruppe eine größere gesellschaftliche Kraft zu verleihen, als ein Einzelner jemals haben könnte, in Gruppen zusammengefaßt sich an der gemischten Hachscharah des einheitlichen Hechaluz beteiligen; sie sollen, ebenfalls *in Gruppen zusammengefaßt*, sich in die Gruppen des allen Chawerim aus allen Kreisen und Ländern *offenen Kibbuz* einordnen. Nicht *einen* Punkt des Kibbuz nur empfindet der Bund als „seine" Gruppe — für *alle* Siedlungen und Gruppen des Kibbuz trägt er die Verantwortung, an allen beteiligt er sich; nicht in abgeschlossenen Kreisen schickt er seine Menschen zur Hachscharah — nur im gemeinsamen Leben mit anderen Zirkeln, Bünden, Menschen, mit Juden aus anderen Ländern kann er sein Teil zur Verschmelzung des jüdischen Volkes zu einem einheitlichen, im Lande verwurzelten, neuen Volke beitragen. Der gemischte, allen Chawerim offene Hachscharahkibbuz, der gemischte, allen offene, Lohnarbeit und Eigenwirtschaft verbindende Kibbuz im Lande — wie er sich heute im *Kibbuz Hameuchad* ausdrückt — sind die Formen der Hachscharah und der Einordnung des Habonim im Lande.

In ständiger Gegenüberstellung zu anderen Bünden muß diese Grundhaltung zu den Fragen der täglichen Verwirklichung stets neu geprüft und überdacht werden. Nichts würde dem Habonim als einem Erziehungsbunde mehr widersprechen, als seine Chawerim in eine starre Dogmatik einzuzwängen. Die Beobachtung mancher Chawerim, vor allem der Mittleren, zeigt häufig, daß sie

Stand und Entwicklung des „Habonim" in Zahlen

I.

Glilim	Sitz der Galilleituug	Zahl der Chawerim am 1. 1. 36
Bayern	Nürnberg	440
Hessen-Kassel	Kassel	250
Hannover	Hannover	135
Ostpreußen	Königsberg	200
Rheinland	Köln	1050
Sachsen	Leipzig	515
Schlesien	Breslau	295
Süd-West	Mannheim	600
Einzelagudoth:	Berlin	700
	Hamburg	160
	Stettin	105
	Danzig	250
	Diverse	95
Gesamtzahl der Chawerim in Agudoth		4795

II.

	1. 3. 33	1. 3. 34	1. 3. 35	1. 1. 36
Agudoth	49	72	83	91
Chawerim in Agudoth	2145	3750	4315	4795
Chawerim in laudw. und gärtn. Hachscharah	360	550	515	noch nicht ermittelt
Chawerim in handwerkl. Haehscharah	125	170	325	noch nicht ermittelt
Chawerim in Mittl.-Hachscharah	—	—	—	—
Chawerim in Jugendalijah*	—	33	132	196
Chawerim im Kibbuz Hameuchad	120	310	470	540

* Anfang 1956 gehen weitere 80 Chawerim zur Jugendalijah in die Kwuzoth des Kibbuz Hameuchad: Ajeleth Haschachar, Geseher, Naaneh, Giwath Haschloschah.

die gefühlsmäßige Beziehung zur zionistischen Bewegung nicht mehr kennen, daß ihnen die peinigende Unruhe der zur Tatenlosigkeit Verurteilten fremd ist, daß ihnen die Fähigkeit fehlt, die zionistische Idee nicht nur intellektuell zu verstehen, wie so viele andere Dinge auch, sondern sie mit Hingabe zu lieben und ihre Verwirklichung mit Ungeduld herbeizusehnen. Hier mit allen Kräften einzusetzen, die Idee ihnen nicht nur verständlich, son-

dern lebendig und nahe zu machen — darin liegt eine große Aufgabe, an deren Lösung unverzüglich herangegangen werden muß.

Noch eins scheint in der Erziehungsarbeit des Bundes notwendig zu sein: eine *Verlebendigung* und *Verjüngung*. Die Tatsache, daß der Bund — der veränderten Situation der jüdischen Jugend entsprechend — auch Aufgaben der Schulung, des Unterrichtes usw. mit übernommen hat — eine unbedingt positiv zu wertende Erscheinung —, hat auch einige negative Folgen gehabt. Mit dem überlebten Ideal der früheren Jugendbewegung, dem Idea der Jugend-Insel, das im Habonim einer neuen Vorstellung von Jugendbewegung: einer kämpfenden, zur Verwirklichung erziehenden, Platz gemacht hat — mit diesem falschen Ideal ist ein großer Teil der Frische, Jugendlichkeit und Vitalität dieser Bewegungen verloren gegangen. Die Menschen des Habonim — Führer, Mittlere und auch schon Jüngere — sind oft ohne wirkliche Lebendigkeit. Die Fahrt, das Spiel im Freien, der Sport — Ausdruck jener Jugendlichkeit und Frische — sind im Leben des Bundes in der letzten Zeit bedauerlich zurückgetreten. Dies muß sich ändern, wenn nicht Phantasiearmut und Schwunglosigkeit sich verbreiten und derart der Bund seinen eigentlichen Charakter verlieren soll.

Haschomer Hazair

Die Gründung des Bundes erfolgte nach einer längeren Auseinandersetzung und Klärung im Rahmen der chaluzischen Bewegung am 16. August 1931. Er wollte eine erzieherische Kraft schaffen, die die jüdische Jugendbewegung zum Ziele der Chaluziuth führen sollte; als Erfüllung dieses Zieles gilt die Einordnung in einen Kibbuz in Palästina, der durch seine zahlenmäßige Begrenzung, seine auf gleicher bündischer Herkunft der Chaverim beruhende gesellschaftliche und geistige Geschlossenheit den subjektiven Bedürfnissen seiner Träger wie den objektiven Notwendigkeiten des Aufbaus gleichmäßig entspricht. Zuerst kamen zu ihm Gruppen aus dem „Kadimah" und dem „J. J. W. B." sowie der Bund „Zofim", die durch ihre geistige Entwicklung sich den Ideen und Erziehungsvorstellungen des Haschomer genähert hatten. Die ersten Kinim (Ortsgruppen) waren Berlin, Mannheim und Hamburg mit einer Gesamtzahl von rund 250 Menschen. Auch weiterhin faßte der Bund vor allem in Großstädten und Zentren jüdischen Lebens Fuß. Es folgte die Gründung von

Kinim in Köln und Essen (1933), Dresden (1934), Frankfurt a. M., Bonn und Bremen (1935).

Die Aufgabe des ersten Jahres war die innere Festigung des Bundes. Im zweiten Jahr konzentrierte der Bund alle Kräfte auf die erzieherische Verwirklichung seiner Ideen. Im Sommer 1933 erweiterte er sich erheblich, hütete sich aber, die quantitative Erweiterung auf Kosten der erzieherischen Erfassung als Eigenwert zu betrachten. Der *zweite Bundestag* August 1933 faßte die Ergebnisse dieser Entwicklung zusammen. Er machte die *Zofiuth* zur Grundlage seiner Erziehung und proklamierte in ihrem Rahmen die Durchführung des *Bne-Midbar-Systems* für die *Jüngerenarbeit*. Das dritte Jahr erforderte eine stärkere Planung der Bundesarbeit. Der Bund bemühte sich, alle Lebensgebiete seiner Menschen in seinen Wirkungskreis einzubeziehen und so den Grund zu einer Totalität des Lebens im Bunde zu legen. Damit wuchsen die Potenzen, die ihm die Durchführung seiner erzieherischen und zionistischen Aufgaben ermöglichten und den Weg zur eigenen kibbuzischen Verwirklichung bahnten.

Hand in Hand mit dieser inneren Festigung wandten sich die Kräfte des Bundes auch der lebendigen Anteilnahme an der Auseinandersetzung innerhalb der zionistischen Bewegung, der jüdischen Jugend und des Hechaluz zu.

Zunächst setzte sich der Bund überwiegend aus *Ostjuden* zusammen. Durch einzelne Gruppen zionistischer Bünde (Habonim, Makkabi Hazair), die sich ideologisch zu ihm entschieden, wurde diese Tendenz noch verstärkt. Das Bemühen des Bundes ging dahin, eine gesunde Proportion zwischen West- und Ostjuden herzustellen. Im letzten Jahre gelang es, geschlossene Gruppen aus der deutsch-jüdischen Jugend zu gewinnen. Heute ist der größere Teil des Bundes westjüdischer Herkunft. Die altersmäßige Struktur des Bundes ergibt folgendes Verhältnis:

Jüngere:	Mittlere:	Aeltere: = 3 : 3 : 1
(11—13)	(14—17)	(18—23)

Der Prozentsatz der Mädchen beträgt bei den Jüngeren 40, bei den Mittleren 45, bei den Aelteren 35.

Der Haschomer Hazair brachte für seine Erziehungsarbeit zwei Werte nach dem Westen zurück, nachdem sie im Schmelzofen des jüdischen Ostens eine neue, jüdische Form bekommen hatten: die Ideen der *englischen Pfadfinder* und die der *deutschen Jugendbewegung*, zu einer Einheit verbunden, die eine höhere Stufe darstellt. Dies ist die Erziehung der *Zofiuth*. Das sich frei

entfaltende schöpferische Individuum wurde in gesellschaftliche Disziplin eingeordnet. Ausgerichtet nach der Realität des arbeitenden Palästina entstand aus der Verbindung dieser beiden Erziehungswege ein neues Bild vom Menschen, eine neue Lebensform und Symbolik, die den Bedürfnissen der Jugend entspricht.

An Stelle des von der deutschen Jugendbewegung übernommenen Zugsystems führte der Haschomer Hazair als erster jüdischer Bund in Deutschland das *Schechawoth-System* ein. Die dadurch bedingte Einteilung der Erziehungseinheiten nach Altersgenerationen entspricht einer stärkeren Planung der Erziehung. Die Schichwa baut sich aus Gdudim auf, die ihrerseits in Gruppen eingeteilt sind. In den ersten Entwicklungsstufen liegt das Schwergewicht der Erziehung in den Gruppeneinheiten (Kwuzoth), während später die größere Einheit als Vorstufe zum Kibbuz in den Vordergrund tritt.

In der ersten Schichwa nimmt die gesamte *Jüngerenarbeit* eine spezifische Form an, deren Ausgangspunkt der Vergleich zwischen dem Leben der Jüngeren und der Situation der Juden während ihrer Wüstenwanderung und vor der Volkwerdung bildet. Die Erziehungseinheit ist der Schewet (Stamm nach biblischer Bezeichnung) von 15—20 Chawerim, die das Leben einer „Horde" führen. Die Sch'watim sind regional zu Edoth (wie in der biblischen Darstellung) zusammengefaßt, die eine größere Arbeitseinheit darstellen. Das Gesetz der *Bne Midbar* zeigt ihm den Weg und das Ziel für die Zeit seines Lebens in der ersten Schichwa.

Besonders wichtig für die westjüdische Jugend ist die *jüdische* Erziehung, wie denn z. B. das Bne Midbar-System in der nationalen Erziehung auf dem Wege der gefühlsmäßigen Bindung seine Hauptaufgabe sieht. Darüber hinaus spielt die konkrete *Verbindung* des Bundes *mit* einem *eigenen Kibbuz* im Lande eine entscheidende Rolle in seiner palästinozentrischen Arbeit. Dazu kommt die Betonung des *Hebräischen* als Mittel zur nationalen Erziehung und inneren Umgestaltung der Menschen, sowie die zentrale Rolle, die der *KKL* in der Palästinaerziehung nicht weniger als in der intensiven Sammelarbeit für ihn einnimmt.

Die *Veröffentlichungstätigkeit* des Bundes hatte dementsprechend in erster Linie die Aufgabe, eine lebendige Verbindung innerhalb der Schechawoth herzustellen, die Führer zu schulen und zu informieren. Zur fortlaufenden Information erschien in ungefähr zweimonatlichen Abständen ein Choser für die Bogrim und den älteren Teil der Zofim. Die Hanhaga (Bundesleitung) gab eine Schriftenreihe zur Führerschulung heraus.

Bisher erschienen:

1. Das Bne Midbar-System;
2. Zur Problematik der Kibbuzbewegung in Erez Israel, M. Orenstein;
3. Um die zionistische Verwirklichung (Sammelschrift grundsätzlicher Artikel);
4. Zum Friedensabkommen mit den Revisionisten, M. Orenstein.

In Vorbereitung sind:

5. Kibbuz, Kultur und Gesellschaft;
6. Der Erziehungsweg des Haschomer Hazair.

Ferner erschienen für die Zofim und Bne Midbar eigene Blätter, sowie Veröffentlichungen der Erziehungsmisradim mit Arbeitsplänen und Artikeln für die Unterstützung der einzelnen Führer in ihrer Arbeit.

Der Haschomer Hazair als Teil der chaluzischen Bewegung sieht im *Hechaluz* die einheitliche Gesamtorganisation und den Träger der Chaluziuth in der Gola. Der Rahmen des Hechaluz läßt den verschiedenen Bünden die Freiheit, ihre spezifischen erzieherischen Anschauungen in ihm zu pflegen und zu vertreten. Wenn auch die Stellung des Haschomer im Hechaluz durch das Verhalten einzelner Teile lange erschwert wurde, gelang es ihm doch, den Weg zur jüdischen Jugend in Deutschland und zu tätiger Anteilnahme am Werke des Hechaluz zu finden. Es ist ihm durch aktive Auseinandersetzung, ebenso wie durch eine intensive Mitarbeit in den Snifim gelungen, sich als gleichberechtigter chaluzischer Jugendbund durchzusetzen. Die *Koordinierung* der erzieherischen *Bundesarbeit* mit der *Arbeit im Hechaluz* war ein selbstverständliches Prinzip, das auch in schwierigen Situationen des Bundes befolgt wurde. Besonders in den Städten im Reiche — Dresden, Essen, Köln, Hamburg — haben die Kinim des Haschomer wesentliche Snifarbeit geleistet. An der zentralen Arbeit beteiligt er sich durch die ständige Mitarbeit eines führenden Chawer in der Maskiruth des Merkas Hechaluz. Diese Mitarbeit führte unter anderem auch dazu, daß sich im Hechaluz ein Kreis aktiver Menschen bildete, die die erzieherischen Werte des Bundes anerkannten und den kibbuzischen Weg der Bewegung für sich persönlich bejahten, wenn sie auch alters- und lebensmäßig keinen Platz mehr im Bunde haben.

Im Sommer 1935 schloß sich eine Gruppe von Chaluzim zum Kibbuz-Alijah „Mischmar" zusammen. Ein Teil von ihnen —

die ganze Gruppe zählt ca. 60 Menschen — befindet sich bereits im Lande und ist beim Schomerkibbuz „En Hachoresch" in Wadi Chawarith zu Gast.

Der Bund hat es immer als besondere Notwendigkeit betrachtet, schon in der Gola die gesellschaftlichen Kräfte zum Aufbau eines *Kibbuz* im Lande zusammenzuschließen und der Aelterenschaft ein konkretes lebensmäßiges Ziel in *ihrem* Kibbuz zu geben. Seit seiner Existenz hat er danach gestrebt, auch auf dem Gebiete der *Hachscharah* seine theoretischen Anschauungen zu verwirklichen, d. h. eigene Kibbuze-Hachscharah zu schaffen. Er fordert darum von jedem seiner Chawerim *die landwirtschaftliche kibbuzische Hachscharah*. 1933 wurde in Dänemark der erste Kibbuz Hachscharah des Bundes mit 20 Chawerim gebildet, der sich auf Grund der Notwendigkeit mit der Form des Bauernzentrums begnügen mußte. Man wählte diese Form, um aktiv am Gelingen der allgemeinen Hachscharah mitarbeiten zu können. Auch der zweite Kibbuz Hachscharah im Jahre 1934 ging mit 17 Chawerim nach Dänemark, wo er diesmal — ebenfalls im Bauernzentrum — günstigere Bedingungen für seine gesellschaftliche Entwicklung und kulturelle Arbeit fand. Im letzten Jahre wurde in Vrela (Jugoslawien) ein völlig autonomer Kibbuz geschaffen (22 Chawerim), dem sich auch Chawerim des Schweizer „Brith Habonim" anschlossen. Diese Hachscharah hat die theoretischen Ansichten über den autonomen Weg des Bundes in der Hachscharah vollauf gerechtfertigt. Es ist gelungen, im Laufe einiger Monate den Kern eines neuen Kibbuz, des zweiten Kibbuz des Haschomer Hazair aus Deutschland, zu schaffen.

Entsprechend der Altersstufung des Bundes hat die handwerkliche Hachscharah auch rein zahlenmäßig bei ihm stets eine große Bedeutung gehabt. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Jahren führte dazu, daß eine steigende Zahl jüngerer Chawerim (auch 14jährige) sich einer handwerklichen bzw. hauswirtschaftlichen Ausbildung zuwenden mußten. Aus pädagogischen Gründen versucht der Bund, wo es nur möglich ist, den Eintritt in die körperliche Hachscharah hinauszuschieben. In erster Linie spricht die Notwendigkeit einer verstärkten Bildungsarbeit für einen längeren Schulbesuch, oder — wo dies aus ökonomischen Gründen unmöglich ist — für eine besondere Sorge um die geistige Entwicklung.

Zahlenmäßig ergibt sich folgendes Bild der Verteilung der einzelnen Schechawoth auf die Hachscharah: Bogrim (über 18 Jahre) 63, d. h. 75 %. Von den übrigen Bogrim steht der erste Teil nach Abschluß ihrer Hachscharah in der Führungsarbeit.

Mitbagrim (16—18 Jahre) 37, d. h. 70 %; Zofim (14—16 Jahre) 115, d. h. 30 % aller Zofim sind auf Hachscharah.

Auf Grund der Altersschichtung des Bundes und der Tatsache, daß er in Deutschland noch sehr jung ist, war die *Alijah* zahlenmäßig nicht sehr groß. Im Herbst 1932 schickte er seine ersten Chawerim zur Alijah nach *Mischmar Haemek*. Im Frühjahr 1933 wurde dort der Garin (Kern) des ersten deutschen Kibbuz gebildet. Dieser Garin erfüllte auch über den Rahmen des Bundes hinaus seine Aufgabe, die chaluzische Alijah aufzunehmen. Die Aelterenschaft des Essener Habonim schloß sich dem Garin an. Eine Gruppe des K. J. V., die in Lettland auf Hachscharah war, und eine Gruppe nichtbündischer Chawerim aus Ahlem kamen während dieser Zeit hinzu. Ein Jahr später verließ der Garin Mischmar Haemek, um als selbständiger Kibbuz in die Moschawa zu gehen. Die schwierige Situation des Kampfes um jüdische Arbeit veranlaßte ihn, sich nach Karkur bei Chedera zu wenden. Dort arbeitete er in der Landwirtschaft und begann sich eine kleine Hilfswirtschaft aufzubauen. Der erste Kibbuz des Haschomer Hazair aus Deutschland „Bamifne" zählt heute 67 Chawerim und steht kurz vor der Ansiedlung.

Die *Jugendalijah* hat dem Bunde einen großen Teil wertvoller Kräfte entzogen. Schon mit den ersten Gruppen kamen einzelne Schomrim zur Alijah. Diese wurden in den Kibbuz Meuchad eingeordnet. Danach begann der Bund *eigene Gruppen* in die Schomerkibbuzim zu schicken. Es befinden sich heute 75 Chawerim in drei Gruppen (Mischmar Haemek, Merchawia und Misra) und als einzelne im Lande. Im Frühjahr geht eine vierte Gruppe mit 27 Chawerim nach Gan Schmuel.

Der Haschomer Hazair hat zur Zeit in Deutschland 850 Menschen erfaßt. Zirka 40 % davon leben in Berlin. Die anderen verteilen sich auf die Kinim im Reiche.

Werkleute

Der *Bund der Werkleute* hat sich aus dem deutsch-jüdischen Wanderbund *„Kameraden"* entwickelt, einem Bund, der in stärkstem Maße der deutschen Jugendbewegung und allem, was dem deutschen Kulturkreis angehört, verbunden war. Entsprechend dieser Herkunft waren seine Menschen stark assimiliert, und Beschäftigung mit jüdischen Dingen stand nicht im Mittelpunkt ihrer geistigen Bemühung und ihres Lebens überhaupt.

Aber schon vor Jahren war sich ein kleiner Kreis um *Hermann Gerson* bewußt geworden, daß bei diesem Unverwurzeltsein des jüdischen Menschen wesentliche Bezirke seines Lebens unerfüllt bleiben und er von dem Ort seiner eigentlichen Verantwortlichkeit, seinem Volke, ferngehalten wird. Dieser Kreis mußte demgegenüber einen Weg finden, der ihn wieder zum Jüdischen hinführte; und dies nicht nur in Ideologie und Gesinnung, sondern in der Totalität der Person: es ging um die Umwandlung des Menschen selbst.

Auf die Frage: „Wie werden wir wieder jüdisch?" gab es nur eine zureichende Antwort. Sie bestand und besteht darin, von dem geistigen Leben des Judentums und seinen Zeugnissen her diesen neuen Zugang zu finden. Den Weg hierzu wies vor allem *Martin Buber*. Das „Lernen" bildet denn auch einen wesentlichen Teil des Lebens im Bund.

Entscheidend auf diesem Wege wurde das Kennenlernen der *Bibel*. Wenn die Werkleute an sie auch undogmatisch herangehen und alle Ergebnisse der wissenschaftlichen Kritik prüfen und anzunehmen bereit sind, so ist sie ihnen doch weit mehr als ein historisches Zeugnis einer großen Vergangenheit und ein klassisches Werk der Literatur. Ueber diesen Wert hinaus ist sie ihnen zu dem Buch geworden, welches mitbestimmend für ihre eigene Lebensführung ist.

Zu alldem kam eine immer wachsende Erkenntnis der objektiven Judenfrage. Das *Galutherlebnis des Jahres 1933* zeigte, wie jüdische Verwirklichung und Erneuerung in der Ungesichertheit der Galuth unmöglich sind. Die Werkleute bekannten sich daher vorbehaltlos zum Zionismus und zur Chaluziuth. Selbstverständlich war ihre frühere jüdische Haltung in keiner Weise aufgehoben. Sie fand nach der zionistischen Entscheidung in der Chaluziuth ihren eigentlichen Ort.

Manche Schwierigkeiten stehen der *Bildungsarbeit* hemmend im Wege. Neben einem Führermangel, der ja gegenwärtig das Schicksal aller chaluzischen Bünde ist, ist es vor allem die frühe Schulentlassung, die den Jüngeren vielfach die Möglichkeit nimmt, intensiv zu lernen. Es gilt dabei immer wieder der Gefahr zu begegnen, daß an Stelle einer lebendigen, von Wissen erfüllten Auseinandersetzung eine starre Ideologie tritt.

Ein besonderes Eingehen auf die persönliche Entwicklung des einzelnen Chawer, die Bemühung, in ihr auftretende Schwierigkeiten zu beseitigen, und die Ueberzeugung, daß nur ein Erfolg dieser Bemühung verantwortungsbewußten Einsatz für die zionistische Aufgabe ermöglicht, kennzeichnen die Erziehungsarbeit des Bundes. Seit dem Herbst 1933 schickte der Bund eine ständig wachsende Zahl *Olim* ins Land. Nach einer Epoche der Vorbereitung und Eingewöhnung geht der Kibbuz heute schon zur *Ansiedlung* auf eigenem Boden über — über 40 Chawerim arbeiten bereits an dem Ort, wo der Kibbuz zur Ansiedlung kommen wird — und es ist wahrscheinlich, daß in einigen Monaten alle Chawerim im Lande dort sein werden. Die Entwicklung des Kibbuz und die Akklimatisierung seiner Chawerim war besonders positiv. Eine stetig fortschreitende Hebraisierung, verbunden mit einem tieferen Eindringen in die Probleme des Landes sind Stationen auf diesem Wege. Auch religiös-kulturelle Fragen, die schon im vor-zionistischen Stadium der Entwicklung des Bundes erörtert wurden, so z. B. die der jüdischen Festgestaltung, bleiben weiter ein Gegenstand ernster Bemühung.

Diese Entwicklung des Kibbuz in Erez Israel hat natürlich auch auf den Bund in der Golah zurückgewirkt.

Einige Zahlen können dieses Bild abrunden: Der Bund zählt heute in Deutschland 1200 Chawerim im Alter von 11—22 Jahren. Von diesen sind 60 % augenblicklich in kibbuzischer *Hachscharah*, davon ein Teil in der Landwirtschaft, ein Teil in handwerklicher Ausbildung und Gärtnerstellen. Ein großer Teil der 14—16jährigen befinden sich heute schon in handwerklicher Lehre resp. in der Hauswirtschaft. Zirka 50 Chawerim und Chaweroth werden Ostern eine zweijährige landwirtschaftliche Hachscharah beginnen. Die Eröffnung eines neuen Mittleren-Beth-Chaluz ist neben dem bereits in Frankfurt bestehenden zu Ostern geplant. Insgesamt sind augenblicklich 350 Chawerim und Chaweroth auf Hachscharah. Daneben bemühen wir uns, fortlaufend Jüngere im Rahmen der *Jugendalijah* zur Alijah zu bringen. 30 Jüngere sind bereits im Land, davon der größte Teil in Ben Schemen. Eine Gruppe von 20 Jüngeren wird in den nächsten Wochen geschlossen zur Alijah kommen. Eine neue Gruppe wird bereits zusammengestellt. 90 ältere Chawerim leben bereits im Kibbuz in Erez Israel.

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR KINDER- UND JUGEND-ALIJAH

Als im Jahre 1933 die politische Umwälzung in Deutschland die jüdische Jugend in ihren Zukunftsaussichten besonders stark in Mitleidenschaft zog, standen Eltern und Kinder vor dem Problem der Neugestaltung ihres Lebens. Die Frage war für die junge Generation viel akuter, weil sie versuchen mußte, durch grundlegende Umstellung eine andere Gestaltung ihres Lebens zu finden. Es war für die jüdische Jugend undenkbar, aus dem Arbeitsprozeß und aus kulturellen Zusammenhängen herausgerissen zu werden, ohne ihre Kräfte an einer neuen Stelle sinnvoll einsetzen zu können. Die jüdische Jugend fand 1933 den Weg zu einer neuen Bindung: den Weg der Jugend-Alijah.

Frau Recha Freier erfaßte als erste den Gedanken der Jugend-Alijah und bewies, daß diese Idee realisierbar sei. Zunächst handelte es sich um Einzelne, die nach Palästina übersiedelten. Als die Bewegung mit der Verschärfung der Gesetzgebung sehr schnell wuchs, befaßten sich zunächst die Kibbuzim in Palästina mit der Frage der Einordnung. Sie bemühten sich als erste, eine Aufnahmemöglichkeit ausfindig zu machen, die weit über den Rahmen der bisher bestehenden Heime und Schulen hinausging. Die Arbeiterschaft, insbesondere Ain Charod, leistete hier Pionierarbeit und schuf dadurch die Grundlage für eine umfassende Jugend-Alijah. Es entstand die Notwendigkeit, die Frage der Jugendübersiedlung vom pädagogischen und zionistischen Standpunkt aus zu prüfen und einen geeigneten Rahmen für die Durchführung dieser Idee zu schaffen.

Es war zunächst Aufgabe der zionistischen Instanzen, festzustellen, ob hier gleichzeitig mit dem Hilfswerk für die Juden aus Deutschland ein zionistisches Aufbauwerk geschaffen werden könne. Denn es war Sache der *Jewish Agency*, die Frage der *Jugend-Zertifikate* bei der *Mandats-Regierung* zu vertreten, eine Forderung, die in diesem Umfange erstmalig an die Regierung herangetragen wurde. Die Auffassungen der Jewish Agency und der Regierung schienen in wesentlichen Punkten übereinzustimmen:

1. Je jünger Menschen in ein neues Land verpflanzt werden, desto größer ist der Grad ihrer Anpassungsfähigkeit an Klima und Sprache;

2. Hachscharah im Lande selbst vermittelt den Jugendlichen rechtzeitig die Kenntnisse der späteren Arbeitsbedingungen und eröffnet ihnen die Chance, viel tiefer mit der neuen Umgebung und den neuen Aufgaben zu verwachsen, als es älteren Menschen jemals möglich sein würde.
3. Palästina braucht eine Einwanderung, die in die Landwirtschaft geleitet wird. Die Unterbringungsplätze der Jugend-Alijah sind vorwiegend ländliche Siedlungen, die in der Lage sind, neue Menschen aufzunehmen und sie zwei Jahre lang so mit der Landarbeit zu verbinden, daß die berechtigte Hoffnung besteht, daß der größte Teil von ihnen auf dem Lande bleibt.

Die Einwanderung von Jugendlichen, die ihre Hachscharah im Lande selbst durchmachen, ist also als ein Gewinn für die landwirtschaftliche Entwicklung Palästinas anzusehen, und gleichzeitig als eine Stärkung des Jischuw überhaupt durch Menschen, die ihre jüdische und berufliche Ausbildung bereits in Erez Israel erhalten haben.

Die pädagogische Frage, die durch das Problem auftaucht, daß Jugendliche von ihren Familien getrennt in eine neue Umgebung gebracht werden, wurde gleichzeitig in Deutschland und in Palästina behandelt. Dies geschah in Deutschland im wesentlichen durch die Führer der Jugendbünde und in Palästina durch die pädagogisch interessierten Kreise der Siedlungen und Heime, die die Jugend aus Deutschland aufnehmen wollten. Von vornherein war man sich in der Auffassung einig, daß Jugendliche, die im Entwicklungsalter stehen, nicht vereinzelt der schweren Aufgabe überlassen werden dürfen, vor die sie eine Einordnung in Palästina stellt. Der Halt, den bisher die Familie, der Jugendbund oder das Kinderheim geboten hatte, sollte in Palästina durch annähernd ähnliche Faktoren ersetzt werden. Es darf dabei nicht vergessen werden, daß in den letzten Jahren der menschliche und wirtschaftliche Zusammenhang der jüdischen Familien in allen Schichten sehr weitgehend gelockert war, und die Jugendlichen dadurch einen früher starken Halt fast ganz verloren haben; in den meisten Fällen wird ihnen also durch die Einordnung in die Jugend-Alijah-Gruppe eine neue Gemeinschaft und ein neues Entwicklungsziel geboten.

Sowohl vom zionistischen als auch vom sozialen und pädagogischen Gesichtspunkt aus betrachtet, ergibt sich, daß die Regierung durch die Gewährung von Jugend-Zertifikaten eine bedeutende Stärkung der jüdischen Position in Palästina, wie eine wesentliche Hilfe für die Juden in Deutschland, ermöglicht hat.

Die verantwortungsvolle Durchführung der Jugend-Alijah erforderte die schnelle Konstituierung einer Organisation, die in der Lage war, sowohl die pädagogischen wie die finanziellen Aufgaben zu bewältigen. Die jüdischen Jugendbünde die zu Anfang die meisten Anwärter für die Jugend-Alijah stellten, schlossen sich zunächst in der *„Jüdischen Jugendhilfe"* zusammen, um gemeinsam in Deutschland die Arbeit der Vorbereitung und Auswahl für die Alijah vorzunehmen. Das Kinderheim *Ahawah*, das seit Jahren in Berlin bemüht war, eine Kombination zwischen jüdisch-traditioneller und moderner Erziehung zu finden, entschloß sich schon im Jahre 1933, seine Jugendlichen ebenfalls nach Palästina zu überführen. Das Kinderdorf *Ben-Schemen*, das sich sofort in großzügigster Weise für die Aufnahme der ersten Jugend-Alijah aus Deutschland zur Verfügung gestellt hatte, setzte sich ebenfalls für die Förderung und Durchführung dieser Idee ein. Diese drei Organisationen, Jugendhilfe, Ben-Schemen und Ahawah, wollten eine einheitliche Propaganda des Jugend-Alijah-Gedankens in- und außerhalb Deutschlands gewährleisten und schlossen sich darum zur *Arbeitsgemeinschaft* für Kinder- und Jugend-Alijah zusammen. Das *Palästina-Amt* entsandte gleich zu Beginn einen Vertreter in das Gremium der Arbeitsgemeinschaft. Die vier Partner wählten für jeweils ein Jahr zwei Geschäftsführer, die mit der Durchführung betraut wurden. Seit Beginn des dritten Geschäftsjahres läßt sich die *Reichsvertretung* der Juden in Deutschland ebenfalls in der Arbeitsgemeinschaft vertreten, da sie die Jugend-Alijah finanziell und ideell weitgehend unterstützt. Außerdem wurde zur gleichen Zeit in Palästina, unter Leitung von Miss Szold und Dr. Landauer, ein sogenannter *Board* der Arbeitsgemeinschaft gegründet, in den die Partner der Arbeitsgemeinschaft ihre palästinensischen Vertreter entsandt haben. Die Arbeitsgemeinschaft Berlin und der Board Jerusalem arbeiten in allen Fragen, insbesondere budgetärer Art, Hand in Hand; das Gremium der Arbeitsgemeinschaft stützt sich in allen Palästina-Belangen weitgehend auf die Meinungsäußerungen und Beschlüsse des palästinensischen Board. In gemeinsamer Beratung zwischen den Vertretern der Arbeitsgemeinschaft, des palästinensischen Board und aller Länderkomitees im Herbst 1935 wurde beschlossen, eine *Alijah von 1000 Jugendlichen* im Jahr als nächstes Arbeitsziel anzusehen. In diese Zahl soll die erste außerdeutsche Alijah einbezogen werden, außerdem soll das Prinzip aufrechterhalten und ausgebaut werden, Jugendliche aller Schichten und aller Weltanschauungen aufzunehmen, falls in physischer und psychischer Beziehung ihre Eignung für Palästina anerkannt

wird. Nur die Organisierung geschlossener Gruppen, die sich gegen die Zionistische Organisation wenden, soll auch weiterhin abgelehnt werden.

Die Arbeitsgemeinschaft übernahm am 1. Oktober 1933 in Uebereinstimmung mit dem Jugend-Alijah-Department der Exekutive der Jewish Agency die Aufgabe, das notwendige Budget aufzubringen. Gleichzeitig mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft entstanden in Holland, England, Skandinavien und anderen Ländern Komitees, die die ersten Nachrichten über Jugend-Alijah erhalten hatten und den Gedanken mit Begeisterung aufnahmen. Die Arbeitsgemeinschaft hat die Beziehungen zu allen diesen Komitees sofort aufgenommen und war in vielen Ländern behilflich, neue Komitees ins Leben zu rufen. Heute bestehen in der ganzen Welt 20 Jugend-Alijah-Komitees, die die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugend-Alijah in Berlin als ihre Informations- und Propagandazentrale betrachten und sich mit ihr gemeinsam verantwortlich für die Durchführung des Programms fühlen.

Das Budget, das zur Finanzierung der Jugend-Alijah benötigt wird, wächst von Jahr zu Jahr, und dadurch vergrößert sich auch der Rahmen, in dem die Aktionen durchgeführt werden müssen. Die Erweiterung ist naturgemäß nicht ganz ohne Reibungen mit den anderen Palästina-Fonds durchführbar. Die Arbeitsgemeinschaft und die Jugend-Alijah-Komitees bemühen sich, in jedem Land die notwendigen Verhandlungen so zu führen, daß eine Störung der Keren-Hajessod-Arbeit weitgehend vermieden wird. In dieser oft schwierigen Verhandlungstätigkeit ist die Arbeitsgemeinschaft bisher fast völlig auf ihre eigene Kraft und Initiative angewiesen. Während das Jugend-Alijah-Department in Palästina der Jewish Agency unterstellt ist, ist die korrespondierende Berliner Zentrale eine scheinbar unabhängige Organisation, die aber faktisch der zionistischen Disziplin untersteht. Die Arbeitsgemeinschaft hat daher bis jetzt alle Nachteile einer Disziplinunterwerfung auf sich genommen, ohne den Vorteil der Unterstützung der leitenden Instanzen zu haben. Da schon zum heutigen Zeitpunkt die Jugend-Alijah über Deutschland hinauswächst, entsteht hier ein Problem, mit dem sich der nächste Kongreß zu befassen haben wird.

Es ist der Arbeitsgemeinschaft in Zusammenarbeit mit allen Komitees und mit besonderer Unterstützung des Jugend-Alijah-Departments der Jewish Agency gelungen, seit Beginn ihrer Tätigkeit 870 Jugendliche nach Palästina zu bringen, den Neubau des Kinderheims Ahawah sicherzustellen und umfangreiche Vergröße-

rungen des Kinderdorfes Ben-Schemen mit allen notwendigen Investierungen zu bestreiten. Die Arbeitsgemeinschaft arbeitet in engster Fühlungnahme mit dem Central Bureau for the Settlement of German Jews, insbesondere Miss Szold und Dr. Landauer. Herr Dr. Landauer ist ihr in dankenswerter Weise in allen Finanzierungsfragen weitgehend behilflich, vertritt die Belange der Jugend-Alijah vor den palästinensischen Instanzen der Agency und der Regierung, überprüft alle Planungen und Anträge und verwaltet in Palästina die Finanzabteilung der Jugend-Alijah.

Die Vorbereitung und Auswahl der Anwärter untersteht den drei in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Organisationen:

a) der Jüdischen Jugendhilfe;
b) dem Kinderdorf Ben-Schemen;
c) dem Kinderheim Ahawah.

Jüdische Jugendhilfe e. V.

Die Jüdische Jugendhilfe hat es sich zur Aufgabe gemacht, Jugendliche im Alter von 15—17 Jahren in palästinensischen Siedlungen unterzubringen und ihnen dort eine zweijährige Ausbildung zuteil werden zu lassen. Die Jugendlichen werden bereits hier in Gruppen von 20 bis 60 Menschen zusammengestellt. Größtenteils gehören sie jüdischen Jugend-Organisationen an, doch nimmt die Jüdische Jugendhilfe auch Anmeldungen nichtbündischer Jugendlicher entgegen. Desgleichen sind bereits Gruppen von Jugendlichen zusammengestellt worden, die sich zur Zeit als Flüchtlinge im Auslande befinden.

Neben der landwirtschaftlichen Ausbildung erhalten die Jugendlichen in Palästina einen regelmäßigen Unterricht. Dieser erstrebt zunächst eine möglichst rasche Hebraisierung und bemüht sich darum, sie mit allen kulturellen Werten des Judentums vertraut zu machen. Darüber hinaus ermöglicht er ihnen eine Fortsetzung ihrer bisherigen geistigen Ausbildung und vermeidet dadurch eine allzu plötzliche Unterbrechung ihres Bildungsganges. Der Lehrplan ist weitgehend den Erfordernissen des Landes angepaßt. Doch beschränkt er sich nicht auf die Uebermittlung praktisch verwendbarer Kenntnisse. Die Unterrichtsfächer gliedern sich in folgende Hauptgruppen:

Hebräischer Unterricht (Sprache, Tenach, neue Literatur),
Landeskunde,
Jüdische Geschichte,

Allgemeine Geschichte und Gesellschaftslehre,
Naturwissenschaften (im Zusammenhang mit den Bedingungen des Landes),
Allgemeine Literatur.

Die Arbeit der Jüdischen Jugendhilfe umfaßt auch die Sorge für die *religiöse Jugend-Alijah*. Für sie besteht ein besonderer Ausschuß, der einen ständigen Mitarbeiter in das Büro der Jüdischen Jugendhilfe entsandt hat.

Auf Grund angenommener Anmeldungen stellt die Jugendhilfe in engster *Zusammenarbeit mit den Jugendbünden* Gruppen zusammen, die nach Möglichkeit so zusammengesetzt werden, daß die Chance eines harmonischen Gemeinschaftslebens gegeben ist. Selbstverständlich ist eine endgültige Zusammenstellung der Gruppen erst nach der Bestätigung auf dem Vorbereitungslager möglich. Die Gruppen umfassen nach jeweiliger Vereinbarung mit den Leitungen der Bünde entweder ausschließlich Jugendliche, die einem Bund, oder solche, die verschiedenen Bünden angehören, oder schließlich gemischt bündische und unbündische Menschen. Der Ausschuß für religiöse Jugend-Alijah stellt seine Gruppen selbständig zusammen.

Das Leben in dem Vorbereitungslager ist dem angeglichen, das die Jugendlichen in Palästina erwartet. Die Verteilung zwischen körperlicher und geistiger Arbeit geschieht in der gleichen Weise. Auf Grund der Erfahrungen, die die Führer im Lager und die Leitung der Jugendhilfe an den Jugendlichen machen, wird jeweils am Ende des Lagers eine Auswahl vorgenommen.

Zur Durchführung der Lager unterhält die Jüdische Jugendhilfe zwei Güter (Hof Wecker in Rüdnitz b. Bernau und Gut Schmiedinchen b. Sommerfeld), die in Pacht genommen sind und von ihr bewirtschaftet werden. Auf diesen Gütern befindet sich jeweils ständig ein in der Landwirtschaft und Gärtnerei ausgebildeter Chawer, dem die Leitung der arbeitsmäßigen Ausbildung der Jugendlichen anvertraut ist. — Nach Möglichkeit wird darauf gesehen, daß der pädagogische Leiter, der die Gruppe in Palästina selbst leiten soll, bereits auf dem Vorbereitungslager anwesend ist und auch dort den theoretischen Unterricht (während dieser vier Wochen hauptsächlich Hebräisch, jüdische Geschichte und Palästinakunde) übernimmt.

Sofern die beiden ständigen Vorbereitungslager für die Unterbringung der einberufenen Gruppen nicht ausreichen, werden zu diesem Zweck von uns vorübergehend entweder das Schockensche Lehrgut Winkel bei Spreenhagen oder das Gut Steckelsdorfer Ausbau b. Rathenow belegt.

Die Prozentzahl der Nichtbestätigten nach dem Vorbereitungslager schwankt im allgemeinen zwischen 5 und 25 %. Die Nichtbestätigung ist nicht immer gleichbedeutend mit einem Ausschluß aus der Jugend-Alijah. Häufig wird eine Wiedereinreihung von einer Bewährung im Rahmen einer anderen Institution der Jüdischen Jugendhilfe abhängig gemacht.

Da ein Großteil der Kinder nach Abgang von der Schule bis zu ihrer Alijah keine geregelte Tätigkeit ausübt, hat sich die Notwendigkeit ergeben, von seiten der Jüdischen Jugendhilfe *Mittlerenschulungskurse* einzurichten. Das Ziel der Kurse besteht darin, die schulmäßige Ausbildung der Schulentlassenen fortzusetzen und sie gleichzeitig mit den besonderen Bildungswerten, die ihrer späteren Ausbildung in Palästina angemessen sind, vertraut zu machen. Diesem Ziel trägt der Aufbau der Schulungskurse durch folgenden Lehrplan Rechnung:

1. Hebräisch und Tenach einschließlich Musik, hebräische und jüdische Literatur, allgemeine und jüdische Geschichte, Palästinakunde;
2. Gesundheitslehre und erste Hilfe; Landwirtschaftskunde und Physik; allgemeine Erdkunde; Wirtschaftskunde und mathematisches Rechnen.
3. Werkunterricht, Hauswirtschaft, Turnen und Sport.

Die Schulungskurse füllen grundsätzlich den ganzen Tag aus. Die Kinder arbeiten vom Montag bis Freitag vormittags 4—5 Stunden in der Schule, und erhalten vorwiegend wissenschaftlichen Unterricht. An den Nachmittagen in der Woche sind sie etwa 2—3 Stunden mit Werkarbeit oder Hausarbeit beschäftigt. Der Freitag nachmittag und Schabbath sind frei. Für Kinder, die keiner Jugend-Organisation angehören, oder die aus anderen Gründen am Sonntag nicht auf Fahrt gehen können, wird am Sonntag vormittag eine Turnstunde eingerichtet. Der Unterricht wird vorwiegend von Fachpädagogen und pädagogisch qualifizierten Jugendführern erteilt. Nach Möglichkeit ist die Jugendhilfe bestrebt, Menschen zu finden, die beide Eigenschaften in sich vereinigen.

Das Hauptcharakteristikum besteht darin, auch den allgemeinen Unterricht so weit wie möglich zu hebraisieren. In manchen Kursen ist es bereits gelungen, den Unterricht teilweise in hebräischer Sprache zu erteilen. An den Schulungskursen in Berlin sind zur Zeit etwa über 200 Kinder beteiligt. Doch wachsen die Anmeldungen von Tag zu Tag. Gleichzeitig bemühen wir uns, auch im Reiche derartige Schulungskurse zu errichten.

Da die Schulungskurse teilweise von Kindern, die nicht in

Berlin wohnen, besucht werden, hat die Jüdische Jugendhilfe zwei *Mittleren-Bathe-Chaluz* errichtet, in denen diese untergebracht werden. Auch die Mittleren-Bathe-Chaluz stehen unter pädagogischer Leitung. In allernächster Zeit werden sich in Berlin und auch im Reiche eine größere Anzahl derartiger Bathe-Chaluz den ersten geglückten Versuchen anreihen.

In Palästina hat sich die Jewish Agency und innerhalb dieser *Miss Szold* die Jugend-Alijah-Arbeit zu ihrer Aufgabe gemacht. Die Auswahl der Siedlungen und die Betreuung der Jugendlichen im Lande erfolgt durch sie. Bisher kamen durch die Jüdische Jugendhilfe 694 Jugendliche in das Land, die sich auf folgende Ansiedlungspunkte verteilen:

Ain Charod	60	Jugendliche
Daganiah A und B und Kinnereth	71	„
Ginegar	20	„
Giwath Brenner	60	„
Gwath	30	„
Jagur	40	„
Merchawiah	24	„
Mischmar Haemek	20	„
Misra	22	„
Talpioth	22	„
Tel Chaj	43	„
Tel Josef	41	„
Haifa	21	„
Kremener	22	„
Iwdi-Heim	37	„
Rodges	61	„
Kwuzath Schiller	20	„
Ajeleth Haschachar	30	„
Gescher	50	„
	694	Jugendliche

Ein Mangel an Ausbildungsplätzen besteht für die religiösen Jugendlichen; das Bedürfnis, das für die Unterbringung religiöser Jugendlicher vorhanden ist, kann nach dem Stand der zur Zeit verfügbaren Plätze nicht voll befriedigt werden. Um Abhilfe zu schaffen, wird voraussichtlich in allernächster Zeit ein *Kfar Noar Dati* errichtet werden.

Nach dem Vorbereitungslager und vor ihrer Alijah stehen gegenwärtig 9 Gruppen mit 327 Jugendlichen.

Zum Vorbereitungslager der Jugend-Alijah gemeldet sind zur Zeit insgesamt 1200 Jugendliche.

Die Finanzierung des Unterhalts und der Ausbildung geschieht auf folgende Weise:

Jede Siedlung in Palästina, die Jugend-Alijah aufnimmt, erhält pro Kind ca. £ 25 Investitions-Kosten zur Errichtung der Häuser für die Kinder. Diese Gelder werden meistens im Anleiheweg beschafft. An Unterhaltsgeldern werden im ersten Jahr pro Kind £ 3 monatlich, im zweiten Jahr £ 2½ gezahlt.

Im ersten Jahr der Tätigkeit der Jüdischen Jugendhilfe haben sich die Gruppen zu ca. 50 % aus Selbstzahlern zusammengesetzt; im zweiten Jahr ist der Anteil der Selbstzahler zunächst auf 20 % zurückgegangen, um dann seit Ende 1935 wieder anzusteigen — er beträgt jetzt ca. 30 %. Dies erklärt sich durch das stärkere Eindringen des Jugend-Alijah-Gedankens in finanziell zur Zeit noch besser gestellte Schichten des jüdischen Bürgertums, vor allem in der Provinz, die in der ersten Zeit an der Jugend-Alijah weit weniger beteiligt war als die armen, besonders auch ostjüdischen Kreise. Die Aufbringung der Unterhaltskosten für die große Zahl der mittellosen Kinder sowie die Deckung aller sonstigen Kosten mußte die Jugendhilfe bisher ausschließlich aus ihrem Anteil an den Sammlungen der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugend-Alijah vornehmen, in der sie mit der Ahawah und Ben Schemen zusammengeschlossen ist.

Im Sommer 1935 hat die *Reichsvertretung* einen ihr vorgelegten Plan angenommen, wonach künftighin sich Gemeinden und Reichsvertretung an den Kosten der Jugend-Alijah beteiligen sollen. Die finanzielle Entlastung der Jugendhilfe durch die Bereitstellung öffentlicher jüdischer Mittel war ein unbedingtes Erfordernis, da die Aufwendungen für die Jugend-Alijah in Palästina durch den Ausbau der dortigen Einrichtungen in personeller und sachlicher Hinsicht dauernd im Steigen begriffen sind.

Im Februar dieses Jahres beendet die erste Gruppe, die zur Jugend-Alijah nach Ain Charod geschickt wurde, ihre zweijährige Ausbildungszeit; im allgemeinen ist zu sagen, daß der Eintritt der Jugendlichen in die Arbeit zum überwiegenden Teile eine befriedigende Lösung gefunden hat.

Besonderer Wert wird auf schriftliche hebräische Arbeiten der Jugendlichen gelegt. Es ist zu verzeichnen, daß *in allen Gruppen* der Unterricht und auch alle Diskussionen seit mehr als einem halben Jahr in Hebräisch geführt werden. Ein Teil von ihnen spricht auch im tagtäglichen Leben meist hebräisch. Bei einigen findet sich bereits vorwiegend das hebräische Buch.

Der *Gesundheitszustand* hat sich im zweiten Jahr erheblich verbessert; während im ersten Jahr der Ausfall der Arbeitstage

infolge Krankheit nahezu 20 % betrug, verringerte sich dieser im zweiten Jahr auf 10 %.

Sehr interessant ist das Ergebnis der Besprechung über den weiteren Lebensweg der einzelnen Mitglieder der Jugend-Alijah-Gruppe. Es entschieden sich 41 Jugendliche, das gemeinsame Leben fortzusetzen, 3 zu einer zusätzlichen Ausbildung im gleichen Rahmen wie bisher, 2—3 in eine Siedlung des Haschomer Hazair zu gehen, 1 in eine Siedlung des Makkabi zu gehen, 1—2 in eine Siedlung der Werkleute zu gehen, 4—6 in die Stadt zu gehen (Elternhilfe usw.), 4—6 noch unentschlossen.

Jede Gruppe, die aus Deutschland kommt, wird begleitet von einem *Führer* und einer *Führerin*, die mit der Gruppe auf Vorbereitungslager gewesen sind und so dort bereits eine Verbindung zwischen der Gruppe und sich schaffen konnten.

Die Auswahl der geeigneten Führer, d. h. solcher Menschen, die pädagogische Fähigkeiten mit dem notwendigen Wissen und vor allem der Kenntnis der hebräischen Sprache verbinden, stößt auf Schwierigkeiten. Die Jüdische Jugendhilfe hat ein eigenes vierwöchentliches Führerseminar abgehalten, das einerseits Menschen mit ungenügendem Wissen eine Ergänzung gab und andererseits den Menschen, die aus dem Lehrerberuf kommen, und noch nie in einem Gemeinschaftsleben dieser Art standen, Gelegenheit gab, sich hierauf vorzubereiten.

Die Jugendhilfe ist zur Zeit bemüht, pädagogische Kräfte, die für die Leitung einer Jugend-Alijah-Gruppe geeignet erscheinen, probeweise an Vorbereitungslagern teilnehmen zu lassen, um bei dieser Gelegenheit endgültig ihre Eignung festzustellen.

Die Jugendhilfe hat ferner für diejenigen, die als Führer einer Gruppe in Aussicht genommen sind, und sich bis zum Beginn dieser Tätigkeit noch weiter fortbilden sollen, ein *Beth Talmidim* errichtet, in dem zur Zeit ca. 20 Menschen wohnen. Für diese sind von der „Hochschule für die Wissenschaft des Judentums" besondere Kurse eingerichtet worden, die den Teilnehmern eine Ausbildung in folgenden Wissenschaften ermöglichen:

1. Judaistik (hebräische Sprache), alte und neue Literatur, jüdische Geschichte usw.):
2. Geschichtswissenschaft:
3. Philosophie und Pädagogik.

Damit ist auch zu hoffen, daß eins der wichtigsten Probleme der Jugend-Alijah, die Ausbildung geeigneter Führer, bewältigt wird. Denn die reibungslose Einordnung der Jugendlichen in das palästinensische Leben hängt weitgehend von der persönlichen

Befähigung derjenigen Menschen ab, die die Gruppen zur Alijah bringen.

Damit dürfte die Bedeutung der Jugend-Alijah kurz umrissen sein. Es ist gut, sich zu vergegenwärtigen, daß in Deutschland im vergangenen Jahre 6000 Jugendliche die Schule verlassen haben und noch in den nächsten Jahren mit ähnlichen, wenngleich allmählich abnehmenden Zahlen zu rechnen ist.

Die Jüdische Jugendhilfe steht mit einer jährlichen Aufnahmefähigkeit für mindestens 700 Jugendliche innerhalb aller Planungsversuche jüdischer Stellen, die sich mit Jugendwohlfahrt beschäftigen, voran.

Kinder- und Jugenddorf „Ben Schemen"

Fast 400 Menschen beherbergt das Jugenddorf, das sich über ein Areal von 700 Dunam erstreckt.

Die Zahl der Schüler, Kinder, Jugendlichen und Praktikanten beläuft sich auf etwa 300 und ist den Altersstufen nach folgendermaßen zusammengesetzt:

Kindergarten (Alter 3½—6 Jahre)	25
Alter 6—8 Jahre	30
Alter 8—10 Jahre	40
Alter 10—14 Jahre	75
Alter 14—17 Jahre	120
Hierzu kommen Praktikanten	10
	etwa 300

Das Zahlenverhältnis von Jungen und Mädchen ist ungefähr 55 : 45.

Von den Schülern Ben-Schemens stammen etwa

52 % aus Palästina,
33 % aus Deutschland,
15 % aus anderen Ländern.

Die landwirtschaftliche Schule des Kinder- und Jugenddorfes Ben-Schemen nimmt eine beschränkte Anzahl von Jugendlichen (Jungen und Mädchen) zwischen 14 und 16 Jahren auf. Sie erhalten dort eine zwei- bis dreijährige theoretische und praktische Ausbildung in allen landwirtschaftlichen und gärtnerischen Fächern, die sie in den Stand setzt, nach Abschluß der Ausbildung selbständig ihren Beruf auszuüben. Daneben wird Unterricht in Hebräisch und (wahlweise) Arabisch oder Englisch, sowie in neuerer jüdischer Bibelkunde und Literatur erteilt.

Die in neun Jahren von einem Kreis bewährter Erzieher gesammelte Erfahrung dieser Jugendgemeinschaft auf dem Lande bietet die Gewähr für das Hineinwachsen der Kinder in den Geist, die Sprache und Berufe Palästinas.

Ben-Schemen war im Jahre 1933 die erste Institution, die sofort Verständnis für die neue Situation bewies. Das Kinderdorf und die Jugendgemeinschaft nahmen binnen weniger Wochen 100 Jugendliche aus Deutschland auf, obwohl der Betrieb der Anstalt in keiner Weise auf die Vergrößerung um ein Drittel eingestellt war. Man schuf Platz und richtete sich ein, so gut es eben ging, und tat alles, um den ersten Einwandererstrom, der unvorbereitet und überstürzt ins Land kam, aufnehmen zu können. Durch große Bemühungen und mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugend-Alijah gelang es Ben-Schemen allmählich das innere und äußere Gleichgewicht wiederzufinden und das Dorf gemäß der vergrößerten Zahl der Einwohner zu erweitern.

Wie die vorerwähnten Prozentzahlen zeigen, unterscheiden sich die Erziehungsprobleme in Ben-Schemen wesentlich von denen der Jugendhilfe, da deren Gruppen aus Deutschland innerhalb der geschlossenen Gemeinschaft, mit der sie herüberkamen, weiterhin leben und lernen. In Ben-Schemen wird dagegen versucht, in möglichst kurzer Zeit eine Jugendgemeinschaft aus Kindern aller Länder zu bilden, und die Anforderungen, die sich daraus ergeben, sind für den Einzelnen vielleicht manchmal größer als für den Jugendlichen, der in die Siedlung kommt. Die Fassungskraft des Kinderdorfes soll nicht mehr vergrößert werden, und so können immer nur soviel Jugendliche aus Deutschland aufgenommen werden, wie ihre Ausbildung beendet haben.

Kinderheim „Ahawah"

Die Atmosphäre des Kinderheims Ahawah in Berlin war schon immer erfüllt von palästinensischem Geiste. Es bedeutete daher nur eine organische Entwicklung, als die Oberin des Berliner Heims mit den ihr seit langen Jahren anvertrauten Kindern nach Palästina übersiedelte, um sie dort allmählich vom Schul- ins Berufsleben zu überführen. Die Ahawah, die hier unter dem alten Namen weiterbesteht, gründete mit der Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugend-Alijah eine neue Anstalt in Kirjath Bialik bei Haifa. Der Bau wird in wenigen Wochen beendet werden und 100 Kinder und Jugendliche aufnehmen.

Die Schulkinder besuchen die Schulen in Haifa. Für die Schulentlassenen werden in Kirjath Bialik folgende Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen:

1. Landwirtschaftliche Betriebe (Gemüsebau, Futterwirtschaft, Obstkultur, Baumschule, Kuhstall, Hühnerfarm, Bienenzucht).
2. Hauswirtschaft (Küche, Einkauf und Verwaltung der Produkte, Haushalt, Waschen und Wäscheausbesserung).
3. Handwerk (eigene Werkstätten und Lehrlingsstellen in handwerklichen Betrieben in Haifa oder in den Werkstätten des Technikums in Haifa).

Die Kinder erhalten neben der praktischen eine gute theoretische Ausbildung und Unterricht im Hebräischen.

Das Heim wird in traditionellem Sinne und in lebendiger Verbindung mit der geistigen und gesellschaftlichen Entwicklung des heutigen Palästina geführt.

Aufnahmen erfolgen durch das Berliner Heim, in dem die Kinder, bevor ihre Aufnahme in eine Alijah-Gruppe endgültig bestätigt wird, für sechs Wochen zur Vorbereitung zusammengefaßt werden.

*

Alle drei Organisationen (Jugendhilfe, Ben-Schemen und Ahawah) sind im Verlauf der zwei Jahre zu einer wirklichen Arbeitsgemeinschaft geworden. Der Gedanke der Jugend-Alijah, der überall in der Welt so starken Widerhall gefunden hat, wird durch die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugend-Alijah in einheitlicher Propaganda durch schriftlichen und persönlichen Kontakt vertieft und verstärkt. In alle Schichten des jüdischen Volkes ist der Gedanke eingedrungen. Die Auswirkung zeigt sich in der finanziellen Unterstützung, die von allen Kreisen, gleich welcher religiösen oder weltanschaulichen Richtung, der Jugend-Alijah zuteil wird. Der jüdischen Jugend der anderen Länder zeigt sich durch das Vorbild der jüdischen Jugend aus Deutschland eine neue Hoffnung, und sie richtet ihre Anfragen an die Arbeitsgemeinschaft und die Jugendhilfe, damit auch ihr der gleiche Weg eröffnet werde. Die Arbeitsgemeinschaft, die zunächst der schulentlassenen jüdischen Jugend Deutschlands gegenüber die Hauptverantwortung trägt, hat die Absicht, Jahr um Jahr die Jugend-Alijah zu erweitern. Ihre Leistung und ihr Programm der Ueberführung von 1000 Jugendlichen im Jahr haben sie zu einem wesentlichen Bestandteil der zionistischen Arbeit in Deutschland werden lassen.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Einleitung	5
Zionistische Vereinigung für Deutschland	37
Palästina-Amt Berlin der Jewish Agency for Palestine	125
Jüdische Rundschau	152
Keren Hajessod	157
Keren Kajemeth Lejisrael	167
Deutscher Makkabikreis e. V.	185
Verband Jüdischer Frauen für Palästina-Arbeit	197
Hechaluz	202
Brith Chaluzim Datiim	216
Jugendbewegung	224
Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugend-Alijah	238